

IWF-Jahresbericht 2016

Gemeinsam Lösungen finden

Wie kann der IWF Ländern bei der Steigerung ihrer Einkünfte helfen?

Welche Rolle spielt der IWF im internationalen Währungssystem?

Wie beeinflusst der Finanzsektor das Wirtschaftswachstum eines Landes?

Warum hat das IWF-Direktorium die chinesische Währung in den SZR-Korb aufgenommen?

Wie kann die Gleichstellung der Geschlechter zum Wirtschaftswachstum beitragen?

Wie können bessere Daten die afrikanische Politik unterstützen?

Wie sieht die finanzielle Zukunft Asiens aus?

Wie unterstützt der IWF Entwicklungsfinanzierung?

Wie sichert der IWF den sorgsamsten Umgang mit seinen Ressourcen?

Warum haben 60 Länder Finanzinklusion zum Ziel erklärt?

Wie sieht die Reform der IWF-Quoten aus?

Welche wirtschaftlichen Auswirkungen hat die Flüchtlingswelle aus dem Nahen Osten?

Wie wirkt sich der Fall der Rohstoffpreise auf die Mitglieder des IWF aus?

Wie reagiert Europa auf die Flüchtlingswelle?

Inhalt



Übersicht

Über den IWF	2
Botschaft der Geschäftsführenden Direktorin	2
Wichtige Maßnahmen des IWF im GJ 2016.....	4
Die zentralen Aufgaben des IWF.....	5
Herausforderungen und Prioritäten für die Politik des IWF	6

Schlaglichter 7

Quotenreform für einen repräsentativeren, modernen IWF	8
Reform des internationalen Währungssystems.....	12
Chinesische Währung jetzt im SZR-Korb vertreten	14
Ein Jahr der Entwicklung: Neue Töne.....	16
Kapazitätsentwicklung für Reformen der Steuerpolitik und -verwaltung.....	20

Höhepunkte aus den Regionen 22

Die wirtschaftlichen Folgen von Konflikten und das Anschwellen des Flüchtlingsstroms.....	22
Naher Osten	26
Europa.....	27
Asien.....	29
Afrika.....	32
Westliche Hemisphäre.....	36

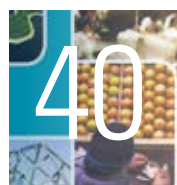
Das Geschäftsjahr des IWF (GJ) beginnt jeweils am 1. Mai und endet am 30. April.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Analysen und politischen Überlegungen sind die der Exekutivdirektoren des IWF.

Die Rechnungseinheit des IWF ist das Sonderziehungsrecht (SZR). Die Umrechnungen der Finanzdaten des IWF in US-Dollar stellen nur Näherungswerte dar und sind zur leichteren Verständlichkeit angegeben. Am 30. April 2016 lag der Wechselkurs SZR/US-Dollar bei 1 US\$ = 0,705552 SZR und der Wechselkurs US-Dollar/SZR bei 1 SZR = 1,41733 US\$. Die Wechselkurse des Vorjahres (30. April 2015) beliefen sich auf: 1 US\$ = 0,71103 SZR und 1 SZR = 1,40642 US\$.

In der englischen Fassung bedeutet „billion“ eine Milliarde (eintausend Millionen) und „trillion“ eine Billion (eintausend Milliarden). Geringfügige Abweichungen zwischen den zugrunde liegenden Zahlen und den daraus gebildeten Summen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

Der in diesem Jahresbericht verwendete Begriff „Land“ bezieht sich nicht in allen Fällen auf ein nach internationalem Recht und Brauch als Staat definiertes Hoheitsgebiet. Hier wird dieser Begriff auch für Hoheitsgebiete benutzt, die keine Staaten sind, für die aber statistische Daten auf getrennter und unabhängiger Basis gepflegt werden.



Unsere Arbeit: Die „Großen Drei“

Volkswirtschaftliche Überwachung 42

Bilaterale Überwachung.....	44
Multilaterale Überwachung.....	48
Politikberatung.....	53
Daten	62

Kreditvergabe..... 64

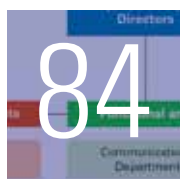
Nicht konzessionäre Mittelvergabe.....	65
Konzessionäre Mittelvergabe im GJ 2016.....	70
Programmgestaltung	72
Vereinbarungen zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik.....	73

Kapazitätsentwicklung 74

Technische Hilfe	75
Ausbildung.....	81
Partnerschaften für die Kapazitätsentwicklung.....	83

Kästen

1.1: Wie funktionieren die Quoten des IWF?.....	10
1.2: Wie kann das internationale Währungssystem verbessert werden? 13	
1.3: Wie sind die Währungen im SZR-Korb gewichtet?.....	15
1.4: Die Zusagen des IWF für Finanzhilfe in Entwicklungsfragen	19
1.5: Wie können ähnlich gestellte Länder voneinander lernen?	32
1.6: Wie können bessere Daten die afrikanische Politik unterstützen? 34	
2.1: Bewertung des Finanzsektors in den USA.....	46
2.2: Abschluss der Artikel-IV-Konsultationen 2015 in der Islamischen Republik Iran	47
2.3: Die Frühwarnübung	48
2.4: Kleine Länder Afrikas mit mittlerem Einkommen	52
2.5: Wirtschaftliche Verknüpfungen zwischen Lateinamerika und Asien 52	
2.6: IWF unterstützt Währungs- und Finanzsektoren in der Ukraine... 79	
3.1: Fortschritte bei der Gebäuderenovierung von HQ1	87
3.2: Ausscheidende und neue leitende Mitarbeiter im Profil	91
3.3: Risikosteuerung mit Sicherheitsbewertungen	94
3.4: Im Dialog mit den Gewerkschaften in Guinea	98
4.1: Die Quotenformel.....	110
4.2: Klimawandel.....	114



Finanzen, Organisation und Rechenschaftspflicht

Organigramm des IWF	84
Haushalt und Einkommen	86
Einkommensmodell, Gebühren, Vergütung, Lastenteilung und Nettoertrag	88
Personalpolitik und Organisation	90
Rechenschaftspflicht	92
Prüfungsverfahren	92
Öffentlichkeitsarbeit und Einbindung externer Stakeholder ..	95
Quoten und Governance	98
Transparenz	99
IWF-Exekutivdirektoren (Bild)	100
Geschäftsführungsteam (Bild)	102
Exekutivdirektoren und ihre Stellvertreter (Liste)	104
Leitende Mitarbeiter	106



Blick in die Zukunft

Blick in die Zukunft	108
Fünfte Allgemeine Quotenüberprüfung	110
Agenda des Programms zur Bewertung des Finanzsektors im GJ 2017	111
Laufende fiskalpolitische Arbeit	111
Einkommensgefälle und Ungleichheit der Geschlechter	113
Bestechung: Kosten und Abhilfestrategien	116
Globale Herausforderungen	117
Anmerkungen	118
Akronyme und Abkürzungen	124
Begleitschreiben an den Gouverneursrat	125
Eine größere Rolle für Frauen	126
IWF-Frauen in Führungspositionen	Einband Rückseite

Schaubilder

1.1: Gewichtung der Währungen im SZR-Korb per 1. Oktober 2016	15
1.2: Gewichtung im SZR-Korb, 2010	15
1.3: Peru: Steuerlast über 5 Jahre	20
1.4: Peru: MwSt-Lücke 2007–14	20
1.5: Mauretanien: Staatliche Einkünfte aus Rohstoffen und anderen Quellen	21
1.6: Wichtigste Herkunftsregionen von Displaced Persons in MENAP 25	
1.7: Häufigkeit von Konflikten nach Region	25
1.8: Durchschnittliche Intensität der Konflikte nach Region	25
1.9: Ölproduzierende Länder, Leistungsbilanzsalden und Haushaltsbilanzen	26
1.10: Ölproduzierende Länder, reales BIP-Wachstum	26
1.11: Teilnehmende Länder, die Indikatoren zur Finanzstabilität melden 31	
1.12: Kapitalausgaben in Dominica: Wiederaufbau und andere	37
2.1: Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen: Index der Nettorohstoffpreise nach Ländergruppen	50
2.2: Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen: Zunehmende Anfälligkeiten	50
2.3: Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen: Kapitalzuflüsse 50	
2.4: Bangladesch, Finanzinkursionsstatistiken	55
2.5: Vereinbarungen unter dem Konto für allgemeine Ressourcen, GJ 2007–16 mit Ende zum 30. April	65
2.6: Ausstehende nicht konzessionäre Mittelvergabe, GJ 2007–16	70
2.7: Ausstehende konzessionäre Mittelvergabe, GJ 2007–16	71
2.8: Kostenverteilung der wichtigsten Arbeitsbereiche des IWF, GJ 2016 75	

2.9: Ausgaben für Kapazitätsentwicklung	75
2.10: Bereitstellung von Technical Assistance nach Region	76
2.11: Bereitstellung von Technical Assistance nach Einkommensgruppe	77
2.12: Bereitstellung von Technical Assistance nach Thema	80
2.13: Teilnahme an Ausbildung nach Einkommensgruppe	81
2.14: Teilnahme an Ausbildung nach Region	82
2.15: Dreijahresumfrage zur Ausbildung	82

Tabellen

2.1: Unter dem Konto für allgemeine Ressourcen gebilligte Vereinbarungen	65
2.2: Konditionen für Kredite aus dem Konto für allgemeine Ressourcen des IWF	66
2.3: Konzessionäre Kreditvergabefazilitäten	68
2.4: Im Rahmen des Poverty Reduction and Growth Trust gebilligte und aufgestockte Vereinbarungen im GJ 2016	72
3.1: Haushalt nach Hauptausgabenkategorien, GJ 2015–19	86
3.2: Im Abschlussbericht ausgewiesene Verwaltungsausgaben, GJ 2016	88
3.3: Rückstände gegenüber dem IWF von Ländern mit Verbindlichkeiten, die mindestens sechs Monate überfällig sind, nach Art, Stand 30. April 2016	90

Über den IWF

Der Internationale Währungsfonds ist eine global tätige Organisation mit 189 Mitgliedsstaaten und wurde in dem Gedanken gegründet, das Wohlergehen der Weltwirtschaft zu fördern. Der IWF will mit seiner Arbeit die weltweite Kooperation in der Geldpolitik intensivieren, Finanzstabilität sichern, internationalen Handel erleichtern, zu mehr Beschäftigung und nachhaltigem Wirtschaftswachstum beitragen sowie die Armut weltweit bekämpfen.

Die Hauptaufgabe des IWF, der mit seiner Aufsichtsfunktion das reibungslose Funktionieren des internationalen Währungssystems sicherstellt, besteht darin, die Wechselkursstabilität zu fördern sowie die Ausweitung und ein ausgewogenes Wachstum des Welthandels zu erleichtern. Dies ermöglicht den Ländern (und ihren Bürgern) den Austausch von Waren und Dienstleistungen und ist unabdingbar, um nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erzielen und den allgemeinen Lebensstandard anzuheben.

Alle Mitgliedsländer des IWF sind in seinem Exekutivdirektorium vertreten. Letzteres erörtert die nationalen, regionalen und globalen Folgen der Wirtschaftspolitik eines jeden Mitglieds und entscheidet über die Vergabe von IWF-Krediten an die Mitgliedsländer, um ihnen bei der Lösung vorübergehender Zahlungsbilanzprobleme und bei kapazitätsbildenden Maßnahmen zu helfen. Dieser Jahresbericht befasst sich mit der Tätigkeit des Exekutivdirektoriums, der Geschäftsführung und des Mitarbeiterstabes des Internationalen Währungsfonds im Geschäftsjahr vom 1. Mai 2015 bis zum 30. April 2016. Die Inhalte spiegeln die Ansichten und politischen Erörterungen des IWF-Exekutivdirektoriums wider, das aktiv an der Ausarbeitung dieses Jahresberichts mitwirkte.

Botschaft der Geschäftsführenden Direktorin



Das in diesem Jahresbericht geschilderte Geschäftsjahr war von schwierigen Herausforderungen und großen Erfolgen gekennzeichnet.

Die Mitglieder des IWF – deren Zahl im April 2016 mit dem Zugang von Nauru auf 189 stieg – sahen sich der schwierigen Aufgabe gegenüber, in einer Zeit der Unsicherheit angesichts einer komplizierten Weltwirtschaft eine bescheidene Wachstumsbelebung zu erzielen. Bei der Frühjahrstagung 2016 befürworteten die Mitglieder einen dreigliedrigen Ansatz aus Geld-, Fiskal- und Strukturpolitik, mit dem die Weltwirtschaft wieder auf einen stärkeren und stabileren Wachstumspfad zurückgeführt werden sollte. Das ist nach wie vor unsere höchste Priorität, und der Fonds untermauerte seine Verpflichtung zur Unterstützung der Staatengemeinschaft mit mehreren wichtigen Schritten.

Erstens traten die weitreichenden Quoten- und Governancereformen des IWF, die 2010 gebilligt worden waren, endlich in Kraft. Diese Reformen erhöhen die Kernmittel des Fonds beträchtlich und bilden – was ganz entscheidend ist – die Gegebenheiten der Weltwirtschaft 21. Jahrhundert weitaus besser ab als zuvor, stärken sie doch die Stimme der aufstrebenden Volkswirtschaften und Entwicklungsländer.

Zweitens folgte der Fonds dem Aufruf der Vereinten Nationen zu umsetzbaren Schritten, die den

Entwicklungsländern den Aufbau eines Fundaments für inklusives und nachhaltiges Wachstum in den nächsten 15 Jahren unter den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen (UN) ermöglichen sollen. In diesem Zusammenhang präsentierte der IWF auf der Dritten Internationalen Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung, die im Juli 2015 in Addis Abeba stattfand, ein Paket mit konkreten Zusagen: mehr finanzielle Unterstützung, verstärkte Politikberatung und technische Hilfe sowie andere kapazitätsbildende Maßnahmen, die auf die besonderen Herausforderungen der Entwicklung ausgerichtet sind.

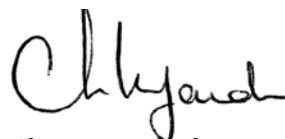
Drittens begann der Fonds in dem Bestreben, die Problemstellungen in der Weltwirtschaft genauer zu verstehen, mit der Ermittlung der Schwachstellen und Anfälligkeiten des internationalen Währungssystems und mit der Feinabstimmung unserer Rolle im Zentrum der Weltwirtschaft. Damit wird der Prozess fortgesetzt, die Lehren aus der weltweiten Finanzkrise zu verinnerlichen und die politische Reaktion auf neue Probleme bei ihrem Entstehen festzulegen.

Ein Kernstück dieser Arbeit war der Abschluss der turnusmäßigen Überprüfung des Währungskorbs, aus dem sich das Sonderziehungsrecht (SZR) zusammensetzt – ein Prozess, der in die Entscheidung mündete, den chinesischen Renminbi in den Korb aufzunehmen. Dies war ein wichtiger Schritt zur Integration der chinesischen Volkswirtschaft in das internationale Finanzsystem und zur Stärkung der Weltwirtschaft.

Viertens waren wir mit einem ebenso großen wie unerwarteten Ereignis konfrontiert: die Massenmigration von Flüchtlingen aus Syrien und anderen von Konflikten betroffenen Staaten. Dass sich Millionen von Menschen auf der Flucht befinden, ist zwar in erster Linie eine ernste humanitäre Krise, hat aber auch schwerwiegende wirtschaftliche Folgen. Der IWF arbeitet gemeinsam mit den betroffenen Ländern im Nahen Osten und in Europa an der Analyse ihrer makroökonomischen Probleme und an der Umsetzung geeigneter Maßnahmen.

Und schließlich schürte eine Anzahl prominenter Korruptionsfälle international Bedenken; mit wachsendem Konsens darüber, dass Korruption ein Land bei der Umsetzung von inklusivem Wachstum ernsthaft behindern kann, erfuhr Bestechungsbekämpfung auf globaler Ebene – in Industrienationen wie Entwicklungsländern – zunehmende Dringlichkeit. Der IWF hilft seinen Mitgliedern im Kampf gegen Korruption mit Politikberatung zu Governancereformen, technischer Hilfe und Ausbildung. Dieser Jahresbericht beleuchtet all diese Themen sowie eine breite Palette an politischen Angelegenheiten, die das Exekutivdirektorium im Lauf des Geschäftsjahres behandelte. Die Mitglieder des IWF sprechen – buchstäblich jeden Tag – durch das Direktorium, und die Arbeit der Exekutivdirektoren bildet den Kern unserer Tätigkeit.

Hochachtungsvoll



Christine Lagarde

Wichtige Maßnahmen des IWF im GJ 2016

Im Geschäftsjahr vom 1. Mai 2015 bis 30. April 2016 profitierten die Mitglieder des IWF von dessen Umwandlung in eine agilere, stärker integrierte und mitgliederorientierte Organisation.

Agil

Der IWF stellte Ländern, die vom Rückgang der Rohstoffpreise und Naturkatastrophen betroffen waren, Mittel zur Verfügung.

Das Wissen um die makroökonomischen Folgen aufkeimender Probleme, wie Migration, weltweites Abflauen der Handelstätigkeit sowie Einkommensgefälle und Ungleichheit der Geschlechter, wurde erweitert.

Tiefgehende Analysen zu Strukturreformen werden fortgesetzt; ein Kapitel im Weltwirtschaftsausblick (*World Economic Outlook*) beleuchtet zum Beispiel die Komplementarität zwischen Strukturreformen und makroökonomischer Politik.

Die Angemessenheit des globalen Finanzsicherheitsnetzes und die Größe des Fonds werden bewertet, um einen aktiveren und zukunftsgerichteten Dialog zur aktuellen Wirksamkeit des internationalen Währungssystems und des IWF zu unterstützen.

Der Fonds implementiert einen strukturierten Ansatz zum Kapazitätsaufbau in fragilen Staaten, der auf ihre Aufnahmekapazität zugeschnitten ist.

Integriert

Der IWF verfolgte einen integrierten Ansatz, um umstellungsbedingte Übertragungswirkungen auf Mitgliedsstaaten, insbesondere infolge der Umschichtung in China und weltweit niedriger Rohstoffpreise, zu bewerten.

Eine genauere Ausrichtung auf makrofinanzielle und makrostrukturelle Problemstellungen in der Überwachung wird derzeit vorgenommen.

Die zweite Phase der Datenlückeninitiative der Gruppe der Zwanzig (G20) begann im Januar 2016 und konzentriert sich vermehrt auf die Erkennung von Risiken, Verknüpfungen und Übertragungswirkungen.

Die Arbeit zur Integration aufkeimender Probleme in die Überwachung wurde fortgesetzt. Es wurden Pilotanalysen vorgenommen in Ländern, in denen Klimawandel, Geschlechterfragen und Ungleichheit von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung sind, diese Probleme also Einfluss auf die interne Stabilität eines Landes oder seine Zahlungsbilanz haben.

Der IWF-Stab entwickelte ein neues Instrument zur Überwachung ungeordneter Marktbedingungen, womit Länderteams zusätzliche Informationen über Probleme auf dem Binnenmarkt und möglicherweise weitreichende Belastungen bekommen.

Es wurden die Synergien zwischen Überwachung und Kapazitätsentwicklung gestärkt, so etwa in den Bereichen Mobilisierung inländischer Einnahmen, Standards zum Ausweis staatlicher Finanzstatistiken, Datensammlung, inklusives Wachstum, Energie.

Zusammenfassung der Tätigkeit aus der Global Policy Agenda der Geschäftsführenden Direktorin.
Weitere Einzelheiten in den Anmerkungen am Ende des Jahresberichts.



Die zentralen Aufgaben des IWF

Mitgliederorientiert

Das Exekutivdirektorium billigte die Aufnahme des Renminbi in den Korb der SZR-Währungen. Der Stab des IWF arbeitet mit den Nutzern der SZR und der chinesischen Regierung an einer reibungslosen Umstellung auf den neuen SZR-Korb im Oktober 2016.

Die Quoten- und Governancereformen von 2010 wurden nach der Ratifizierung durch die Mitglieder umgesetzt. Dank der Reformen wird der Fonds die Bedürfnisse seiner Mitglieder in einem von raschen Veränderungen geprägten Umfeld besser erfüllen und vertreten können.

Der Stab des IWF setzte seine Mitwirkung an und Unterstützung von verschiedenen Foren fort, darunter die G20 der Industriestaaten und die Association of Southeast Asian Nations, und organisierte abermals Veranstaltungen unter gleich gelagerten Ländern sowie hochrangig besetzte Seminare.

In Reaktion auf die Dreijahresprüfung der Überwachung von 2014 veröffentlichte der Fonds ein Papier über die Grundsätze der Objektivität, die die Analyse und Beratung des Fonds im Rahmen der Überwachung regeln.

Technische Hilfe und Ausbildung in einkommensschwachen Ländern wurden aufgestockt, hauptsächlich zu den Themen Mobilisierung inländischer Einnahmen und internationale Besteuerung.

Über Online-Angebote steigert der Fonds die Reichweite seiner Ausbildungskurse.

Im Mittelpunkt der IWF-Arbeit stehen drei zentrale Aufgaben:

Volkswirtschaftliche Überwachung

Beratung der Mitglieder zu Politikmaßnahmen, die ihnen helfen, makroökonomische Stabilität zu erreichen, und gleichzeitig zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums und zu Armutsbekämpfung beitragen.

Kreditvergabe

Gewährung vorübergehender Finanzhilfe an Mitgliedsländer, um sie bei der Bewältigung von Zahlungsbilanzproblemen zu unterstützen, d. h. wenn ihr Devisenbestand nicht ausreicht, weil ihre Zahlungen an andere Länder ihre Deviseneinnahmen übersteigen.

Kapazitätsentwicklung

Auf Antrag eines Landes Bereitstellung von technischer Hilfe und Ausbildung für den Aufbau von Fachkenntnissen und Institutionen, die es für die Umsetzung einer soliden Wirtschaftspolitik benötigt.

Der IWF hat seinen Hauptsitz in Washington, DC. Aufgrund seines weltweiten Wirkungsbereichs und seiner engen Beziehungen zu den Mitgliedsländern unterhält er außerdem Büros rund um den Globus.

Weitere Informationen über den IWF und seine Mitgliedsländer sind auf der Website des IWF verfügbar: www.imf.org.

Herausforderungen und Prioritäten für die Politik des IWF

Die Weltpolitische Agenda (Global Policy Agenda, GPA) der Geschäftsführenden Direktorin wird zweimal jährlich dem Internationalen Währungs- und Finanzausschuss (International Monetary and Financial Committee, IMFC) vorgelegt, der das politische Leitorgan des IWF ist. Die GPA benennt die politischen Herausforderungen für die Mitglieder des IWF, bewertet die seit der vorausgegangenen GPA erzielten Fortschritte, umreißt die auf globaler wie landesspezifischer Ebene benötigten Reaktionen der Politik und zeigt auf, wie der IWF diese politischen Reaktionen unterstützen kann.

Die GPA vom April 2016 konzentrierte sich auf politische Maßnahmen, die die Weltwirtschaft auf einen stärkeren und stabileren Wachstumspfad zurückführen sollen. Länder sollten ihre Verpflichtung zu Wachstum intensivieren und einen dreigliedrigen Ansatz mit sich gegenseitig stärkenden politischen Hebeln verfolgen, der von einem gut funktionierenden Finanzsektor und globaler Kooperation gestützt wird.

Geldpolitik

Fortgeschrittene Volkswirtschaften mit negativen Produktionslücken und einer zu niedrigen Inflation sollten eine akkommodierende Geldpolitik beibehalten. Allerdings muss diese Geldpolitik von anderen Maßnahmen zur notwendigen Unterstützung auf der Nachfrageseite begleitet werden und kann keine strukturellen Wachstumsengpässe angehen. Unkonventionelle Geldpolitik hilft bei der Unterstützung der Nachfrage, aber sehr niedrige – und in manchen Fällen negative – Zinsen wirken sich möglicherweise direkt auf die Rentabilität der Banken aus. In aufstrebenden Volkswirtschaften muss die Geldpolitik sich mit den Folgen schwächerer Währungen auf die Inflation und Privatsektorbilanzen auseinandersetzen.

Fiskalpolitik

Es gibt viele überzeugende Argumente für die interne Koordination der politischen Maßnahmen. Einige Länder leiden nach wie vor unter hohen Schulden, erhöhten Aufschlägen auf Staatsanleihen und geringen Ersparnissen im öffentlichen Sektor und müssen ihre Pläne zur Haushaltskonsolidierung umsetzen. Länder mit fiskalischem Spielraum sollten sich dagegen um eine weitere Lockerung der Haushaltspolitik bemühen. Einer Anzahl an Gläubigerländern würde dies auch bei der globalen Anpassung helfen. Alle Länder können außerdem ihren Beitrag leisten, indem sie ein wachstumsfreundlicheres Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben anstreben; in manchen Ländern wären dies vorrangig höhere Infrastrukturausgaben.

Strukturenreformen

Die Notwendigkeit von Strukturreformen zur Verbesserung von Produktivität und Produktionspotenzial ist allgemein anerkannt. Es wurden viele Zusagen gemacht – so auch im Zusammenhang mit der G20 –, doch die Umsetzung verzögert sich noch. Länder mit fiskalischem Spielraum sollten die Synergien zwischen nachfrageunterstützender Politik und Strukturreformen nutzen. Strukturreformen mit eingebauten Konjunkturspritzen können kurzfristig positive Auswirkungen haben. Angesichts der vielfältigen Strukturen von Volkswirtschaften sollten die einzelnen Prioritäten der Strukturreformen in eine feste Reihenfolge gebracht werden und die Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung und die Stärke der Institutionen widerspiegeln. In Rohstoffexportländern sowie einkommensschwachen Entwicklungsländern sind politische Maßnahmen zur Förderung von wirtschaftlicher Streuung und Strukturwandel unabdingbar.

Finanzsektorpolitik

Es werden auch Lösungen benötigt, damit De-Risking nicht unnötigerweise den Zugang zu Finanzdienstleistungen behindert, so auch die Beziehungen unter Korrespondenzbanken. Länder könnten weitere Schritte unternehmen, um die Sanierung der Privatsektorbilanzen zu beschleunigen, und damit einen ausgedehnten Abbau der Fremdverschuldung vermeiden, der den Kreditkanal der Geldpolitik schwächt und Ungewissheit schürt. Die Bankenunion der Europäischen Union muss mit der Errichtung des letzten Stützpfilers – eines gemeinsamen Einlagensicherungssystems – unbedingt abgeschlossen werden, außerdem sollten Risiken in den Bankensystemen abgebaut werden. Es sind weitere Fortschritte bei der konsequenten Umsetzung und Fertigstellung der globalen Regulierungsreform vonnöten, so etwa die Richtlinien zur Umwandlung des Schatzenbankensektors in eine stabile marktbasierende Finanzquelle.

Weltweite Kooperation

Jedes Land sollte sich zu einer Reihe politischer Maßnahmen verpflichten, die zu einem globalen Reformpaket zur Belebung des nationalen wie globalen Wachstums beitragen. Ein dreigliedriger Ansatz, der von den Mitgliedern gemeinsam verfolgt wird, kann zur wechselseitigen Stärkung der Wirtschaftstätigkeit führen und Stabilitätsrisiken mindern. Weltweite Zusammenarbeit ist ebenfalls notwendig. Beispiele hierfür sind die Verbesserung der Mechanismen für Anpassung und Bereitstellung von Liquidität, Stützung des Welthandels, Bestechungsbekämpfung sowie Weiterführung der Regulierungsreformagenda.



SCHLAGLICHTER



Quotenreform für
einen repräsentativeren,
modernen IWF 8



Reform des
internationalen
Währungssystems 12



Chinesische Währung
jetzt im SZR-Korb
vertreten 14



Ein Jahr der Entwicklung:
Neue Töne 16



Kapazitätsentwicklung für
Reformen der Steuerpolitik
und -verwaltung 20

Die Reformen führten zu einer beträchtlichen Erhöhung der Kernmittel des IWF und ermöglichten es der Institution, effektiver auf Krisen zu reagieren; darüber hinaus verbesserten sie die Governance des IWF, weil die zunehmende Rolle dynamischer Schwellenmärkte und Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft besser abgebildet wird.

Im Dezember 2015 verabschiedete der amerikanische Kongress ein Gesetz zur Billigung der Quoten- und Governance-reformen des IWF von 2010, und im Januar 2016 waren alle Voraussetzungen für ihre Umsetzung erfüllt. Diese weitreichenden Reformen besitzen historische Tragweite und sind ein entscheidender Schritt zur Stärkung der Rolle des Fonds bei der Unterstützung der weltweiten Finanzstabilität.

Die Umsetzung der Reformen, die vom Gouverneursrat 2010 gebilligt worden waren, führte zu einem repräsentativeren, modernen IWF, der nun besser gerüstet ist, um die Bedürfnisse seiner Mitgliedsländer im 21. Jahrhundert zu erfüllen. Die Reformen bauen auf früheren institutionellen Veränderungen auf, die vom Gouverneursrat 2008 verabschiedet worden waren.

Quotenreform

für einen repräsentativeren, modernen IWF

**Wichtigste Ergebnisse
der Quoten- und
Governancereform von 2010**

Mehr als 6 Prozent der Quotenanteile
werden auf dynamische Schwellenmärkte und
Entwicklungsländer und von überrepräsentierten
auf unterrepräsentierte Länder verlagert.



477
Mrd.

238,5
Mrd.



Infolge der vereinbarten Aufstockung

der Quotenmittel des Fonds (gemessen in Sonderziehungsrechten bzw. SZR, siehe nächste Seite). Die Quotenmittel steigen von etwa 238,5 Mrd. SZR (ca. 329 Mrd. US\$) auf insgesamt rund **477 Mrd. SZR** (ca. 659 Mrd. US\$).

Die Quotenanteile und das Stimmengewicht der ärmsten Mitgliedsländer des IWF sind geschützt.



Die fortgeschrittenen Volkswirtschaften Europas haben sich verpflichtet, ihre **kombinierte Vertretung im Exekutivdirektorium um zwei Direktorensitze zu verringern.**



Zum ersten Mal werden **alle Sitze im Exekutivdirektorium des IWF von Exekutivdirektoren eingenommen, die von den Mitgliedsländern des IWF gewählt wurden.** Zuvor waren fünf Sitze im Exekutivdirektorium Direktoren vorbehalten, die von den Mitgliedern mit den fünf größten Quoten ernannt wurden.

Im Sinne einer besseren Vertretung im Exekutivdirektorium **können Mehrländergruppen mit sieben oder mehr Mitgliedern jetzt einen zweiten Stellvertretenden Exekutivdirektor ernennen.**

Vier aufstrebende Volkswirtschaften (Brasilien, China, Indien und Russland)

gehören jetzt neben den USA, Japan und den vier größten Ländern Europas (Frankreich, Deutschland, Italien und das Vereinigte Königreich) zu den zehn größten Mitgliedern des IWF.



Kasten 1.1: Wie funktionieren die Quoten des IWF?

Jedem Mitgliedsland des IWF wird eine Quote zugeteilt, die im Allgemeinen seiner relativen Position in der Weltwirtschaft entspricht.

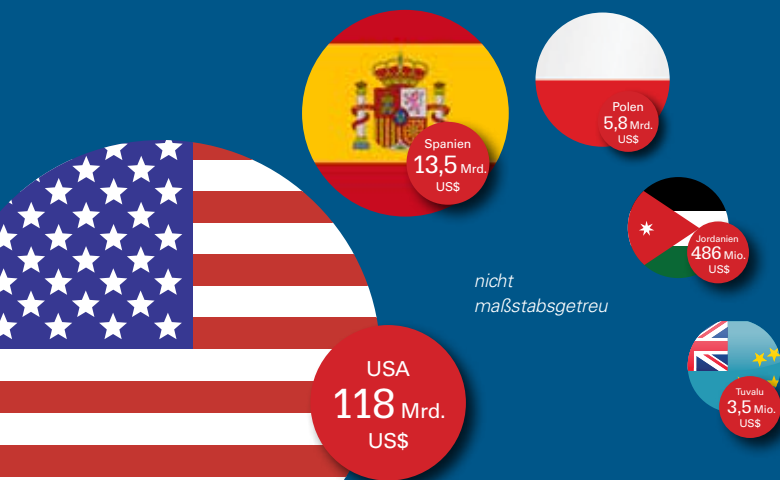
Quotenzeichnungen bilden den Kern der Finanzmittel des IWF. Die Quote eines Mitgliedslands bestimmt die Obergrenze seiner Finanzverpflichtung gegenüber dem IWF, sein Stimmengewicht und den Zugang zu Finanzhilfe vom IWF.

QUOTENFORMEL

Die aktuelle Quotenformel ist ein gewichteter Durchschnitt aus BIP (Gewichtung 50 Prozent), Offenheit gegenüber der Weltwirtschaft (30 Prozent), wirtschaftliche Variabilität (15 Prozent) und internationalen Reserven (5 Prozent). Zu diesem Zweck wird das BIP gemessen anhand des BIP basierend auf Devisenkursen des Marktes (Gewichtung 60 Prozent) und auf Kaufkraftparitäts-Wechselkursen (40 Prozent). Die Formel umfasst auch einen „Kompressionsfaktor“, der die Dispersion in berechneten Quotenanteilen über die Mitglieder hinweg reduziert.

SONDERZIEHUNGSRECHTE

Quoten lauten auf Sonderziehungsrechte (SZR), die Rechnungseinheit des IWF. Das größte Mitglied des IWF sind die USA mit einer Quote von 83 Mrd. SZR (etwa 118 Mrd. US\$, per 30. April 2016), und das kleinste Mitglied ist Tuvalu mit einer Quote von 2,5 Mio. SZR (rund 3,5 Mio. US\$).



Jedes Mitglied ist zur Bereitstellung von Finanzmitteln auf der Grundlage seiner Quote verpflichtet.

SUBSKRIPTIONEN

Die Quotenzeichnung eines Mitgliedslands bestimmt den Höchstbetrag an Finanzmitteln, den das Mitglied an den IWF bereitstellen muss. Mit dem Beitritt zum Fonds muss ein Mitglied seine Subskription in voller Höhe entrichten: bis zu 25 Prozent in SZR oder anderen, vom IWF festgelegten Währungen von Mitgliedsländern, der Rest in der Landeswährung des Mitglieds.

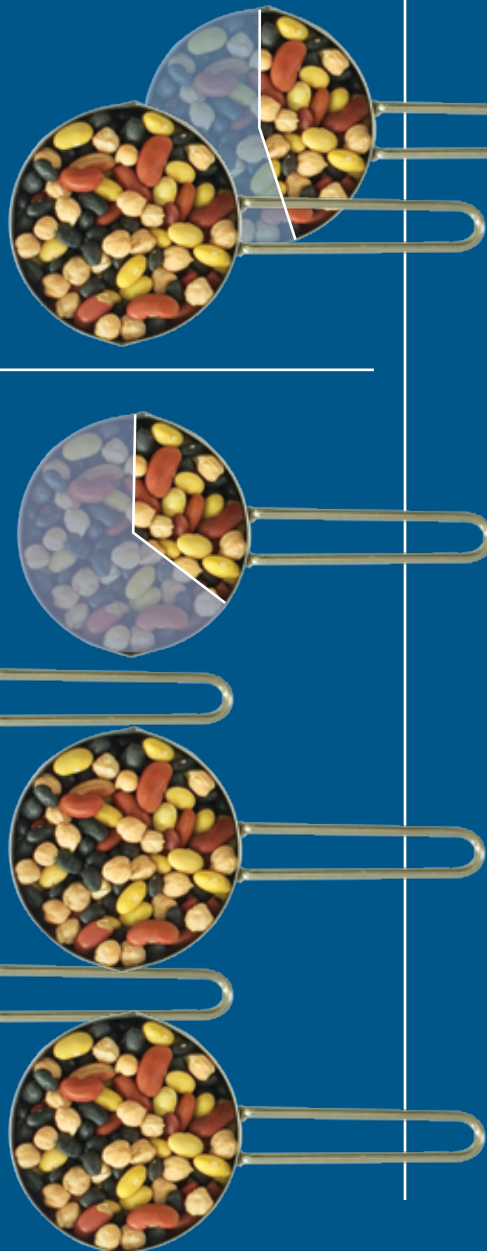


Jedes Mitglied erhält auf der Grundlage seiner Quote Zugang zu Finanzmitteln.

Die Summe der Finanzmittel, die ein Mitglied vom IWF bekommen kann (die sogenannte Zugangsgrenze), beruht auf dessen Quote. Bei bestimmten Krediten kann ein Mitglied zum Beispiel unter normalen Zugangsgrenzen bis zu 145 Prozent seiner Quote jährlich und kumulativ 435 Prozent seiner Quote entleihen. Ein „außergewöhnlicher Zugang“ oberhalb dieser Grenzen kann gewährt werden, wenn bestimmte risikomindernde Kriterien erfüllt sind.

Pro Jahr kann ein Mitglied bis zu **145 Prozent** seiner Quote entleihen

Kumulativ kann ein Mitglied bis zu **435 Prozent** seiner Quote entleihen



Das Stimmengewicht eines Mitglieds bei IWF-Entscheidungen wird größtenteils über seine Quote bestimmt.

STIMMENGEWICHT

Jedes Mitglied erhält den gleichen Anteil an sogenannten „Grundstimmen“ plus weitere Stimmen auf der Grundlage seiner Quote.



SZR-ZUTEILUNGEN

Quoten bestimmen auch, wie SZR den Ländern zugewiesen werden.

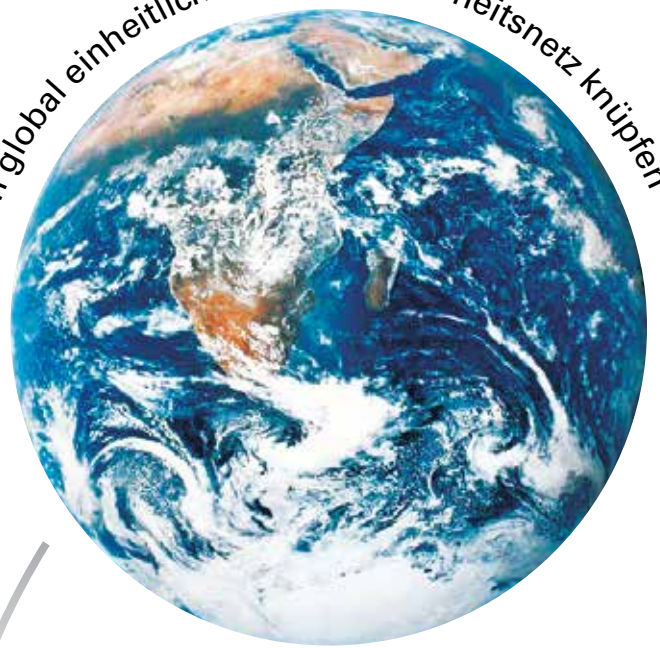
Während die internationale Gemeinschaft immer noch die Lehren aus der weltweiten Finanzkrise verarbeitet und darauf aufbaut, leitete der IWF einen Prozess ein, der das Wissen über die Herausforderungen für das internationale Währungssystem (International Monetary System, IMS) vertiefen soll. Dieser Prozess umfasst eine Prüfung, mit der die immer neuen Schwachstellen des Systems erkannt und das Fundament für Reformen geschaffen werden sollen, die zu mehr Widerstandskraft und langfristigem Wachstum führen.

Reform des internationalen Währungssystems

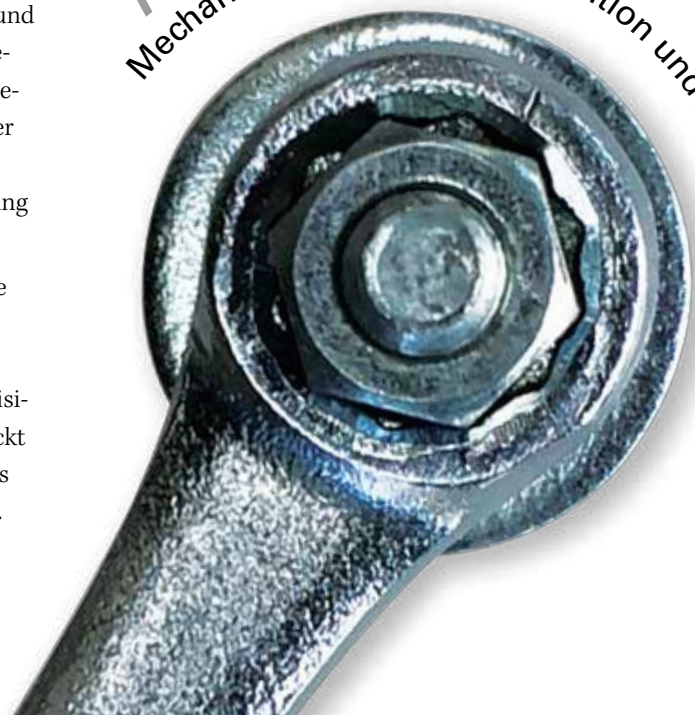
Aufbauend auf der letzten Prüfung von 2011 sieht die Arbeit zum IMS auch eine feinere Abstimmung der Rolle des IWF im Zentrum der Weltwirtschaft vor. Die aktuelle Prüfung begann mit einer Reihe von Papieren, die im März 2016 veröffentlicht wurden und die politische Diskussion innerhalb des Fonds und in anderen wichtigen internationalen Foren, wie der G20, beleben sollen. Die Papiere werden einen Leitfaden für verschiedene Projekte im Arbeitsprogramm des IWF bilden, darunter das globale Finanzsicherheitsnetz, die Größe des Fonds, die Rolle des SZR, die Fünfzehnte Allgemeine Quotenüberprüfung sowie Analyse von Kapitalflüssen.

Die IMS-Prüfung folgt auf verschiedene Fondsiniciativen, die Teil der Reformen waren, die aus der Krise resultierten, wie etwa die Einführung der integrierten Überwachung und die Stärkung der Überwachung des Finanzsektors, mit denen Risiken und Anfälligkeiten stärker in den Fokus des Fonds gerückt werden sollen, sowie die Ausweitung der Arbeit zu Spillovers und die Überarbeitung des Kreditvergabeinstrumentariums.

Ein global einheitliches Finanzsicherheitsnetz knüpfen



Mechanismen für Krisenprävention und Anpassung entwickeln



Die Bewertung des IMS verlangt jedoch, dass neue Herausforderungen berücksichtigt werden: Wie kann der Prozess der Globalisierung verbessert werden, damit alle Akteure der Weltwirtschaft davon profitieren, wie kann man die Neuausrichtung Chinas angehen, wie die Anpassung an die gesunkenen Rohstoffpreise und Unterschiede in Währungsbedingungen unter den größten Volkswirtschaften der Welt vornehmen? In einer Zeit, die weltweit von niedrigem Wachstum geprägt ist und in der Schwellen- und Entwicklungsländer ihre Finanzmärkte weiter integrieren und vertiefen, gilt es insbesondere, die mit Verbundenheit und Offenheit einhergehenden Risiken und Anfälligkeiten zu steuern.



Der Fonds bildet zwar den Kern des IMS, ist aber Teil eines größeren Systems, zu dem auch Zentralbanken und andere Standards setzende Organisationen gehören. Die Aufgabe des Fonds besteht darin, Analysen bereitzustellen und ein gemeinsames Verständnis herbeizuführen; seine Mitglieder sind dafür verantwortlich, die Reform voranzutreiben.

Ein weiterer Beitrag des Fonds zum internationalen Währungssystem ist seine Mitwirkung am globalen Finanzsicherheitsnetz, das auf drei Forderungen eingeht: Förderung besserer Politikgestaltung, Finanzierungsanpassung in einem vernünftigen Tempo und Versicherung für „unbeteiligte Zuschauer“, die Instabilität zu spüren bekommen könnten. Das Sicherheitsnetz verfügt über eine weitere Schicht in der Form von regionalen Finanzierungsvereinbarungen, wie die Chiang Mai Initiative, und der IWF bemüht sich um eine Intensivierung der Zusammenarbeit in dieser Richtung.

Der IWF nahm eine Bewertung des internationalen Währungssystems vor. Die erste Phase der Bewertung bildete eine Reihe von Analysen, die das Exekutivdirektorium im Rahmen formloser Sitzungen im März 2016 erörterte. Das erste Papier mit dem Titel „Strengthening the International Monetary System—A Stocktaking“ (Das internationale Währungssystem stärken – eine Bestandsaufnahme) untersucht strukturelle Verschiebungen, die die Notwendigkeit einer weiteren Stärkung des Systems unterstreichen. Es identifiziert mögliche Reformbereiche zur Unterstützung von Krisenpräventionsmaßnahmen und globalen Mechanismen für Anpassung, Zusammenarbeit und Bereitstellung von Liquidität.

In dem Papier werden drei Bereiche für mögliche Reformen umrissen:

- Mechanismen für Krisenprävention und Anpassung
- Regeln und Institutionen für eine engere globale Zusammenarbeit bei Problemstellungen und Politiken, die sich auf die Stabilität weltweit auswirken, sowie die
- Notwendigkeit, ein weltweit einheitliches Finanzsicherheitsnetz zu knüpfen.

Das zweite Papier „The Adequacy of the Global Financial Safety Net“ (Die Angemessenheit des globalen Finanzsicherheitsnetzes) enthält eine Bewertung der Stärken, Schwächen und Herausforderungen der Maßnahmenmatrix, die zur Stützung der Weltwirtschaft in Stresszeiten eingeführt wurde. Dazu gehören internationale Reserven, Swapvereinbarungen der Zentralbanken, regionale Finanzierungsvereinbarungen, IWF-Ressourcen und marktbasierende Instrumente.

Dem Papier zufolge ist das globale Finanzsicherheitsnetz heute weitaus größer und vielschichtiger als zuvor und wurde im Lauf der Zeit verbessert, vor allem im Hinblick auf die Überwachungsarbeit und die Regelwerke zur Kreditvergabe des IWF. Allerdings, so die Studie, besteht noch Spielraum für Verbesserungen am aktuellen Aufbau des Sicherheitsnetzes, um Vorhersehbarkeit, Zuverlässigkeit sowie die Schnelligkeit der Versicherungs- und Finanzierungsmechanismen gegenüber Schocks zu erhöhen und die richtigen Anreize für Länder zur Umsetzung solider makroökonomischer Politiken zu schaffen.

Am 30. November 2015 schloss das Exekutivdirektorium seine turnusmäßige fünfjährige Überprüfung des Währungskorbs ab, aus dem sich das SZR zusammensetzt. Nach dem Dafürhalten des Direktoriums erfüllt der chinesische Renminbi alle Kriterien für eine Aufnahme in den SZR-Korb und gilt mit Wirkung zum 1. Oktober 2016 als frei verwendbare Währung, die neben US-Dollar, Euro, japanischem Yen und Pfund Sterling als fünfte Währung in den SZR-Korb aufgenommen wird.

Chinesische Währung

jetzt im SZR-Korb vertreten

Die Bewertungsmethode für das SZR sieht alle fünf Jahre eine Überprüfung des SZR-Währungskorbs vor, es sei denn, zwischenzeitliche Entwicklungen rechtfertigen eine frühere Überprüfung. SZR-Überprüfungen bewerten die Auswahlkriterien für die Währungen, die Auswahl der Währungen, die Methodik der Gewichtung sowie die Zusammensetzung des SZR-Zinskorb im Hinblick darauf, das SZR als internationales Reserveaktivum attraktiver zu gestalten.

Nach der Sitzung des Exekutivdirektoriums, bei der die Aufnahme des Renminbi in den SZR-Korb gebilligt wurde, gab die Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde folgendes Statement ab:

Die Aufnahme des Renminbi in den SZR-Korb durch das Exekutivdirektorium ist eine wichtige Etappe auf dem Weg zur Integration der chinesischen Volkswirtschaft in das globale Finanzsystem. Sie ist auch eine Anerkennung der Fortschritte, die die chinesischen Behörden in den letzten Jahren bei der



Reform der Währungs- und Finanzsysteme Chinas erzielt haben. Die Fortführung und Vertiefung dieser Bemühungen wird zu einem robusteren internationalen Währungs- und Finanzsystem führen, was wiederum das Wachstum und die Stabilität Chinas und der Weltwirtschaft stützt.

In ihrer Entscheidung über die Aufnahme des Renminbi verwiesen die Exekutivdirektoren darauf, dass „die internationale Verwendung und der Handel des Renminbi seit der letzten Überprüfung über alle Prüfindikatoren hinweg erheblich zugenommen“ habe. Es herrschte Einvernehmen darüber, dass der Renminbi jetzt de facto als „weit verwendetes Zahlungsmittel für internationale Transaktionen“ und als „weithin gehandelte Währung auf den wichtigsten Devisenmärkten betrachtet werden kann“.

Der SZR-Zinssatz wird nach wie vor als gewichteter Durchschnitt der Zinsen auf kurzfristige Finanzinstrumente an den Märkten im Währungskorb des SZR festgesetzt.

Basiszinssätze 2010 und 2016

Basiszinssätze, die als repräsentative Zinssätze für die am 1. Oktober 2016 im Korb vertretenen fünf Währungen verwendet werden (wenn die Aufnahme des Renminbi in das SZR wirksam wird):

- US-Dollar: Markttrendite auf US-amerikanische T-Bills mit dreimonatiger Laufzeit
- Euro: dreimonatige Euro-Rendite (Dreimonats-Kassakurs für Staatsanleihen von Zentralregierungen des Euroraums mit einem Rating von AA und darüber gemäß Veröffentlichung der Europäischen Zentralbank)
- Pfund Sterling: Markttrendite auf britische Schatzwechsel mit dreimonatiger Laufzeit
- Japanischer Yen: Verzinsung der japanischen T-Bills mit dreimonatiger Laufzeit
- Renminbi: dreimonatiger Basiszins für chinesische Schatzanleihen (gemäß Veröffentlichung der China Central Depository & Clearing Co., Ltd.)

Basiszinssätze, die bei der Überprüfung 2010 als repräsentative Zinssätze für die vier Währungen gewählt wurden:

- US-Dollar: Markttrendite auf US-amerikanische T-Bills mit dreimonatiger Laufzeit
- Euro: dreimonatiger Eurepo-Satz
- Japanischer Yen: Verzinsung der japanischen T-Bills mit dreimonatiger Laufzeit
- Pfund Sterling: Markttrendite auf britische Schatzwechsel mit dreimonatiger Laufzeit

INFO

Kasten 1.3: Wie sind die Währungen im SZR-Korb gewichtet?

Die fünf Währungen im neuen SZR-Korb werden mit Wirkung zum 1. Oktober 2016 auf der Grundlage der vom IWF-Exekutivdirektorium verabschiedeten Formel wie folgt gewichtet:

Schaubild 1.1
Gewichtung der Währungen im SZR-Korb per 1. Oktober 2016

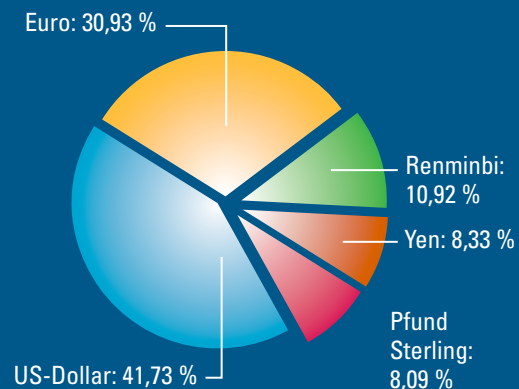
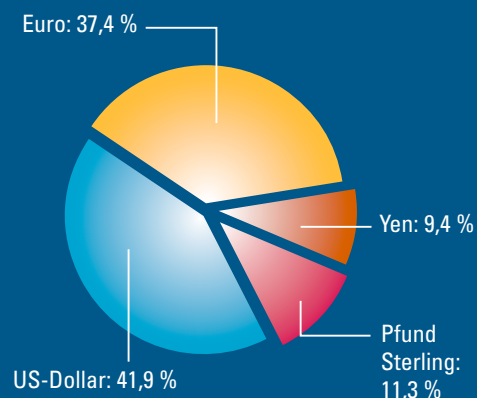


Schaubild 1.2
Gewichtung im SZR-Korb, 2010



Neue Töne

Ein afrikanisches Sprichwort lautet: „Wenn die Musik wechselt, ändert sich auch der Tanz.“ Dieses Jahr haben wir die Gelegenheit, einen neuen Ansatz zu verfolgen – die Musik zu wechseln – und alle Länder auf einen soliden Weg zu nachhaltigem und inklusivem Wachstum zu führen.

– Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde in einer Ansprache am 8. Juli 2015 an der Brookings Institution.



2015 war das **Jahr der Entwicklung**, und so konzentrierte sich die internationale Gemeinschaft auf den Aufbau einer globalen Partnerschaft, die es einkommensschwachen Entwicklungsländern

ermöglichen soll, das Fundament für inklusives und nachhaltiges Wachstum in den kommenden Jahrzehnten zu legen. Im Zentrum der Bestrebungen liegen die **nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs)**, die von den Vereinten Nationen (UN) im September 2015 verabschiedet wurden und ein breites Spektrum an Zielvorgaben für Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt abdecken. Die SDGs ersetzen die Millenniums-Entwicklungsziele, eine Reihe von Zielvorgaben für den Zeitraum von 2000 bis 2015, die vorrangig die Halbierung der Armut weltweit und die Verbesserung von Entwicklungsindikatoren zu Gesundheit und Bildung anstrebten. Die Herausforderung für Geberländer und internationale Finanzinstitute besteht jetzt darin, diese Ziele zu verwirklichen.

Der IWF präsentierte in diesem Zusammenhang ein Zusagepaket auf der Dritten Internationalen Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung, die im Juli 2015 in Addis

Abeba, Äthiopien, stattfand. Die Maßnahmen wurden in zwei Politikpapieren dargelegt, die das Exekutivdirektorium am 1. Juli und am 6. Juli erörterte. Das Direktorium billigte einen umfassenden Ansatz, der mehr Finanzhilfe und intensivere Politikberatung, technische Hilfe und Kapazitätsentwicklung vorsieht. Die Zusagen des Fonds wurden in der Rede der Geschäftsführenden Direktorin Christine Lagarde an der Brookings Institution umrissen.



Bessere
Finanzhilfe



Kapazitäts-
entwicklung

Das Engagement des Fonds für die internationale Gemeinschaft geht über die Mittelvergabe hinaus und spiegelt damit die Tatsache wider, dass die SDGs sich mit einem breiten Spektrum an Themen im Kern des IWF-Mandats befassen. Hierzu gehören die Mobilisierung inländischer Einnahmen, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit von Ausgaben, das Anwerben und Verwalten von Kapitalflüssen, die Ausweitung öffentlicher Investitionen sowie Problemstellungen der internationalen Politik, wie die Wahrung der globalen Finanzstabilität und internationale Kooperation in Steuerfragen. Viele dieser Themen wurden im September 2015 erörtert, als die Mitglieder der Vereinten Nationen in New York zusammenkamen, um die SDGs aufzustellen, und in einer Stabsgesprächsnotiz zu dieser Zusammenkunft herausgestellt. Der IWF widmet bereits ein Fünftel seiner Kapazitätsentwicklungsausgaben der Unterstützung zu Steuerpolitik und Steuerverwaltung, und im Zuge der neuen Maßnahmen sind weitere Mittel hierfür vorgesehen (*Kasten 1.4 zu den Zusagen des IWF, Seite 19*).



Klimawandel ist untrennbar mit nachhaltiger Entwicklung verknüpft, weil die ärmsten Menschen der Welt am stärksten von den Problemen betroffen sind,

die sich aus den zunehmenden, vom Menschen verursachten Umweltauswirkungen ergeben. Eine dritte internationale Konferenz zu diesen Themen fand im Dezember 2015 in Paris statt. Sie mündete in eine Grundsatzvereinbarung, die ein Regelwerk für sinnvolle Fortschritte bei der Bekämpfung des Klimawandels bildet. Die fiskalischen, makroökonomischen und finanziellen Folgen des Klimawandels wurden in einer damals angelegten Stabsgesprächsnotiz festgehalten.

Der IWF plant zudem die Unterstützung von Ländern bei der effizienteren und nachhaltigeren Bewältigung großer Infrastrukturlücken; er gewährt dazu Beratung und technische Hilfe in wichtigen Bereichen der Verwaltung öffentlicher Investitionen, die für wirkungsvolle Infrastrukturausgaben notwendig sind. Der IWF wird seine Analyse der Beziehungen zwischen öffentlichen Investitionen, Wachstum und Schuldenragfähigkeit vertiefen, um das angemessene Tempo für die Intensivierung der Infrastrukturausgaben zu ermitteln.

Die ersten Schritte in Richtung inklusive und nachhaltige Entwicklung wurden 2015 unternommen. Die Herausforderung besteht nun darin, diese Arbeit auch in Zukunft fortzusetzen.

Stärkere Politikberatung



Fragile Staaten im Fokus



Mobilisierung staatlicher Einnünfte



Finanzhilfe für die Prioritäten der Entwicklungspolitik

Anfang 2016 nahm der Fonds anlässlich einer UN-Tagung eine Bewertung der ersten Fortschritte bei der Finanzhilfe für Entwicklung vor. Es wurden vier Prioritäten ausgemacht:

- Jedes Land muss als Vorreiter an der Schaffung der Wirtschafts- und Finanzstabilität mitwirken, die als Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung gilt; diese Bemühungen müssen jedoch durch internationale Zusammenarbeit unterstützt werden.
- Engere internationale Kooperation in Steuerfragen ist entscheidend, um eine stärkere Mobilisierung von Ressourcen sicherzustellen, insbesondere um die Verlagerung von Gewinnen an Orte mit niedriger Besteuerung einzugrenzen. Der IWF hat eine Erhöhung seiner technischen Hilfe zu Steuerpolitik und -verwaltung zugesagt.
- Um insgesamt stärkeres Wirtschaftswachstum zu erreichen, muss der Fokus auf inklusives Wachstum gerichtet werden. Das bedeutet zum Beispiel bessere Bildungsmöglichkeiten für Mädchen und Abbau von Fehlanreizen und Hürden für die Beschäftigung von Frauen in Steuer- und Sozialleistungssystemen.
- Länder müssen der Energiebesteuerung mehr Nachdruck verleihen und weniger auf Energiesubventionen setzen. Laut Fondsanalysen betragen die Subventionen weltweit 5,3 Billionen US\$ bzw. 6,5 Prozent des globalen BIP. Die Senkung dieser Ausgaben setzt Mittel für produktivere Zwecke frei, auch in Entwicklungsländern.

Myanmar: Steuerreformen für inklusives Wachstum

Nach 50 Jahren relativer Isolation sah sich Myanmar der Herausforderung gegenüber, sein Steuersystem an die Anforderungen eines offeneren und dynamischeren Wirtschaftsumfelds anzupassen und Einkünfte zur Finanzierung überfälliger Struktur- und Sozialreformen zu mobilisieren. 2012 betrug das Verhältnis von Steuern zu BIP des Landes weniger als 7 Prozent, eines der niedrigsten der Welt, und der Staat suchte nach einer Möglichkeit zur gerechten, vernünftigen und transparenten Erhöhung seiner Steuereinkünfte.

Der IWF half bei der Ausgestaltung einer Reformstrategie mit der Unterstützung eines Multi-Partner-Treuhandfonds, des thematischen Treuhandfonds für Steuerpolitik und -verwaltung. Hauptziel der Reform ist die Stärkung der institutionellen Kapazität der Steuerverwaltung in Myanmar sowie die Vorbereitung von Regierung wie Privatwirtschaft auf längerfristige Steuerreformen. Angestrebt werden mit dem Vorhaben eine breitere Steuerbasis sowie bessere Compliance.

Von einer sehr niedrigen Ausgangsbasis aus erzielte Myanmar

Fortschritte:



Seit 2012 stiegen die Einkünfte aus wichtigen Steuern im Durchschnitt um mehr als 20 Prozent jährlich.



Die Steuer-Compliance großer Steuerzahler im Hinblick auf Anmeldung, pünktliche Abgabe der Steuererklärungen und Zahlung nähert sich der international bewährten Praxis an.



Es wurden Reformen der Steuerpolitik, die auf die Erweiterung der indirekten Steuerbasis abzielen, auf den Weg gebracht, und das Steuerministerium ist besser aufgestellt, um eine Überprüfung der direkten Steuerbasis anzugehen.

Eine wichtige Aufgabe der Reformbemühung ist es, das Verständnis der Öffentlichkeit für die Rolle, die Besteuerung für die Finanzierung unverzichtbarer Gemeingüter und öffentlicher Dienstleistungen spielt, zu vertiefen und dafür zu sorgen, dass die Entrichtung von Steuern als Merkmal eines funktionierenden, modernen Staates angesehen wird. Myanmar braucht über viele Jahre weitreichende Unterstützung auf seinem Weg zu inklusivem Wachstum, aber erste Ergebnisse sehen vielversprechend aus.

Widerstandskraft kleiner Staaten gegenüber Naturkatastrophen und Klimawandel

In Zeiten des **Klimawandels** gehören kleine Inselstaaten im Pazifik und in der Karibik zu den Ländern, die besonders anfällig für Naturkatastrophen wie Wirbelstürme, Tsunamis und Überschwemmungen sind. Der Klimawandel selbst bedroht den Fortbestand einiger Pazifikinseln.

Die laufende Arbeit des IWF mit Kleinststaaten umfasst eine Reihe makroökonomischer und verwandter Politikfragen; angesichts der zunehmenden Naturkatastrophen in Kleinststaaten in den letzten Jahren verlagerte sich die Arbeit auf Maßnahmen, die auf die Stärkung der politischen Reaktion auf Naturkatastrophen und Klimawandel abzielen.

Bisher wurden Analysen für jedes Land einzeln durchgeführt, aber im Juni 2015 veröffentlichte der Stab die erste länderübergreifende Studie, die die Auswirkungen von Naturkatastrophen quantifiziert: Das IWF-Arbeitspapier trägt den Titel „Enhancing Macroeconomic Resilience to Natural Disasters and Climate Change in the Small States of the Pacific“ (Stärkung der makroökonomischen Widerstandskraft gegenüber Naturkatastrophen und Klimawandel in kleinen Pazifikstaaten).

Die Autoren des Papiers kamen zu dem Schluss, dass die Bewertung der voraussichtlichen fiskalischen Kosten und der Wachstumsfolgen von Naturkatastrophen maßgeblich für die

Evaluierung der langfristigen Perspektiven der Inselstaaten im Pazifik sei. Die Aufnahme von Schätzungen in das makroökonomische Regelwerk vor einem Ereignis könne das Risikomanagement eines Landes bei Eintritt der Naturkatastrophen verbessern helfen und damit auch die Kompetenz im Umgang damit, so die Autoren.

Werden diese voraussichtlichen Kosten in die Schuldentragfähigkeitsanalyse eines jeden Landes integriert, könnte man das Ausmaß der benötigten Haushalts- und Finanzpuffer und anderer Finanzquellen leichter bestimmen. Mit diesem Prozess kann auch der verfügbare fiskalische Spielraum für den Aufbau von Infrastruktur ermittelt werden, um Naturkatastrophen und Klimawandel anzugehen. Mit diesen Schritten könnte die Politikberatung durch den IWF besser auf die jeweiligen Bedürfnisse eines Landes zugeschnitten werden.

Der Studie soll im GJ 2017 ein Politikpapier zum selben Thema folgen; das Papier wird bewerten, wie der Fonds Wachstum und Widerstandskraft in kleinen Karibik- und Pazifikstaaten am besten unterstützen bzw. fördern kann.

Im Mai 2015 wurde der Stabsbericht „Macroeconomic Developments and Selected Issues in Small Developing States“ (Makroökonomische Entwicklungen und ausgewählte Fragestellungen in kleinen Entwicklungsländern) veröffentlicht. In dem Papier wurde die Analyse aus mehreren früheren Papieren zu Kleinststaaten fortgeführt und im Geschäftsjahr 2015 wurde es vom Exekutivdirektorium im Rahmen einer informellen Sitzung besprochen.

INFO

Kasten 1.4: Die Zusagen des IWF für Finanzhilfe in Entwicklungsfragen

Die zentralen Finanzierungszusagen des IWF unter der Finanzhilfe für Entwicklung, die im Juli 2015 bekannt gegeben wurden, umfassen drei Kernelemente:

- Anspruchsberechtigte Länder mit niedrigem Einkommen erhalten mehr Geld, indem der Zugang zu den konzessionären Fazilitäten um 50 Prozent erweitert wird – diese Zusage erhielt im GJ 2016 zusätzliche Bedeutung, da langsames Wachstum in Schwellenmärkten und sinkende Rohstoffpreise neuen Druck auf viele Entwicklungsländer ausübten.

- Konzessionäre Finanzhilfe wird verstärkt zu den ärmsten und anfälligsten Ländern gelenkt.
- Ein Nullzinssatz für Darlehen unter der Schnellen Kreditfazilität, die jene Länder unterstützen soll, die von Naturkatastrophen betroffen oder fragil sind bzw. sich in der Konfliktfolgezeit befinden.

Der IWF unterstützt die Finanzhilfe für Entwicklung auch durch seine kapazitätsbildenden Maßnahmen.

Die verstärkte Mobilisierung inländischer Einnahmen ist ein Kernbereich, in dem die Fachkenntnis des IWF – und die Unterstützung seiner Partner – den Mitgliedsländern bei der Verwirklichung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen helfen soll.

Peru

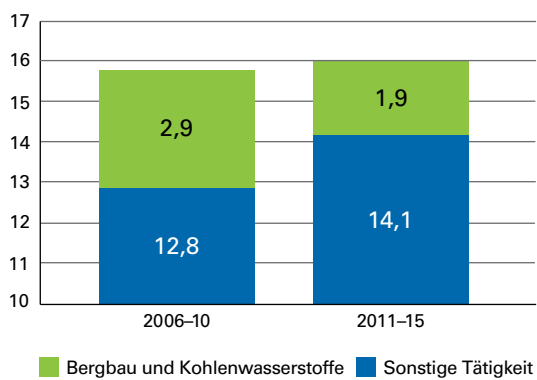
Seit Oktober 2011 leistet der IWF – mit Unterstützung des Schweizer Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) – der peruanischen Steuerbehörde technische Hilfe, die der stärkeren Mobilisierung von Einnahmen dient.

Die Kernarbeit des Projekts konzentriert sich auf die Vertiefung der Compliance aufseiten der Steuerzahler. Das Projekt wurde in der Zoll- und Steuerverwaltungsbehörde (SUNAT) ausgearbeitet und umfasste die Implementierung eines risikobasierten Audit-Systems für jedes Steuerzahlersegment und eine integrierte Steuerzahler-Leistungsbilanz, die Zentralisierung der Systeme für die Prüfung der Steuer- und Zollarbeit sowie die Stärkung der Koordination zwischen unterschiedlichen Ebenen der Behörde.

Im Lauf von 2015 bestritt das SECO-finanzierte Programm zwei IWF-Missionen und drei kurzfristige Entsendungen von Experten. Eine Begutachtung ergab, dass die Ziele erreicht wurden: einerseits ein signifikanter Anstieg der Steuereinnahmen (*Schaubild 1.3*) und andererseits ein beträchtliches Schrumpfen der Mehrwertsteuer-Compliancelücke (*Schaubild 1.4*).

Schaubild 1.3

Peru: Steuerlast über 5 Jahre
(Steuereinnahmen als Prozentsatz des BIP)



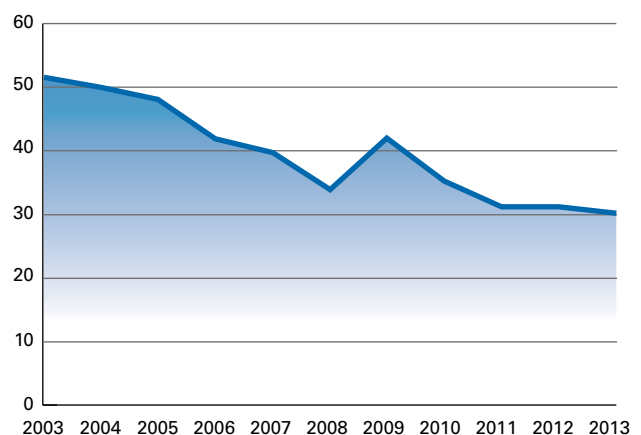
Kapazitätsentwicklung

Reformen der Steuerpolitik und -verwaltung



Schaubild 1.4

Peru: MwSt-Lücke 2003-13
(% der potenziellen MwSt-Einkünfte)



Mauretanien

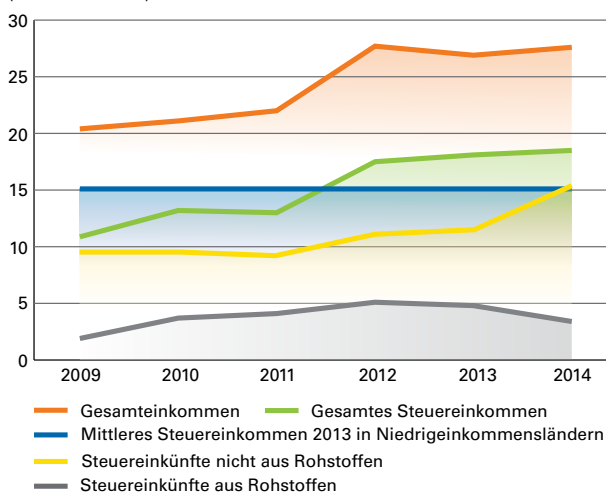
Mauretanien verzeichnete in den letzten Jahren einen erheblichen Anstieg seiner Steuereinnahmen, die jetzt weit über dem Mittelwert von einkommensschwachen Ländern liegen. Von 2009 bis 2014 stiegen die Gesamteinnahmen von 20,4 Prozent auf 27,6 Prozent des BIP und die Summe der Steuereinnahmen stieg von 11,5 Prozent auf 18,5 Prozent des BIP (Schaubild 1.5). Der Boom im Bergbau beflügelte zwar das Wirtschaftswachstum, doch der Nicht-Ressourcensektor des Landes trug am meisten zu dieser beachtlichen Verbesserung bei.

Der Anstieg kann zum Teil auf eine Reihe von Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbesserung des Steuersystems zurückgeführt werden, die auf der mehrjährigen technischen Hilfe des IWF basieren. Das Hilfsprogramm wurde von zwei thematischen Fonds des IWF – zur Steuerpolitik und -verwaltung sowie zur Verwaltung des Reichtums an natürlichen Ressourcen – unterstützt.

Schaubild 1.5

Mauretanien: Staatliche Einkünfte aus Rohstoffen und anderen Quellen

(Prozent des BIP)



Quelle: Weltwirtschaftsausblick.



Kosovo

Als Land in der Konfliktfolgezeit sah sich Kosovo bei seinem Beitritt zum Fonds 2009 gewaltigen Hindernissen gegenüber, was die Gewährleistung adäquater öffentlicher Einnahmen zur Finanzierung von Serviceleistungen betraf. Die Steuer-Compliance musste besser werden. Regierungsinstitutionen waren neu und die wirtschaftliche Lage war schwierig.

Seit 2010 verwaltet der IWF mit Mitteln der Schweizer Entwicklungsagentur SECO für Kosovo ein Projekt zur Modernisierung der Steuerverwaltung. Dank dieses Projekts konnte die Steuerbehörde von Kosovo (StK) ihre Verwaltung und Organisation wesentlich verbessern.

Der Ansatz der StK in Bezug auf Steuer-Compliance gilt heute als beste Praxis in der Region. Die Verteilung der operativen Mittel der StK erfolgt seit 2012 durch Ausrichtung der Verwaltungstätigkeit auf spezielle Steuerrisiken. Man will dadurch die größte Wirkung auf das Verhalten der Steuerzahler und maximale Verwaltungseffizienz erreichen. Es wurde ein starkes Überwachungssystem eingerichtet.

Mehr Gerechtigkeit zählte ebenfalls zu den Prioritäten. Die StK unternahm Schritte, um das Vertrauen der Steuerzahler zu gewinnen und die Zusammenarbeit mit ihnen zu vertiefen. Infolge dieser Maßnahmen sind die Steuereinnahmen stark gestiegen: 2015 lagen sie um 8,5 Prozent über dem Vorjahresniveau, und das Verhältnis von Steuern zu BIP verbesserte sich von 20,3 Prozent im Jahr 2009 auf 22,2 Prozent im Jahr 2015.

Sonderbericht

Die Vertreibung großer Teile der Bevölkerung in Syrien und anderen Ländern, die von internen Konflikten gebeutelt werden, stellt eine **humanitäre Krise** dar, deren unmittelbare wirtschaftliche Folgen im gesamten **Nahen Osten** und **Europa** sowie darüber hinaus zu spüren sind. Für den IWF bedeuteten die wirtschaftlichen Auswirkungen auf so viele Mitgliedsländer eine Herausforderung auf mehreren Gebieten. An der Frühjahrstagung im April 2016 forderte der Internationale Währungs- und Finanzausschuss den Fonds auf, im Rahmen seines Mandats auf Beiträge zur Steuerung der Übertragungswirkungen „großer Flüchtlingsströme“ vorbereitet zu sein. Im GJ 2016 bestand der erste Schritt darin, ein genaueres Verständnis vom Ausmaß der wirtschaftlichen Herausforderungen im Nahen Osten wie in Europa zu gewinnen.



DIE WIRTSCHAFTLICHEN FOLGEN VON KONFLIKTEN UND DAS ANSCHWELLEN DES FLÜCHTLINGSSTROMS

Naher Osten, Nordafrika, Afghanistan und Pakistan und die Rolle des Fonds

Die Intensität der Konflikte in der Region Naher Osten, Nordafrika, Afghanistan und Pakistan (MENAP) nimmt zu. Nach einem Abflauen in den 1990er-Jahren stiegen Ausmaß und Heftigkeit der Konflikte Anfang des neuen Jahrtausends wieder an. Die Konflikte sind zunehmend intern und betreffen daher die Zivilbevölkerung, insbesondere aufgrund der wachsenden Rolle gewalttätiger, nichtstaatlicher Akteure, wie des Islamischen Staats im Irak und der Levante (ISIL). Die humanitären Kosten sind immens. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen gab es allein im Syrienkonflikt bisher mehr als 250.000 Tote und mehr als 1 Million Verletzte. Millionen sind wegen Konflikten auf der Flucht: 19,3 Millionen Menschen in der Region mussten ihre Heimatorte verlassen und 9,3 Millionen Bürger aus MENAP-Staaten (ohne Palästinenserflüchtlinge) waren Mitte 2015 als Flüchtlinge beim Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge registriert (*Schaubilder 1.6–1.8*).

Die Konflikte zeitigen beängstigende wirtschaftliche Auswirkungen auf die direkt betroffenen Länder und ihre Nachbarn. Das BIP Syriens beträgt heute weniger als die Hälfte des Vorkriegsniveaus, und das reale Pro-Kopf-BIP in Jemen ist seit 2010 schätzungsweise um mehr als 40 Prozent geschrumpft. Der Weltbank zufolge drückte der Syrienkonflikt das reale BIP-Wachstum im Libanon seit seinem Beginn jedes Jahr um annähernd 3 Prozentpunkte.

Konflikte wirken sich über mehrere Kanäle auf die Wirtschaftstätigkeit aus. Sie senken den Bestand an Human- und physischem Kapital durch Verluste, die massive Vertreibung von Menschen und die Zerstörung von Infrastruktur, Gebäuden und Fabriken. Sie unterbrechen Produktions- und Handelswege. Sie schaffen Unsicherheit und untergraben das Vertrauen. Die Schwächung der Institutionen und gesunkene Bestände an Human- und physischem Kapital führen dann zu einem Rückgang des Wachstumspotenzials. Am stärksten betroffen sind arme und gefährdete Menschen, weil der von Konflikten erzeugte Druck auf das Haushaltsbudget (zum Beispiel wegen erhöhter Ausgaben für Sicherheit und Militär oder – in den Nachbarländern – für die Aufnahme von Flüchtlingen) Sozialausgaben verdrängt oder die Qualität öffentlicher Leistungen mindert.

Der IWF spielt eine konstruktive Rolle bei der Abfederung von Konfliktfolgen, insbesondere in Nachbarländern. Er trägt zur Wahrung der makroökonomischen Stabilität bei und unterstützt internationale Bemühungen, Mittel für Länder aufzutreiben, die eine große Anzahl an Flüchtlingen aufnehmen, wie etwa Jordanien.



Langfristig gesehen werden Politikberatung zum Umgang mit den wirtschaftlichen Folgen von Konflikten, beträchtliche Finanzhilfen und Kapazitätsentwicklung entscheidend sein, um einen makroökonomischen Kollaps zu verhindern und schnellere Erholung und inklusives Wachstum in der Konfliktfolgezeit zu unterstützen. Gerade die regionalen Anker des Fonds für Kapazitätsentwicklung (das Regionale Zentrum für technische Hilfe und das Zentrum für Volkswirtschaft und Finanzen im Nahen Osten) besitzen die Erfahrung und Fachkenntnis, um Ländern bei der Umsetzung der Reformmaßnahmen zu helfen, die zum Abbau struktureller Hindernisse und zur Verwirklichung von mehr und inklusiverem Wachstum notwendig sind.

Europa

Der plötzliche Anstieg von Asylbewerbern in Europa während des GJ 2016 führte zu einer Reihe von Problemstellungen für die Wirtschaft, Sicherheit, Politik und Gesellschaft. Der Ansturm von Asylbewerbern legte Schwachstellen in der gemeinsamen Asylpolitik Europas bloß und warf die Frage auf, ob die Europäische Union in der Lage sei, Neuankömmlinge schnell zu integrieren. Der Fonds behandelte die wirtschaftlichen Fragen in einer Stabsgesprächsnotiz vom Februar 2016 mit dem Titel „The Refugee Surge in Europe: Economic Challenges“ (Die Flüchtlingswelle in Europa: wirtschaftliche Herausforderungen).

Der Notiz zufolge wird sich die Flüchtlingswelle makroökonomisch gesehen wahrscheinlich in einem bescheidenen Anstieg des BIP-Wachstums niederschlagen. Dies ist auf die Haushaltsausdehnung zurückzuführen, die mit der Unterstützung der Asylbewerber einhergeht, sowie das vermehrte Angebot an Arbeitskräften, wenn die Neuankömmlinge in den Arbeitsmarkt einsteigen. Dieser Effekt wird sich voraussichtlich auf die wichtigsten Zielländer (Österreich, Deutschland und Schweden) konzentrieren.

Die Auswirkung der Flüchtlinge auf das mittel- und langfristige Wachstum hängt von ihrer Integration in den Arbeitsmarkt ab. Internationale Erfahrungen mit Wirtschaftsimmigration legen nahe, dass Migranten geringere Beschäftigungszahlen und Löhne aufweisen als die Bürger der Zielländer, diese Unterschiede im Lauf der Zeit aber abnehmen. Langsame Integration deutet hin auf Faktoren wie das Fehlen von Sprachkenntnissen und übertragbaren Qualifikationen sowie Hürden bei der Arbeitssuche.

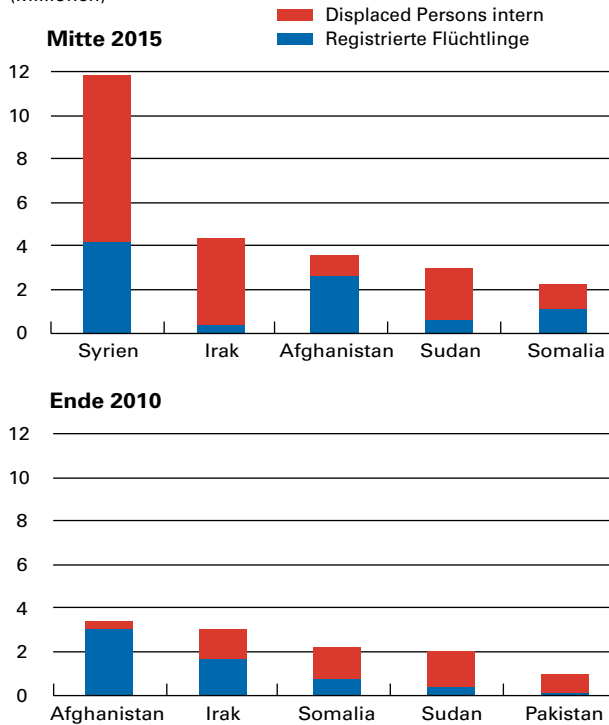
Für Asylbewerber spielen die rechtlichen Arbeitsbeschränkungen während des Asylverfahrens ebenfalls eine Rolle. Faktoren, die es allen gering qualifizierten Arbeitern erschweren, Arbeit zu bekommen – wie hohe Einstiegsgehälter und andere starre Regeln des Arbeitsmarkts –, können ebenfalls wichtig sein, genauso wie „Wohlfahrtsfallen“, die durch das Wechselspiel von Sozialleistungen und Steuersystemen entstehen.

Es gibt jedoch politische Maßnahmen, die den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern können: Einschränkungen zur Arbeitsaufnahme während des Asylverfahrens sollten minimiert und aktive Arbeitsmarktmaßnahmen, die sich gezielt an Flüchtlinge richten, gestärkt werden. Lohnsubventionen an private Arbeitgeber erweisen sich oft als wirksam, um die Beschäftigung von Zuwanderern zu erhöhen; alternativ dazu könnten auch vorübergehende Ausnahmen zu Mindest- oder Einstiegsgehältern in Betracht gezogen werden. Initiativen, die den Weg in die Selbständigkeit ebnen (einschließlich Zugang zu Krediten) und die Anerkennung von Qualifikationen vereinfachen, könnten den Flüchtlingen ebenfalls zum Erfolg verhelfen.

Schaubild 1.6

Wichtigste Herkunftsregionen von Displaced Persons in MENAP

(Millionen)



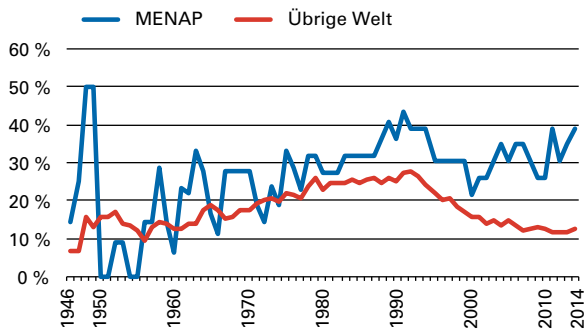
Quellen: Statistische Bevölkerungsdatenbank des UNHCR und Trends zur Jahresmitte 2015; Berechnungen des IWF-Stabes. Hinweis: Gesamtwerte einschließlich Menschen in flüchtlingsähnlicher und IDP-ähnlicher Lage.



Schaubild 1.7

Häufigkeit von Konflikten nach Region

(Anteil der von Konflikten betroffenen Länder, nach Jahren)



Quellen: Center for Systemic Peace; Berechnungen des IWF-Stabes.

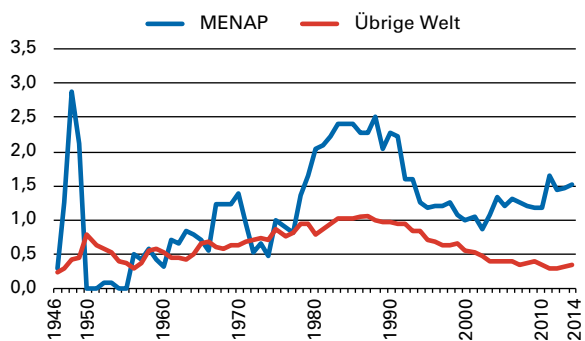


(Oben) Ein Besuch im jordanischen Flüchtlingslager Zaatari im Mai 2014.

Schaubild 1.8

Durchschnittliche Intensität der Konflikte nach Region

(0 = kein Konflikt, 14 = extremer Konflikt)



Quellen: Center for Systemic Peace; Berechnungen des IWF-Stabes.



Die Auswirkung niedrigerer Ölpreise auf die Ölproduzenten im Nahen Osten

Viele ölproduzierende Länder im Nahen Osten erfreuten sich von 2004 bis 2014 rapiden Wirtschaftswachstums, das von den steigenden Ölpreisen getragen wurde. Seit Mitte 2014 sind diese Ölpreise um mehr als 70 Prozent gefallen und werden voraussichtlich noch eine Zeit lang niedrig bleiben, sodass sich diese Länder einem außergewöhnlich schwierigen Umfeld gegenübersehen. Andere Faktoren wie regionale Konflikte und schleppende globale Wachstumsaussichten trüben ihrerseits den Ausblick. Wie die Ölproduzenten in der Region sich am besten an das neue Preiseumfeld für Öl anpassen könnten, war am 2. März 2016 Thema eines Briefings des IWF-Stabes an das Exekutivdirektorium.

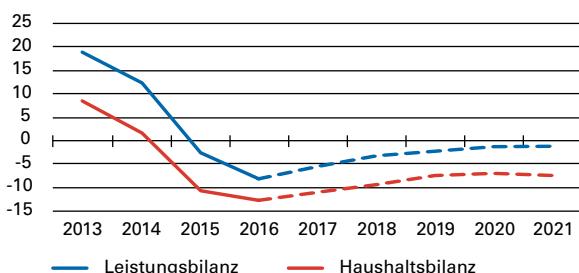
Das Absacken der Ölpreise führte in den ölproduzierenden Ländern der Region zu beträchtlichen außenwirtschaftlichen und fiskalischen Verlusten (*Schaubild 1.9*). Die Einkünfte aus dem Ölexport der Länder im Kooperationsrat der arabischen Golfstaaten (GCC) und in Algerien schwanden 2015 beispielsweise um annähernd 315 Mrd. US\$. Für dieses Jahr wird ein weiterer Rückgang um 130 Mrd. US\$ erwartet, sodass sich die Außenwirtschaftsbilanzen gegenüber 2013 voraussichtlich um rund 27 Prozent des BIP verschlechtern werden. Diesen Verlusten entspricht der für 2016 projizierte Rückgang der Haushaltssalden um rund 21 Prozent des BIP gegenüber 2013.

Die anfänglichen Reaktionen der Politik beschränkten sich in erster Linie auf die Nutzung von Reserven. Darauf folgten in der zweiten Hälfte 2015 einschneidende Maßnahmen zum Abbau des Defizits, und die Haushaltspläne für dieses Jahr legen nahe, dass die politischen Bemühungen zunehmen. Die Anpassung konzentrierte sich auf die Senkung öffentlicher Ausgaben, drückten doch mehrere Länder ihre Kapitalausgaben, die in Zeiten hoher Ölpreise boomten. Viele Länder begannen auch mit spürbaren Reformen ihrer Energiepreise, wie etwa die Erhöhung der Versorgungspreise, und einige Länder führten automatische Preissetzungsmechanismen ein. Eine Anzahl von Ländern zieht auch neue Einkommensquellen in Betracht, und so plant etwa der GCC in den kommenden Jahren die Einführung einer Mehrwertsteuer.

Während sich die Auswirkungen niedrigerer Ölpreise in einer strafferen Haushaltspolitik bemerkbar machen, wird sich 2016 das Wachstum der Ölproduzenten in der Region erheblich verlangsamen und auch in den kommenden Jahren kraftlos bleiben (*Schaubild 1.10*). Angesichts dieses Szenarios wird ein Abbau der Ölabhängigkeit immer dringender. Ein Wachstumsmodell, das auf der kontinuierlichen Expansion von staatlichen Ausgaben und Beschäftigung basiert, ist nicht mehr haltbar. Die Politik ist daher gefordert, mit Maßnahmen die Rolle des Privatsektors bei der Schaffung dringend benötigter Arbeitsplätze und Stützung langfristigen Wachstums zu fördern, um der rasch zunehmenden Zahl an Erwerbstätigen Chancen bieten zu können.

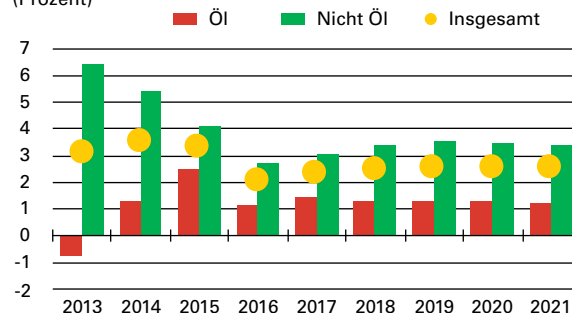


Schaubild 1.9
Ölproduzierende Länder, Leistungsbilanzsalden und Haushaltsbilanzen
(Prozent des BIP)



Quellen: Länderbehörden und Berechnungen des IWF-Stabes.
Hinweis: Gesamtwerte einschließlich GCC-Staaten und Algerien.

Schaubild 1.10
Ölproduzierende Länder, reales BIP-Wachstum
(Prozent)



Quellen: Länderbehörden und Berechnungen des IWF-Stabes.
Hinweis: Gesamtwerte einschließlich GCC-Staaten und Algerien.

Tschechische Republik: Solide Politik für starke Fundamentaldaten

Umsichtige Haushalts-, Währungs- und Finanzpolitik halfen der Tschechischen Republik, die kreditfinanzierten Nachfragebooms im Inland zu vermeiden, die die meisten mittel- und ost-europäischen Länder in die weltweite Finanzkrise stürzten. Aber auch die tschechische Wirtschaft blieb nicht von der Krise verschont und glitt erneut in die Rezession ab. Die jährlichen Wirtschaftsprüfungen und die Politikberatung des IWF waren für das Land hilfreich: akkommodierende Fiskal- und Geldpolitik – gemäß den Ratschlägen des IWF – sowie ein günstiges externes Umfeld halfen der Wirtschaft, die Rezession 2013 zu überwinden und 2015 mit der höchsten Wachstumsrate in Mittel- und Osteuropa zu expandieren.

Nachdem es der Regierung gelungen war, das Haushaltsdefizit des Landes unter die Marke von 3 Prozent des BIP zu drücken, die im Regelwerk der Europäischen Union von 2013 verankert ist, lockerte sie ihre Haushaltspolitik und unterstützte damit die Wirtschaft.

Die Geldpolitik war ebenfalls auf Unterstützung ausgelegt. Die tschechische Nationalbank versorgte die Wirtschaft mit einer Rettungsleine, war sie doch eine der ersten Zentralbanken Europas, die ihren Leitzins auf die Untergrenze von null senkte. In ihren Bestrebungen zur Bekämpfung des inflationshemmenden Drucks führte die Bank als weiteres Instrument in ihrem geldpolitischen Köcher eine Untergrenze für den Wechselkurs ein. Obwohl die Inflation noch weit unter dem Ziel der Bank liegt, fiel sie nie in den Negativbereich.

Die tschechische Wirtschaft ist von starken Fundamentaldaten gekennzeichnet. Die öffentliche wie private Verschuldung befinden sich auf einem moderaten Level mit sinkender Tendenz, was zu den historisch niedrigen Risikoaufschlägen beiträgt. Die Bewertung des Finanzsektors durch den IWF von 2012 bestätigte die Stärke des tschechischen Finanzsektors, und die Regierung setzte die in der Bewertung ausgesprochenen Empfehlungen um. Der Bankensektor ist stabil, da die Banken über starke Kapital- und Liquiditätspuffer verfügen, überwiegend eigenfinanziert sind und niedrige Quoten notleidender Kredite besitzen. Die tschechische Regierung bemüht sich um mehr Transparenz in der Politikgestaltung.

Das tschechische Statistikamt veröffentlicht seit 1998 makroökonomische Daten gemäß dem Speziellen Datenweitergabestandard (Special Data Dissemination Standard, SDDS) des IWF. Vor Kurzem schloss sich das Land den neun anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften im SDDS Plus an, der sich den während der weltweiten Finanzkrise offenbarten Datenlücken widmet.

Mit der technischen Hilfe des IWF wurde die tschechische Nationalbank zu einer der führenden inflationsorientierten Zentralbanken der Welt. Sie ist eine von nur fünf Zentralbanken, die auf die Inflation abzielen und eine projizierte Zinsentwicklung auf der Grundlage von Stabsprognosen veröffentlichen.



Irland: Haushaltsanpassung fördert Erholung

Im Zeitraum 2008–2010 brach die irische Wirtschaft zusammen. Wie andere kleine offene Volkswirtschaften in Europa wurde das Land sowohl von der weltweiten Finanzkrise als auch der nachfolgenden Eurokrise stark getroffen. Im Falle Irlands kamen die Schocks jedoch nach einem ausgedehnten Immobilienboom, der ernste Anfälligkeiten erzeugte: Banken vertrauten auf unbeständige Interbank- und Kapitalmarktfinanzierungen, um aggressive Kreditvergabe an Bauherren, Investoren und Haushalte zu betreiben; Immobilienpreise waren übermäßig stark gestiegen, die Beschäftigung verlagerte sich auf die überhitzten Bau- und damit verwandte Sektoren; die Regierung nutzte die Einkünfte aus dem Immobiliensektor zur Erhöhung der Ausgaben und Senkung anderer Steuern.

Als die Blase platzte, verschwanden die Interbank- und Kapitalmarktfinanzierungen, versiegten Kredite, stürzten Immobilienpreise in den Keller und wurden Baustellen aufgegeben. Die Arbeitslosenquote verdreifachte sich auf 15 Prozent, die Einnahmen sanken von 2007 bis 2009 um 20 Prozent und das Land sah sich gewaltigen Defiziten gegenüber. Die Staatsverschuldung schnellte in die Höhe, als 40 Prozent des BIP zur Unterstützung der Banken aufgewendet wurden. Ende 2010 musste Irland Finanzhilfe von der Europäischen Union und vom IWF beantragen.

Die irischen Behörden hatten Pläne zur Untermauerung der Haushaltsanpassung, die notwendig war, um die öffentlichen Finanzen wieder auf feste Füße zu stellen: Abbau des Defizits auf höchstens 3 Prozent des BIP über 5 Jahre. Das vom IWF gestützte Maßnahmenpaket enthielt Reformen zur Genesung des irischen Bankensystems, darunter eine Rekapitalisierung der Banken und eine phasenweise Reduzierung der Vermögenswerte von Banken – insbesondere ihrer ausländischen Bestände –, um sie besser in Einklang mit ihren Einlagen zu bringen.

Während der Eurokrise blieb die Wirtschaft bis weit in das Jahr 2012 schwach. Aber es wurden Fortschritte beim Abbau des Haushaltsdefizits erzielt – die Zielvorgaben wurden stets übertroffen. Mitte 2012 erhielt Irland wieder Zugang zu den Märkten, erst durch Ausgabe von Schatzwechslern und dann durch die vorsichtige Verlängerung von Laufzeiten und Ausweitung des Volumens. 2013, als sich die Wirtschaftslage deutlich besserte und das Vertrauen wiederhergestellt war, konnte Irland das IWF-gestützte Programm wie geplant abschließen. Kurz danach leistete das Land frühe Rückzahlungen an den IWF.

Die entschlossene Umsetzung der Politikmaßnahmen durch die irischen Behörden und ihre Eigenverantwortung für die implementierten Maßnahmen brachten schrittweise das Vertrauen zurück, das für die Einstellung von Arbeitskräften, Investitionen und Wachstum notwendig ist. Mit einem kumulativen Wachstum des realen BIP von 13 Prozent war Irland von 2014 bis 2015 denn auch die am schnellsten wachsende Volkswirtschaft in Europa, und die kontinuierliche Schaffung von Arbeitsplätzen senkte die Arbeitslosenquote bis Anfang 2016 auf etwa 8,5 Prozent.



Links: Der indische Premierminister Narendra Modi hält die Eröffnungsansprache zur Konferenz „Advancing Asia, Investing in the Future“ in Neu Delhi.

Unten: Der Gouverneur der indischen Notenbank Raghuram Rajan (links) und die Geschäftsführende Direktorin während der Konferenz.



Fortschritt in Asien:

Blick auf die Zukunft Asiens

Asien ... ist die dynamischste Region der Welt und vereint heute 40 Prozent der Weltwirtschaft auf sich. In den nächsten vier Jahren wird Asien – selbst mit etwas weniger Schwung – für annähernd zwei Drittel des weltweiten Wachstums verantwortlich sein. Angesichts dieser entscheidenden wirtschaftlichen Rolle hat die ganze Welt ein Interesse daran, dass die Dynamik Asiens bestmöglich genutzt wird.

— Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde
anlässlich der Konferenz „Advancing Asia“ in Neu-Delhi.

An zwei Konferenzen im GJ 2016 richtete der IWF seine gezielte Aufmerksamkeit auf entscheidende politische Problemstellungen in der Region Asien-Pazifik und läutete damit die erste Phase einer Fokussierung auf Asien ein, die in der Jahrestagung von Weltbank und IWF 2018 in Indonesien gipfeln wird.



Wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt

Vertreter aus Ländern in der Region Asien-Pazifik kamen im März 2016 zur Konferenz Advancing Asia nach Neu-Delhi, die gemeinsam von IWF und der indischen Regierung organisiert wurde. Die dreitägige Zusammenkunft brachte eine Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Leistungskraft der Region und der Probleme, die in den kommenden Jahren entscheidenden Einfluss auf den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt Asiens haben werden.

Unter den Teilnehmern waren hochrangige Regierungsbeamte, Top-Manager, die Direktoren internationaler Organisationen, Vertreter aus der akademischen Forschung und aus der Zivilgesellschaft. Der indische Premierminister Narendra Modi und die Geschäftsführende Direktorin des IWF Christine Lagarde hielten Grundsatzreden.

Die auf der Konferenz erörterten Themen galten Wachstumsmodellen in Asien, dem Einkommensgefälle, dem demografischen Wandel und Geschlechterfragen sowie Investitionen in Infrastruktur, Klimawandel, Umgang mit Kapitalflüssen und finanzieller Teilhabe.

Im Rahmen der Veranstaltung gaben der Fonds und Indien eine Übereinkunft zur Errichtung eines Regionalen Zentrums für Ausbildung und technische Hilfe in Südasien (South Asia Regional Training and Technical Assistance Center, SART-TAC) bekannt; damit soll der Kapazitätsaufbau in Bangladesch, Bhutan, Indien, den Malediven, Nepal und Sri Lanka gestärkt werden. Der vom Fonds und von Indien unterzeichnete Vorvertrag war ein wichtiger Schritt zur Einrichtung eines voll integrierten Zentrums für Kapazitätsentwicklung in Neu-Delhi.

Innovation im Finanzsektor

Die Herausforderungen, die die Aufrechterhaltung der beeindruckenden Wachstumsleistung Asiens durch Innovationen im Finanzsektor und Finanzinklusion mit sich bringt, bildeten das Kernstück einer Konferenz, die im September 2015 in Jakarta stattfand. „Die finanzielle Zukunft Asiens: Finanzhilfe für die Entwicklung“ wurde gemeinsam von IWF und der Regierung Indonesiens veranstaltet und widmete sich der Integration und Vertiefung der Finanzmärkte, um die Stabilität zu fördern und Investitionen in die Infrastruktur zu unterstützen. Die Konferenz untersuchte auch die Politiken zur Förderung der finanziellen Teilhabe, damit die Früchte des Wohlstands in Asien breiter verteilt werden können. Der IWF veröffentlichte zur Konferenz ein Buch mit dem Titel *The Future of Asian Finance*.

Nauru wird 189. Mitgliedsland

Die Republik Nauru wurde im April 2016 im Rahmen einer Feierstunde in Washington, DC das 189. Mitglied des IWF.

Gemessen an seiner Quotenzeichnung von 2 Mio. SZR (2,81 Mio. US\$) ist Nauru nach Tuvalu das zweitkleinste Mitgliedsland. Das wird auch nach Zahlung seiner Quotenerhöhung unter der Vierzehnten Allgemeinen Überprüfung der Fall sein, wenn die Quote des Landes auf 2,8 Mio. SZR steigt. Nauru liegt im Pazifik und zählt etwa 10.500 Einwohner auf einer Landfläche von knapp 21 Quadratkilometern. Seine Einwohnerzahl und Fläche machen Nauru nach dem Vatikanstaat zum zweitkleinsten souveränen Staat der Welt.

Wirtschaftsfaktoren von Nauru sind der Abbau von Phosphat, das Regionale Abwicklungszentrum für Asylbewerber in Australien sowie Einkünfte aus Fischereilizenzen. In den letzten Jahren verzeichnete das Land starkes Wachstum, hauptsächlich durch den Betrieb des Asylbewerberzentrums und Phosphatexporte, das 2015 jedoch nachließ.

Durch die Mitgliedschaft können der IWF und andere Entwicklungspartner – das Land trat auch der Weltbank bei – den Behörden bei der Umsetzung von Wirtschaftsreformen und Entwicklungsaufgaben helfen. Das Land wird an der jährlichen Überprüfung seiner Wirtschaft durch den IWF teilnehmen und von der länderübergreifenden Analyse sowie möglicherweise vom Zugang zu Mitteln des IWF profitieren. Nauru erhält technische Hilfe vom IWF, unter anderem vom Pacific Financial Technical Assistance Center des Fonds in Fidschi.



Der Finanzminister der Republik Nauru David Adeang (rechts), mit Finanzsekretär Martin Hunt, unterzeichnet am 12. April 2016 in Washington, DC das Abkommen, mit dem Nauru das jüngste Mitglied des IWF wird.



Unterstützung beim Wiederaufbau nach dem verheerenden Erdbeben in Nepal

Nepal kämpft immer noch mit den Folgen des schlimmsten Erdbebens des Landes seit mehr als 80 Jahren. Das Erdbeben mit einer Stärke von 7,8 ereignete sich am 25. April 2015 in einer Region nordwestlich der Hauptstadt Kathmandu. Es folgten über 300 Nachbeben mit einer Stärke von mehr als 4,0. Fast 9.000 Menschen wurden getötet, 2.300 weitere verletzt und Hunderttausende obdachlos.

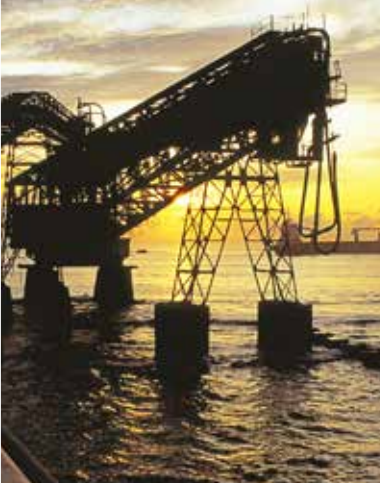
Von der Katastrophe sind schätzungsweise acht Millionen Menschen betroffen, ländliche Gegenden stärker als Städte, weil der bauliche Zustand der Häuser auf dem Land schlechter ist. Viele Kulturstätten und Baudenkmäler wurden stark beschädigt.

Rasche Reaktion des IWF

Unmittelbar nach dem Erdbeben versprach die Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde die kurzfristige Entsendung eines IWF-Teams. Die Mission des IWF traf zwei Wochen nach dem Beben in Kathmandu ein, um die makroökonomischen Folgen zu bewerten und den Zahlungsbilanz- und fiskalischen Bedarf für Wiederherstellung und Wiederaufbau zu erörtern. Das Team befand sich am 12. Mai 2015 in einer Besprechung mit Beamten des Finanzministeriums, als sich ein Nachbeben mit einer Stärke von 7,3 ereignete.

Finanzhilfe vom IWF

Bei einer internationalen Geberkonferenz im Juni 2015 erhielt Nepal externe Hilfszusagen für den Wiederaufbau in Form von Zuschüssen und Darlehen in Höhe von rund 4 Mrd. US\$. Am 31. Juli 2015 billigte das Exekutivdirektorium



des IWF einen Antrag der nepalesischen Behörden auf einen Kredit über 50 Mio. US\$, der dem Land bei der Bewältigung der Verwüstung helfen soll. Das Geld wurde unter der Schnellkreditfazilität zum konzessionären Zinssatz des Fonds (derzeit 0 Prozent) mit einer tilgungsfreien Zeit von fünfenehalb Jahren gewährt.

Verstärkter Einsatz von Indikatoren zur Finanzstabilität

Die Indikatoren zur Finanzstabilität des IWF (Financial Soundness Indicators, FSI) helfen bei der Bewertung der Stärken und Schwachstellen von Finanzsystemen und liefern dadurch wichtige Erkenntnisse für die Analyse der Finanzstabilität und die Formulierung makroprudenzieller Politikmaßnahmen. Die Stabsmitarbeiter des Fonds sind verpflichtet, im Rahmen ihrer turnusmäßigen Überprüfungen des wirtschaftlichen Zustands eines Landes über FSI zu berichten.

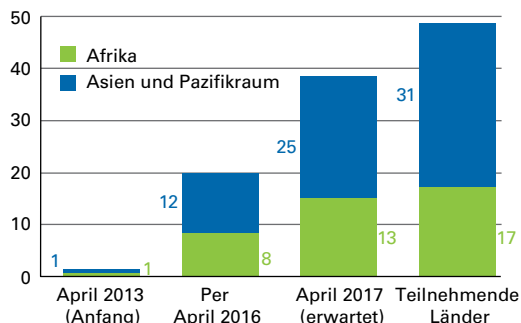
Dank Geldern aus Japan unterstützt der IWF den Kapazitätsaufbau für 48 Mitgliedsländer in Afrika, Asien und die Pazifikinseln, um ihnen bei der Zusammenstellung und Weitergabe der FSI nach internationalen Standards zu helfen. Das Projekt läuft seit drei Jahren; heute erfüllen 20 Teilnehmerländer die Standards, und bis Ende des Projektzeitraums im April 2017 werden voraussichtlich 18 weitere Länder dazu in der Lage sein (*Schaubild 1.11*).

Mit Vorträgen und praktischen sowie datenintensiven Workshops während der regionalen Ausbildungsphasen lernen die Teilnehmer von den Experten des IWF und von Kollegen. Die Workshops sind im Zusammenhang mit Indikatoren eine besonders wirksame Methode des Kapazitätsaufbaus, weil Regulierer, die einige der Quelldaten generieren, und Bearbeiter oft mit denselben Herausforderungen zu kämpfen haben.

Der IWF veranstaltete FSI-Workshops in Fidschi, Namibia, Senegal und Thailand. Bilaterale technische Hilfe wird gewährt, wenn die landesspezifische Ausrichtung einen effizienteren Weg zum Kapazitätsaufbau darstellt.

Darüber hinaus werden für die FSI-Arbeit Mittel des Außen- und Entwicklungsministeriums des Vereinigten Königreichs für das Modul über FSI unter der Enhanced Data Dissemination Initiative 2 verwendet. Das Modul deckt 22 Mitgliedsländer in Afrika, im Nahen Osten und in Zentralasien ab.

Schaubild 1.11
Teilnehmende Länder, die Indikatoren zur Finanzstabilität melden



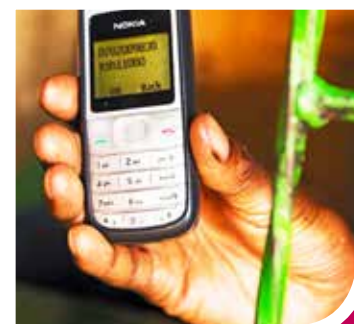
Hinweis: Unterstützt mit Mitteln aus Japan für ausgewählte Aktivitäten des Fonds.
Quelle: Schätzungen des IWF-Stabes.

Mobile Bankgeschäfte

Mobile Geld- und Bankgeschäfte haben in den letzten Jahren in Ostafrika, insbesondere in Kenia und Tansania, stark zugenommen. Die Bereitstellung von Zahlungsdiensten auf mobilen Plattformen – sogenanntes mobiles Geld – hat den Zugang zu Finanzdienstleistungen erweitert. Laut den Erhebungen der FinScope von 2013 haben hauptsächlich dank des mobilen Geldes jetzt knapp zwei Drittel aller Erwachsenen in beiden Ländern Zugang zum formellen Finanzsystem. Mobiles Geld und Bankgeschäfte zeigen auch positive Wirkung auf die Bevölkerung: Die Kosten für Überweisungen in ländliche Gegenden sind gesunken und es herrscht mehr Sicherheit, weil im Gegensatz zu früher Bargeld nicht mehr über weite Strecken transportiert werden muss.

Die Dienstleistungen in diesem Bereich gehen bereits weit über einfache Überweisungen hinaus. In Kenia kann man jetzt durch die Verknüpfung mobiler Plattformen mit Bankkonten Spareinlagen aufbauen. Damit können Haushalte sowie kleine und mittlere Betriebe, die sich früher kaum für herkömmliche Bankkonten qualifizieren konnten, sparen und einen Leistungsnachweis erbringen, der ihnen in Zukunft bei der Beantragung von Kleinkrediten helfen kann. Mobile Transaktionen belaufen sich in Kenia und Tansania inzwischen auf mehr als 50 Prozent des BIP; die Einführung weiterer Mehrwertdienste ist geplant, darunter Instrumente für den Kapitalmarkt.

Der IWF spielte bei der Entwicklung des mobilen Geldes und der mobilen Bankgeschäfte mit seiner Forschung und technischen Hilfe eine unterstützende Rolle; er sorgte insbesondere dafür, dass diese Plattformen sicher und streng reguliert sind, um das Vertrauen in sie zu stärken. Der Fonds steht auch im ständigen Dialog mit den Länderbehörden über die Auswirkungen des mobilen Geldes und der mobilen Bankgeschäfte auf die Volkswirtschaften der Länder und über die Bewertung, Ausgestaltung und Umsetzung der Geldpolitik.



Kasten 1.5: Wie können ähnlich gestellte Länder voneinander lernen?

Rund 40 Entwicklungsländer konnten seit 1990 hohe Wachstumsraten aufrechterhalten und dadurch den Status eines Schwellenmarktes erreichen oder sich diesem annähern.

Ihre Wirtschaftsstrategien beruhen auf der Integration in die Weltwirtschaft und der Schaffung von Spielraum für kleine und mittelständische Unternehmen sowie ausländische Direktinvestitionen.

Senegal plant, sich dieser Gruppe

anzuschließen, und so entwickelte Präsident Macky Sall den *Plan Sénégal Emergent* (Plan für einen aufstrebenden Senegal), mit dem bis 2035 der Status eines Landes mit mittlerem Einkommen erreicht werden soll.

Der IWF unterstützte Senegal bei der Zusammenarbeit mit ähnlich gestellten Ländern mit mittlerem Einkommen in Afrika, damit das Land von deren Erfahrungen lernen kann. 2014 halfen Partner aus Cabo

Verde, Mauritius und den Seychellen gemeinsam mit Fachleuten von Weltbank und Fonds den senegalesischen Kollegen bei der Abklärung der Reformen, die zur Umsetzung des Plans notwendig sind. Diese Strategie könnte mit einem neuen IWF-Programm unter dem Instrument zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik (Policy Support Instrument) unterstützt werden. Anfang 2016 organisierte der IWF mit Unterstützung der Europäischen Union

Afrikanische Journalisten vertiefen Kenntnisse in der Berichterstattung zu volkswirtschaftlichen Themen

Der IWF veranstaltete im GJ 2016 zwei Workshops für Journalisten in Afrika mit dem Ziel, interessierten Afrikanern besseren Zugang zu Informationen über Volkswirtschaft und Finanzen zu gewähren und das Verständnis über die Fondsarbeit zu verbessern. Zwanzig Journalisten aus den acht Ländern der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion und Guinea nahmen an der Schulung in Abidjan, Côte d'Ivoire, teil, und 15 Journalisten aus Simbabwe kamen zum Workshop in Harare. Die Teilnehmer – von Printmedien, Radio, Fernsehen und Online-Publikationen – repräsentierten den breiten Fächer privater und öffentlicher Medien in diesen Ländern.

Mit einem praxisorientierten Schulungsansatz verfassten die Teilnehmer ihre Geschichten in Echtzeit. Themen waren die Rolle einer Zentralbank und wie sie zur Steuerung einer Volkswirtschaft beiträgt, Konjunkturzyklen und die Berichterstattung von Wirtschaftsnachrichten in einem schwierigen Umfeld sowie Umschuldungen. Die Journalisten bekamen ein besseres Verständnis über die Arbeitsweise des IWF und sahen, wie über seine Tätigkeit berichtet werden kann. Die Teilnehmer am Workshop in Abidjan riefen im Anschluss daran mit dem Netzwerk Westafrikanischer Wirtschafts- und Finanzberichterstatter (COAJEF) eine Initiative zur vermehrten Zusammenarbeit unter den Journalisten der Region ins Leben.



in Washington, DC ein Buchseminar, an dem zehn senegalesische Autoren aus Regierungs- und Universitätskreisen sowie Kollegen aus gleichgestellten Ländern und von der Weltbank teilnahmen. Ergebnis des Seminars ist ein erster Entwurf eines Buches über die politische Ökonomie von Reformen (die Veröffentlichung ist Ende 2016 geplant). Das Buch erörtert: 1) die Aufstellung eines soliden und wirksamen Haushaltsrahmens durch einkommenssteigernde Maßnahmen,

Rationalisierung der Ausgaben und wirtschaftlichere öffentliche Investitionen; 2) den Abbau von Zwängen, die das Führen von Geschäften behindern, und die Förderung privater Klein- und Mittelbetriebe und ausländischer Direktinvestitionen; 3) Förderung eines inklusiven Finanzsektors und 4) Verwirklichung eines hohen, nachhaltigen und inklusiven Wachstums.

Im Anschluss daran berief der Premierminister von Senegal eine Minister-

sitzung unter seinem Vorsitz ein. Dabei wurde den senegalesischen Autoren der Auftrag erteilt, mit der Unterstützung von Entwicklungspartnern Interventionen auszuformulieren, die der politischen Ökonomie den nötigen Raum geben, um die Umsetzung von Reformen Wirklichkeit werden zu lassen. Dann könnten auch Haushaltsmittel mobilisiert werden, um diese Interventionen zu finanzieren.

Bessere Daten für bessere Makropolitik

Die Erzeugung zeitnaher und hochwertiger Daten ist entscheidend, damit alle Länder die Veränderungen in ihrer Volkswirtschaft besser abbilden und relevante Werkzeuge zur Ausgestaltung der Politik und Folgenabschätzung bereitstellen können. Afrika hat viel zur Verbesserung seiner Datenqualität geleistet, allerdings könnten die Länder des Kontinents noch mehr in Hinblick auf Rechtzeitigkeit, Regelmäßigkeit, Deckungsbe- reich, Zuverlässigkeit und Weitergabe der Daten tun.

Großenteils wird die Erzeugung und Weitergabe hoch- wertiger makroökonomischer Statistiken durch schwache Quelldaten behindert. Weitere Herausforderungen sind geringe Investitionen in notwendiges Wissen, unzureichende IT-Kapazität, Schwierigkeiten bei der Messung der informellen Wirtschaftstätigkeit sowie unzureichende institutionelle und legislative Regelwerke.

Der IWF unterstützte die Länder bei ihren Bemühungen um die Verbesserung ihrer Daten- qualität mit technischer Hilfe und Ausbildungsarbeit. Der Fonds half in den letzten zwei Jahren mehr als einem Dutzend Länder bei der Umbasierung ihrer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und rund einem weiteren Dutzend Länder bei der Erstellung ihrer viertel- jährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Es werden derzeit Pläne ausgearbeitet, um Länder in der Ostafrikanischen Gemeinschaft bei der Vorbereitung einer weiteren BIP- Umbasierungsrunde zu unterstützen, einer neuen Bezugsgröße für die Reihe BIP volkwirt-

(Oben) Seth Terkper, Ghanas Minister für Finanzen und Wirtschaftsplanung (rechts), hielt die Eröffnungsrede bei der Kon- ferenz in Accra (links die Direktorin der IWF-Abteilung Afrika Antoinette Sayeh).



Kasten 1.6: Wie können bessere Daten die afrikanische Politik unterstützen?

Der IWF spielte eine wichtige Rolle bei der Konferenz „Bessere Daten für bessere Makropolitik“ im Februar 2016 in Accra, die gemeinsam von der Regierung Ghanas, der Abteilung Statistik des IWF und dem UK-Entwicklungsministerium veran- staltet wurde. Im Rahmen der Konferenz erörterten leitende Beamte aus mehr als 40 Ländern Afrikas sowie Vertreter aus der akademischen Forschung, von Banken, Ratingagenturen, Denkfabriken und internationalen Organisationen die Daten- probleme für die afrikanische Politik. Die Teilnehmer verpflichteten sich, die Verbreitung von Daten für eine bessere nach- weisbasierte wirtschaftliche Entscheidungsfindung zu fördern, und erörterten mögliche Vorgehensweisen für die Zukunft. Themen umfassten Transparenz und Vergleichbarkeit von Statistiken, Integrität und Unabhängigkeit der Institutionen, die Statistiken erstellen, sowie Unterstützung zur Erzeugung zeitnaher, hochwertiger Daten für politische Entscheidungsträger. Von den Teilnehmern erging der dringende Aufruf an ihre Länderbehörden, Eigenverantwortung für die Statistiken zu über- nehmen und ihrer Erstellung im Haushaltsbudget höhere Priorität einzuräumen.

Der Zentralbankgouverneur von Kenia Patrick Njoroge fasste die Bedeutung, die leitende Beamte der Konferenz beimaßen, mit folgenden Worten zusammen: „Die Konferenz bot hochrangigen Entscheidungsträgern eine einzigartige Gelegenheit zum Austausch von Ideen und Erfahrungen, damit wir gemeinsam an der Stärkung der Daten arbeiten können, die für die politische Arbeit herangezogen werden.“



schaftliche Gesamtrechnung; damit könnten die BIP-Daten ein aktuelleres Bild der Volkswirtschaft liefern.

Darüber hinaus hilft der IWF Zentralbanken in Ostafrika und im südlichen Afrika bei der Aufstellung von Indikatoren mit hoher Frequenz, um die Ausgestaltung der Geldpolitik zu verbessern. In Ostafrika hilft der IWF seinen Mitgliedsländern bei der Ausarbeitung eines Aktionsplans zur Umsetzung des *Government Finance Statistics Manual 2014 (GFSM 2014)* einschließlich eines integrierten Statistiksystems, das als Nachschlagewerk gedacht ist und das staatliche Finanzstatistiksystem beschreibt.

Der Fonds unterstützt die Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft bei der Zusammenstellung einer Tabelle staatlicher Finanzgeschäfte nach den Vorgaben des *GFSM 2014*. Ziel dieser Regionalarbeit ist es, die Überwachung von Konvergenzkriterien in diesen Wirtschaftsgemeinschaften zu verbessern.

Mit Unterstützung aus einem Treuhandfonds entwickelt der IWF derzeit einen *Guide to Analyze Natural Resources in the National Accounts* (Leitfaden zur Analyse natürlicher Ressourcen in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung). Der Leitfaden ist ein Instrument zur Analyse der makroökonomischen Auswirkungen von natürlichen Ressourcen auf Wirtschaftsleistung und Preise. Damit erhalten Politiker und die allgemeine Öffentlichkeit wichtige Analysedaten, die zum Verständnis tatsächlicher oder potenzieller makroökonomischer Folgen von Veränderungen der natürlichen Ressourcen notwendig sind. Er hilft zudem bei der Erstellung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in rohstoffreichen Ländern, weil damit Fehler, Auslassungen und Unstimmigkeiten bei der Messung von Transaktionen im Zusammenhang mit dem Rohstoffreichtum und seiner Nutzung leichter aufgedeckt werden können.

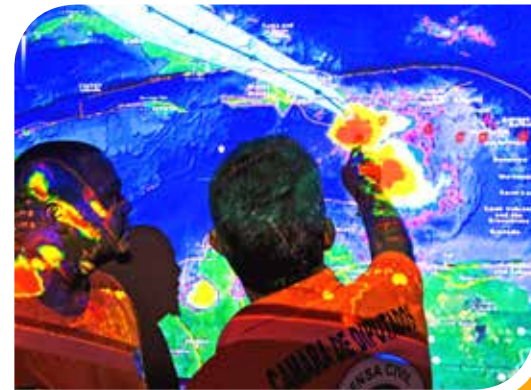
Mit Unterstützung der Internationalen Arbeitsorganisation, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen starteten die Abteilung Statistik des IWF und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ein gemeinsames Projekt zur Sammlung von Verbraucherpreisindexdaten. Das im Februar 2016 begonnene Projekt hält nun Daten zu mehr als 100 Ländern auf der Website des IWF bereit (<http://data.imf.org/CPI>). Das Projekt macht mehr Daten verfügbar und entlastet die Datenmelder durch den Austausch von Daten zwischen internationalen Organisationen.

Dominica: Sturmtief Erika und die Reaktion des IWF

Das tropische Sturmtief Erika erreichte am 27. August 2015 Dominica und ließ Dutzende von Toten und allgemeine Verwüstung zurück. Überschwemmungen und Erdbeben verursachten schwere Schäden an Straßen, Brücken und dem wichtigsten Flughafen. Das Sturmtief brachte auch das Wasser- und Kanalisationsnetz zum Erliegen, wodurch Landwirtschaft und Fremdenverkehr stark getroffen wurden. Die Schäden und Verluste bezifferten sich auf geschätzt 96 Prozent des BIP, einschließlich rund 65 Prozent des BIP an Kosten für den Wiederaufbau.

Kurz nach dem Sturm beantragte die Regierung von Dominica beim IWF Finanzhilfe für Notfälle. Am 28. Oktober billigte das Exekutivdirektorium des IWF die Auszahlung von 6,15 Mio. SZR (8,7 Mio. US\$), d. h. 75 Prozent der Quote, was der jährlichen Höchstgrenze entsprach, die damals für den Zugang zur Schnellkreditfazilität (Rapid Credit Facility, RCF) galt, um dringenden Zahlungsbilanz- und Haushaltsbedarf anzugehen. Die RCF gewährt schnelle, zinsfreie Finanzhilfe mit niedrigen Zugangsgrenzen für einkommensschwache Länder, die sich dringendem Zahlungsbilanzbedarf gegenübersehen; damit soll ihnen ermöglicht werden, die Verwirklichung oder Wiederherstellung stabiler und nachhaltiger makroökonomischer Positionen voranzubringen, die im Einklang mit starker und dauerhafter Armutsbekämpfung und Wachstum stehen. Im Gegensatz zu anderen Finanzhilfeeinstrumenten des IWF enthält die RCF keine Auflagen in Form von Leistungskriterien oder strukturellen Richtwerten.

Der IWF leistete zudem technische Hilfe bei der Ausarbeitung eines tragfähigen makroökonomischen Regelwerks, das auch die umfangreichen Ausgaben für die Naturkatastrophe und Hilfszahlungen für dringende soziale Bedürfnisse berücksichtigen konnte (*Schaubild 1.12*). Der geplante Wiederaufbau wird mit rund 50 Prozent des BIP über sieben Jahre und kleineren Beträgen danach veranschlagt. Er wird von neuen fiskalischen Maßnahmen und Geberbeiträgen finanziert.





Dominica hat eine hohe Staatsverschuldung (80 Prozent des BIP) und die Behörden wollen den Zielwert der Ostkaribischen Währungsunion für Staatsverschuldung, der bei 60 Prozent liegt, bis 2030 erreichen. Zu diesem Zweck arbeitet die Regierung mit Unterstützung eines von Kanada finanzierten Beraters für Makroökonomie an einem mittelfristigen Plan, der Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltsbilanz um etwa 6 Prozent des BIP über einen Zeitraum von fünf Jahren enthält. Ein Puffer von etwa 1,5 Prozent des BIP für die Haushaltsbilanz wird Zusatzkosten für den Wiederaufbau abfedern, damit Dominica in Zukunft besser auf weitere Naturkatastrophen vorbereitet ist.

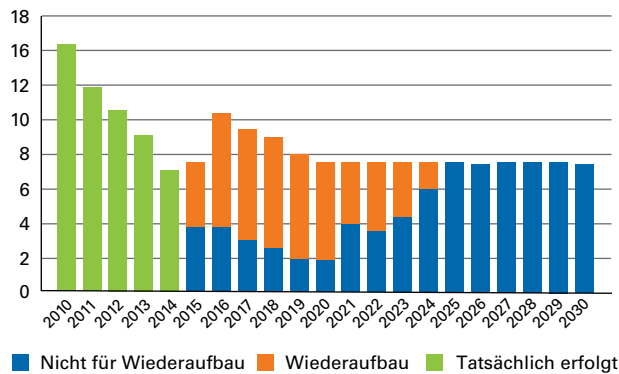
Der IWF nahm am 16. November 2015 gemeinsam mit anderen offiziellen Gläubigern und Vertretern verschiedener Länder, die zur Gewährung von Finanzhilfe bereit waren, an einer Geberkonferenz in Dominica teil. Viele bilaterale Partner sagten großzügige Beiträge zu, doch sind noch weitere Zuschüsse zur Finanzierung der gewaltigen Wiederaufbaukosten notwendig. Der IWF hegt weiterhin die Hoffnung, dass das Versprechen der Regierung, ein tragfähiges makroökonomisches Regelwerk auszuarbeiten, weitere Geber zur Unterstützung veranlasst.



Schaubild 1.12

Kapitalausgaben in Dominica: Wiederaufbau und andere

(Prozent des BIP, Haushaltsjahre)



Quellen: Behörden Dominicas sowie Schätzungen und Projektionen des IWF-Stabes.

Guatemala: Preisstabilisierung für höheren Lebensstandard

Mit der technischen Hilfe des IWF gelang es Guatemala, einer hartnäckig hohen Inflation beizukommen. Die Unterstützung des Fonds erlaubte es der Zentralbank von Guatemala, ihre geldpolitischen Instrumente auszufeuern und ihr Regelwerk für Geldgeschäfte an die bewährte internationale Praxis anzugleichen. Der Fonds trug zur Einführung eines Verfahrens bei, mit dem die Inflation im Land gezielt angegangen werden kann, zum Beispiel durch den Kapazitätsaufbau unter den Zentralbankmitarbeitern für makroökonomische Analyse und Prognosen.

Dank der Reformen, die zum Teil auf die technische Hilfe zurückgehen, sank die Inflation Ende 2015 auf etwa 3 Prozent, während sie Mitte der 1980er- und frühen 1990er-Jahre sehr hoch war und 1990 mit 60 Prozent ihren absoluten Höchststand erreicht hatte. 1991 reagierten die Behörden Guatemalas mit einer Strategie zur Eindämmung der Inflation und Stärkung der Außenwirtschaftsposition des Landes. Die Strategie umfasste Haushaltsanpassung, Verfassungs- und Gesetzesreformen, die die Zentralbank an der kontinuierlichen direkten oder indirekten Finanzierung des Staates hindern, Liberalisierung der Zinsen, Einführung eines flexiblen Wechselkurssystems und Stärkung der Unabhängigkeit der Zentralbank.

Letztes Jahr fielen die Marktzinsen um mehr als 10 Prozentpunkte, was Kreditnehmern den Zugang zu Finanzierungen erleichterte. Damit steigerte sich die Vertiefung der Finanzmärkte von 20 Prozent des BIP 2000 auf 35 Prozent des BIP 2015, und die Kaufkraft einer Durchschnittsfamilie mit mittlerem Einkommen stieg von 5.000 US\$ im Jahr 2000 auf 7.737 US\$ im Jahr 2015.

Heute wird die Erfolgsbilanz Guatemalas bei seiner makroökonomischen Stabilität intern und im Ausland weithin anerkannt und ist denn auch einer der wichtigsten Pluspunkte, die das Land für private Investoren attraktiv machen und Wirtschaftswachstum zum Wohlstand der Bevölkerung fördern.



Jahrestagung 2015 in Lima

Mehr als 10.000 Menschen aus aller Welt kamen zur Jahrestagung von IWF und Weltbank im Oktober 2015 in die peruanische Hauptstadt Lima.

Die Tagung – zum ersten Mal seit der Jahrestagung 1967 in Rio de Janeiro wieder auf südamerikanischem Boden – fand zu einer Zeit statt, in der starke Umgestaltungen in der Weltwirtschaft Bedenken auslösten – insbesondere die Neuausrichtung Chinas, niedrige Rohstoffpreise und eine Verlagerung der Geldpolitik in den USA. Der Fonds forderte deshalb zu einer Intensivierung der Politik auf, die auf den ungewissen Ausblick reagieren kann, und riet den politischen Entscheidungsträgern, sich auf die Unterstützung von Nachfrage, Finanzstabilität und Strukturreformen zu konzentrieren.

Die Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde sprach an der Jahrestagung von der Bedeutung, den IWF zu stärken, damit er zu einer agileren, stärker integrierten und besser an den Mitgliedern ausgerichteten Institution werden kann (die sogenannten AIM-Ziele). „Ich weiß, dass wir in gemeinsamer Arbeit Ergebnisse liefern können – und werden“, sagte sie. Frau Lagarde unterstrich auch die Bedeutung, die der Verabschiedung der Quotenreformen von 2010 zukommt, die denn auch kurz nach der Jahrestagung die notwendigen Stimmen erreichte.

Wie auf anderen Jahrestagungen stand bei den Teilnehmern das Seminarprogramm im Mittelpunkt. Es gab sieben Kernveranstaltungen, die Themen von Klimawandel über Finanzinklusion in der Entwicklungsagenda nach 2015 bis hin zur Governance des öffentlichen Sektors behandelten.

Die Jahrestagung warf auch ein Schlaglicht auf die Veränderungen und Herausforderungen in Lateinamerika. Bei verschiedener Gelegenheit – auch im Seminarprogramm – loteten der Fonds und externe Fachleute den Bedarf der Region nach der Entwicklung neuer Chancen aus, um das Wirtschaftswachstum zu stärken und gleichzeitig gesellschaftspolitische Erfolge zu wahren und weiter voranzutreiben.

Die Jahrestagung bot auch Peru Gelegenheit, seine wirtschaftliche Leistung zu zeigen und seine Traditionen und große kulturelle Vielfalt zu feiern.



Ganz links: Agustín Carstens, Vorsitzender des IMFC und Gouverneur des Banco de México, hält einen Vortrag über die Zukunft des Zentralbankwesens in Lateinamerika.

Links: Der peruanische Präsident Ollanta Humala begrüßt die Geschäftsführende Direktorin im Präsidentenpalast von Lima.

Unten: Der Erste Stellvertretende Geschäftsführende Direktor David Lipton hält einen Vortrag über Integrität in der Governance des öffentlichen Sektors.



IWF-Kreditvergabe im Überblick

Im Allgemeinen bietet der IWF zwei Arten von Krediten: Geld zu marktähnlichen (nicht konzessionären) Zinsen und konzessionäre Darlehen für ärmere Länder, die zinsverbilligt oder in manchen Fällen zinsfrei bereitgestellt werden.

Nicht konzessionäre Kreditvergabe

Unter dem General Resources Account

Neue Zusagen

8 Mrd. US\$

im GJ 2016 genehmigt, nach Art des Kredits

1,2 Mrd. US\$

Stand-By Arrangements (SBAs)

5,5 Mrd. US\$

Flexible Credit Line (FCL)

1,3 Mrd. US\$

Rapid Financing Instrument (RFIs)

Zusagen

178 Mrd. US\$

aus ungezogenen Zusagen und ausstehenden Krediten insgesamt, per 30. April 2016

Kreditvergabe-kapazität

975 Mrd. US\$

aus Quoten, den Neuen Kreditnahmevereinbarungen und den Kreditnahmevereinbarungen von 2012, per 30. April 2016 abzüglich Prudential Balances

Konzessionäre Kreditvergabe

Zinsverbilligte oder zinsfreie Kredite für einkommensschwache Entwicklungsländer unter dem Poverty Reduction and Growth Trust

Neue Zusagen

1,2 Mrd. US\$

im GJ 2016 genehmigt, nach Art des Kredits, einschließlich Aufstockungen

258,7 Mio. US\$

Extended Credit Facility (ECF)

792,4 Mio. US\$

Standby Credit Facility (SCF)

126,4 Mio. US\$

Rapid Credit Facility (RCF)

Zusagen

11,4 Mrd. US\$

aus ungezogenen Zusagen und ausstehenden Krediten, per 30. April 2016

Kreditvergabe-kapazität

8,6 Mrd. US\$

per 30. April 2016 aus ungezogenen Salden von Zusagen aus Kreditnahmevereinbarungen unter dem Poverty Reduction and Growth Trust

Der IWF hat drei zentrale Tätigkeitsbereiche

Volkswirtschaftliche Überwachung

117

Länder im Gesundheitscheck



Der IWF beaufsichtigt das internationale Währungssystem und überwacht die Wirtschafts- und Finanzpolitik seiner 189

Mitgliedsländer. Im Rahmen dieses Überwachungsprozesses, der sowohl auf globaler Ebene als auch auf der Ebene der einzelnen Länder stattfindet, identifiziert der IWF mögliche Risiken für die Stabilität und berät unterstützend zu notwendigen politischen Anpassungen.

Kapazitätsentwicklung

256 Mio. US\$

für sachverständige Beratung und Ausbildung



Mit sachverständiger Beratung und Ausbildung unterstützt der IWF seine Mitgliedsländer

bei der Ausgestaltung ihrer Wirtschaftspolitik und Steuerung ihrer Finanzpolitik durch Stärkung ihrer personellen und institutionellen Kapazitäten.

Diese Tätigkeit des IWF wird als Kapazitätsentwicklung bezeichnet.

Kreditvergabe

9,2 Mrd. US\$

an 16 Länder, davon 1,2 Mrd. US\$ an zinsverbilligten oder zinsfreien Krediten an 13 einkommensschwache Entwicklungsländer unter seinen Mitgliedern



Der IWF stellt Mitgliedsländern mit aktuellen oder potenziellen Zahlungsbilanzschwierigkeiten Kredite bereit, um ihnen bei

der Wiederauffüllung ihrer internationalen Reserven, der Stabilisierung ihrer Währungen, der fortlaufenden Bezahlung von Importen sowie bei der Wiederherstellung der Wachstumsvoraussetzungen für eine starke Wirtschaft zu helfen. Gleichzeitig wird eine Lösung der zugrunde liegenden Probleme angestrebt.



Volkswirtschaftliche Überwachung

Überwachung ist der zusammenfassende Oberbegriff für den Prozess, mit dem der IWF das internationale Währungssystem und die Entwicklungen in der Weltwirtschaft beaufsichtigt und die Wirtschafts- und Finanzpolitik seiner 189 Mitgliedsländer überwacht. Im Rahmen dieses jährlichen Gesundheitschecks der Finanzen stellt der IWF mögliche Stabilitätsrisiken heraus und berät zu notwendigen Politikanpassungen. Auf diese Weise trägt er dazu bei, dass das internationale Währungssystem seinen grundlegenden Zweck erfüllen kann: den Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Kapital zwischen den Ländern fördern und auf diese Weise solides Wirtschaftswachstum sichern.

Die Überwachungsarbeit des IWF hat zwei Hauptaspekte: die bilaterale Überwachung oder die Bewertung der und Beratung zu den politischen Maßnahmen eines jeden Mitgliedslands sowie die multilaterale Überwachung oder Aufsicht über die Weltwirtschaft. Durch den Verbund von bilateraler und multilateraler Überwachung kann der IWF eine umfassendere, stimmigere Analyse sogenannter Spillovers – Übertragungseffekte von der Politik eines Landes auf andere Länder – gewährleisten.

Kernstück der bilateralen Überwachung ist die sogenannte Artikel-IV-Konsultation, benannt nach dem Artikel des IWF-Übereinkommens, der die Prüfung der wirtschaftlichen Entwicklungen und Politiken in jedem einzelnen der 189 Mitgliedsländer des IWF vorschreibt. Artikel-IV-Konsultationen decken eine Reihe von Themen ab, denen makrokritische Bedeutung zugemessen wird (Haushalt, Finanzen, Wechselkurse, Geld- und Strukturpolitik), und konzentrieren sich dabei auf Risiken und Schwachstellen und die politischen Reaktionen. Am Artikel-IV-Prozess sind Hunderte von Ökonomen und andere Stabsmitarbeiter des IWF beteiligt.

Die Konsultationen sind ein wechselseitiger politischer Dialog mit den Länderbehörden und nicht nur die Bewertung eines Landes durch den IWF. Das IWF-Team trifft sich gewöhnlich mit Beamten der Regierung und der Zentralbank sowie anderen beteiligten Gruppen wie Parlamentariern, Vertretern aus der Geschäftswelt, der Zivilgesellschaft und Gewerkschaften, um die Wirtschaftspolitik und

wirtschaftliche Richtung eines Landes zu bewerten. Der Stab legt dem Exekutivdirektorium des IWF in der Regel einen Bericht zur Erörterung vor; danach gilt die Konsultation als abgeschlossen, und es wird eine Zusammenfassung der Sitzung an die Behörden des Landes übermittelt. In den meisten Fällen wird die Bewertung durch das Direktorium als Pressemitteilung zusammen mit den entsprechenden Stabsberichten veröffentlicht, wenn das Mitgliedsland dieser Veröffentlichung zustimmt. Im Lauf des GJ 2016 führte der IWF 117 Artikel-IV-Konsultationen durch (*Webtabelle 2.1*).

In der Folge der weltweiten Finanzkrise führt der IWF im Rahmen seiner Überwachung auch Bewertungen des Finanzsektors in Ländern durch, deren Finanzsektor als systemrelevant gilt.

Die multilaterale Überwachung richtet sich auf globale und regionale Wirtschaftstrends und analysiert Spillovers von der Politik der Mitglieder auf die Weltwirtschaft. Im Rahmen seiner *World Economic and Financial Surveys* veröffentlicht der IWF zweimal jährlich wichtige Berichte zur multilateralen Überwachung: *Weltwirtschaftsausblick* (World Economic Outlook, WEO), *Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems* (Global Financial Stability Report, GFSR) und *Fiscal Monitor* (FM). Der WEO enthält eine ausführliche Analyse zum Zustand der Weltwirtschaft und beschäftigt sich mit drängenden Fragen, wie den anhaltenden Turbulenzen an den globalen Finanzmärkten und der laufenden wirtschaftlichen Erholung von der weltweiten Finanzkrise. Der GFSR liefert eine aktuelle Bewertung der globalen Finanzmärkte und ihrer Aussichten und stellt Ungleichgewichte und Anfälligkeiten heraus, die eine Gefahr für die Stabilität der Finanzmärkte bedeuten könnten. Der FM aktualisiert mittelfristige Haushaltsprognosen und bewertet Entwicklungen der öffentlichen Haushalte. Im Rahmen seiner *World Economic and Financial Surveys* veröffentlicht der IWF auch Berichte zum Regionalen Wirtschaftsausblick (*Regional Economic Outlook*, REO).





BILATERALE ÜBERWACHUNG

Ablauf einer Artikel-IV-Konsultation: Die jährliche Bewertung der Wirtschaftspolitik

Die Artikel-IV-Konsultation für ein bestimmtes Mitgliedsland erstreckt sich über mehrere Monate und beginnt mit einer internen Prüfung der wichtigsten Politikfragen und Überwachungsprioritäten; die abteilungsübergreifende Prüfung, an der auch die Geschäftsführung beteiligt ist, mündet in ein Briefingpapier, die sogenannte Policy Note.

Die Policy Note vertieft wichtige wirtschaftspolitische Richtungen und Empfehlungen, die mit der Regierung des Mitgliedslands zu erörtern sind. Die gemeinsame Prüfung der Policy Note mit allen IWF-Abteilungen dient dazu, im Vorfeld der Konsultation Konsens über ein Land zu bilden, und endet mit einem Policy Consultation Meeting; die Policy Note wird dann der Geschäftsführung des IWF zur Genehmigung vorgelegt. Sobald die Policy Note genehmigt ist, reist das Artikel-IV-Team in das Land, um vor Ort mit Regierungsbeamten und Stakeholdern zusammenzukommen. Bei der Rückkehr des Teams am Hauptsitz des IWF wird ein Stabsbericht ausgearbeitet, der seinerseits einer Prüfung durch die Abteilungen und die Geschäftsführung unterliegt, bevor er dem Exekutivdirektorium des IWF vorgelegt wird.

Jahresbericht zu verzögerten Artikel-IV-Konsultationen

Gemäß einem 2012 eingeführten Regelwerk, das übermäßigen Verzögerungen beim Abschluss von Artikel-IV-Konsultationen entgegenwirken soll, gibt der Fonds jedes Jahr eine Aufstellung der Mitgliedsländer heraus, deren Konsultationen mehr als 18 Monate im Verzug sind. Der IWF-Stab unterteilt die Gründe für die Verzögerungen in die folgenden Kategorien: programmbezogene Probleme, zusätzliche Erörterungen, politische/Sicherheitslage, Regierungswechsel, Personalengpässe, Antrag der Behörden, fehlende Übereinkunft zu Terminen/Modalitäten der Mission sowie Verschiedenes.

Die aktuelle Liste vom April 2016 enthielt die folgenden Länder:

- Venezuela (keine Übereinkunft zu Terminen/Modalitäten der Mission)
- Argentinien (Verschiedenes; die argentinischen Behörden bestätigten ihre Absicht, die Artikel-IV-Konsultation 2016 wieder aufzunehmen)
- Eritrea (keine Übereinkunft zu Terminen/Modalitäten der Mission)
- Arabische Republik Syrien (politische/Sicherheitslage)
- Zentralafrikanische Republik (politische/Sicherheitslage)
- Guinea (Verschiedenes)
- Libyen (politische/Sicherheitslage)

DREIJAHRESPRÜFUNG DER ÜBERWACHUNG

Im Rahmen der Dreijahresprüfung der Überwachung (Triennial Surveillance Review, TSR), bei der der IWF turnusmäßig überprüft, wie die Institution wirtschaftliche Entwicklungen überwacht und für ihre Mitgliedsländer und die Weltwirtschaft politische Beratungsleistungen erbringt. Sie fand zuletzt 2014 statt und ihre Erörterung im Jahresbericht 2015 verwies auf zahlreiche Fragestellungen im Zusammenhang mit der bilateralen und multilateralen Überwachung durch den IWF.

Im Nachgang zu den Empfehlungen aus der TSR 2014 initiierten das Exekutivdirektorium und der Stab des IWF eine Reihe von Richtlinienüberprüfungen, um die Überwachungsarbeit zu stärken. Diese Arbeit fand während des GJ 2016 in drei Papieren ihren Niederschlag: „Mainstreaming Macro-Financial Surveillance“ (Einbindung der makrofinanziellen Überwachung), „Balance Sheet Analysis in Fund Surveillance“ (Bilanzanalyse in der Fondsüberwachung) und „Evenhandedness of Fund Surveillance“ (Objektivität der Fondsüberwachung).

Einbindung der makrofinanziellen Überwachung

Die globale Krise zeigte, dass nationale und regionale Finanzverknüpfungen die makroökonomische Leistung negativ beeinflussen und auf die Weltwirtschaft übertragen werden können. Viele Finanzprobleme, die während der Krise aufkamen – darunter die Flucht aus Kreditinstrumenten, extreme Illiquidität auf Schlüsselmärkten sowie Stress und Scheitern aufseiten der Geldinstitute – wurden nicht vorhergesehen und konnten nicht ohne Weiteres in die vom Fonds und von anderen Institutionen verwendeten Modelle eingebunden werden.

Der IWF befasst sich mit diesen makrofinanziellen Fragestellungen und mit den Möglichkeiten, verwandte Entwicklungen und Verknüpfungen in seine Arbeit zu integrieren. Darin bestand ein wesentliches Element der Dreijahresprüfung der Überwachung von 2014, die die Einbindung der makrofinanziellen Überwachung empfahl. Damit behandelt der Fonds den Finanzsektor nicht länger als isoliertes Element in seinem Analyse-rahmen, sondern widmet der Frage mehr Aufmerksamkeit, wie Finanzprobleme andere Sektoren beeinflussen und wie sich diese Sektoren ihrerseits auf Finanzentwicklungen auswirken.

DIE ROLLE DER REGIONAL- UND FACHABTEILUNGEN DES IWF

Die Überwachungsarbeit auf Stabsebene wird von den Regionalabteilungen des Fonds geleitet: Afrika südlich der Sahara, Asien und Pazifikraum, Europa, Naher Osten und Zentralasien sowie Westliche Hemisphäre. Sie führen Analysen durch und erarbeiten die Politikberatung. Im GJ 2016 wurden mehrere spezifische Fragestellungen und Themen in die Länderanalysen aufgenommen, unter anderem: wie der jüngste Ölpreisschock die Gesundheit und Kreditvergabe der Banken beeinflussen wird, wie besonders niedrige Inflation über die Bilanzen das Finanzsystem beeinflusst, die Kapazität lokaler Banken zur Finanzierung sehr großer öffentlich-privater Partnerschaftsprogramme und politische Maßnahmen zur Überwindung der Zugangshürden zu Finanzmitteln für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Verstärkte Ausbildung, Wissensaustausch und stärkerer Einsatz von Beispielen zu bewährten Praktiken ergänzen die Artikel-IV-Arbeit auf diesem Gebiet.

Die Fachabteilungen des Fonds – Forschung, Geld- und Kapitalmärkte, das Institut für Kapazitätsentwicklung, Statistik und Recht – leisten mit ihrem Fachwissen ebenfalls einen Beitrag und unterstützen rund 60 Länderteams bei der makrofinanziellen Analyse in Artikel-IV-Konsultationen. Fachabteilungen befassen sich auch mit der Entwicklung neuer Analyseinstrumente:

- Solide Prognosen zum Kreditwachstum sind wichtig bei der Bewertung, wie der Finanzsektor den grundlegenden Ausblick beeinflusst. Die Abteilung Forschung entwickelte ein Instrumentarium, mit dem die Konsistenz zwischen den Prognosen zum Realsektor und denen zum Finanzsektor gemessen werden kann.
- Die Abteilung Geld- und Kapitalmärkte überarbeitete ihre Finanzanalytik, etwa mit Instrumenten zur Bewertung von Veränderungen im makrofinanziellen Umfeld und zur Messung der Belastbarkeit des Finanzsektors.



- Zur Unterstützung der Bilanzanalyse erarbeitete die Abteilung Statistik eine Vorlage für die Erzeugung einer Bilanzansatzmatrix nach dem Format der Dreijahresprüfung der Überwachung 2014, die mit internen Daten befüllt wird.

- Der Weiterbildung des Stabes kommt ebenfalls Priorität zu, um Kapazität und Fachkenntnis des Fonds bei den entsprechenden Problemstellungen zu erhöhen. Das Institut für Kapazitätsentwicklung hat für Stabsmitarbeiter des Fonds einen Lehrgang mit fünf Modulen zu makrofinanziellen Themen ins Leben gerufen.

Bilanzanalyse in der Überwachung

Die globale Finanzkrise veranschaulichte auf dramatische Weise, wie wichtig die Aufnahme von Bilanzen in die Bewertung von Wirtschaftsausblick und Risiken ist. Die Dreijahresprüfung der Überwachung 2014 bekräftigte die Bedeutung, die die Fondsüberwachung von Stabilitätsrisiken besitzt, und die Notwendigkeit, Staatsbilanzen bei der Bewertung von Anfälligkeiten stärker zu berücksichtigen. Die TSR forderte den Fonds zur Entwicklung und Anpassung seiner Bilanzanalyse durch die Verwendung ausführlicherer Daten auf.

Ein Stabsbericht, vom Exekutivdirektorium auf einer informellen Sitzung am 19. Juni 2015 erörtert, prüfte den Einsatz von Bilanzanalysen in der bilateralen Überwachung des Fonds und zeigte praktische Beispiele zur Vertiefung auf. Die Arbeit stand im Zusammenhang mit der intensiveren Behandlung makrofinanzieller Themen durch den Fonds.

Der Bericht bildete einen ersten Schritt, um die Nützlichkeit einer derartigen Analyse anhand von Beispielen der Fondsarbeit in den letzten zehn Jahren herauszustellen. Er dokumentiert die verwendeten Daten und Instrumente und zeigt einige Beschränkungen auf. Darüber hinaus erörtert der Bericht jüngste Verbesserungen an der Reichweite und Qualität der Bilanzdaten infolge von Initiativen, die im Nachgang zur Krise eingeführt wurden, sowie wichtige verbleibende Lücken, deren Schließung internationale Zusammenarbeit erfordert.

Das Papier schlägt eine Ausrichtung zusätzlicher Arbeiten auf zwei weit gefasste Bereiche vor:

- Die Arbeit zu wichtigen Datenlücken, die die Überwachung behindern – insbesondere im Zusammenhang mit Nichtbanken, Nichtfinanzunternehmen, Regierungen und Haushalten – und Informationen zur Aufschlüsselung nach Währung und Fälligkeit, Kontrahenten und bilanzexternen Risiken. Zudem müssen die Erfassung von Bilanzdaten zu einkommensschwachen Ländern erhöht und die zunehmend komplexen Finanzinstrumente in den weiter fortgeschrittenen Volkswirtschaften besser erfasst werden.
- Die Entwicklung weiterer Instrumente, die dem IWF-Stab bei der Analyse von Bilanzen und der fundierteren Bewertung von makrofinanziellen Verknüpfungen und Spillovers helfen. Im Papier werden einige neue Ansätze dazu vorgestellt.



Kasten 2.1: Bewertung des Finanzsektors in den USA

Der Finanzsektor der USA ist der größte der Welt und spielt eine entscheidende Rolle bei der Sicherung der globalen Finanzstabilität. 2010 beschloss das Exekutivdirektorium in der Folge der weltweiten Finanzkrise, alle fünf Jahre eine obligatorische Bewertung des Finanzsektors in den 25 wichtigsten Finanzsystemen der Welt vorzunehmen. 2013 wurde die Auswahl auf 29 Länder ausgeweitet.

Das Programm zur Bewertung des Finanzsektors (Financial Sector Assessment Program, FSAP) ist eine umfassende, tiefgreifende Analyse des Finanzsektors eines Landes. Bei seiner Bewertung des US-Finanzsystems im Jahre 2015, die im Rahmen der obligatorischen Bewertung der Finanzstabilität durchgeführt wurde, befand der IWF, dass die Banken des Landes gesünder und stärker wirkten als bei der vorhergehenden Bewertung 2010. Der Bericht stellte jedoch auch vereinzelte Schwachstellen im schnell wachsenden Nichtbankensektor heraus.

Der IWF gründete seine Feststellung zum Teil auf die Stresstests, die zur Bewertung der Stabilität des US-Finanzsystems durchgeführt wurden. Den Tests zufolge ist das Bankensystem widerstandsfähig gegenüber starken Schocks von ähnlicher Größe wie die Krise. Die Analyse des Fonds zeigte auch auf, dass Versicherungsgesellschaften, Hedgefonds und andere verwaltete Fonds zu den Finanzrisiken insgesamt mehr beitragen als ihre Größe erwarten ließe und deshalb mehr Aufmerksamkeit verdienen.

Objektivität der Fondsüberwachung

Das Exekutivdirektorium folgte den Empfehlungen aus der Dreijahresprüfung der Überwachung 2014 und beschloss die Ausarbeitung eines Regelwerks, das zur Wahrung der Objektivität der Fondsüberwachung beitragen soll.

Das vom Exekutivdirektorium verabschiedete Regelwerk verfügt über zwei Schlüsselemente, die im Stabspapier „Evenhandedness of Fund Surveillance—Principles and Mechanisms for Addressing Concerns“ (Objektivität der Fondsüberwachung – Grundsätze und Mechanismen zur Lösung von Bedenken) umrissen wurden; das Exekutivdirektorium diskutierte das Regelwerk am 22. Februar 2016. Zunächst legt das Regelwerk die Grundsätze von Objektivität dar. Dann stellt es einen Mechanismus zur Meldung und Bewertung spezifischer Bedenken zu eventuell fehlender Objektivität in der Überwachung auf.



Die Objektivität der IWF-Analyse und Beratung ist entscheidend für die Glaubwürdigkeit der Institution und die Wirksamkeit ihrer Beziehungen zu den Mitgliedsländern. Die TSR untersuchte das Thema ausführlich, auch im Rahmen einer externen Studie. Es wurden keine systematischen Mängel an Objektivität gefunden, aber Fälle aufgedeckt, in denen die Unterschiede in der Überwachung nicht durch die Gegebenheiten in den betroffenen Ländern gerechtfertigt werden konnten. Die TSR betonte auch, dass dem Fonds allgemein mangelnde Objektivität nachgesagt werde.

Das neue Regelwerk will sowohl dieses Empfinden als auch die Fälle, in denen die Objektivität tatsächlich nicht gewahrt wurde, transparent angehen, gleichzeitig aber die Unabhängigkeit und Offenheit der Beratung durch den Stab schützen. Die Grundsätze können ein gemeinsames Verständnis von Objektivität herbeiführen und somit einen tieferen Dialog unterstützen, mit dem Objektivitätsprobleme im Überwachungsprozess früher erkannt und freizügiger besprochen werden können.

Die Exekutivdirektoren befürworteten die Einrichtung eines Mechanismus, über den die Behörden Bedenken wegen mangelnder Objektivität melden können. Dieser Mechanismus soll als Schutz dienen, damit verbleibende Bedenken bewertet und Lehren zur Förderung besserer Praktiken gezogen werden können. In dieser Hinsicht unterstützt das Regelwerk zur Objektivität auch die allgemeineren Ziele der TSR zur Stärkung und Förderung einer vermehrt auf die Mitglieder ausgerichteten Überwachung.

Die Direktoren betonten, dass das vereinbarte Regelwerk zur objektiven Überwachung einen neuen und unerprobten Ansatz darstelle und im Zuge der Erfahrungen, die der Fonds damit macht, angepasst und weiterentwickelt werden müsse. Sie kamen überein, dass die Überwachungsüberprüfung 2019 die geeignete Gelegenheit für eine gründliche Beurteilung der neu aufgestellten Grundsätze und Mechanismen sei.

Überwachung von Ländern mit gemeinsamer Politik

Wenn ein Land einer Währungsunion angehört, wird die Überwachungsarbeit des IWF auf Länderebene in manchen Fällen von Politikererörterungen auf Regionalebene ergänzt. Der IWF-Stab führt regelmäßige Beratungsgespräche mit regionalen Institutionen, die für die gemeinsame Politik der Länder in der Währungsunion zuständig sind, um die bilateralen Gespräche in den Artikel-IV-Konsultationen zu stärken.

Zu allen Regionalgruppen wird ein Stabsbericht ausgearbeitet, der dann dem Exekutivdirektorium zur Erörterung vorgelegt wird. Die von den Exekutivdirektoren zum Ausdruck gebrachten Meinungen werden gemeinsam mit dem Stabsbericht in einer Pressemitteilung veröffentlicht. Diese Berichte sind Teil der Artikel-IV-Konsultationen mit den einzelnen Mitgliedsländern in jeder Regionalgruppe.

Diese regionalen Politikgespräche werden geführt mit der Zentralafrikanischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft (CEMAC), der Ostkaribischen Währungsunion (ECCU), dem Euroraum und der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion (WAEMU).

Im Januar 2016 sprach die Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde bei einem Besuch in Kamerun über politische Herausforderungen für die Mitgliedsländer der CEMAC.

Kasten 2.2: Abschluss der Artikel-IV-Konsultationen 2015 in der Islamischen Republik Iran

Das Exekutivdirektorium schloss im Dezember 2015 die Artikel-IV-Konsultationen des IWF mit der Islamischen Republik Iran ab. In seiner Bewertung verwies das Direktorium darauf, dass der „starke Rückgang der Ölpreise weltweit, die strengen Unternehmens- und Bankbilanzen und aufgeschobene Konsum- und Investitionsentscheidungen im Vorfeld der erwarteten Aufhebung der Sanktionen die Wirtschaftstätigkeit seit dem vierten Quartal 2014/15 stark gebremst haben“.

Die Direktoriumsbewertung führte weiter aus: „Das reale BIP-Wachstum wird voraussichtlich von 3 Prozent 2014/15 auf einen Wert zwischen 0,5 und –0,5 Prozent 2015/16 sinken. Die Zwölfmonats-Inflation (Punkt zu Punkt) ging in den letzten Monaten um etwa 10 Prozent zurück, was großenteils die niedrigere Inflation bei Lebensmitteln und Getränken reflektiert, und bis Jahresende wird die Inflationsrate wahrscheinlich nahe der 14-Prozent-Marke bleiben.“

„Die Aussichten für 2016/17 sind aufgrund der kommenden Aufhebung der Wirtschaftssanktionen rosiger. Höhere Ölproduktion, geringere Kosten für Handels- und Finanzgeschäfte und der wiederhergestellte Zugang zu ausländischem Vermögen werden das reale BIP im nächsten Jahr voraussichtlich auf 4–5,5 Prozent anheben.“

Bericht über den Außenwirtschaftssektor 2015

Der „Fourth External Sector Report“ (Vierter Bericht über den Außenwirtschaftssektor) des IWF, der im Juli 2015 veröffentlicht wurde, bewertet die Außenwirtschaftspositionen und -politiken der größten Volkswirtschaften 2014 und Anfang 2015. Das Exekutivdirektorium erörterte den Bericht in einer informellen Sitzung zusammen mit dem Begleitpapier zu „Individual Economy Assessments“ (Bewertungen einzelner Volkswirtschaften).

Gemeinsam mit dem Spillover Report 2015 und den Artikel-IV-Konsultationen soll der External Sector Report im Rahmen laufender Bestrebungen dafür sorgen, dass der IWF die möglichen Übertragungseffekte der von den Mitgliedern ergriffenen Politikmaßnahmen auf die globale Stabilität angehen und die Außenwirtschaftssektoren seiner Mitglieder umfassend überwachen kann. Die Berichte enthalten eine Bewertung der Wechselkurse, Leistungsbilanzen, Reserven, Kapitalflüsse und Außenwirtschaftsbilanzen.

WICHTIGSTE ERGEBNISSE

- Nach einer geringfügigen Schmälerung 2013 blieb das Ausmaß von Leistungsbilanz-Ungleichgewichten und übermäßigen Ungleichgewichten 2014 global unverändert. Insgesamt wurden geringe Fortschritte beim Abbau übermäßiger Ungleichgewichte erzielt, obwohl eine Umverteilung unter den Ländern stattfand.
- Mehrere maßgebliche Entwicklungen wirkten sich auf die Außenwirtschaftspositionen 2015 aus: stark gesunkene Ölpreise, zyklische Divergenz und unterschiedliche Geldpolitik in den wichtigsten Volkswirtschaften und damit zusammenhängende Währungsbewegungen.
- Das Muster der voraussichtlichen Veränderungen in den Leistungsbilanzen der nächsten Zeit wird beherrscht von den Folgen der gesunkenen Ölpreise, allerdings werden diese zum Teil von damit zusammenhängenden Währungsbewegungen und schließlich durch Reaktionen auf der Ausgabenseite aufgefangen. Veränderungen der realen effektiven Wechselkurse – in einigen Fällen annähernd 10 Prozent – wirken sich ebenfalls auf die Leistungsbilanzen aus.
- Die Währungsverschiebungen, die mit der wirtschaftlichen und geldpolitischen Divergenz unter den wichtigsten Volkswirtschaften einhergehen, sind Ausdruck einer noch unvollständigen Erholung und zeigen auf, dass zur Unterstützung von Nachfrage und Wachstum weiter gefasste politische Maßnahmen notwendig sind. Die Umsetzung der gesamten politischen Agenda – einschließlich nachfragegestützter Politiken, die über geldpolitische Maßnahmen hinausgehen, – würde wahrscheinlich in den Wechselkursen ihren Niederschlag fin-

den und insbesondere die Aussichten für nachhaltiges Wachstum und Finanzstabilität weltweit verbessern. Die Bemühungen von Überschuss- und defizitären Volkswirtschaften würden sich gegenseitig verstärken und Wachstum unterstützen.

- Die unterschiedlichen Risiken, die mit stark akkommodierender Geldpolitik und dem Ausstieg aus dieser Politik einhergehen, werden das globale Finanzumfeld komplizierter machen, und es könnte zu Störungen auf dem Markt kommen. Die Politik sollte darauf vorbereitet sein, flexibel und mit einer breiten Vielfalt an Instrumenten auf wechselnde Finanzbedingungen zu reagieren.

Spillover-Bericht 2015

Der Spillover-Bericht 2015, der gemeinsam mit dem External Sector Report verfasst wurde, analysiert die potenziellen grenzüberschreitenden Folgen makroökonomischer und makrofinanzialer Entwicklungen in systemrelevanten



Kasten 2.3: Die Frühwarnübung

2008 bat die Gruppe der Zwanzig den IWF und den Rat für Finanzstabilität (Financial Stability Board, FSB) darum, in regelmäßigen Abständen gemeinsam eine Frühwarnübung (Early Warning Exercise, EWE) durchzuführen. Die EWE bewertet Risiken von geringer Wahrscheinlichkeit, aber mit möglicherweise massiven Folgen für die Weltwirtschaft und benennt politische Maßnahmen zur Abfederung dieser Risiken.

Die Übungen loten systemische Risiken aus makroökonomischer wie finanzieller Perspektive aus und bedienen sich einer Reihe quantitativer Instrumente und breit aufgestellter Konsultationen. Die EWEs werden zweimal jährlich durchgeführt und ziehen ein breites Spektrum an Informationen heran, darunter die wichtigsten Publikationen des IWF zur globalen Überwachung wie den *World Economic Outlook*, *Global Financial Stability Report* und *Fiscal Monitor*. In der bilateralen und multilateralen Überwachung werden die Erkenntnisse aus der EWE nachbearbeitet und politische Empfehlungen abgegeben.

Im Anschluss an Erörterungen im Exekutivdirektorium des IWF und mit dem FSB werden die Ergebnisse der EWE im Rahmen der Frühjahrs- und Jahrestagungen hochrangigen Beamten des Fonds unterbreitet.

Mitgliedsländern. Der Bericht wurde auf einer informellen Sitzung des Exekutivdirektoriums am 22. Juni 2015 erörtert.

Er widmet sich den Folgen und Übertragungseffekten geldpolitischer Maßnahmen in fortgeschrittenen Volkswirtschaften und dem weltweiten Rückgang der Ölpreise, die laut Bericht ein „an Spillovers reiches“ Umfeld entstehen ließen.

Er beschreibt die Herausforderungen, mit denen viele systemrelevante fortgeschrittene Volkswirtschaften bei der Schließung von Produktionslücken und der Steigerung des Potenzialwachstums konfrontiert sind. Der Umgang mit diesen Herausforderungen erfordert, so der Bericht, ein Paket aus makroökonomischen, finanz- und strukturpolitischen Maßnahmen, die sowohl Nachfrage als auch Angebot in ihrer Gesamtheit fördern und gleichzeitig das Defizit zwischen Nachfrage und Angebot beseitigen. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass alle Elemente des Politikpakets wichtig sind und sich nicht gegenseitig ersetzen können. Niedrigzinspolitik steigert genauso wenig das Produktionspotenzial wie Strukturreformen Produktionslücken schließen.

Virtuelle Währungen

Neue Technologien – gestützt durch moderne Verschlüsselung und vernetzte Datenverarbeitung – besitzen das Potenzial, Veränderungen in der Weltwirtschaft herbeizuführen, so auch, wie der Austausch von Waren, Dienstleistungen und Vermögenswerten abläuft. Das Aufkommen virtueller Währungen und der zugrunde

liegenden Distributed-Ledger-Technologien ist eine wichtige Entwicklung auf diesem Gebiet.

Eine Stabsgesprächsnotiz, „Virtual Currencies and Beyond: Initial Considerations“ (Virtuelle Währungen und mehr: erste Überlegungen) wurde im Januar 2016 veröffentlicht. Sie befasste sich mit den Herausforderungen bei der Aufstellung eines ausgewogenen regulatorischen Regelwerks, das vor potenziellen Risiken wie Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Steuervermeidung schützt, ohne Innovationen zu ersticken.

Die Notiz gibt einen Überblick über virtuelle Währungen, wie sie auf nationaler wie internationaler Ebene funktionieren und wie sie in Währungssysteme passen. Sie erörtert zunächst die möglichen Folgen und Vorteile der technischen Fortschritte, die virtuellen Währungen zugrunde liegen, wie das Distributed-Ledger-System, und untersucht dann die regulatorischen und politischen Herausforderungen in den Bereichen Verbraucherschutz, Finanzintegrität, Besteuerung, Finanzstabilität, Devisen- und Kapitalkontrollen sowie Geldpolitik. Das Papier beschreibt auch Grundlagen für die Ausgestaltung regulatorischer Regelwerke für virtuelle Währungen auf nationaler und internationaler Ebene.

Eine zentrale Schlussfolgerung der Notiz besteht darin, dass das Distributed-Ledger-Konzept das Potenzial hat, das Finanzwesen zu verändern, weil es Kosten senkt und eine tiefere Finanzinklusion ermöglicht. Dies könnte sich besonders bei Überweisungen als wichtig erweisen, die oft mit hohen Kosten verbunden sind. Das Potenzial für grundlegende Veränderungen bedeutet, dass die politischen Entscheidungsträger die Entwicklungen auf dem Gebiet der virtuellen Währungen und Distributed-Ledger-Technologien genau überwachen müssen.





Schaubild 2.1
LIDCs – Index der Nettorohstoffpreise nach Ländergruppen

(Prozent des BIP, Juni 2014–Juni 2015)

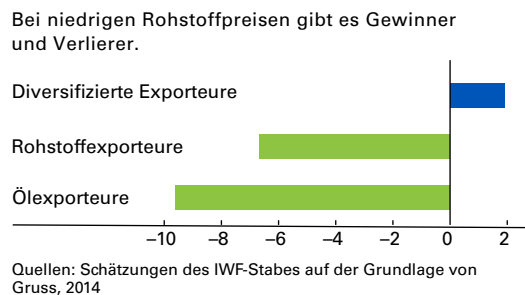


Schaubild 2.2
LIDCs – Zunehmende Anfälligkeiten

(Prozent)

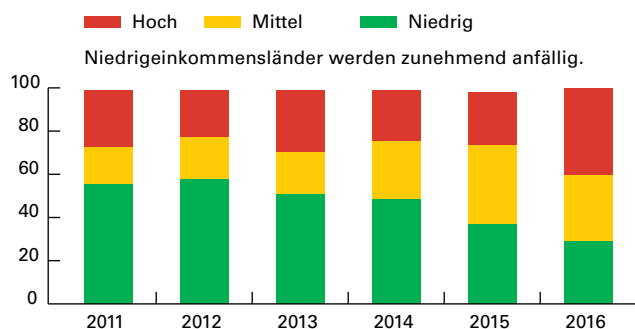
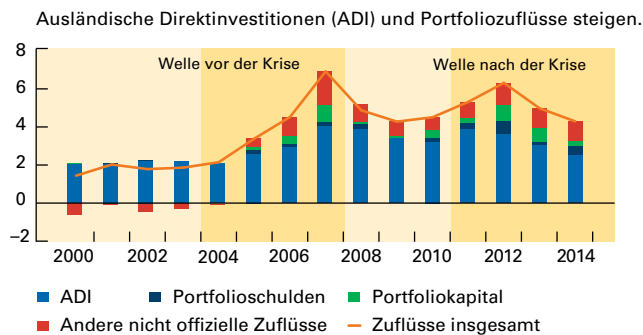


Schaubild 2.3
LIDCs – Kapitalzuflüsse

(Prozent des BIP, gewichtete Durchschnitte)



Makroökonomische Entwicklungen und Aussichten in einkommensschwachen Entwicklungsländern

„Macroeconomic Developments and Prospects in Low-Income Developing Countries: 2015“ (Makroökonomische Entwicklungen und Aussichten in einkommensschwachen Entwicklungsländern: 2015), das zweite jährliche Stabspapier zu diesem Thema, wurde am 9. Dezember 2015 vom Exekutivdirektorium erörtert; es untersucht die Folgen des drastischen Rückgangs der Rohstoffpreise und des über einen mittelfristigen Zeithorizont erwarteten Niedrigpreisumfelds. Der Bericht analysiert auch die Erfahrungen, die einkommensschwache **Entwicklungsländer (low-income developing countries, LIDCs)** im letzten Jahrzehnt mit Kapitalzuflüssen gemacht haben.

Bei ihrer Besprechung befanden die Exekutivdirektoren, dass eine jährliche formelle Direktoriumserörterung der makroökonomischen Entwicklungen in LIDCs sinnvoll sei, und betonten gleichzeitig die Bedeutung stimmiger Botschaften. Die Direktoren begrüßten auch die Bemühungen, zwischen Untergruppen von LIDCs zu unterscheiden; dies würde selbst innerhalb von Untergruppen nützliche Empfehlungen für maßgeschneiderte Politikberatung, Finanzhilfe und technische Hilfe liefern und das Aufgreifen landesspezifischer Umstände ermöglichen.

Die Direktoren stimmten im Allgemeinen der Bewertung zu den jüngsten Wirtschaftsentwicklungen in LIDCs vor dem Hintergrund eines schwierigeren außenwirtschaftlichen Umfelds zu. Sie vermerkten, dass die Folgen des drastischen Rückgangs der Rohstoffpreise unterschiedlich ausfielen. Viele rohstoffabhängige Ausfuhrländer, allen voran Ölproduzenten, wurden stark getroffen, während Länder, die weniger stark von Rohstoffexporten abhängen, von den fallenden Importpreisen profitierten, ganz besonders von niedrigeren Kosten für Ölimporte (*Schaubild 2.1*).

Zwar verlangsamte sich das Wachstum in vielen rohstoffabhängigen Ausfuhrländern, doch die Wirtschaftsleistung in Ländern mit stärker diversifizierten Handelsstrukturen blieb generell robust. Darüber hinaus wurden mehrere LIDCs schwer von internen Angebotsschocks, etwa durch Naturkatastrophen und Epidemien (wie Ebola), und von einer Verschlechterung des Sicherheitsumfelds getroffen.

Die Direktoren merkten an, dass die Volkswirtschaften in einer beträchtlichen Anzahl an LIDCs kurzfristig anfälliger geworden sind, obwohl mehrere stärker diversifizierte Ausfuhrländer starke Eckdaten aufrechterhalten konnten (*Schaubild 2.2*). Dies reflektiert teilweise die von Rohstoffexporteuren erlebten Wirtschaftsschocks, aber auch die Erosion der politischen



Der Stellvertretende Geschäftsführende Direktor Mitsuhiko Furusawa veranstaltet bei der Frühjahrstagung 2016 von IWF und Weltbank in Washington eine Sitzung über nach haltige Entwicklung in einkommensschwachen Entwicklungsländern.

Puffer in einigen Ländern, die weniger stark von Rohstoffexporten abhängig sind. Die Direktoren unterstrichen die Bedeutung, gute Zeiten zum Aufbau der fiskalischen und externen Puffer zu nutzen, die gebraucht werden, um künftigen negativen Schocks wirksam begegnen zu können.

Die Direktoren verwiesen darauf, dass in den letzten Jahren neben ausländischen Direktinvestitionen Portfoliozuflüsse in LIDCs stark zugenommen haben (*Schaubild 2.3*). Sie räumten ein, dass die weltweite Finanzlage zwar ein unterstützendes Umfeld bot, die besseren inländischen Fundamentaldaten jedoch die entscheidende Rolle dabei spielten, Zuflüsse anzuziehen.

Fortentwicklung geldpolitischer Regelwerke in einkommensschwachen Ländern

Im Lauf der letzten beiden Jahrzehnte gelang es vielen einkommensschwachen Ländern und Ländern mit mittlerem Einkommen im unteren Bereich, die Kontrolle über die Fiskalpolitik zu verbessern, Finanzmärkte zu öffnen und zu vertiefen und die Inflation auf einem moderaten Niveau zu stabilisieren. Geldpolitische Regelwerke, die zur Verwirklichung dieser Ziele beitragen, sind nun mit Herausforderungen aus der Finanzentwicklung und einem zunehmenden Exposure gegenüber globalen Kapitalmärkten konfrontiert.

Ein Stabsbericht, „Evolving Monetary Policy Frameworks in Low-Income and Other Developing Countries“ (Fortentwicklung geldpolitischer Regelwerke in einkommensschwachen Ländern und anderen Entwicklungsländern), wurde am 9. November 2015 an einer informellen Sitzung des Exekutivdirektoriums erörtert. Ein begleitendes Papier untersucht die Erfahrungen der Länder mit geldpolitischen Problemstellungen.

Der Bericht beschreibt die von den Ländern erwogenen und umgesetzten Verbesserungen an ihren geldpolitischen Regelwerken. Der Bericht enthält unter anderem folgende Erkenntnisse:

- Länder sollten stimmige und transparente Regelwerke zur Geldpolitik ausarbeiten. Zentralbanken sollten ein klares Mandat haben, das der Preisstabilität bei gleichzeitiger Unterstützung der Finanz- und makroökonomischen Stabilität oberste Priorität zuweist.
- Ein ausdrückliches Inflationsziel sollte als Eckpfeiler für geldpolitische Maßnahmen und Mitteilungen dienen. Dieses Ziel setzt einen Anker für die Inflation und stellt einen klaren Bezugswert dar, an dem die Leistung der Zentralbank gemessen werden kann.
- Kompromisse zwischen Preisstabilität und anderen politischen Zielen sind schwierig; wenn jedoch die Priorität der Preisstabilität glaubwürdig ist, haben Zentralbanken eventuell mehr Spielraum, um bei politischen Entscheidungen auch andere Ziele zu berücksichtigen.
- Die Verfahren der Zentralbank zur Umsetzung der Geldpolitik sollten als spezifischer kurzfristiger Zinssatz formuliert werden. Derartige Verfahren können die Zinsvolatilität senken, die Entwicklung der Finanzmärkte fördern und die Übertragung der Geldpolitik auf die Wirtschaft im Allgemeinen stärken.

Der Fonds wird Ländern mit niedrigem Einkommen und mittlerem Einkommen im unteren Bereich weiterhin bei der Stärkung und Modernisierung ihrer Regelwerke helfen – durch Politikberatung, im Rahmen der Überwachung und des Arbeitsprogramms sowie durch technische Hilfe und Ausbildung.

Anfälligkeiten in der Staatsverschuldung einkommensschwacher Länder

IWF und Weltbank erstellten 2015 ihren ersten gemeinsamen Bericht zu Anfälligkeiten in der Staatsverschuldung von Niedrigeinkommensländern (Low-income Countries, LICs). Der Bericht, der an einer informellen Sitzung des Exekutivdirektoriums im November 2015 vorgelegt wurde, untersucht Entwicklungen im Zusammenhang mit Schulden und ihre Grundursachen seit Beginn der weltweiten Finanzkrise. Die Erkenntnisse des Berichts werden in die kommende Prüfung der Schulden-tragfähigkeit von LICs einfließen.

Kasten 2.4: Kleine Länder Afrikas mit mittlerem Einkommen

Die Afrika-Abteilung des IWF gab im Januar 2015 ein Buch mit dem Titel *Unlocking the Potential of Small Middle-Income States* (Das Potenzial kleiner Staaten mit mittlerem Einkommen freisetzen) heraus und hielt eine Konferenz zum Thema in Gaborone, Botswana.

In den letzten Jahren profitierten kleine Länder mit mittlerem Einkommen (small middle-income countries, SMICs) in Afrika südlich der Sahara von stärkerem Wachstum und mehr wirtschaftlicher Entwicklung als die meisten anderen Länder in der Region. Ihre Regierungen begegneten Herausforderungen für ihre Entwicklung auf wirksame Weise, zum Beispiel mit dem Abbau der Infrastrukturlücke und verbessertem Zugang zu Bildung und Gesundheit.

Eine Anzahl externer Entwicklungen in der jüngsten Zeit sorgte allerdings für Gegenwind und bremste die Wirtschaftstätigkeit. Das heißt, SMICs müssen ihre Politik anpassen, um die Stabilität aufrechtzuerhalten und das Wachstum wiederherzustellen. Gleichzeitig müssen sie Entscheidungen zu den Strukturreformen treffen, die das Fundament für langfristiges Wachstum legen könnten. Die im Buch besprochenen Politikmaßnahmen schlagen eine mögliche Route für die Umsetzung von Reformen vor, damit SMICs letzten Endes den Status fortgeschrittener Volkswirtschaften erreichen.

Der Bericht befasste sich mit 74 Ländern und kam zu dem Schluss, dass die größere Vielfalt an Refinanzierungsquellen, die den LICs seit einigen Jahren zur Verfügung stehen, neue Chancen bietet, aber auch Risiken mit sich bringt. Er zeigt, dass die Trends der Staatsverschuldung sich im letzten Jahrzehnt beträchtlich verändert haben. Schuldenerleichterung, starkes Wachstum und hohe Nachfrage nach Rohstoffen drückten das durchschnittliche Verhältnis von Verschuldung zu BIP von 66 Prozent 2006 auf etwa 48 Prozent Ende 2014.

Gute makroökonomische Leistung in vielen einkommensschwachen Ländern – insbesondere in den Schwellenmärkten der nächsten Generation – trugen zur Erschließung weiterer Refinanzierungsquellen auf externen Märkten bei. Der Bericht dokumentiert, dass der Anteil nicht konzessionärer Schulden an der externen Gesamtverschuldung in den Schwellenmärkten von morgen und in Rohstoffexportländern sich von 2007 bis 2014 allgemein verdoppelte.

Im Untersuchungszeitraum lag die Schuldenanfälligkeit generell unter dem Vorkrisenniveau. Zwischen 2007 und 2015 fiel der Anteil an Ländern mit hohem externem Überschul-

dungsrisiko (oder bereits überschuldeten Ländern) von 43 auf 26 Prozent. Gleichzeitig verringerten sich die Liquiditätspuffer, und die Verhältnisse von Schulden zu BIP kletterten nach oben, was antizyklische Maßnahmen sowie die Inanspruchnahme des Kreditspielraums zur Finanzierung vorrangiger Ausgaben widerspiegelt.

Das Papier unterstreicht die Bedeutung von mehr Wachsamkeit in einer Zeit, in der sich LICs mit veränderten Marktbedingungen und einem schwächeren Ausblick für die Weltwirtschaft auseinandersetzen müssen. Ihre engere Integration in die Weltwirtschaft, größere Exposition gegenüber Marktrisiken und geringere Puffer in den öffentlichen Haushalten machen umsichtige Fiskalpolitik und intensiveres Schuldenmanagement umso wertvoller. Mit Normalisierung der Geldpolitik werden diese Politiken wahrscheinlich von niedrigeren Rohstoffpreisen und weniger günstigen Kreditkonditionen weltweit und von Währungsdruck auf den Prüfstand gestellt.

Optionen für einkommensschwache Länder für den wirksamen Einsatz von Steueranreizen

Mitarbeiter des IWF-Stabes und der Weltbank, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie der Vereinten Nationen verfassten gemeinsam ein Hintergrundpapier für die G20: „Options for Low-Income Countries’ Effective and Efficient Use of Tax Incentives for Investment“ (Optionen für einkommensschwache Länder für den wirksamen und wirtschaftlichen Einsatz von Steueranreizen für Investitionen).

Kasten 2.5: Wirtschaftliche Verknüpfungen zwischen Lateinamerika und Asien

Die Integration von Handel und Finanzen zwischen Asien und Lateinamerika war das Kernthema einer Konferenz, die am 3. März 2016 am Hauptsitz des IWF stattfand. Die Wirtschaftsintegration der beiden Regionen vertiefte sich im letzten Jahrzehnt, zumal Asien – allen voran China – zu einem wichtigen Exportmarkt für lateinamerikanische Rohstoffe wurde. Die Investitionsflüsse nahmen ebenfalls zu, in erster Linie von Asien nach Lateinamerika.

Mit der wichtigen Neuausrichtung der chinesischen Wirtschaft und der gesunkenen Nachfrage nach Rohstoffen werden sich die Verknüpfungen von Handel und Investitionen voraussichtlich fortentwickeln. Die Konferenz befasste sich mit den größten Chancen und Herausforderungen für die Entwicklung dieser Handels- und Finanzverbindungen, u. a. durch eine Bewertung der Folgen der Transpazifischen Partnerschaft.

Das Papier – das der Arbeitsgruppe Entwicklung der G20 im September 2015 und dem IWF-Exekutivdirektorium im Folgemonat vorgelegt wurde – beschreibt Instrumente, die einkommensschwache Länder zur Bewertung von Steueranreizen heranziehen können:

- Eine Kosten-Nutzen-Analyse ist der Bogen, der die Bewertung von Steueranreizen überspannt.
- Drei Instrumente – Bewertung von Steuerausgaben, Mikrosimulationsmodelle für Unternehmen und wirksame Steuersatzmodelle – behandeln Aspekte der Kosten-Nutzen-Analyse.
- Zwei weitere befassen sich mit Transparenz und Governance von Steueranreizen.

Finanzintegration in Lateinamerika

Viele lateinamerikanische Volkswirtschaften erlebten in den letzten Jahren erhebliche Wachstumsrückgänge infolge des starken Rückgangs der Rohstoffpreise, der Neuausrichtung des Wachstums in China und des anhaltend schleppenden Wachstums in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Darüber hinaus zogen sich seit der weltweiten Finanzkrise viele multinationale Banken aus der Region zurück, was den Zugang zu Krediten verschlechtern oder den Wettbewerb auf dem Finanzsektor verringern kann.

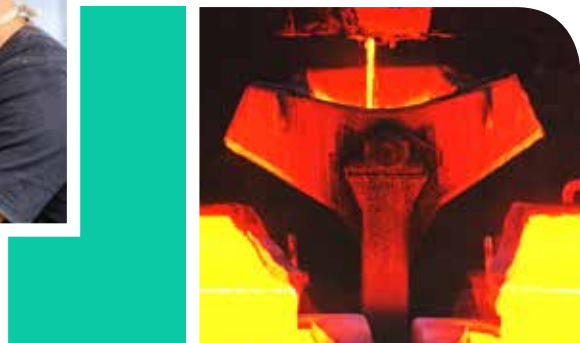
Ein IWF-Stabsbericht, „Financial Integration in Latin America“ (Finanzintegration in Lateinamerika), vom März 2016 argumen-

tiert, dass der richtige Zeitpunkt für die Volkswirtschaften Lateinamerikas gekommen sei, um eine stärkere Finanzintegration in der Region anzustreben. Das Exekutivdirektorium erörterte den Bericht im Rahmen einer informellen Sitzung im März 2016.

Dem Bericht zufolge wäre eine regionale Finanzintegration kein Ersatz für eine allgemeinere Integration in die Weltwirtschaft. Aber angesichts des Rückzugs multinationaler Banken und des begrenzten Einvernehmens über globale Initiativen könnte Integration auf regionaler Ebene ein Schritt in Richtung globaler Integration sein.

Die regionale Finanzintegration könnte zum Beispiel die Übernahme bewährter Praktiken durch die lateinamerikanischen Volkswirtschaften in den Bereichen Aufsicht und Rechnungslegung fördern. Sie könnte auch Investitionen im Inland erleichtern, den Märkten das Erreichen der zum Überleben notwendigen Mindestgröße ermöglichen und eine Dimension der Diversifizierung hinzufügen, damit sich die Volkswirtschaften nicht nur auf interne oder globale Entwicklungen stützen. Statt dessen könnten sie die Vorteile aus der wirtschaftlichen Stabilität anderer Länder in der Region für sich nutzen.

Der Bericht umreißt die Voraussetzungen, die für eine sichere Integration nötig sind, sowie die Schranken, die zur Erleichterung der Integration zunehmend abgebaut und schließlich ganz abgeschafft werden könnten.



Finanzinklusion

Finanzinklusion rückt auf der volkswirtschaftlichen Reformagenda immer weiter nach oben, ist sie doch ein wichtiges Mittel, um die Lebensgrundlage von Menschen zu verbessern, Armut zu bekämpfen und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Mehr als 60 Staaten haben Finanzinklusion als Ziel ihrer Politik definiert, und in den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen spielt Finanzinklusion eine wichtige Rolle.

Auch die Arbeit des Fonds zu inklusivem Wachstum berücksichtigt Finanzinklusion bei seiner laufenden Analyse- und Statistikerarbeit und bei der politischen Beratung seiner Mitglieder. Das Thema erhielt im GJ 2016 mit der Herausgabe der Stabsgesprächsnotiz „Financial Inclusion: Can It Meet Multiple Macroeconomic Goals?“ (Finanzinklusion: Kann sie mehrere makroökonomische Ziele erfüllen?) starke Aufmerksamkeit; bei der Jahrestagung folgte ein wichtiges Seminar zum Thema, und im September 2015 fand dazu eine Konferenz über die finanzielle Zukunft Asiens in Jakarta statt. Im März 2015 wurde eine Konferenz zum Thema Finanzinklusion in Zentralafrika abgehalten. Im April 2016 war der IWF Mitorganisator einer wichtigen Konferenz in Washington zu Finanzinklusion: makroökonomische und regulatorische Herausforderungen.

„Finanzinklusion ist nicht nur eine Frage von Produkten oder Vorschriften“, bemerkte die Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde in einer Grundsatzrede an der Konferenz in Jakarta. „Es geht um die Erbringung von Dienstleistungen und die Schaffung von Chancen dort, wo Ungleichheit herrscht – Ungleichheit des Einkommens und der Geschlechter, in Bildung und Gesundheit.“

Der Stabsgesprächsnotiz zufolge bringt Finanzinklusion – als Teil des Vertiefungsprozesses der Finanzmärkte in aufstrebenden Volkswirtschaften und Entwicklungsländern – beträchtliche wirtschaftliche Vorteile wie höheres BIP-Wachstum. Allerdings nehmen die Vorteile mit zunehmender Vertiefung der Finanzmärkte ab. Die Notiz zieht umfassende globale Daten aus der Erhebung zum Zugang zu Finanzmitteln (Financial Access Survey, FAS) des Fonds heran, die jährlich mit Unterstützung der Niederlande und der Bill and Melinda Gates Foundation zusammengestellt wird, sowie anderen Datensätzen.



Weltweit ist die Finanzinklusion besser geworden, weist aber noch beträchtliche Lücken auf. Der Prozentsatz der Erwachsenen, die über ein Bankkonto verfügen, stieg von 2011 bis 2014 weltweit von 50 Prozent auf rund 60 Prozent. Rund 2 Milliarden Erwachsene sind jedoch immer noch „bankenlos“. Zudem nutzen annähernd 40 Prozent der Bevölkerung mit einer Bankverbindung ihre Konten nicht wirksam für Einzahlungen oder Abhebungen.

Der Notiz zufolge steigen Stabilitätsrisiken der Banken, wenn der Zugang zu Krediten verbessert wird, insbesondere, wenn adäquate Regulierung und Aufsicht fehlen. Daher muss mehr Gewicht auf verstärkte Aufsicht und Regulierung gelegt werden. Der erleichterte Zugang zu anderen Finanzdienstleistungen wie Geldautomaten, Zweigstellen und Überweisung von Gehältern und Pensionen auf Bankkonten hat allerdings keinen großen Einfluss auf die Stabilität der Banken.

Finanzinklusion und Geschlechterungleichheit

Die Forschung des IWF-Stabes zeigt, dass eine enge Korrelation zwischen Finanzexklusion und Geschlechterungleichheit besteht. Weltweit ist die Wahrscheinlichkeit, dass Männer ein Bankkonto haben, um 7 Prozent höher als bei Frauen, in Entwicklungsländern beträgt die Wahrscheinlichkeit 9 Prozent.

Weltweit haben 58 Prozent der Frauen ein Bankkonto, während der Anteil bei den Männern 65 Prozent beträgt. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften der OECD, wo 94 Prozent aller Erwachsenen ein Bankkonto haben, besteht kein Unterschied zwischen den Geschlechtern. In Südasien dagegen ist das Gefälle besonders markant, wo nur 37 Prozent der Frauen, aber 55 Prozent der Männer über ein Bankkonto verfügen.

Die Geschlechterungleichheit ist sogar noch größer, wenn man nicht nur Kontoinhaber, sondern auch die allgemeine Inanspruchnahme von Finanzdienstleistungen in Betracht zieht. Unternehmer-

innen müssen mit größerer Wahrscheinlichkeit Hürden beim Zugang zu Finanzmitteln meistern als Männer: schätzungsweise 70 Prozent der von Frauen geführten KMU in Entwicklungsländern werden von Finanzinstituten zu wenig oder gar nicht bedient.

Bei der Bereitstellung von Krediten werden Frauen oft mit strengeren Sicherheitsanforderungen, kürzeren Laufzeiten und höheren Zinsen konfrontiert. Auf der Nachfrageseite sind Analphabetismus und fehlende Kontrolle über die Haushaltsfinanzen Hürden auf dem Weg zu einem Kredit.

Innerhalb der Finanzdienstleistungsbranche besteht ebenfalls Geschlechterungleichheit. In mehreren Regionen sind weniger als 20 Prozent der Bankdirektoren weiblich. Darüber hinaus hatten nur 15 von rund 800 Banken in 72 Ländern 2013 eine Frau als Chief Executive Officer. Desgleichen ist der Frauenanteil in den Vorständen von Bankaufsichts- und Regulierungsbehörden niedrig.

Finanzinklusion in Bangladesch

Im vergangenen Jahrzehnt nahm die Finanzinklusion in Bangladesch deutlich zu, weil die Behörden des Landes mehrere Maßnahmen ergriffen hatten, um den Zugang zu Finanzdienstleistungen zu verbessern. Die Politik, die auf den Fort-

schritten bei der Bereitstellung von Mikrokrediten seit den 1970ern aufbaut, richtet sich speziell an den Personenkreis, der vom allgemeinen Finanzsektor ausgeschlossen ist oder kaum Zugang dazu hat.

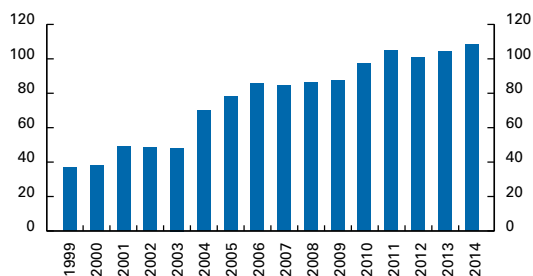
Folgende Maßnahmen wurden ergriffen: Einführung von Finanzdienstleistungen über mobiles Banking, die Verpflichtung für Banken, mindestens 50 Prozent ihrer Zweigstellen in ländlichen Gebieten zu eröffnen, Bevollmächtigte zur Ausführung von Bankdienstleistungen in den abgelegensten Regionen, Untergrenzen für Kredite an die landwirtschaftlichen und ländlichen Sektoren, die von Kreditlinien auf konzessionärer Basis besichert werden, Unterstützung für KMU und Unternehmerinnen, Programme zur Umsiedlung von Slumbewohnern in ländliche Gebiete und Bankkonten ohne Schnickschnack.

Infolge dieser Politik stiegen der Anteil an Einlagenkonten unter der erwachsenen Bevölkerung, die Kreditsummen für KMU, die von Frauen geleitet werden, die Anzahl von Unternehmerinnen und die Anzahl aktiver mobiler Konten stark an, und der Zugang zu Geldautomaten und Bankfilialen expandierte in geografischer wie demografischer Hinsicht (*Schaubild 2.4*).

Schaubild 2.4

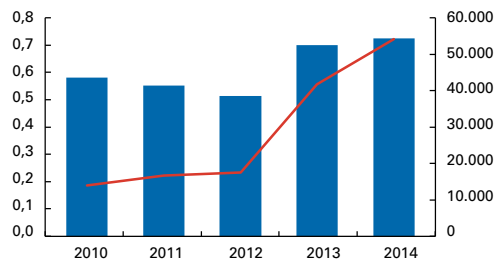
Bangladesch: Einlagenkonten

(Prozent der erwachsenen Bevölkerung)



Quellen: Bangladesh Bank; Berechnungen des IWF-Stabes.

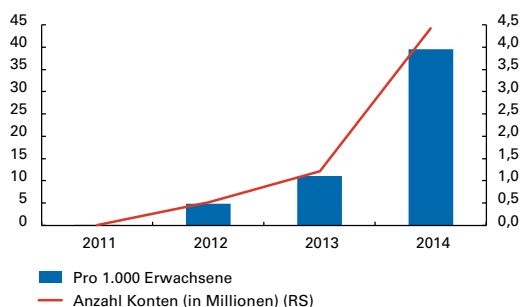
Bangladesch: Kredit an Unternehmerinnen



■ Ausbezahlte Beträge (in Prozent der Bankkredite an den Privatsektor)
— Anzahl der Unternehmerinnen (RS)

Quellen: Behörden von Bangladesch; Berechnungen des IWF-Stabes.

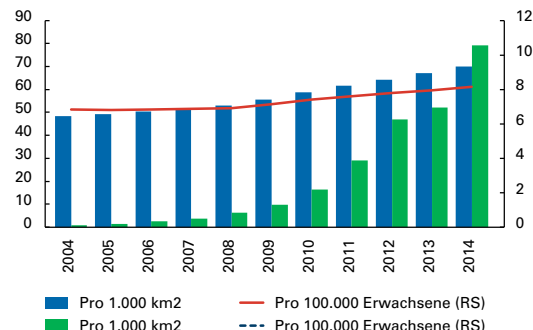
Bangladesch: Anzahl aktiver mobiler Konten¹



Quelle: IWF, Datenbank Financial Access Survey.

¹ Aktives mobiles Konto bezeichnet ein mobiles Konto, das innerhalb der letzten 90 Tage für ein Geldgeschäft verwendet wurde.

Bangladesch: Anzahl Bankfilialen und Geldautomaten



Quelle: IWF, Datenbank Financial Access Survey.

Finanzinklusion und Förderung der Volkswirtschaft Palästinas

Für viele Länder weltweit ist Finanzinklusion – Zugang zu und Inanspruchnahme von Finanzdienstleistungen durch private Haushalte und Firmen – ein lebenswichtiges Element für die wirtschaftliche Entwicklung und Armutsbekämpfung. Dies gilt insbesondere für das Westjordanland und den Gazastreifen, wo die eingeschränkte Bewegung von Menschen, Waren und Geld eine zusätzliche Herausforderung für die Politik darstellt.

Die Palestine Monetary Authority (PMA) arbeitet mit der Sachverständigenhilfe von IWF und anderen Gebern an Finanzinklusion und Stabilität als Kernstück ihrer Bemühungen für mehr Wachstum und Arbeitsplätze in einer vom Privatsektor geführten Volkswirtschaft. In den vergangenen zehn Jahren erzielte die PMA wichtige Fortschritte, gelang es ihr doch, den Zugang zu Finanzdienstleistungen und den Zustand des Bankensystems zu verbessern. Die PMA erhöhte nicht nur die Anzahl an Bankfilialen, sondern förderte auch E-Banking und versuchte, die Geschlechterungleichheit bei der Nutzung von Bankkonten abzubauen. In Gaza ermöglichten der verbesserte Zugang zu Geldautomaten und mobiles Banking die Bedienung der Kunden auch während des Konflikts von 2014.

Finanzinklusion ist natürlich nur ein Element der Wachstums-gleichung, und die sachverständige Beratung durch den IWF deckte eine Reihe wirtschaftspolitischer Fragen ab. Allerdings half die zielgerichtete technische Hilfe des IWF der PMA bei der Einrichtung eines Kreditregisters und Stärkung der risiko-basierten Aufsicht. Kreditregister, die Kredite oberhalb eines bestimmten Schwellenwerts überwachen und gewöhnlich von Zentralbanken oder Bankenaufsichten geführt werden, dienen politischen Entscheidungsträgern, Regulierern und anderen

Beamten zur makroprudenziellen Regulierung und Aufsicht. Infolgedessen stiegen die Kredite an den Privatsektor seit 2009 im zweistelligen Bereich.

Trotz dieser Erfolge wissen die Politiker im Westjordanland und Gazastreifen, dass noch viel getan werden muss, damit die Finanzinklusion wirtschaftlichen Fortschritt auf breiter Basis unterstützt, zum Beispiel durch Ausweitung der Bankdienstleistungen auf den großen informellen Sektor. Mit diesem Ziel vor Augen rief die PMA 2015 ihre erste Strategie zur Finanzinklusion ins Leben – und der Fonds wird sie weiter darin unterstützen.

Politik der öffentlichen Haushalte und langfristiges Wachstum

Ein wichtiges Politikpapier des IWF zu „Fiscal Policy and Long-Term Growth“ (Politik der öffentlichen Haushalte und langfristiges Wachstum), das vom Exekutivdirektorium im Juni 2015 erörtert wurde, unterstrich die Rolle der Fiskalpolitik bei der Anhebung des Wachstumspotenzials. Zu einer Zeit enttäuschenden Wachstums weltweit veröffentlicht, kam die Studie zu dem Schluss, dass Haushaltsreformen geeignet sind, starkes und gerechtes Wachstum herbeizuführen, vor allem dann, wenn sie durch unterstützende Anpassungen in anderen Bereichen der Wirtschaftspolitik ergänzt werden. Der Direktor der IWF-Abteilung Fiskalpolitik Vitor Gaspar präsentierte das Papier am 30. Juni vor dem Peterson Institute for International Economics.

Das Papier wertet die vorhandene Literatur und die umfangreiche Sachverständigenhilfe des Fonds zu Fiskalreformen sowie verschiedene analytische Studien aus. Dazu gehören Fallstudien erfolgreicher Fiskalreformen in fortgeschrittenen und aufstrebenden





den Volkswirtschaften und in einkommensschwachen Ländern, eine statistische Analyse von Wachstumsbeschleunigungen nach Fiskalreformen sowie Simulationen eines endogenen Wachstumsmodells. Das Papier enthält einen Anhang zu Fallstudien.

Es kommt zu dem Schluss, dass Fiskalpolitik Wachstum durch makro- und strukturelle Steuer- und Ausgabenpolitiken fördert. Auf der Makroebene spielt sie eine wichtige Rolle zur Wahrung der makroökonomischen Stabilität – eine Voraussetzung zur Erzielung und Wahrung von Wirtschaftswachstum. Auf der Mikroebene kann sie durch gut ausgestaltete Steuer- und Ausgabenpolitik Beschäftigung, Investitionen und Produktivität beleben. Die Ergebnisse:

- Verringerung des Steuerkeils und bessere Ausgestaltung der Lohnsteuer und Lohnnebenleistungen können Arbeitsanreize stärken und zu einer positiven Reaktion beim Arbeitsangebot führen.
- Gerechterer Zugang zu Bildung und gesundheitlicher Versorgung fördert das Anwachsen von Humankapital – ein wesentlicher Wachstumsfaktor.
- Wirtschaftliche öffentliche Investitionen, vor allem in die Infrastruktur, können die Produktionskapazität einer Volkswirtschaft anheben.
- Wenn wachstumsfreundliche Reformen fiskalischen Spielraum benötigen, sollten sich die Maßnahmen auf der Einkommenseite auf Verbreiterung der Steuerbasis und Abbau von Verzerrungen konzentrieren, während Maßnahmen auf der Ausgabenseite auf die Rationalisierung der Ausgaben und Verbesserung ihrer Wirtschaftlichkeit abzielen sollten.

Steuerung von Kapitalabflüssen – weitere operative Überlegungen

2013 veröffentlichte die Geschäftsführung des IWF eine „Guidance Note for the Liberalization and Management of Capital Flows“ (Leitlinie zur Liberalisierung und Steuerung von Kapitalflüssen), die dem Stab operative Anleitung zu geeigneten Politiken zur Liberalisierung von Kapitalflüssen und Steuerung störender Kapitalzu- und -abflüsse an die Hand gibt.

Im Dezember 2015 gab die Geschäftsführung eine Notiz zur ursprünglichen Leitlinie heraus, in der mögliche Konfigurationen der Kapitalflusspolitik dargelegt werden. Die Notiz mit dem Titel „Managing Capital Outflows—Further Operational Considerations“ (Steuerung von Kapitalabflüssen – weitere operative Überlegungen) vertieft die Anleitung für den Stab zur geeigneten makroökonomischen und finanzpolitischen Reaktion auf Kapitalabflüsse in einem Umfeld ohne Krisen; sie gründet sich dabei auf die institutionelle Sicht des IWF zur Liberalisierung und Steuerung von Kapitalflüssen, die vom Direktorium 2012 und in der Leitlinie von 2013 gebilligt wurde. Die Notiz von 2015 war besonders aktuell, weil die Kapitalabflüsse zu einer zunehmend relevanten politischen Herausforderung für die Mitgliedsländer geworden sind. Sie wurde dem Exekutivdirektorium zur Information vorgelegt.

Methodik zur Bewertung der Außenwirtschaftsbilanz

2012 unternahm der IWF mit der Einführung der Methodik zur Bewertung der Außenwirtschaftsbilanz (External Balance Assessment, EBA) und dem External Sector Report (Bericht über den Außenwirtschaftssektor) wichtige Schritte zur Verbesserung seiner Bewertungen des Außenwirtschaftssektors. Die EBA-Methodik bewertet Leistungsbilanzen und Wechselkurse der Außenwirtschaftspositionen und -politiken von 49 Volkswirtschaften und dem Euroraum. Der External Sector Report erörtert die Stabsbewertungen der Außenwirtschaftspositionen von 29 systemrelevanten Volkswirtschaften im Schulterchluss mit der bilateralen Überwachung mit einem multilateral stimmigen Ansatz. Die Dreijahresprüfung der Überwachung



(Triennial Surveillance Review, TSR) forderte die Anwendung der EBA-Innovationen auf einen breiteren Kreis von Ländern.

Der Aktionsplan der Geschäftsführenden Direktorin in Reaktion auf die TSR schlug zu diesem Zweck die Ausarbeitung einer „EBA-lite“ vor. Im Herbst 2014 wurde mit der Einführung der EBA-lite-Methodik für Leistungsbilanzbewertungen die EBA erstmals auf Nicht-EBA-Länder ausgedehnt. Im Sommer 2015 wurde das Regelwerk um das reale Wechselkursindexmodell und um den externen Tragfähigkeitsansatz ergänzt.

Eine im Februar 2016 an das Exekutivdirektorium gerichtete Mitteilung zur Information dient als Bezug für die EBA-lite-Methodik. Die Mitteilung schildert:

- Gründe für die Ausarbeitung von EBA-lite und Anleitungen für ihre Verwendung
- Technische Erläuterungen zu drei EBA-lite-Ansätzen
- Vorschläge zur Artikulierung von Stabsbewertungen des Außenwirtschaftssektors, in die die Modellergebnisse einfließen.

Strukturen und makroökonomische Leistung

Die TSR 2014 forderte weitere Arbeit, um es dem Fonds zu ermöglichen, selektiv mehr sachverständige Analysen und Beratung zu Strukturfragen bereitzustellen, insbesondere dort, wo unter den Mitgliedern starkes Interesse herrscht. In Reaktion darauf wurde im November 2015 ein Stabsbericht zu „Struc-

tural Reforms and Macroeconomic Performance: Initial Considerations for the Fund“ (Strukturen und makroökonomische Leistung: erste Überlegungen für den Fonds) veröffentlicht, nachdem er dem Exekutivdirektorium anlässlich einer informellen Sitzung im Oktober vorgelegt worden war.

Mit dem Papier sollte die Aufmerksamkeit des Direktoriums auf die Arbeit des Stabes nach der TSR gelenkt werden, die der Stärkung der Analysekapazität des Fonds und, wo dies relevant ist, der Bereitstellung politischer Beratung zu aktuellen Strukturproblemen dient. Das Papier wurde von einem Politikpapier zu Fällen in Ländern begleitet, das für die Analyse von Strukturpolitiken relevant ist.

Strukturpolitische Maßnahmen sind zu einem wichtigen Faktor im gegenwärtigen Diskurs über makroökonomische Politik geworden. Kraftloses Wachstum und hohe Arbeitslosigkeit trüben in vielen Ländern die Wirtschaftsaussichten. Weil weniger herkömmliche politische Optionen zur Verfügung stehen, konzentrieren sich politische Entscheidungsträger zunehmend auf die ergänzende Rolle der Strukturpolitik zur Förderung eines dauerhafteren Wachstums mit vielen Arbeitsplätzen. Die G20 betonte denn auch die entscheidende Rolle, die Strukturreformen bei der Gewährleistung eines starken, nachhaltigen und ausgewogenen Wachstums zukommt.

Strukturpolitik steht deshalb im Mittelpunkt vieler Arbeiten des IWF. So enthielt zum Beispiel die Frühjahrsausgabe 2016 des *World Economic Outlook* ein Kapitel über die makroökonomischen Auswirkungen von Arbeits- und Produktmarktrefor-men in fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Das Papier stellte Überlegungen zu einem stärker strategisch ausgerichteten Ansatz zu Strukturproblemen vor, der das Spektrum an makrostrukturellen Bedürfnissen der Mitglieder besser unterstützen könnte. Das Papier signalisierte zwar keine drastische Verlagerung der Fonds-Agenda oder Behandlung von Strukturproblemen, unterstrich aber die Notwendigkeit, bei der Festlegung

der Prioritäten für Strukturreformen die allgemeinen Bedingungen des Konjunkturzyklus und den verfügbaren makroökonomischen Spielraum zu berücksichtigen – zwei Punkte, die auch im Stabspapier für die G20, „A Guiding Framework for Structural Reforms“ (Ein Leitrahmen für Strukturreformen), herausgestellt wurden, das sich überwiegend auf die Kernergebnisse des Kapitels stützte. So lautet die wichtigste Erkenntnis aus dem Kapitel denn auch, dass Reformen sich mittelfristig zwar auszahlen, ihre kurzfristigen Folgen jedoch je nach Reformtyp unterschiedlich ausfallen und in einigen Fällen (Arbeitsmarktreformen) von der Konjunkturphase der Wirtschaft und der Grundhaltung der makroökonomischen Politikmaßnahmen abhängen.

Ein weiteres Papier über die Mitgliedsländer allgemein gelangte zu der Erkenntnis, dass Strukturreformen wichtig für Wachstum sind und ihr Nutzen meistens zunimmt, wenn sie gebündelt werden. Dem Papier zufolge fällt das Produktivitätspotenzial einzelner Reformtypen in verschiedenen Einkommensgruppen unterschiedlich aus; Strukturreformen, die in einem einkommensschwachen Land normalerweise gut funktionieren, zeigen in einem weiter entwickelten Land eventuell nicht dieselbe Wirkung.

Aufbauend auf diesen jüngsten Bemühungen, plant der IWF weitere Arbeit zur Entwicklung einer reichhaltigeren analytischen Grundlage und größeren Bandbreite an Diagnoseinstrumenten, die die Länderteams bei ihrer Analyse und ihrem Dialog mit den Mitgliedsländern heranziehen können. Dies erlaubt wiederum die Nutzung und den Austausch von politischen Erfahrungen über verschiedene Länder hinweg. Im Zuge dieser Entwicklung wird der Fonds:

- angemessen ausgestattet sein, um alle Strukturprobleme zu erkennen, die für die makroökonomische Gesundheit der IWF-Mitglieder entscheidend sind, und die makroökonomischen Folgen und Wechselbeziehungen zu anderen Politiken in Länderkonsultationen herausstellen;

- seine Politikberatung auf die Bereiche beschränken, in denen der Stab die nötige Fachkenntnis besitzt, aber die Möglichkeit zum Aufbau von Kenntnissen auf ausgewählten Gebieten mit starker Wirkung und hoher Nachfrage ausloten, beispielsweise die Themen Infrastruktur und Arbeitsmarkt;
- die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen stärken, wenn es um Strukturreformen außerhalb der Kerntätigkeit des IWF geht.

Zusammenarbeit mit fragilen Staaten und Ländern in der Konfliktfolgezeit

Ein Kernelement der Fondsarbeit mit einkommensschwachen Entwicklungsländern ist die Beziehung zu Ländern in der Konfliktfolgezeit und fragilen Situationen. Die Arbeit mit diesen Ländern bildete auch ein wichtiges Element der IWF-Zusagen gegenüber der internationalen Gemeinschaft auf der Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba.

Im Mai 2015 erörterte das Exekutivdirektorium auf einer informellen Sitzung ein Papier mit dem Titel „IMF Engagement with Countries in Post-Conflict and Fragile Situations—Stocktaking“ (Die Arbeit des IWF mit Ländern in der Konfliktfolgezeit und fragilen Situationen – Bestandsaufnahme). Es untersucht die Erfahrungen mit der Umsetzung von Lehren, die in einem Direktoriumspapier von 2011 und einer anschließenden Leitlinie aus dem Jahr 2012 gezogen wurden, und erörtert, wie der IWF seine Arbeit mit fragilen Staaten stärken kann. Die Empfehlungen konzentrieren sich auf drei Bereiche:

- **Kapazitätsaufbau:** Die Regierungen fragiler Staaten wünschten sich Kapazitätsaufbau, der ihrer Aufnahmekapazität entspricht und stärker auf Ausbildung und Unterstützung durch Berater vor Ort ausgerichtet ist. Das Papier schlägt einen neuen Pilotansatz vor, der über einen Zielrahmen Unterstützung zum Aufbau von Institutionen bietet, der die sofortige und geplante technische Hilfe und Ausbildung vom Fonds und anderen Entwicklungspartnern benennt und eine Feinabstimmung der Unterstützung zulässt.



Der Stellvertretende Geschäftsführende Direktor Min Zhu spricht während einer Podiumsdiskussion anlässlich der Frühjahrstagung 2016 von IWF und Weltbank in Washington über die politische Ökonomie von Strukturreformen.

■ **Fondsfazilitäten und Programmgestaltung:** Die Rapid Credit Facility (RCF) wird von fragilen Staaten stärker in Anspruch genommen und dient in einigen Fällen als Ersatz für stabsüberwachte Programme. Die Behörden der fragilen Staaten stellen die unzureichende Finanzierung durch den IWF als größtes Manko der bestehenden Fondsfazilitäten heraus; der Zugang unter der RCF sei besonders niedrig. Das Papier zitierte laufende Arbeiten zu Möglichkeiten, die Finanzmittel des IWF für fragile Staaten aufzustocken und die konzessionären Fondsmittel auf die ärmsten und anfälligsten Mitglieder zu verlagern – etwa durch Zusagen bei der Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung –, solange die Selbständigkeit des Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum (Poverty Reduction and Growth Trust) gewahrt bleibt. Das Papier berichtete, dass bei der nächsten Überprüfung weitere starke Anpassungen an den Fazilitäten in Erwägung gezogen werden. Im Papier wurden auch Schritte zum Schutz vorrangiger Sozialausgaben in fondsgestützten Programmen vorgeschlagen; dies könne durch gezielte Untergrenzen für Ausgaben und Einführung von Notfallplänen zum Schutz dieser Ausgaben gegenüber fiskalischen Schocks geschehen. Der Fonds erhöhte die für seine ärmsten und anfälligsten Mitglieder verfügbaren Mittel im Juli 2015.

■ **Politische Unterstützung:** Die Regierungen fragiler Staaten bescheinigen der politischen Unterstützung durch den Fonds eine hohe Qualität, wünschen sich aber, dass die Fondsteams mehr Erfahrungen gleichgestellter Gruppen mitbringen, um sie in die Entwicklung von alternativen politischen Lösungen einfließen zu lassen. Das Papier fordert, dass die Schulungen des Stabes zu Fragen der politischen Ökonomie fortgesetzt und der Wissensaustausch über fragile Staaten gefördert wird.

Einkommensgefälle und Anteil am Arbeitsmarkt

Im Rahmen der Zusammenarbeit von IWF und Ländern der G20 verfasst der Stab – oftmals gemeinsam mit anderen internationalen Institutionen – regelmäßig Forschungspapiere zu Themen, die für die Behörden der G20 von Belang sind.

Im August 2015 erarbeitete der IWF-Stab gemeinsam mit der Internationalen Arbeitsorganisation, der OECD und der Weltbank ein Papier über „Income Inequality and Labor Income Share in G-20 Countries—Trends, Impacts and Causes“ (Einkommensgefälle und Anteil am Arbeitseinkommen in G20-Ländern – Trends,



Folgen und Ursachen). Das Papier wurde dem Exekutivdirektorium zur Information vorgelegt.

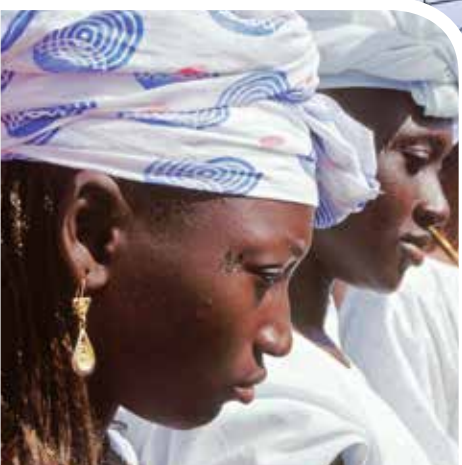
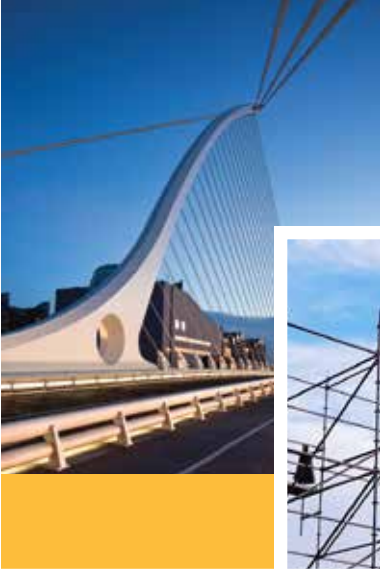
Die Türkei, die 2015 den Vorsitz über die G20 hatte, machte Inklusivität zu einer von drei politischen Prioritäten während ihrer Präsidentschaft. Die „Sherpas“ – Vertreter von Staats- oder Regierungschefs bei einem internationalen Gipfeltreffen – der G20 und die Arbeitsgruppe der G20 zu Beschäftigung baten die Organisationen um Ausarbeitung des Papiers, das die Folgen steigender Ungleichheit und sinkender Anteile am Arbeitseinkommen behandelte.

Öffentliche Investitionen wirtschaftlicher gestalten

Öffentliche Investitionen unterstützen die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen und bieten wirtschaftliche Chancen durch den Bau von Schulen, Krankenhäusern, Häfen, Kraftwerken und andere Projekte. Mit der Schaffung einer Sozial- und Wirtschaftsinfrastruktur können öffentliche Investitionen als Wachstumskatalysator dienen.

Im Juni 2015 präsentierte der IWF-Stab auf einer informellen Sitzung des Exekutivdirektoriums das Papier „Making Public Investment More Efficient“ (Öffentliche Investitionen wirtschaftlicher gestalten). Das Papier stellt die Bedeutung der Wirtschaftlichkeit öffentlicher Ausgaben heraus. Ein Vergleich zwischen öffentlichem Kapital und Daten zur Infrastrukturabdeckung und -qualität über mehrere Länder hinweg zeigte, dass die Unwirtschaftlichkeit in öffentlichen Investitionsprozessen durchschnittlich rund 30 Prozent beträgt. Die wirtschaftlichen Dividenden, die sich aus der Schließung dieser Lücke





ergeben, sind beträchtlich: die wirtschaftlichsten öffentlichen Investoren bekommen zweimal so viel für ihr Geld wie diejenigen, die am wenigsten wirtschaftlich arbeiten.

Um Ländern bei der Bewertung ihrer Praktiken zur Verwaltung öffentlicher Investitionen zu helfen und Möglichkeiten für Reformen

zu erkennen, entwickelte der IWF mit dem Public Investment Management Assessment (PIMA) ein Instrument, das im Juli 2015 im Zusammenhang mit der UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba vorgestellt wurde. PIMA bewertet Institutionen, die die Entscheidungsfindung zu öffentlichen Investitionen in drei wichtigen Stadien beeinflussen:

- **Planung** nachhaltiger Investitionen im gesamten öffentlichen Sektor
- **Zuweisung** der Investitionen an die richtigen Sektoren und Projekte
- **Umsetzung** der Projekte im Rahmen des gesetzten Termins und Budgets

PIMA deckt den gesamten öffentlichen Investitionszyklus ab: sektorielle Planung auf Landesebene, Festlegung eines Investitionsrahmens, Projektschätzung und -auswahl sowie Verwaltung und Überwachung der Projektumsetzung. Es ist für Länder aller Entwicklungsstufen relevant, weil es fortschrittliche Praktiken zu fiskalischen Regeln, Aufsicht über öffentlich-private Partnerschaften und Überwachung öffentlicher Vermögenswerte abbildet. Schließlich bietet PIMA eine verständliche Zusammenfassung der Stärken und Schwächen anhand von Grafiken, die zeigen, wie die Bewertungen eines Landes im Vergleich zu gleichgestellten Ländern abschneiden.

Im Rahmen der Aufgabe des IWF, Länder auf ihrem Weg zu mehr Wirtschaftlichkeit bei öffentlichen Investitionen zu unterstützen, ist die Weiterentwicklung von PIMA in eine umfassende Bewertung über die Verwaltungspraktiken zu öffentlichen Investitionen geplant. Durch den PIMA-Prozess werden in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, insbesondere der Weltbank, Reformprioritäten benannt und kapazitätsbildende Strategien entwickelt.

Zur Ergänzung seines Instrumentariums zur Bewertung öffentlicher Haushalte führte der Fonds im April 2016 gemeinsam mit der Weltbank ein neues Analyseinstrument ein: das PPP Fiscal Risk Assessment Model (Modell zur Bewertung fiskalischer Risiken in öffentlich-privaten Partnerschaften), um die potenziellen fiskalischen Kosten und Risiken öffentlich-privater Projekte zu bewerten. Ohne rigorose Prüfungen der Erschwinglichkeit veranlassen Regierungen eventuell Projekte, die entweder ihr Budget übersteigen oder die öffentlichen Finanzen übermäßigen fiskalischen Risiken aussetzen. Im Hinblick auf diese Bedenken wurde das Modell zur Quantifizierung der makroökonomischen Folgen öffentlich-privater Projekte entwickelt; es kann damit nicht nur im Rahmen der Sachverständigenhilfe von IWF und Weltbank, sondern auch in PPP-Abteilungen der Finanzministerien eingesetzt werden.

Geldpolitik und Finanzstabilität

Es ist eine strittige Frage, ob Geldpolitik zum Zweck der Finanzstabilität eingesetzt werden soll. Die globale Finanzkrise führte vor Augen, dass Preisstabilität allein für Finanzstabilität nicht ausreicht, dass Finanzkrisen teuer sind und Geldpolitik darauf abzielen sollte, die Wahrscheinlichkeit von Krisen zu verringern, statt erst beim Eintritt von Problemen aktiv zu werden.

Das Exekutivdirektorium des IWF erörterte im September 2015 auf einer informellen Sitzung ein Stabspapier zu „Monetary Policy and Financial Stability“ (Geldpolitik und Finanzstabilität). Das Papier versuchte, Klarheit über einige Fragestellungen zum Thema zu verschaffen.

Viele dieser Fragestellungen werden im renommierten Global Financial Stability Report behandelt, der jedes Jahr im April und Oktober erscheint und dem Exekutivdirektorium im Januar und Juli Aktualisierungen unterbreitet. Geldpolitik und Finanz-

stabilität sind auch zentrale Themen in anderen Bereichen der Fonds-Überwachung. Darüber hinaus fand während der Jahrestagung 2015 in Lima ein hochrangiges Seminar zu geldpolitischen Regelwerken und Finanzstabilität statt.

Das Stabspapier will keine endgültigen Antworten geben, hilft aber politischen Entscheidungsträgern dabei, den Wert und die Folgen der Geldpolitik bei der Unterstützung der Finanzstabilität zu bewerten. Es bietet ein Regelwerk zu Entwurf und Klärung der Übertragungskanäle und politischen Kompromisse, gibt erste politische Anleitung auf der Grundlage der jüngsten empirischen Erkenntnisse und stellt die Lücken heraus, die geschlossen werden müssen, bevor endgültigere Politikberatung formuliert werden kann.

Eine Schlussfolgerung des Papiers lautet, dass Geldpolitik grundsätzlich nur von ihrer herkömmlichen Reaktion abweichen sollte, wenn die Kosten geringer ausfallen als der Nutzen. Kurzfristig entstehen, so das Papier, Kosten aus geringerer Wirtschaftsleistung und Inflation. Nutzen entsteht hauptsächlich mittelfristig durch Abfederung von Finanzrisiken, allerdings herrscht weniger Gewissheit über die Auswirkungen. Auf der Grundlage aktueller Kenntnisse gibt es nur begrenzte Argumente, sich „gegen den Wind zu lehnen“, weil die Kosten in den meisten Fällen den Nutzen übersteigen.

Das aktuelle Verständnis der Kanäle, über die die Geldpolitik die Finanzstabilität im Inland, länderübergreifend und über den Konjunkturzyklus hinweg beeinflusst, entwickelt sich jedoch rasch.

DATEN

Neunte Überprüfung der Datenstandardinitiative

Im Mai 2015 erörterte das Exekutivdirektorium die Neunte Überprüfung der Datenstandardinitiative des IWF. Der Überprüfung zufolge hat der Spezielle Datenweitergabestandard (Special Data Dissemination Standard, SDDS) ein reifes Stadium erreicht, es sind keine Anpassungen notwendig; sein Fokus liegt auf der Erhöhung seiner Teilnehmerzahl. Der SDDS Plus wurde im Februar 2014 mit zunächst neun Ländern eingeführt.

Die Überprüfung ergab auch, dass sich das Allgemeine Datenweitergabesystem (General Data Dissemination System, GDDS) seit seiner Einführung 1997 kaum verändert hat; fehlende Anreize zur Weitergabe von Daten hinderten die Weiterentwicklung von Statistiken. Die Überprüfung schlug vor, das Problem mit einem erweiterten GDDS (e-GDDS) anzugehen. Dabei soll das Regelwerk neu auf die Veröffentlichung von Daten ausgerichtet werden, die für die Überwachung durch den IWF und die Märkte von Belang sind; gleichzeitig sollte der Dialog im Rahmen der Artikel-IV-Konsultation genutzt werden, um die Aufmerksamkeit der Behörden auf Fortschritte zu lenken, die einen Beitritt zum SDDS erlauben.

Die Exekutivdirektoren stimmten allgemein mit der Beurteilung durch den Stab überein und billigten den Vorschlag, das GDDS durch das e-GDDS zu ersetzen; damit würden Transparenz und Statistikentwicklung gefördert und starke Synergien zwischen Datenweitergabe und Überwachung geschaffen.



ENHANCED GENERAL DATA DISSEMINATION SYSTEM (ERWEITERTES ALLGEMEINES DATENWEITERGABESYSTEM)

Im Lauf des Jahres waren Botswana, Lesotho und Nigeria die ersten Mitgliedsländer des IWF, die die Empfehlungen für das e-GDDS umsetzten, das im Mai 2015 an die Stelle des GDDS trat. Die drei Länder nahmen eine e-GDDS-Mission auf und veröffentlichten in der Folge eine National Summary Data Page (NSDP). Die NSDP wird von der Open Data Platform gestützt und dient als allumfassende Publikation für wichtige makroökonomische Daten.

SPEZIELLES DATENWEITERGABESYSTEM

Angesichts der beträchtlichen Fortschritte zur Schließung der Datenlücken, die durch die weltweite Finanzkrise offensichtlich wurden, sprachen sich die Finanzminister und Zentralbankgouverneure der G20 für die zweite Phase der Datenlückeninitiative (Data Gap Initiative, DGI-2) aus; Phase 2 konzentriert sich auf Daten, die der Analyse von Finanzsektorrisiken und Verknüpfungen im Wirtschafts- und Finanzsystem dienen. Im September 2016 wird der erste Fortschrittsbericht zur Phase 2, einschließlich der endgültigen Fünfjahres-Maßnahmenpläne zur Umsetzung der DGI-2, den Finanzministern und Zentralbankgouverneuren der G20 vorgelegt.

DATENLÜCKENINITIATIVE

Angesichts der beträchtlichen Fortschritte zur Schließung der Datenlücken, die durch die weltweite Finanzkrise offensichtlich wurden, sprachen sich die Finanzminister und Zentralbankgouverneure der G20 für die zweite Phase der Datenlückeninitiative (Data Gap Initiative, DGI-2) aus; Phase 2 konzentriert sich auf Daten, die der Analyse von Finanzsektorrisiken und Verknüpfungen im Wirtschafts- und Finanzsystem dienen. Im September 2016 wird der erste Fortschrittsbericht zur Phase 2, einschließlich der endgültigen Fünfjahres-Maßnahmenpläne zur Umsetzung der DGI-2, den Finanzministern und Zentralbankgouverneuren der G20 vorgelegt.

STATISTIKEN ZUR GLOBALEN WIRTSCHAFTS- UND FINANZSTABILITÄT

Die Abteilung Statistik gibt für die allgemeine Öffentlichkeit international vergleichbare Daten zu den Finanzsektoren der Mitgliedsländer heraus, was zur Überwachung der Finanzstabilität auf nationaler und globaler Ebene beiträgt. Finanzstatistiken sind das Hauptinstrument zur Analyse monetärer Entwicklungen und zur Formulierung der Geldpolitik. Die Herausforderung besteht nun darin, die Erfassung von Nichtbanken-Finanzinstitute über die 43 Länder hinaus auszuweiten, die diese Daten derzeit melden. Indikatoren zur Finanzstabilität, die die Gesundheit des Finanzsektors eines Landes und seiner Kunden reflektieren, können auf der externen Website des IWF zu 108 Ländern – ihre Zahl soll stetig erhöht werden – abgerufen werden.





Kreditvergabe

Die Kredite des IWF sind darauf ausgelegt, den Mitgliedsländern beim Umgang mit Zahlungsbilanzproblemen, bei der Stabilisierung ihrer Wirtschaft und Wiederherstellung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums zu helfen. Kern der Kreditvergabetätigkeit des IWF ist denn auch seine Rolle bei der Beilegung von Krisen. Zugleich machte die weltweite Finanzkrise den Bedarf nach wirksamen globalen Finanzsicherheitsnetzen deutlich, damit die Länder negativen Schocks begegnen können. Ein maßgebliches Ziel der jüngsten Kreditreformen besteht daher darin, die traditionelle Aufgabe des IWF in der Beilegung von Krisen um weitere Instrumente zur Prävention von Krisen zu ergänzen. Im Gegensatz zu Entwicklungsbanken vergibt der IWF keine Kredite für spezielle Projekte, sondern an Länder mit unzureichenden Devisenbeständen, damit sie ausreichend Zeit zur Korrektur ihrer Wirtschaftspolitik und Wiederherstellung ihres Wachstums haben. Damit wird verhindert, dass die Länder Maßnahmen ergreifen müssen, die ihrer eigenen Volkswirtschaft

oder der anderer Mitgliedsländer schaden. Im Allgemeinen bietet der IWF zwei Arten von Krediten: Geld zu nicht konzessionären Zinsen und konzessionäre Darlehen für ärmere Länder, die zinsverbilligt oder in manchen Fällen zinsfrei bereitgestellt werden.

NICHT KONZESSIONÄRE MITTELVERGABE

Im GJ 2016 billigte das Exekutivdirektorium drei Vereinbarungen unter den nicht konzessionären Fazilitäten des IWF im Konto für allgemeine Ressourcen (General Resources Account, GRA) in Höhe von insgesamt 4,73 Mrd. SZR brutto (6,70 Mrd. US\$, nicht bereinigt um gekündigte Vereinbarungen und umgerechnet zum Wechselkurs von SZR/US\$ am 29. April 2016 von 0,705552). Eine vorsorgliche Kreditvereinbarung unter der Flexible Credit Line (FCL) für Kolumbien (3,87 Mrd. SZR) machte 82 Prozent dieser Zusagen aus. Die für Kolumbien gebilligte FCL und die vorsorgliche Stand-By-Kreditvereinbarung für Kenia (0,71 Mrd. SZR) sind Neuauflagen früherer Vereinbarungen, die das Ende ihrer Laufzeit erreicht hatten. Darüber hinaus billigte das Direktorium eine Stand-By-Kreditvereinbarung für die Republik Kosovo über insgesamt 0,15 Mrd.

Tabelle 2.1

Unter dem Konto für allgemeine Ressourcen gebilligte Vereinbarungen im GJ 2016

(Millionen SZR)

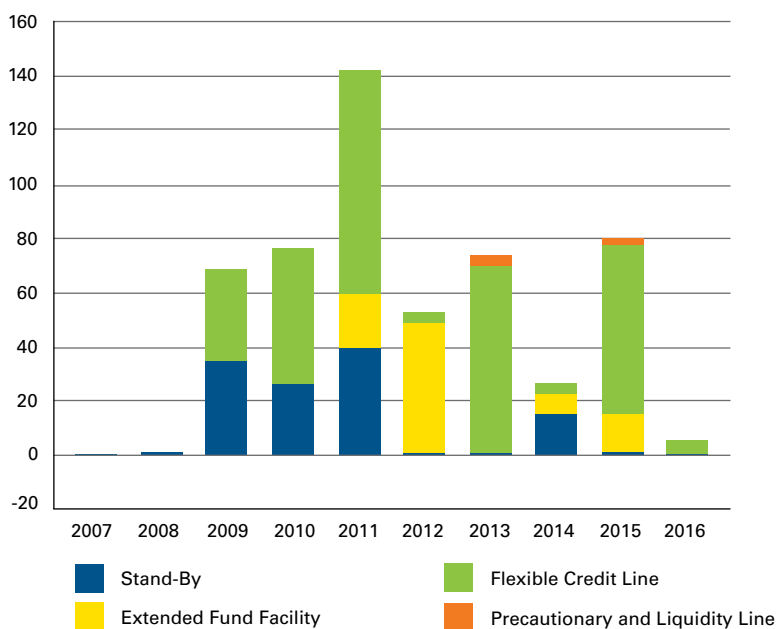
Mitglied	Art der Vereinbarung	Datum des Inkrafttretens	Gebilligter Betrag
NEUE VEREINBARUNGEN			
Kosovo	22-monatige Stand-By	29.07.2015	147,5
Kenia	24-monatige Stand-By	14.03.2016	709,3
Kolumbien	24-monatige Flexible Credit Line	17.06.2015	3.870,0
Insgesamt			4.726,8

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Schaubild 2.5

Vereinbarungen unter dem Konto für allgemeine Ressourcen, GJ 2007–16 mit Ende zum 30. April (Milliarden SZR)

(Milliarden SZR)



Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Tabelle 2.2

Konditionen für Kredite aus dem Konto für allgemeine Ressourcen des IWF

Diese Tabelle zeigt die wichtigsten nicht konzessionären Kreditfazilitäten. Stand-By Arrangements sind seit Langem das wichtigste Kreditvergabeinstrument der Institution. Im Nachgang zur weltweiten Finanzkrise von 2007–09 stärkte der IWF sein Instrumentarium zur Kreditvergabe. Kernziel war dabei die Förderung von Instrumenten zur Krisenprävention, was mit der Einrichtung der Flexible Credit Line (FCL) und der Precautionary and Liquidity Line (PLL) verwirklicht wurde. Darüber hinaus wurde das Rapid Financing Instrument (RFI) eingerichtet, das in einer Vielzahl von Fällen eingesetzt werden kann und die Richtlinie des IWF zur Notfallhilfe ersetzt.

Kreditfazilität (Jahr der Verabschiedung) ¹	Ziel	Bedingungen	Abrufstaffelung und Überwachung
KREDITTRANCHEN UND ERWEITERTE FONDSFAZILITÄT³			
Stand-By Arrangements (SBA) Bereitschaftskreditvereinbarungen (1952)	Kurz- bis mittelfristige Hilfe für Länder mit kurzfristigen Zahlungsbilanzproblemen	Die Annahme von Politikmaßnahmen, die erwarten lassen, dass die Zahlungsbilanzprobleme des Mitglieds innerhalb eines annehmbaren Zeitraums gelöst werden können	In der Regel vierteljährliche Käufe (Auszahlungen), abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und weiteren Auflagen
Extended Fund Facility (EFF) (1974) (Erweiterte Fondsfaizilität) (Extended Arrangements) (Erweiterte Kreditvereinbarungen)	Längerfristige Hilfe zur Unterstützung der Strukturreformen der Mitglieder, um langfristigen Zahlungsbilanzproblemen zu begegnen	Verabschiedung eines maximal 4-jährigen Programms mit Strukturagenda und jährlicher ausführlicher Erklärung zu den Politikmaßnahmen für die kommenden 12 Monate	Viertel- oder halbjährliche Käufe (Auszahlungen), abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und sonstigen Auflagen
Flexible Credit Line (FCL) (2009) (Flexible Kreditlinie)	Flexibles Instrument in den Kredittranchen zur Deckung des gesamten potenziellen oder tatsächlichen Zahlungsbedarfs.	Ex ante sehr starke makroökonomische Eckdaten, wirtschaftspolitisches Regelwerk und politischer Leistungsnachweis	Von vornherein gebilligter Zugang während des gesamten Vereinbarungszeitraums, vorbehaltlich der Halbzeitüberprüfung nach 1 Jahr
PLL Precautionary and Liquidity Line (2011) (Vorsorge- und Liquiditätslinie)	Instrument für Länder mit soliden volkswirtschaftlichen Eckdaten und Politiken	Starke politische Regelwerke, starke Auslandsposition und Marktzugang, einschließlich Solidität des Finanzsektors	Hoher Zugang zu Beginn der Laufzeit, vorbehaltlich halbjährlicher Prüfungen (bei 1- bis 2-jährigen PLL)
SONDERFAZILITÄTEN			
Rapid Financing Instrument (RFI) (2011)	Schnelle Finanzhilfe für alle Mitgliedsländer mit dringendem Zahlungsbilanzbedarf	Bestrebungen zur Lösung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten (kann vorangegangene Maßnahmen einschließen)	Direkte Käufe ohne voll ausgearbeitetes Programm oder Überprüfungen

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

¹ Die Kreditvergabe des IWF aus dem Konto für allgemeine Ressourcen (General Resources Account, GRA) wird hauptsächlich über das von den Mitgliedsländern gezeichnete Kapital finanziert. Jedem Land wird eine Quote zugeteilt, die seine finanzielle Verpflichtung darstellt. Ein Mitglied zahlt einen Teil seiner Quote in vom IWF akzeptierten Fremdwährungen ein – oder in Sonderziehungsrechten (SZR) – und den Rest in seiner Landeswährung. Ein IWF-Darlehen wird ausbezahlt oder vom Darlehensnehmer gezogen, indem er mit seiner eigenen Währung vom IWF Aktiva in ausländischen Währungen kauft. Die Rückzahlung des Darlehens wird erreicht, indem der Kreditnehmer seine Inlandswährung vom IWF mit ausländischer Währung oder SZR zurückkauft.

² Der Gebührensatz für Mittel, die vom GRA ausbezahlt werden, wird als Aufschlag auf den wöchentlichen SZR-Zinssatz festgelegt (derzeit 100 Basispunkte). Der Gebührensatz wird in jedem Finanzquartal des IWF auf den täglichen Saldo aller ausstehenden GRA-Ziehungen erhoben. Zusätzlich wird auf jede Ziehung von IWF-Mitteln aus dem GRA, mit Ausnahme von Ziehungen aus der Reservetranche, eine einmalige Bearbeitungsgebühr von 0,5 Prozent erhoben. Eine im Voraus fällige Bereitstellungsgebühr (15 Basispunkte auf zugesicherte Beträge von bis zu 115 Prozent der Quote, 30 Basispunkte für Beträge über 115 und bis zu 575 Prozent der Quote sowie 60 Basispunkte für Beträge über 575 Prozent der Quote) wird auf den Betrag angewandt, der in jeder (jährlichen) Periode unter einer SBA, FCL, PLL oder EFF gezogen werden kann; diese Gebühr wird proportional rückerstattet, wenn weitere Ziehungen unter der Vereinbarung erfolgen.

Zugangsgrenzen ¹	Gebühren ²	Laufzeiten (Jahre)	Ratenzahlung
Jährlich: 145 % der Quote; kumulativ: 435 % der Quote	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 187,5 % der Quote; weitere 100 Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 3 Jahre über 187,5 % der Quote liegt). ⁴	3¼–5	Vierteljährlich
Jährlich: 145 % der Quote; kumulativ: 435 % der Quote	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 187,5 % der Quote; zusätzliche 100 Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 51 Monate über 187,5 % der Quote liegt). ⁴	4½–10	Halbjährlich
Keine im Voraus festgelegte Grenze	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 187,5 % der Quote; zusätzliche 100 Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 36 Monate über 187,5 % der Quote liegt). ⁴	3¼–5	Vierteljährlich
125 % der Quote für 6 Monate; 250 % der Quote verfügbar bei Billigung von 1- bis 2-jährigen Vereinbarungen; insgesamt 500 % der Quote nach 12 Monaten zufriedenstellenden Fortschritts	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 187,5% der Quote; zusätzliche 100 Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 36 Monate über 187,5% der Quote liegt). ⁴	3¼–5	Vierteljährlich
Jährlich: 37,5 % der Quote; kumulativ: 75 % der Quote	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 187,5 % der Quote; zusätzliche 100 Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 3 Jahre über 187,5 % der Quote liegt). ⁴	3¼–5	Vierteljährlich

³ Kredittranchen beziehen sich auf das Volumen der Käufe (Auszahlungen) im Verhältnis zur Quote, die einem Mitglied im IWF zukommt; so sind Auszahlungen von bis zu 25 Prozent der Quote eines Mitglieds Auszahlungen unter der ersten Kredittranche und verlangen von den Mitgliedern, dass sie angemessene Anstrengungen zur Überwindung ihrer Zahlungsbilanzprobleme nachweisen. Anträge auf Auszahlungen über 25 Prozent werden als Ziehungen der oberen Kredittranchen bezeichnet; sie erfolgen in Ratenzahlungen und sind an die Erfüllung bestimmter Leistungskriterien gebunden. Diese Auszahlungen sind normalerweise verbunden mit einer Bereitschafts- oder Erweiterten Kreditvereinbarung.

⁴ Aufschläge wurden im November 2000 eingeführt. Am 1. August 2009 trat ein neues Aufschlagsystem in Kraft, und am 17. Februar 2009 wurden Anpassungen vorgenommen, bei denen gewisse Konditionen bereits bestehender Vereinbarungen berücksichtigt wurden.

Tabelle 2.3

Konzessionäre Kreditvergabefazilitäten

Es gibt drei konzessionäre Kreditvergabefazilitäten für Niedrigeinkommensländer.

	Extended Credit Facility (ECF)	Standby Credit Facility (SCF)	Rapid Credit Facility (RCF)
Ersetzt	Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (Poverty Reduction and Growth Facility, PRGF)	Fazilität für Exogene Schocks – Hohe Zugangskomponente (Exogenous Shocks Facility – High Access Component, ESF-HAC)	Fazilität für Exogene Schocks – Schnelle Zugangskomponente (Exogenous Shocks Facility – Rapid Access Component, ESF-RAC), subventionierte Notfallhilfe in der Konfliktfolgezeit (Emergency Post-Conflict Assistance, EPCA) und Notfallhilfe bei Naturkatastrophen (Emergency Natural Disaster Assistance, ENDA)
Ziel	Niedrigeinkommensländern dabei helfen, eine stabile und tragfähige makroökonomische Position zu erreichen und aufrechtzuerhalten, die intensive und dauerhafte Armutsbekämpfung und ebensolches Wachstum ermöglicht		
Zweck	Bekämpfung anhaltender Zahlungsbilanzprobleme	Erfüllung von kurzfristigem Zahlungsbilanzbedarf	Finanzierung mit niedriger Zugangsgrenze zur Erfüllung von dringendem Zahlungsbilanzbedarf
Berechtigung	Länder, die unter dem Poverty Reduction and Growth Trust (PRGT) Anspruch auf Unterstützung haben		
Qualifikation	Langfristiges Zahlungsbilanzproblem; tatsächlicher Finanzierungsbedarf über die Laufzeit der Vereinbarung, aber nicht unbedingt bei Billigung oder Auszahlung des Kredits	Potenzieller (vorsorgliche Inanspruchnahme) oder tatsächlicher Zahlungsbilanzbedarf über einen kurzen Zeithorizont zum Zeitpunkt der Billigung; für jede Auszahlung ist tatsächlicher Bedarf Voraussetzung	Dringender Zahlungsbilanzbedarf, wenn das Programm der oberen Kredittranche (Upper Credit Tranche, UTC) entweder nicht durchführbar oder nicht notwendig ¹ ist
Poverty Reduction and Growth Strategy	IWF-gestütztes Programm sollte an den Zielen des Landes zu Armutsbekämpfung und Wachstum ausgerichtet sein und die Politiken unterstützen, die Sozial- und andere wichtige Ausgaben schützen		
	Vorlage des Strategiedokuments zur Armutsbekämpfung (Poverty Reduction Strategy, PRS)	Vorlage des PRS-Dokuments nicht erforderlich; wenn der Finanzierungsbedarf weiter besteht, beantragt der SCF-Nutzer eine ECF mit den entsprechenden PRS-Dokumentationserfordernissen	Vorlage des PRS-Dokuments nicht erforderlich
Konditionalität	UCT; Flexibilität bei Anpassungsweg und zeitlicher Abfolge	UCT; zielt auf die Erfüllung eines kurzfristigen Zahlungsbilanzbedarfs ab	Keine UCT und keine Konditionalität auf Grundlage einer Prüfung ex post; Leistungsnachweis dient zur Qualifikation für wiederholte Inanspruchnahme (ausgenommen unter der Schock-Komponente)

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

¹ Die UTC-Standardkonditionalität ist der Satz an programmbezogenen Konditionen, die sicherstellen sollen, dass die Mittel des IWF die Programmziele unterstützen, und eine adäquate Sicherung der IWF-Ressourcen gewährleisten.

² Zugangsnormen gelten nicht, wenn der ausstehende konzessionäre Kredit mehr als 150 % der Quote beträgt. In diesen Fällen wird der Zugang von der Überlegung zur Zugangsgrenze von 225 % der Quote (oder außergewöhnliche Zugangsgrenze von 300 % der Quote), vom erwarteten künftigen Bedarf an Unterstützung durch den IWF und vom Rückzahlungsplan geleitet.

³ Der IWF prüft die Zinssätze für alle konzessionären Fazilitäten unter dem PRGT alle 2 Jahre; die letzte Prüfung fand im Dezember 2014 statt. Das Exekutivdirektorium billigte angesichts der anhaltenden Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise die Verlängerung der Zinsbefreiung für konzessionäre Kredite bis Ende Dezember 2016. Im Juli 2015 setzte das Exekutivdirektorium den Zinssatz auf die RCF dauerhaft auf null.

⁴ Als vorsorglich behandelte SCFs zählen nicht für die zeitlichen Beschränkungen.

	Extended Credit Facility (ECF)	Standby Credit Facility (SCF)	Rapid Credit Facility (RCF)
Zugangsgrenzen	Jährliches Limit 75 % der Quote; kumulatives Limit (nach Abzug vereinbarter Rückzahlungen) 225 % der Quote. Limits basieren auf dem insgesamt ausstehenden PRGT-Kredit. Außergewöhnlicher Zugang: Jährliches Limit 100 % der Quote; kumulatives Limit (nach Abzug vereinbarter Rückzahlungen) 300 % der Quote.		
	Normen und Teillimits ²		
	Die Zugangsnorm beträgt 90 % der Quote pro 3-jähriger ECF-Vereinbarung für Länder mit ausstehenden konzessionären IWF-Krediten unter allen Fazilitäten von insgesamt weniger als 75 % der Quote und beträgt 56,25 % der Quote pro 3-jähriger Vereinbarung für Länder mit ausstehenden konzessionären Krediten zwischen 75 % und 150 % der Quote	Die Zugangsnorm beträgt 90 % der Quote pro 18-monatiger SCF-Vereinbarung für Länder mit ausstehenden konzessionären IWF-Krediten unter allen Fazilitäten von insgesamt weniger als 75 % der Quote und beträgt 56,25 % der Quote pro 18-monatiger Vereinbarung für Länder mit ausstehenden konzessionären Krediten zwischen 75 % und 150 % der Quote	Für den Zugang zur RCF besteht keine Norm. Teillimits (bei fehlender UCT-Konditionalität): Der ausstehende RCF-Kredit darf insgesamt zu keiner Zeit mehr als 75 % der Quote betragen (nach Abzug vereinbarter Rückzahlungen). Die Zugangsgrenze unter der RCF über einen beliebigen 12-Monats-Zeitraum ist auf 18,75 % der Quote und unter dem Schockfenster auf 37,5 % der Quote festgelegt. Käufe, die nach dem 1. Juli 2015 unter der RFI getätigt wurden, werden in die geltenden jährlichen und kumulativen Limits einbezogen
Konditionen³	Zinssatz: null Rückzahlung: 5½–10 Jahre	Zinssatz: 0,25 % Rückzahlung: 4–8 Jahre Bereitstellungsgebühr: 0,15 % auf bereitgestellte, aber nicht gezogene Beträge unter der vorsorglichen Vereinbarung	Zinssatz: null Rückzahlung: 5½–10 Jahre
Blending	Auf der Grundlage des Pro-Kopf-Einkommens und Marktzugangs; mit Schuldenanfälligkeit verknüpft		
Vorsorgliche Verwendung	Nein	Ja, mit jährlicher Zugangsgrenze bei Bewilligung von 56,25 % der Quote und einer durchschnittlichen jährlichen Zugangsgrenze bei Bewilligung von 37,5 % der Quote	Nein
Laufzeit und wiederholte Inanspruchnahme	3–4 Jahre (auf 5 verlängerbar); kann wiederholt in Anspruch genommen werden	12–24 Monate; Einsatz begrenzt auf 2½ von beliebigen 5 Jahren ⁴	Direkte Auszahlungen; wiederholte Inanspruchnahme möglich vorbehaltlich Zugangsgrenzen und anderer Auflagen
Gleichzeitige Inanspruchnahme	GRA (Extended Fund Facility/ Stand-By Arrangement)	GRA (Extended Fund Facility/ Stand-By Arrangement) und Policy Support Instrument	GRA (Rapid Financing Instrument und Policy Support Instrument); Kredit unter der RFI wird in die RCF-Limits eingerechnet

SZR und reduzierte auf Antrag der Behörden die FCL für Polen um 2,5 Mrd. SZR. *Tabelle 2.1* enthält eine ausführliche Darstellung der im Jahresverlauf gebilligten Vereinbarungen, und *Schaubild 2.5* zeigt die Vereinbarungen, die in den letzten 10 Jahren gebilligt wurden.

Auszahlungen bis Ende April 2016 unter Kreditvereinbarungen aus dem GRA, sogenannte „Käufe“ beliefen sich auf insgesamt 4,68 Mrd. SZR (6,64 Mrd. US\$), wovon zwei Drittel auf die Käufe von Pakistan, Ukraine und Zypern entfielen. Zusätzlich zu diesen GRA-Vereinbarungen billigte das Exekutivdirektorium am 29. Juli 2015 einen Kauf des Irak von 891,3 Mio. SZR (ca. 1,24 Mrd. US\$) unter dem Rapid Finance Instrument.

Rückzahlungen, „Rückkäufe“ genannt, für das Geschäftsjahr betragen insgesamt 12,1 Mrd. SZR (17,2 Mrd. US\$), einschließlich vorzeitiger Rückkäufe, hauptsächlich von Portugal in Höhe von 3,1 Mrd. SZR (4,2 Mrd. US\$). Infolge der beträchtlichen Rückkäufe und der wegen Programmverzögerungen noch nicht getätigten Käufe sank der Bestand an ausstehenden Krediten unter dem GRA auf 47,8 Mrd. SZR (68 Mrd. US\$) gegenüber dem Vorjahreswert von 55,22 Mrd. SZR (78 Mrd. US\$). *Schaubild 2.6* gibt Auskunft über ausstehende, nicht konzessionäre Finanzierungsbeträge der letzten 10 Jahre.

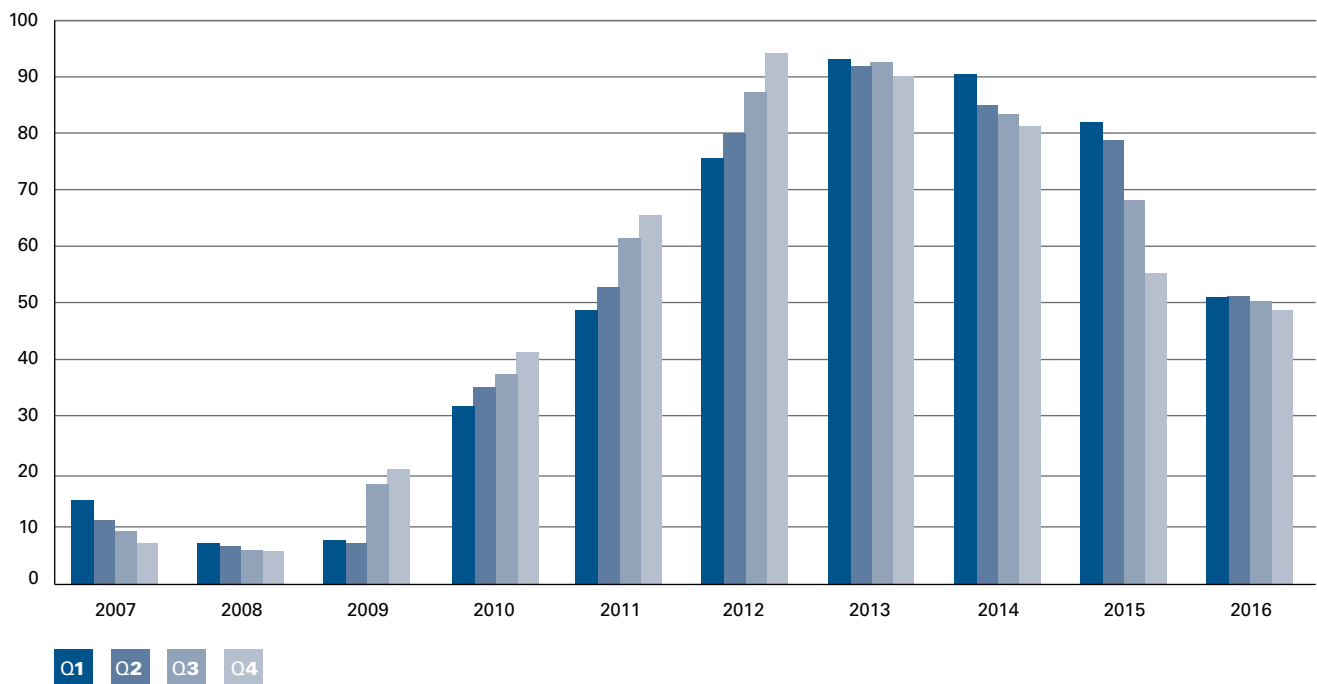
Im GJ 2016 sagte der Fonds im Rahmen seines Poverty Reduction and Growth Trust (Treuhandsfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum, PRGT) Darlehen in Höhe von insgesamt 0,83 Mrd. SZR (1,2 Mrd. US\$) für die Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen unter seinen Mitgliedern zu. Die ausstehenden konzessionären Kredite von 56 Mitgliedern beliefen sich Ende April 2016 auf insgesamt 6,5 Mrd. SZR. *Tabelle 2.4* zeigt ausführliche Daten zu neuen Vereinbarungen und Zugangserhöhungen unter den konzessionären Fazilitäten des IWF. Aus *Schaubild 2.7* gehen die ausstehenden Beträge von konzessionären Krediten im letzten Jahrzehnt hervor.

Die Initiative für hoch verschuldete arme Länder (Heavily Indebted Poor Countries, HIPC), die 36 von 39 anspruchsberechtigten Ländern nutzen, ist im Großen und Ganzen abgeschlossen – der Tschad erhielt als letzter Begünstigter im April 2015 Schuldenerleichterung. Allerdings kann der IWF die Schuldenerleichterung für infrage kommende Länder auch durch den im Februar 2015 eingerichteten Treuhandsfonds für Katastropheneindämmung und Erleichterung (Catastrophe Containment and Relief Trust, CCRT) gewähren. Der CCRT bietet außergewöhnliche Unterstützung für Länder, die mit

Schaubild 2.6

Ausstehende nicht konzessionäre Mittelvergabe, GJ 2007–16

(Milliarden SZR)



Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

massiven Naturkatastrophen, darunter lebensbedrohliche, rasch ausbreitende Epidemien mit dem Potenzial, auch andere Länder zu erfassen, und anderen Katastrophen wie verheerenden Erdbeben, konfrontiert sind. Der CCRT wird mit dem Saldo aus dem Treuhandfonds zur Schuldenerleichterung in der Folgezeit von Katastrophen (Post-Catastrophe Debt Relief Trust, PCDR), den aus der Finanzierung der Multilateralen Entschuldungsinitiative (Multilateral Debt Relief Initiative, MDRI) übrig gebliebenen Konten und Geberbeiträgen finanziert. Ende April 2016 hatte der IWF unter diesem Treuhandfonds Mittel zur Schuldenerleichterung in Höhe von 68 Mio. SZR den drei Ländern gewährt, die von der Ebola-Epidemie am stärksten betroffen waren (Guinea: 21,42 Mio. SZR, Liberia: 25,84 Mio. SZR und Sierra Leone: 20,74 Mio. SZR).

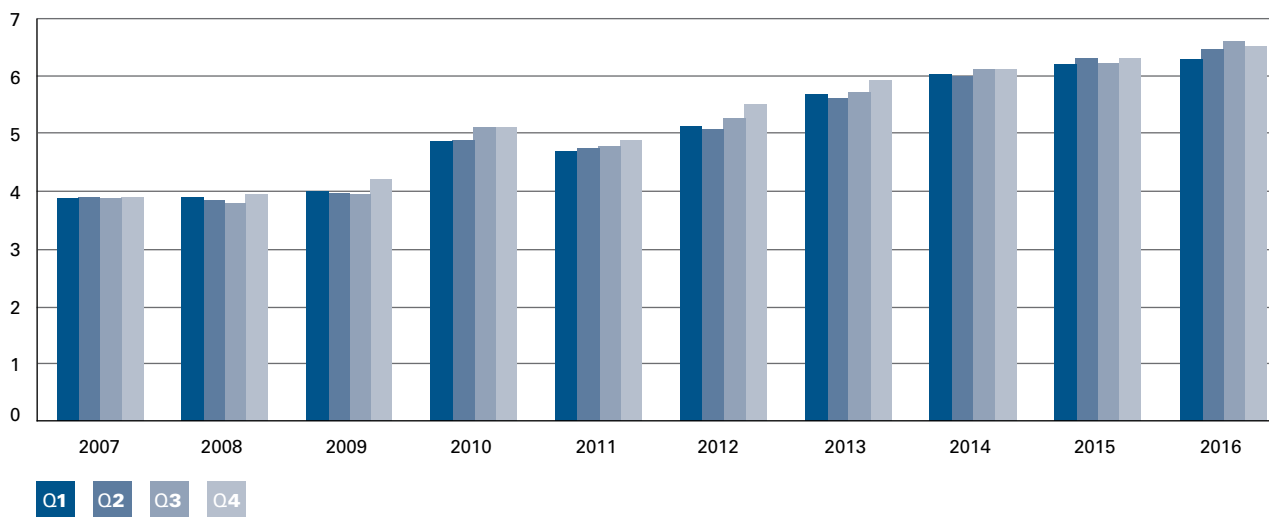
Im Rahmen der allgemeinen Bestrebungen der internationalen Gemeinschaft, Ländern bei der Verwirklichung der nachhaltigen Entwicklungsziele nach 2015 zu helfen, führte der IWF im Juli 2015 Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des Finanzsicherheitsnetzes für einkommensschwache Länder ein. Dazu gehören: 1) eine Erhöhung der Zugangsnormen und -grenzen zu den konzessionären Fazilitäten des PRGT um 50 Prozent; 2) Umverteilung des Finanzierungsmix von konzessionären zu nicht konzessionären Mitteln von 1:1 auf 1:2 für besser gestellte Länder, die vom IWF Finanzhilfe in einer Mischform aus konzessionären und nicht konzessionären Mitteln bekommen; damit soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass diese Länder in der Regel erheblich besseren Zugang zu Finanzmarktmitteln haben als bei der Einrichtung der aktuellen Fazilitäten vorhergesehen werden konnte; und 3) mehr Zugang zu schnell ausgezahlter Finanzhilfe unter der RCF, die Länder in fragilen Situationen oder Länder, die von Konflikten oder Naturkatastrophen heimgesucht werden, unterstützt, sowie Erhöhung der Konzessionalität dieser Unterstützung durch permanent zinsfreie RCF-Kredite.

Im November 2015 wurde eine Runde zur Beschaffung neuer Mittel in Höhe von bis zu 11 Mrd. SZR für PRGT-Kredite eingeleitet, die zur Unterstützung der laufenden konzessionären Kreditvergabe durch den IWF an seine ärmsten und anfälligsten Mitglieder benötigt werden. Der IWF wandte sich an 14 Mitglieder, die derzeit Mittel an den PRGT ausleihen, und an ebenso viele potenzielle neue Leihgeber, darunter auch wichtige Schwellenmärkte. Das bisher zum Ausdruck gebrachte Interesse, auch von drei möglichen neuen Leihgebern, entspricht etwa drei Viertel der Zielsumme; die Antworten von fünf Mitgliedern stehen noch aus. Der erfolgreiche Abschluss der aktuellen Kreditmittelbeschaffung würde die Kreditvergabe unter dem PRGT bis in das nächste Jahrzehnt ermöglichen.

Schaubild 2.7

Ausstehende konzessionäre Mittelvergabe, GJ 2007–16

(Milliarden SZR)



Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Überprüfung von fondsgestützten Programmen während der weltweiten Finanzkrise

Das Exekutivdirektorium des IWF beendete im Dezember 2015 eine Überprüfung der Ausgestaltung und Ergebnisse von fondsgestützten Programmen, die während und in der Folgezeit der weltweiten Finanzkrise durchgeführt wurden. Ein Stabspapier bildete die Grundlage für die Erörterung.

Die Überprüfung resultierte in der aktualisierten Bewertung von 32 Programmen, die vom GRA des IWF von September 2008 bis Juni 2013 in 27 Ländern unterstützt wurden. Mit Kreditinstrumenten von insgesamt 420 Mrd. SZR (ca. 577 Mrd. US\$) unterstützte der Fonds die Länder im Euroraum beim Aufbau von Schutzvorkehrungen gegen finanzielle Ansteckung, Schwellenmärkte und kleine Staaten nach dem Zusammen-

Tabelle 2.4
Im Rahmen des Poverty Reduction and Growth Trust gebilligte und aufgestockte Vereinbarungen im GJ 2016
 (Millionen SZR)

Mitglied	Datum des Inkrafttretens	Gebilligter Betrag
NEUE 3-JÄHRIGE VEREINBARUNGEN UNTER DER EXTENDED CREDIT FACILITY¹		
Guinea-Bissau	10. Juli 2015	17,0
Haiti	18. Mai 2015	49,1
São Tomé und Príncipe	13. Juli 2015	4,4
Zwischensumme		70,6
AUFSTOCKUNGEN VON VEREINBARUNGEN UNTER DER EXTENDED CREDIT FACILITY²		
Burkina Faso	5. Juni 2015	24,1
Niger	30. November 2015	41,1
Sierra Leone	16. November 2015	46,7
Zwischensumme		111,9
NEUE VEREINBARUNGEN UNTER DER STAND-BY CREDIT FACILITY²		
Kenia	14. März 2016	354,6
Mosambik	18. Dezember 2015	204,5
Zwischensumme		559,1
AUSZAHLUNGEN UNTER DER RAPID CREDIT FACILITY		
Zentralafrikanische Republik	28. Oktober 2015	8,4
Dominica	18. November 2015	6,2
Madagaskar	31. Juli 2015	30,6
Nepal	5. Juni 2015	35,7
Vanuatu	14. September 2015	8,5
Zwischensumme		89,2
Insgesamt		830,8

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

¹ Früher Poverty Reduction Growth Facility.

² Nur der Aufstockungsbetrag ist angegeben

bruch ihrer Handels- und Finanzströme 2008–09 sowie die Volkswirtschaften im Nahen Osten und Nordafrika bei der Umsetzung von Reformen nach dem Arabischen Frühling 2011.

Der internationale Währungs- und Finanzausschuss hatte um die Anschlussprüfung von fondsgestützten Programmen im Hinblick auf eine Verbesserung der Beratung durch den IWF und auf künftige Vereinbarungen gebeten. Die erste Überprüfung dieser Art fand 2009 statt und wurde 2010–12 aktualisiert.

Die Exekutivdirektoren pflichteten der Schlussfolgerung des Papiers bei, dass die fondsgestützten Programme neben anderen globalen Maßnahmen durch Stärkung des Vertrauens und die Bereitstellung von Mitteln die Schäden aus der Krise eindämmen halfen und einen Weg durch die weltweite Finanzkrise aufzeigen konnten. Die Direktoren merkten an, dass dank der Finanzhilfe des Fonds die notwendigen Anpassungen gradueller vorgenommen werden konnten. Ihrer Ansicht nach gaben die Programme den Ländern die nötige Zeit, um tiefer verwurzelte Probleme anzugehen, mit dem Abbau makroökonomischer Ungleichgewichte zu beginnen und Bilanzen wiederherzustellen.

Die Direktoren begrüßten die Einstellung, die Ergebnisse aus den laufenden Programmen in die Konzeption künftiger Programme einfließen zu lassen. Sie erkannten unter anderem folgende Veränderungen in der Programmgestaltung an: Umstellung auf ein langsames, aber immer noch angemessenes Tempo der Haushaltskonsolidierung in einigen Programmen, verstärkte Bemühungen zur internen Abwertung, bessere Anreize zur Schuldenumstrukturierung, um private Schuldenüberhänge anzugehen, sowie bedarfsweise die Umstrukturierung von Staatsschulden in einigen Anschlussprogrammen.

Reformen am Regelwerk zur Kreditvergabe mit außergewöhnlichem Zugang

Das Exekutivdirektorium des IWF billigte im Januar 2016 Reformen am Regelwerk zur Kreditvergabe mit außergewöhnlichem Zugang, damit die Richtlinie einerseits besser auf die Schulden-situation der Mitglieder ausgerichtet ist und andererseits unnötige Kosten für Mitglieder, Gläubiger und das Finanzsystem insgesamt vermieden werden. Diese Richtlinie regelt den Zugang oberhalb der normalen Finanzierungsgrenzen des IWF, die auf den Quoten der Länder basieren.

Die Reformen wurden im April 2015 in einem Stabspapier, „The Fund’s Lending Framework and Sovereign Debt—Further Considerations“ (Das Fonds-Regelwerk zur Kreditvergabe und Staatsschulden – weitere Überlegungen), vorgeschlagen und folgten einem vorläufigen Direktoriumsgespräch zum Thema 2014. Zusammen mit der Reform der IWF-Richtlinie

zu null Toleranz gegenüber Rückständen, die im Dezember 2015 gebilligt wurde, ist diese Reform Teil des viergliedrigen Arbeitsprogramms zur Beilegung von Staatsschuldenkrisen, das vom Exekutivdirektorium 2013 verabschiedet wurde. Die Reformen sind darauf ausgelegt, Anreize für gemeinsames Handeln zu stärken, wenn Unterstützung für den öffentlichen Sektor gebraucht wird, und staatliche bilaterale Gläubiger, die keine Beiträge leisten, an der Blockierung eines IWF-gestützten Programms zu hindern.

Die Reformen umfassen die Abschaffung der „systemischen Befreiung“ von 2010, erhöhte Flexibilität für Mitglieder, deren Schulden als tragfähig, aber nicht mit hoher Wahrscheinlichkeit eingestuft werden, und eine Klärung des Kriteriums zum Marktzugang. Wo Schulden als tragfähig, aber nicht mit hoher Wahrscheinlichkeit eingestuft werden, gewährt die Reform dem IWF ausreichend Flexibilität, um seine Mittel von einer größeren Palette an Schuldenoperationen abhängig zu machen, darunter die weniger störende Option eines „neuen Schulden-Profilings“ – d. h. einer kurzen Verlängerung der Fälligkeiten während des Programms, normalerweise ohne Abbau der Kreditsumme oder Kupons.

Die Exekutivdirektoren befürworteten die Abschaffung der „systemischen Befreiung“ aus mehreren Gründen:

- Insofern ein Mitglied trotz seiner geplanten Anpassungsbemühungen mit erheblicher Schuldenanfälligkeit konfrontiert ist, besteht die Gefahr, dass die systemische Befreiung zum Aufschub von Abhilfemaßnahmen die Erfolgsaussichten des Mitglieds schmälert und die Sicherheiten für die Fondsmittel unterhöhlt.
- Aus der Gläubigerperspektive wird der Ersatz fällig werdender Forderungen des Privatsektors durch öffentliche Forderungen, insbesondere IWF-Kredit, dazu führen, dass den verbleibenden Forderungen des Privatsektors im Falle einer Umstrukturierung untergeordnete Bedeutung zuteil wird.
- Die systemische Befreiung verschlimmert das Risiko fahrlässiger Kreditvergabe im internationalen Finanzsystem und kann die Marktunsicherheit in Zeiten staatlicher Belastung erhöhen.
- Es ist längst nicht klar, dass die Inanspruchnahme der systemischen Befreiung zum Aufschub notwendiger Abhilfemaßnahmen ein verlässliches Mittel zur Eindämmung der Ansteckungsgefahr darstellt, weil die Ursache des Problems – namentlich Bedenken des Marktes angesichts zugrunde liegender Schuldenanfälligkeit – unberücksichtigt bleibt.

Die Änderungen am Regelwerk des Fonds zum außergewöhnlichen Zugang traten sofort in Kraft und gelten für alle künftigen Abschlüsse von Prüfungen unter den bestehenden Vereinbarungen oder die Billigung neuer IWF-Vereinbarungen.

VEREINBARUNGEN ZUR UNTERSTÜTZUNG DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Vereinbarungen zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik oder Policy Support Instruments (PSI) bieten Niedrigeinkommensländern, die keine Finanzhilfe des IWF wünschen oder benötigen, ein flexibles Instrument, um auch ohne eine Kreditvereinbarung Beratung und Unterstützung durch den Fonds zu bekommen. Diese nicht finanziellen Instrumente sind eine wertvolle Ergänzung der Kreditfazilitäten des IWF im Rahmen des PRGT. PSI helfen Ländern bei der Ausgestaltung wirkungsvoller Wirtschaftsprogramme, die Gebern, Gläubigern und der allgemeinen Öffentlichkeit deutliche Hinweise zur Stärke der Politiken eines Mitglieds geben.

Im Juni 2015 billigte das Exekutivdirektorium eine neue PSI für Senegal mit drei Jahren Laufzeit. Die PSI unterstützt die Umsetzung eines auf drei Jahre ausgelegten Programms für makroökonomische Reformen, die den *Plan Sénégal Emergent* (Plan für einen aufstrebenden Senegal) fördern sollen. Hinter dem Plan verbirgt sich die Strategie der Regierung zur Steigerung von Wachstum und Armutsbekämpfung bei gleichzeitiger Wahrung der makroökonomischen Stabilität und Schulden-tragfähigkeit.

Die Behörden wollen eine Erhöhung der Steuereinkünfte durch Ausweitung der Steuerbasis erreichen und sich auf die Rationalisierung der laufenden Ausgaben konzentrieren, um fiskalischen Spielraum zur Finanzierung von Infrastruktur- und Sozialausgaben zu schaffen. Die Qualität der Ausgaben, einschließlich Investitionen, sowie die Stärkung der öffentlichen Finanzen, Transparenz und wirtschaftlichen Governance werden sorgfältig beobachtet. Die Behörden planen die Beschleunigung der Strukturreformen, um ein attraktiveres Geschäftsumfeld und damit die Entwicklung des Privatsektors zu fördern.

Bis heute billigten die Exekutivdirektoren 18 PSI für sieben Mitglieder: Cabo Verde, Mosambik, Nigeria, Ruanda, Senegal, Tansania und Uganda.



Kapazitätsentwicklung

Der IWF bietet Beamten in Mitgliedsländern sachverständige Unterstützung (technische Hilfe bzw. Technical Assistance) und Ausbildung – die sogenannte Kapazitätsentwicklung – mit dem Ziel, Ländern beim Aufbau starker Institutionen und bei der Vertiefung ihrer Kompetenzen zur Formulierung und Umsetzung solider Finanz- und makroökonomischer Politiken zu helfen. Kapazitätsentwicklung ist eng mit der Überwachungstätigkeit und Programmarbeit des IWF verknüpft, sie ist nachfrage- und bedarfsorientiert und wird von den Mitgliedsländern hoch geschätzt.

In Reaktion auf die Nachfrage seiner Mitgliedsländer und mit starker Unterstützung vonseiten externer Partner nahmen technische Hilfe und Ausbildungsmaßnahmen – Kapazitätsentwicklung – in den letzten Jahren rasch zu. Auf die Kapazitätsentwicklung entfiel mehr als ein Viertel der Verwaltungsausgaben des IWF im GJ 2016. Die meisten Ausgaben betrafen die Technical Assistance mit 23 Prozent, während Ausbildung mit 5 Prozent zu Buche schlug (*Schaubild 2.8*).

Die Arbeit des IWF auf dem Gebiet der Kapazitätsentwicklung nahm im GJ 2016 weiter zu, was hauptsächlich auf mehr Arbeit im Nahen Osten und in Zentralasien sowie in der Westlichen Hemisphäre und in Afrika südlich der Sahara zurückzuführen ist. Es wurde mehr technische Hilfe zu Währungs- und Finanzfragen und fiskalischen Themen bereitgestellt. Die direkten Ausgaben zur Gesamtarbeit in der Kapazitätsentwicklung (von Gebern und vom IWF finanziert) betrugen im GJ 2016 256 Mio. US\$, was verglichen mit den 242 Mio. US\$ im GJ 2015 einen Anstieg um 6 Prozent bedeutet (*Schaubild 2.9*). Der geberfinanzierte Anteil belief sich auf 127 Mio. US\$ oder 49 Prozent der Gesamtsumme und nahm im GJ 2016 um fast 8 Prozent zu.

Im März 2016 unterzeichnete der IWF einen Vorvertrag mit der indischen Regierung für ein neues Zentrum für technische Hilfe und Ausbildung, das South Asian Regional Training and

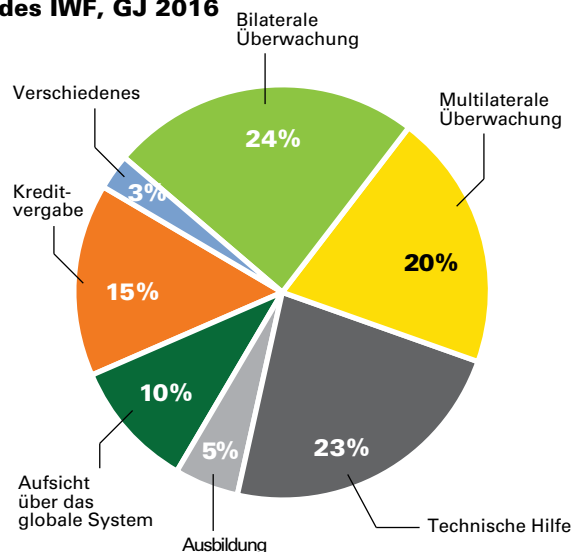
Technical Assistance Center (SARTTAC) in Neu-Delhi. Das Zentrum wird als erstes seiner Art die Ausbildung und technische Hilfe des IWF voll integrieren und als Vorbild für die künftige Kapazitätsentwicklungsarbeit des IWF dienen. Es wird Bangladesch, Bhutan, Indien, die Malediven, Nepal und Sri Lanka bei einer breiten Vielfalt an Themen unterstützen, wie makroökonomisches und fiskalisches Management, Geldgeschäfte, Regulierung und Aufsicht des Finanzsektors sowie makroökonomische Statistiken. SARTTAC wurde durch die frühen Finanzzusagen von Indien, der Republik Korea und Australien ermöglicht.

TECHNISCHE HILFE

Im GJ 2016 wurde mehr technische Hilfe bereitgestellt, hauptsächlich in den Regionen Afrika südlich der Sahara, Naher Osten und Zentralasien sowie Westliche Hemisphäre (*Schaubild 2.10*). Knapp die Hälfte der gesamten technischen Hilfe des IWF ging auch in diesem Jahr an Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen (*Schaubild 2.11*).

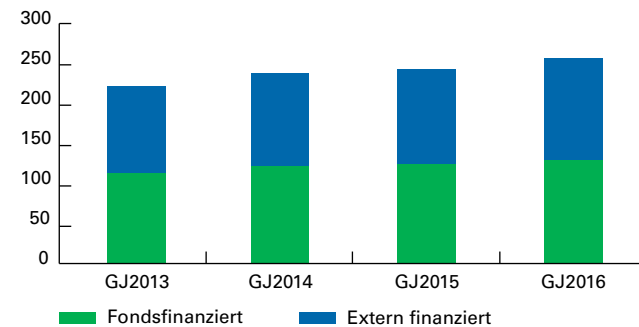
Die Länder Afrikas südlich der Sahara erhielten im GJ 2016 den Löwenanteil der technischen Hilfe, was auf die hohe Anzahl an einkommensschwachen Entwicklungsländern in dieser Region zurückzuführen ist. Die Anfragen vonseiten der Mitgliedsländer ließen Technical Assistance zu Währungs- und Finanzfragen und zu fiskalischen Themen steigen (*Schaubild 2.12*). Auf fiskalische Themen entfiel weiterhin rund die Hälfte der vom IWF geleisteten technischen Hilfe.

Schaubild 2.8
Kostenverteilung der wichtigsten Arbeitsbereiche des IWF, GJ 2016



Quelle: Büro für Haushalt und Planung, ACES.

Schaubild 2.9
Ausgaben für Kapazitätsentwicklung
(Millionen US-Dollar)



Quelle: Büro für Haushalt und Planung, ACES.

HÖHEPUNKTE DES KAPAZITÄTSAUFBAUS IM BEREICH ÖFFENTLICHER HAUSHALTE

Die IWF-Arbeit zur Kapazitätsentwicklung ist in den politischen Dialog zwischen Mitgliedsländern und Fonds eingebettet, der im Rahmen der Überwachung oder der fondsgestützten Programme stattfindet. Im GJ 2016 setzte der IWF die Unterstützung seiner Mitglieder durch fondsgestützte Programme fort. In **Jamaika** prüfte der IWF die Wirkung einer kürzlich durchgeführten Steuerreform und die Besteuerung der Finanz- und Telekomsektoren und half bei der Ausarbeitung von Optionen zur Verbesserung der Neutralität im Steuersystem. **Malawi** möchte seine Abhängigkeit von volatilen Zuschüssen abbauen, und so entwickelte der IWF politische Optionen zur Mobilisierung von Einkommen, darunter die Verlagerung der Steuerlast von Einkommens- auf Verbrauchssteuern durch die Senkung des Körperschaftsteuersatzes und Rationalisierung von Steuervorzügen. Der IWF beriet **Tunesien** zu einer Steuerreform in der Folgezeit der Revolution, die auf Vereinfachung des Steuersystems, mehr Neutralität und Fortschrittlichkeit abzielt und gleichzeitig zusätzliches Einkommen erzeugt.

Der Fonds stellt weiterhin Kapazitätsentwicklung zur steten Verbesserung der Kapazität von Institutionen und Politikgestaltung in Mitgliedsländern bereit, insbesondere in einkommensschwachen und fragilen Ländern sowie Kleinststaaten. In

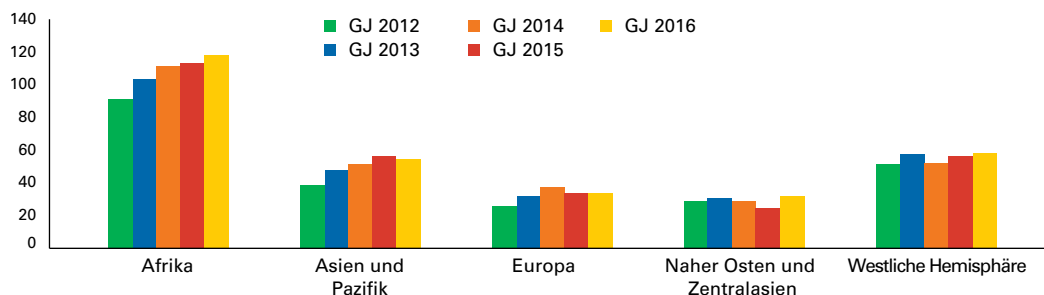
Reaktion auf den Bedarf nach einem Regelwerk zur fiskalischen Dezentralisierung, das den Friedensvertrag von 2015 untermauert, leistete der IWF in **Mali** intensive technische Hilfe, um die schrittweise Übertragung von 30 Prozent der staatlichen Einkünfte auf die Regionen des Landes bis 2018 sicherzustellen. Der IWF setzte in der Folgezeit der Ebola-Krise seine intensive Zusammenarbeit mit **Guinea** fort und leistete gemeinsam mit einem Berater vor Ort Unterstützung zum Kapazitätsaufbau in der Verwaltung der öffentlichen Gelder und Rechnungslegungssysteme. Auf ihren Antrag erhielt die **Zentralafrikanische Republik** nach drei Jahren politischer Unruhen rasche Hilfe vom IWF, der eine Mission zur Wiederherstellung der wichtigsten Verwaltungsfunktionen im Bereich der öffentlichen Finanzen entsandte. Für **Somalia** ist die Verbesserung der Verwaltungsführung in wichtigen staatlichen Institutionen entscheidend für Fortschritte im wirtschaftlichen Wiederaufbau und in der Entwicklung. Bei einem Workshop in Nairobi arbeiteten die Behörden Somalias einen Entwurf für eine Reformstrategie und einen Aktionsplan für die Verwaltung der öffentlichen Finanzen 2016–20 aus. Der Plan konzentriert sich auf vier entscheidende Bereiche: Mobilisierung von Einkünften (Steuern und Zölle), interne Kontrolle (einschließlich Rückstände), Liquiditätsplanung und -verwaltung sowie Rechnungslegung und steuerliches Berichtswesen.

Die Mobilisierung inländischer Einkünfte war eines der gefragtesten fiskalischen Themen im Geschäftsjahr. In **Côte d’Ivoire**

Schaubild 2.10

Bereitstellung von Technical Assistance nach Region

(in Personenjahren der Bereitstellung vor Ort)

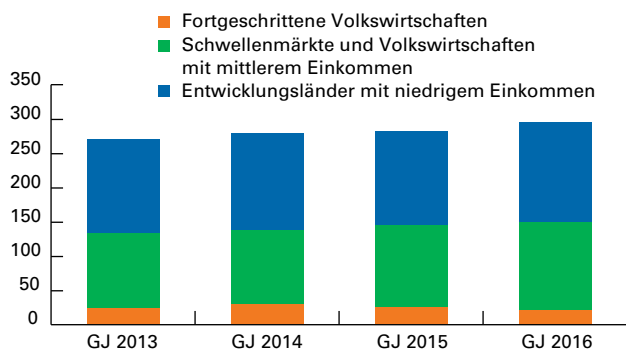


Quelle: IWF, Travel Information Management System (TIMS).

Schaubild 2.11

Bereitstellung von Technical Assistance nach Einkommensgruppe

(in Personenjahren der Bereitstellung vor Ort)



Quelle: IWF, Travel Information Management System (TIMS).

unterstützte ein auf drei Jahre ausgelegtes und mit dem Tax Policy and Administration Topical Trust Fund (Themenfonds für Steuerpolitik und -verwaltung) finanziertes Projekt die Bestrebungen der Behörden, eine funktionsbasierte Steuerhauptverwaltung einzurichten, das Netz an Niederlassungen nach der Untergliederung von Steuerzahlern umzustrukturieren und einen umfassenden Plan zur Verbesserung der Compliance umzusetzen. Die Behörden erreichten damit deutlich verbesserte Compliance-Quoten für große und mittlere Steuerzahler. Der IWF half der Steuerbehörde von **Grenada** bei ihrer Reform zur Sicherstellung fiskalischer Tragfähigkeit und eines stabilen makroökonomischen Umfelds für Wachstum. Zu den Reformmaßnahmen gehörten eine gezielte Steuer-Compliance-Einheit für große und mittlere Steuerzahler, das Abschreiben nicht eintreibbarer Steuerschulden und das Ergreifen wirksamer Vollstreckungsmaßnahmen, die Neuausrichtung des Auditplans auf größere Compliance-Risiken und Stärkung der Verwaltungskapazität. In **Kuwait** hilft der IWF seit Ende 2011, also bereits lange vor dem Absacken der Ölpreise, bei der Ausgestaltung des nicht auf Öl ausgerichteten Steuersystems. Die Hilfe umfasst die Durchführung diagnostischer Studien, Ausgestaltung von Politiken zu Verbrauchs- und Einkommenssteuern sowie den Entwurf neuer Steuergesetze. Als kapazitätsbildende Maßnahme in rohstoffreichen Ländern

unterstützte der IWF die **Ukraine** bei der Konzeption und Umsetzung eines neuen Fiskalsystems für Erdgas. In **Ghana** veranstaltete er interaktive Workshops mit den Behörden über fiskalische Modelle und Prognosen zu Einkünften aus Rohstoffen, die vom Mehrpartnerfonds Managing Natural Resource Wealth Topical Trust Fund unterstützt wurden. Die unlängst verabschiedeten Gesetze in **Uganda** zeugen von der Beratung des IWF in wichtigen





Bereichen, so etwa ein neues Modell für Production-Sharing-Agreements, Einführung der Mehrwertsteuer auf dem Rohstoffsektor und Berechnung des zu steuernden Einkommens für Erdöllizenzen. Der IWF und das Finanzministerium von **Kolumbien** veranstalteten gemeinsam eine Konferenz zur Festlegung der Steuerbasis für die Rohstoffindustrie in der Andenregion. Die Konferenz diente dem Meinungs- und Erfahrungsaustausch zum wirksamen Schutz der Steuerbasis durch Steuerplanung, reaktionsschnellere und flexiblere Fiskalsysteme für Erdöl und Bergbau und Verbesserung der Zusammenarbeit in der Region.

Der IWF arbeitet zudem an der Entwicklung eines **Instrumentariums zur Bewertung** öffentlicher Haushalte, um die analytische Grundlage für fiskalische Überwachung zu stärken, Strukturreformen im Bereich der öffentlichen Haushalte zu leiten und Prioritäten für technische Hilfe zu setzen. Im GJ 2016 wurde das Tax Administration Diagnostic Assessment Tool (Instrument zur diagnostischen Bewertung der Steuerverwaltung) mit einem breiten Spektrum an Partnerinstitutionen eingeführt; es ist inzwischen zu einer wichtigen Grundlage für die technische Hilfe des IWF auf dem Gebiet der Einkünfteverwaltung geworden. Das neue Public Investment Management Assessment Tool (Instrument zur Bewertung der Verwaltung öffentlicher Investitionen) wurde dem IWF-Direktorium ebenfalls im GJ 2016 vorgestellt; es wird derzeit in Zusammenarbeit mit der Weltbank in einer Reihe von Ländern versuchsweise eingesetzt.

HÖHEPUNKTE DES KAPAZITÄTSAUFBAUS

IM WÄHRUNGS- UND FINANZSEKTOR

Die Sachverständigenhilfe zu Währungs- und Finanzthemen veränderte sich mit den Bedürfnissen der Mitgliedsländer und dem zunehmend verwobenen und komplexen globalen Finanzsystem. Der IWF bot seine Erfahrung in neuen Bereichen an, darunter risikobasierte Überwachung, Umsetzung der Kapitalanforderungen nach Basel II/III sowie makroprudenzielle Politik, und setzte die Arbeit auf seinen traditionellen Gebieten der Unterstützung fort, wie Aufsicht und Regulierung im Finanzsektor, Prävention von und Umgang mit Krisen, Geld- und Wechselkurspolitik sowie Zentralbankgeschäfte.

In Afrika richtete sich die technische Hilfe gezielt an fragile Staaten und Länder in der Konfliktfolgezeit sowie an andere, im Entstehen begriffene Rechtsräume. So implementierte der Fonds im **Südsudan** ein auf fünf Jahre ausgelegtes Treuhandfonds-Programm zur Unterstützung der Finanz- und makroökonomischen Stabilität, indem er die institutionelle Kapazität und die Regelwerke der Zentralbank stärkte. Im Allgemeinen wird ein Großteil der Arbeit in Afrika südlich der Sahara über fünf Technical Assistance Centers in der Region bestritten. In der Region Asien und Pazifik konzentrierte sich die Sachverständigenhilfe zur Bankenaufsicht in **Kambodscha, Myanmar** und **Nepal** auf die Aufstellung eines grundlegenden regulatorischen Regelwerks und Überwachungskompetenzen, die der Sicherung der Finanzstabilität dienen. In **Indonesien** und den **Philippinen** unterstützte der Fonds mit seiner technischen Hilfe die Umstellung auf risikobasierte

Kasten 2.6: IWF unterstützt Währungs- und Finanzsektoren in der Ukraine

Die Volkswirtschaft und der Finanzsektor der Ukraine haben gerade die tiefste Krise seit der Unabhängigkeit überwunden, die sowohl auf die militärischen Auseinandersetzungen im Osten des Landes als auch auf gewaltige strukturelle Ungleichgewichte zurückzuführen ist, die im Lauf mehrerer Jahrzehnte entstanden waren. Über lange Zeit gab es weder eine angemessene Regulierung noch effektive Aufsicht über den Finanzsektor, was zu einem rapiden zahlenmäßigen Anstieg von Finanzinstitutionen führte; viele davon dienten nur als Finanzierungsinstrumente für verbundene Unternehmen, was zu mangelhafter Ausstattung und überbewerteten Eigenkapitalquoten führte. Die Situation wurde durch unzureichenden Rechtsschutz für Gläubiger erschwert.

Zur Stärkung des Finanzsystems mussten an mehreren Fronten gleichzeitig Maßnahmen ergriffen werden, um die Stärkung des rechtlichen Rahmens, der Regulierung und Aufsicht über das Finanzsystem sowie Überwachung, Bewertung und Lösung von Risiken im Finanzsystem zu erreichen. Im Zuge eines ebenso umfassenden wie ehrgeizigen Reformprogramms, das vom IWF unterstützt und von der Regierung zur Lösung makroökonomischer Ungleichgewichte und Strukturschwächen eingeleitet wurde, leistete der Fonds umfassende Sachverständigenhilfe für die Ukraine zu Fragen des Währungs- und Finanzsektors. Diese Hilfe wird unter einem kapazitätsbildenden

Projekt bereitgestellt, das von Global Affairs Canada finanziert wird und die Nationalbank der Ukraine (NBU), den Einlagensicherungsfonds sowie die Nationale Kommission für den Wertpapier- und Aktienmarkt unterstützt.

Obwohl weitere Verbesserungen noch ausstehen, wurden während des GJ 2016 beachtliche Fortschritte erzielt:

- Rechtliche und regulatorische Änderungen, um die institutionelle und finanzielle Unabhängigkeit der NBU zu stärken, die Transparenz des Bankensektors zu erhöhen und bewährte internationale Praktiken einzuführen, die die Widerstandskraft der Banken gegenüber Schocks und Herausforderungen verbessern sollen;
- Technische Hilfe für eine ehrgeizige und detaillierte diagnostische Untersuchung der 20 größten Banken, einschließlich Qualitätsprüfungen der Aktiva und Stresstests;
- Verbesserungen der Bankenregulierung und -aufsicht, darunter die Umstellung auf einen risikobasierten Überwachungsansatz, bessere Frühwarnsysteme und Vor-Ort-Prüfungen, straffere Regulierung und Aufsicht über die Tätigkeit verbundener Unternehmen sowie die Einführung der International Financial Reporting Standards;
- Verbesserungen der geldpolitischen Entscheidungsfindungsprozesse, darunter die bessere Ausformulierung und Kommunikation der Geldpolitik, Rationalisierung und phasenweiser Abbau der strengsten Devisenmarktbeschränkungen sowie Rationalisierung der Geldgeschäfte.

Überwachung. Diagnostische Bewertungen der Finanzstabilität – ein Bereich, der immer mehr an Bedeutung gewinnt – wurden in **Sri Lanka** und im **Sudan** vorgenommen. In Europa richtete sich die Unterstützung des IWF für die **Ukraine** auf die Verbesserung der Bankenaufsicht, den Devisenmarkt, die interne Emission von Schuldtiteln, Geldpolitik und die Struktur der Zentralbank (*Kasten 2.6*).

In der Region Naher Osten und Zentralasien unterstützte der IWF die Stärkung des Krisenmanagements in **Marokko**, die Verbesserung der Bankenaufsicht in der **Kirgisischen Republik** und in **Tunesien** sowie die Modernisierung der Zentralbankanalyse und -forschung in **Turkmenistan**. Die technische Hilfe in der Westlichen Hemisphäre galt der **Ostkaribischen Zentralbank**, insbesondere zu den Themen Bankenaufsicht, Bankenabwicklung und Krisenprävention, zur Stützung der Währungsunion. Die Hilfe für **Paraguay** konzentrierte sich auf die Implementierung von risikobasierter Aufsicht und die Umsetzung einer Inflationszielstrategie.

HÖHEPUNKTE DES KAPAZITÄTSAUFBAUS IM BEREICH STATISTIK

Mitgliedsländer brauchen hochwertige makroökonomische Statistiken als Grundlage für ihre volkswirtschaftliche Entscheidungsfindung. Die Abteilung Statistik des IWF bietet den Mitgliedern Sachverständigenhilfe und Ausbildung mit besonderem Augenmerk auf einkommensschwache und fragile Volkswirtschaften. Diese Unterstützung führte zu mehr und besseren makroökonomischen Daten sowie zu besserem Zugang zu Daten für leitende Beamte, Akteure auf dem Kapitalmarkt und andere beteiligte Gruppen, einschließlich der allgemeinen Öffentlichkeit. In den letzten fünf Jahren wuchs die Kapazitätsentwicklung im Bereich Statistik dank der Finanzierung von bilateralen wie multilateralen Partnern um mehr als 70 Prozent. Heute wird neben den Standardkursen zu makroökonomischer Statistik Ausbildung zu hochaktuellen Themen geboten, wie Bilanzen, Preisindizes für Immobilieneigentum sowie grenzüberschreitende Positionsstatistiken.

Das größte Kapazitätsentwicklungsprojekt für Statistik widmet sich im Rahmen der Enhanced Data Dissemination Initiative



44 Ländern in den Regionen Afrika sowie Naher Osten und Zentralasien. Es wird vom Entwicklungsministerium des Vereinigten Königreichs finanziert und ging im Mai 2015 in seine zweite Phase. Ein Ergebnis der Maßnahme ist die Fertigstellung neuer Erhebungen zu privaten Kapitalflüssen, die zu besseren Statistiken zum Außenwirtschaftssektor und zur Umbasierung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung führten; dies wiederum bot den politischen Entscheidungsträgern ein genaueres und oft stark verändertes Bild von der Größe und Struktur ihrer Volkswirtschaft.

Drei Länder Zentralasiens – **Aserbaidschan, die Kirgisische Republik und Tadschikistan** – verbesserten ihre Statistiken zum Außenwirtschaftssektor mithilfe der Kapazitätsentwicklung für Statistik durch den IWF. Mit Mitteln des Schweizer Staatssekretariats für Wirtschaft stärkten sie auf der Grundlage ihrer Erfassungssysteme, Umfang, Konsistenz, Aktualität und Genauigkeit ihrer Statistiken. Im März 2016 hatten die drei Länder (basierend auf der sechsten Auflage des *Balance of Payments and International Investment Position Manual*, BPM6) die neueste Methodik für Zahlungsbilanzstatistiken umgesetzt, und zwei hatten mit der Erfassung und Weitergabe vierteljährlicher Statistiken zu Auslandsvermögensstatus und Auslandsverschuldung nach BPM6 begonnen.

Der IWF fördert mit Technologien die Datenweitergabe und erhöht damit die Verfügbarkeit und Vorhersehbarkeit makroökonomischer Statistiken.

Im Mai 2015 verabschiedete das Exekutivdirektorium des IWF das erweiterte Allgemeine Datenweitergabesystem (enhanced General Data Dissemination System, e-GDDS), das Teilnehmern durch die Veröffentlichung unverzichtbarer Daten zur Analyse makroökonomischer Bedingungen bei der Verbesserung von Datentransparenz und Governance helfen soll. In Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Entwicklungsbank implementierte der IWF eine Open Data Plattform, die die Datenweitergabe in rund 20 Ländern Afrikas wesentlich verbessert. Technische Hilfe des IWF veranlasste bereits zwei Länder zur Umsetzung des e-GDDS: **Botswana** im November 2015 und **Nigeria** im Februar 2016.

HÖHEPUNKTE DES KAPAZITÄTSAUFBAUS IM BEREICH RECHT

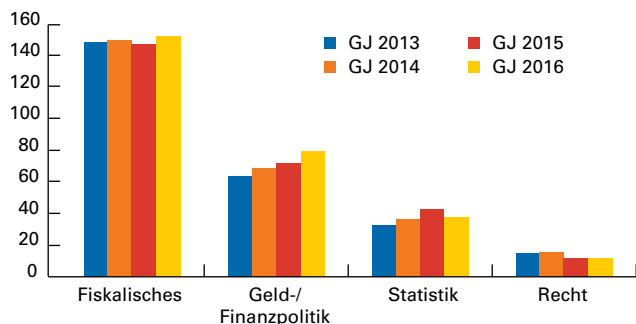
Die Nachfrage nach rechtlicher Unterstützung hielt im GJ 2016 in allen Ländergruppen an und erstreckte sich auf Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (AML/CFT), Finanz- und Haushaltsgesetzgebung, Insolvenz und die Durchsetzung von Forderungen.

Der IWF setzte seine Arbeit zu AML/CFT mit seiner Financial Action Task Force (FATF), der Weltbank, der Egmont Group of Financial Intelligence Units und regionalen Organisationen im Stil der FATF fort. Der Fonds war federführend bei der Bewertung Kanadas nach dem überarbeiteten internationalen Standard. Er setzte das erfolgreiche weltweite technische Hilfsprogramm unter dem Themenfonds zur AML/CFT fort, an dem mehrere Partner beteiligt sind. Er leistete in Myanmar und in der Ukraine technische Hilfe, die von Japan bzw. Kanada finanziert wurde, und intensivierte seine Arbeit zur Terrorismusfinanzierung in den Golfstaaten; außerdem setzte er die Koordination seiner Arbeit intern und mit einer großen Anzahl internationaler Helfer fort.

Auf dem Gebiet Finanz- und Haushaltsgesetze wurde die Sachverständigenhilfe zu Zentralbankwesen, Regelwerken zu Regulierung und Aufsicht der Banken sowie Bankenabwicklung und Krisenmanagement auf dem gleichen Niveau fortgeführt. Dagegen war die technische Hilfe zu Markt-Infrastrukturen (Zahlungssystem) minimal, wuchs aber wie in den Vorjahren zu rechtlichen Regelwerken für die Verwaltung öffentlicher Finanzen.

Schaubild 2.12 Bereitstellung von Technical Assistance nach Thema

(in Personenjahren der Bereitstellung vor Ort)



Quelle: IWF, Travel Information Management System (TIMS).



Sachverständigenhilfe zu Steuergesetzen erlebte nach wie vor starke Nachfrage in den Hauptbereichen Einkommenssteuer, Mehrwertsteuer und Steuerverfahren; dabei wurde besonderes Augenmerk auf internationale Aspekte gerichtet, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass internationale Steuerfragen global immer mehr Beachtung finden. Desgleichen standen Fragen der Ausgestaltung internationaler Steuergesetze im Mittelpunkt eines Seminars am Hauptsitz des IWF und eines Lehrgangs in Kuwait, der gezielt regionale Fragestellungen behandelte.

Der IWF bot seinen Mitgliedern auch weiterhin technische Hilfe zu Insolvenz von Unternehmen und Haushalten und zur Durchsetzung von Forderungen, um die frühzeitige und schnelle Rehabilitierung tragfähiger Unternehmen und Liquidierung nicht tragfähiger Unternehmen sicherzustellen und den Prozess der Durchsetzung von Forderungen zu verbessern. Der Fonds organisierte zudem zwei Workshops für hochrangige Beamte am Joint Vienna Institute zur Insolvenz von Unternehmen und Haushalten und zu bestimmten Aspekten bei der Durchsetzung von Forderungen.

AUSBILDUNG

Die Ausbildungsmaßnahmen des IWF sind integraler Bestandteil des IWF-Mandats zur Kapazitätsentwicklung und wollen makroökonomischen Entwicklungen und politischen Herausforderungen weltweit, Bedürfnissen der Mitglieder und techni-

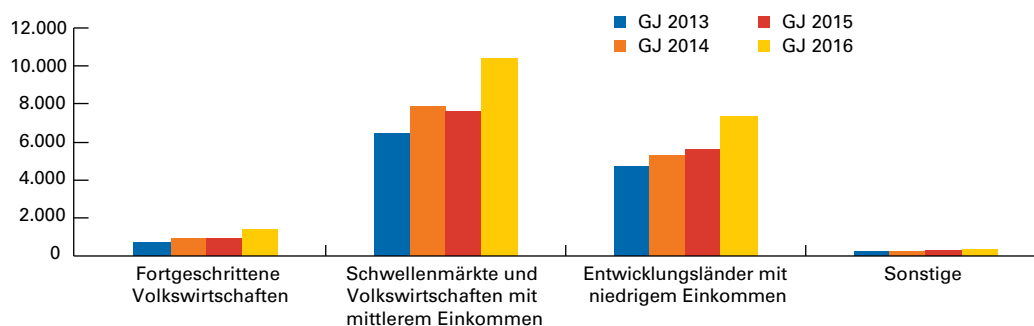
schen Innovationen Rechnung tragen. Die Lehrgänge umfassten Vorträge zur Theorie, Analyseinstrumente und praktische Workshops. Die Online-Kurse des IWF, die allen Personen mit einem Internetanschluss kostenfrei zur Verfügung stehen, wuchsen weiter; es gab den neuen Kurs Financial Programming and Policies, Part 2, und einen Kurs zur Finanzmarktanalyse, spanische und russische Übersetzungen des Lehrgangs Financial Programming and Policies, Part 1, sowie die französische Übersetzung des Seminars zu Debt Sustainability Analysis, die sich gezielt den Themen Schuldentragfähigkeit und Schuldenmanagement in einkommensschwachen Ländern widmet. Die Teilnahme an Online-Kursen stieg rapide um 218 Prozent auf 30 Prozent der gesamten Ausbildung des IWF im GJ 2016.

Im GJ 2016 veranstaltete der IWF 375 Ausbildungskurse, an denen 14.457 Beamte aus seinen Mitgliedsländern teilnahmen. Die meisten Veranstaltungen fanden in den regionalen Zentren für technische Hilfe und im Rahmen des dortigen Angebots statt, die übrigen Lehrgänge wurden am Hauptsitz des IWF oder anderen Standorten im Ausland abgehalten. Ein breites Themenangebot erfüllt den unterschiedlichsten Bedarf – von makroökonomischer Politik, Forecasting und makroökonomischen Modellen über Finanzprogramm- und -politikgestaltung und Fragestellungen des Finanzsektors bis hin zu spezialisierten Lehrgängen zu öffentlichen Haushalten, makroökonomischer Statistik, Bewertungen und rechtlichen Fragen. Der Löwenanteil der IWF-Ausbildung ging mit rund 53 Prozent der gesamten Ausbildung im Geschäftsjahr an die Schwellenmärk-

Schaubild 2.13

Teilnahme an Ausbildung nach Einkommensgruppe

(in Teilnehmerwochen)



Quelle: Participant and Applicant Tracking System (PATS) des IWF.



te (Schaubild 2.13). Auf Afrika südlich der Sahara entfiel regional betrachtet der größte Anteil mit 28 Prozent, gefolgt von der Region Asien und Pazifik sowie der Region Naher Osten und Zentralasien (Schaubild 2.14).

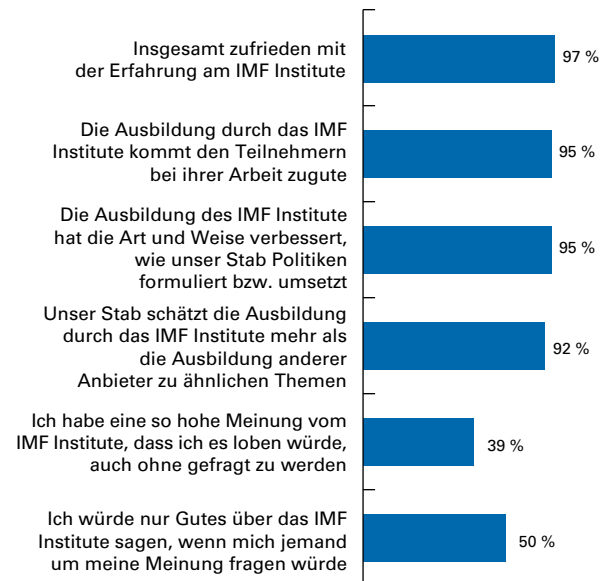
Das Nutzererlebnis

Der IWF holt die Meinung der Partnerorganisationen externer Ausbildungsteilnehmer zur Effektivität seines Ausbildungsprogramms und zum künftigen Ausbildungsbedarf alle drei Jahre anhand von unabhängig durchgeführten Umfragen ein. Die jüngste Dreijahresumfrage bezog sich auf die Ausbildungstätigkeit 2012–14 und fiel mit einer Zufriedenheitsquote von 97 Prozent höchst positiv aus (Schaubild 2.15). Insgesamt genießt das IMF Institute einen sehr guten Ruf unter den Behörden.

Um die Synergien zwischen technischer Hilfe und Ausbildung zu nutzen, begann der Stab in der Ausbildungsarbeit zur Geldpolitik mit individuell abgestimmten Pilotprojekten in Zusammenarbeit mit den Zentralbanken von Ghana, Mosambik, der Ostafrikanischen Gemeinschaft und Sri Lanka; Ziel ist die Entwicklung eines Systems für Prognose und Politikanalyse, um das geldpolitische Regelwerk dieser Länder zu stärken. Es werden regionale Workshops organisiert, um Ausbildung und Erfahrungsaustausch unter gleichgestellten Ländern zu fördern.

Schaubild 2.15

Dreijahresumfrage zur Ausbildung des IWF, 2015

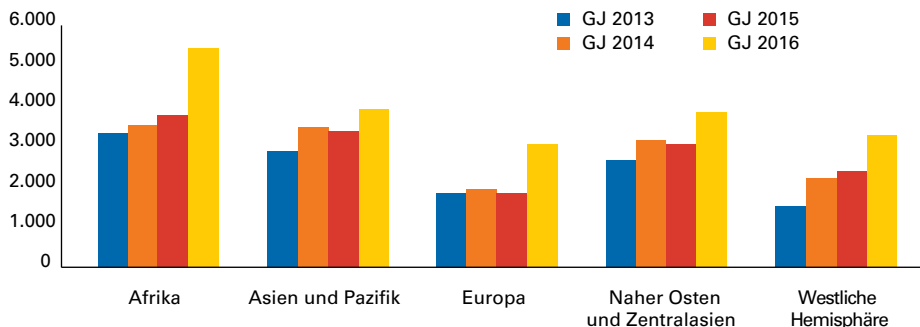


Quelle: IWF-Institut für Kapazitätsentwicklung.

Schaubild 2.14

Teilnahme an Ausbildung nach Region

(in Teilnehmerwochen)



Quelle: Participant and Applicant Tracking System (PATs) des IWF.



PARTNERSCHAFTEN FÜR DIE KAPAZITÄTSENTWICKLUNG

Im GJ 2016 erhielt der IWF neue Beiträge für seine kapazitätsbildende Arbeit in Höhe von 126,3 Mio. US\$, und die von Partnern finanzierten Maßnahmen beliefen sich auf insgesamt 142 Mio. US\$. Die fünf wichtigsten Partner sind **Japan**, die **Europäische Union**, die **Schweiz**, das **Vereinigte Königreich** und die **Niederlande**. Japan leistete als größter Partner neue Beiträge von insgesamt 30,4 Mio. US\$ zur Finanzierung von technischer Hilfe und Ausbildung einschließlich zweier Stipendienprogramme, und die Schweiz unterzeichnete eine neue Vereinbarung über rund 24,2 Mio. US\$ für bilaterale Projekte bis 2020.

Im GJ 2016 dehnte der IWF sein globales Netzwerk regionaler Zentren für technische Hilfe weiter aus. Das **Caribbean Regional Technical Assistance Center** (CARTAC) bereitete den Boden für die neue Phase, und im April 2016 sagten wichtige Partner und Mitgliedsländer ihre Unterstützung zu. Das **Pacific Regional Technical Assistance Center** (PFTAC) wird im November 2016 die fünfte Phase seines Betriebs aufnehmen, während das **Middle Eastern Regional Technical Assistance Center** (METAC) im Juni 2016 mit seiner neuen Phase begann. Das Central American Regional Technical Assistance Center (CAPTAC-DR) startete Jahr Zwei in seinem zweiten Fünfjahreszyklus mit einer bestätigten Zusage von 8,4 Mio. US\$ (10 Mio. C\$) von **Kanada**, die mit ergänzenden Beiträgen bestehender Partner wie **Luxemburg** dem Zentrum die Durchführung seiner Kapazitätsentwicklung nach Plan erlaubte.

Strategische Beratungen fanden im Jahresverlauf statt, um die Grundlage für eine neue Fünfjahresphase in den **Regionalen Zentren für Technische Hilfe in Westafrika, Zentralafrika und im Südlichen Afrika** (AFW, AFC und AFS) zu schaffen, die zwischen Mai und November 2017 beginnen soll. Wie im Abschnitt „Höhepunkte aus den Regionen“ über Asien erwähnt, gaben der Fonds und Indien im März 2016 eine Übereinkunft zur Errichtung eines Regionalen Zentrums für Ausbildung und technische Hilfe in Südasien (South Asia Regional Training and Technical Assistance Center, SARTTAC) bekannt; damit soll der Kapazitätsaufbau in **Bangladesch, Bhutan, Indien, den Malediven, Nepal** und **Sri Lanka** gestärkt werden.

Im August 2015 unterzeichneten der IWF und die **U.S. Agency for International Development** (USAID) die erste Absichts-

erklärung zwischen den beiden Organisationen. Mit dem Regelwerk zur verstärkten Zusammenarbeit in der Kapazitätsentwicklung können die beiden Institutionen ihre Kräfte bündeln, um globale wirtschaftliche Herausforderungen im Nachgang zur Entwicklungsagenda 2015 von Addis Abeba anzugehen. USAID stellte Mittel für das erste gemeinsame Projekt zur Verfügung: ein Lehrgang zur Verwaltung öffentlicher Finanzen (Präsenz- und Onlinekurse), der von der Abteilung Fiskalpolitik des IWF ausgearbeitet worden war. Zur Stärkung ihrer bestehenden Partnerschaft unterzeichnete der IWF außerdem eine neue Absichtserklärung mit der **Europäischen Investitionsbank**.

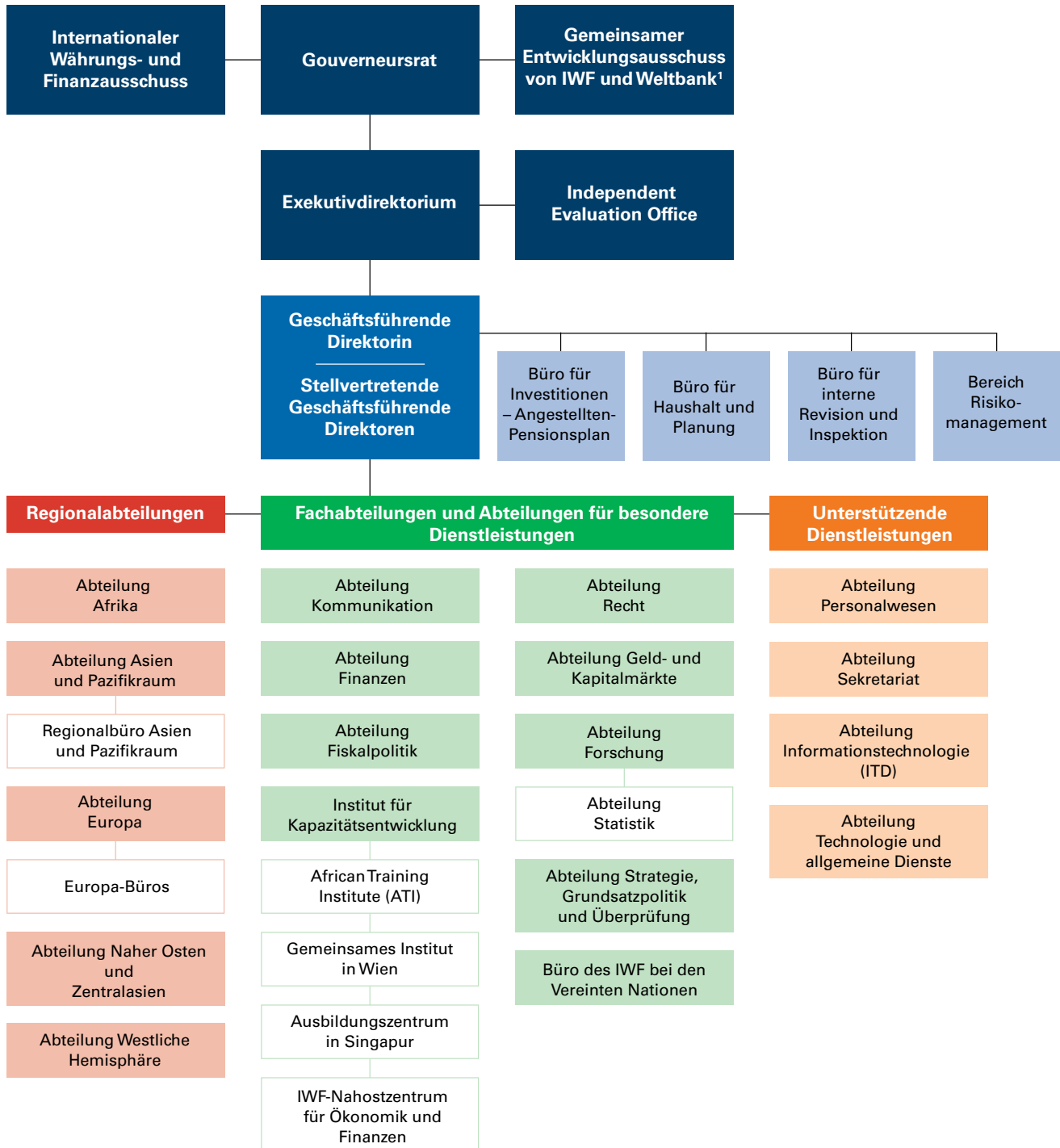
Die Steuerinitiative von Addis Abeba unterstrich die dringende Notwendigkeit, die Kapazität weniger entwickelter Länder zur Finanzierung ihrer Entwicklungsagenda nach 2015 zu erhöhen. Der IWF steuert konkrete Lösungen bei über seinen **Revenue Mobilization Trust Fund** und den **Managing Natural Resource Wealth Trust Fund**. Letzterer wird einkommensschwachen Ländern sowie Ländern mit mittlerem Einkommen im unteren Bereich dabei helfen, ihre Vorkommen an Öl, Gas und Bodenschätzen bestmöglich zu nutzen, damit sie ihre Ziele zu wirtschaftlicher Entwicklung und Armutsbekämpfung erreichen können.

Ein weiteres Element der IWF-Arbeit zur Agenda der Entwicklungsfinanzierung ist die Einrichtung eines **Trust Fund on Financial Sector Stability**. Die Stabilität des Finanzsektors ist eine Voraussetzung für die zentralen Entwicklungsziele Finanzinklusion und Vertiefung der Finanzmärkte. Der Treuhandfonds wird Überprüfungen der Finanzsektorstabilität und Kapazitätsentwicklung in einkommensschwachen Ländern sowie Ländern mit mittlerem Einkommen im unteren Bereich unterstützen, indem er eine diagnostische Bewertung als Grundlage für priorisierte Finanzsektorreformen bereitstellt.

Die **Generaldirektion für Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung der Europäischen Kommission** (DG DEVCO) und der IWF haben ein neues Regelwerk zur strategischen Partnerschaft für Entwicklungsländer vereinbart, das den politischen Dialog und die Koordination zwischen den beiden Institutionen intensivieren soll; die DG DEVCO sagte rund 200 Mio. € für die Finanzierung von Kapazitätsentwicklungsinitiativen des Fonds 2016–20 zu. Der IWF arbeitet auch aktiv mit anderen Generaldirektionen der Europäischen Kommission zusammen, um die starke Nachfrage nach Kapazitätsentwicklung in den Mitgliedsstaaten der EU und künftigen Mitgliedsländern zu erfüllen.

Organigramm des IWF

Stand vom 30. April 2016



¹ Der formelle Titel lautet: Gemeinsamer Ministerausschuss der Gouverneursräte von IWF und Weltbank für den Transfer realer Ressourcen

Die Arbeit des IWF-Direktoriums

Das Exekutivdirektorium des IWF zählt 24 Mitglieder und führt die Alltagsgeschäfte des Währungsfonds.

Gemeinsam vertreten die 24 Direktoren alle 189 Mitgliedsstaaten. Große Volkswirtschaften wie die USA und China haben ihren eigenen Sitz im Direktorium, aber die meisten Länder sind zu Stimmrechtsgruppen mit vier oder mehr Ländern zusammengeschlossen. Die größte Stimmrechtsgruppe umfasst 23 Länder.

des Direktoriums

Der Doyen



Aleksei Mozhin, Exekutivdirektor für Russland, wurde im Januar 2015 dienstältester Direktor und damit zum Doyen des Exekutivdirektoriums.

Er kam 1992 als Stellvertretender Exekutivdirektor zum IWF, als das Büro des russischen Exekutivdirektors eingerichtet wurde, und wurde 1996 zum Vorsitzenden gewählt.

Herr Mozhin studierte und promovierte in Wirtschaftswissenschaften an der Staatlichen Universität in Moskau und forschte danach an der State University of New York at Albany. Vor seiner Tätigkeit für den IWF war er Forschungsstipendiat an der Russischen Akademie der Wissenschaften und Leiter des Russischen Ministeriums für Zusammenarbeit mit internationalen Finanzinstitutionen.

Über seine Arbeit beim Fonds sagt Herr Mozhin: „Ich glaube fest an den Leitgedanken des Fonds und an die Notwendigkeit, die internationale Zusammenarbeit zu stärken, damit wir die Qualität der globalen Governance verbessern können.“

formelle Direktoriumssitzungen

210



Das Direktorium kommt in der Regel mehrmals pro Woche zu Sitzungen zusammen. Grundlage für seine Arbeit bilden hauptsächlich

Papiere, die von Geschäftsführung und Stab des IWF verfasst wurden. Das Direktorium bespricht eine große Bandbreite an Themen: von den jährlichen Gesundheitschecks der Volkswirtschaften in den Mitgliedsländern bis hin zu wirtschaftspolitischen Fragen mit globaler Tragweite.

Direktoriumssitzungen zu den Ländern

164



Das Direktorium trifft normalerweise konsensbasierte Entscheidungen, manchmal werden aber auch formelle

Abstimmungen vorgenommen. Komplexe politische Problemstellungen werden in ihrem Frühstadium bei informellen Gesprächen erörtert.

Finanzen, Organisation und Rechenschaftspflicht

HAUSHALT UND EINKOMMEN

Mittelfristiger Haushalt

Im April 2015 bewilligte das Exekutivdirektorium im Zusammenhang mit dem mittelfristigen Haushalt für die Geschäftsjahre 2016–18 Nettoverwaltungsausgaben von insgesamt 1.051,5 Mio. US\$ für das GJ 2016. Darüber hinaus billigte das

Direktorium eine Grenze für Bruttoausgaben in Höhe von 1.289,8 Mio. US\$, worin ein Vortrag von bis zu 42,5 Mio. US\$ unangetasteter Mittel aus dem GJ 2015 für Ausgaben im GJ 2016 enthalten ist. Es billigte auch Kapitalausgaben in Höhe von 42,1 Mio. US\$ für Gebäudeeinrichtungen und Investitionen in Informationstechnologie (*Tabelle 3.1*).

Tabelle 3.1

Haushalt nach Hauptausgabenkategorien, GJ 2015–19 (Millionen US-Dollar)

	GJ 2015		GJ 2016		GJ 2017 Haushalt	GJ 2018 Haushalt	GJ 2019 Haushalt
	Haushalt	Ergebnis	Haushalt	Ergebnis			
VERWALTUNGS-AUSGABEN							
Personal	896	862	908	896	938
Reisekosten ¹	128	112	130	120	123
Gebäude und sonstige	193	204	199	199	201
Rücklagen für Eventualfälle	7	...	10	...	11
Haushaltsausgaben insgesamt brutto	1.224	1.177	1.247	1.215	1.273	1.310	1.365
Einnahmen ²	-197	-167	-196	-176	-200	-214	-238
Haushaltsausgaben insgesamt netto	1.027	1.010	1.052	1.038	1.072	1.096	1.127
Vortrag ³	42	...	42	...	43		
Haushaltsausgaben insgesamt, einschließlich Vortrag	1.069	1.010	1.094	0	1.115	1.096	1.127
Kapitalausgaben							
Gebäudeeinrichtungen und IT	52	136	42	131	61	61	60
davon Sanierung HQ1		96		90			

Quelle: IWF-Büro für Haushalt und Planung.

Hinweis: Abweichungen bei den Gesamtbeträgen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

¹ GJ 2016 enthält Reisekosten zu Jahrestagungen im Ausland.

² Einschließlich geberfinanzierter Aktivitäten, Kostenteilungsvereinbarungen mit der Weltbank, Verkauf von Publikationen, Parkgebühren und sonstiger Einnahmen.

³ Vortrag von Mitteln aus dem Vorjahr gemäß bestehender Regeln.

Kasten 3.1: Fortschritte bei der Gebäude- renovierung von HQ1

Die Renovierungsarbeiten am älteren der beiden Gebäude am Hauptquartier des IWF (HQ1) im Geschäftsviertel von Washington, DC wurden über das Jahr weiterverfolgt. Mit diesem umfangreichen Projekt sollen alte Gebäudesysteme wie Klimatisierung, Heizkessel, Wasserpumpen, rund 20 km Wasserrohre, Heißwasserheizung, die Regelsysteme für das Gebäude sowie 35.000 Leuchtkörper ersetzt werden. Die Sanierung wird für einen nachhaltigeren Gebäudebetrieb mit sparsamerem Energieverbrauch sorgen und ein angenehmeres Arbeitsumfeld schaffen, das von moderneren, flexibleren Mehrzweckeinrichtungen mit mehr Tageslicht profitiert. So kann der IWF den geschäftlichen Anforderungen der nächsten 20–25 Jahre gerecht werden.

Aufgrund der unerwarteten und komplexen technischen Gegebenheiten und weiterer Asbestfunde, die den Projektumfang erhöhten, erwies sich das Vorhaben mitunter als schwierig. Im Januar 2016 billigte das Exekutivdirektorium zusätzliche Mittel, und die Fertigstellung ist jetzt für 2020 vorgesehen.

Im GJ 2016 wurden beträchtliche Fortschritte zum Abschluss der ersten Projektphase gemacht, die mehr als 50 Prozent



Die Stellvertretende Geschäftsführende Direktorin Carla Grasso (rechts) begutachtet die Fortschritte bei der Renovierung von HQ1.

der gesamten Gebäudefläche ausmacht. Mehrere öffentliche Bereiche wurden für ihre Wiedereröffnung im GJ 2017 vorbereitet, darunter Atrium, Galerie, Bistro, Cafeteria und Besprechungsräume. Zwei Büroetagen sind inzwischen fertig saniert und bereit für die Rückkehr der Mitarbeiter, sodass die nächste Büroetage für die Renovierung geräumt werden kann. Während der Umbaumaßnahmen bezogen einige Mitarbeiter das zweite Gebäude des IWF (HQ2) oder in der Nähe angemietete Büros.

Das Projekt strebt die Zertifizierung nach LEED (Leadership in Energy and Environmental Design) an und will mit einer „grünen“ Gebäudegestaltung und Bauweise weniger Auswirkungen auf die Umwelt haben und das Fundament für kontinuierlich nachhaltige Betriebs- und Wartungsabläufe legen.

Mit seinem Arbeitsprogramm für das GJ 2016 setzte der IWF seine Unterstützung für die schrittweise Stabilisierung der Weltwirtschaft in der Folgezeit der Finanzkrise fort, in der sich Unsicherheit über das Tempo der Erholung und Anfälligkeiten mehrten. Die Zahl der vom IWF gestützten Programme lag zwar unter den Spitzenwerten der GJ 2011/12, doch übten die zunehmend komplexe Weltwirtschaft und ihr Finanzsystem Druck auf die Überwachungsarbeit des Fonds aus und führten zu vermehrten Anträgen auf technische Hilfe. Die Institution konnte diese Nachfrage innerhalb eines real flachen Budgets erfüllen, weil eine im Rahmen des Budgets für das GJ 2016 vereinbarte allgemeine Verschlinkungsinitiative umgesetzt wurde und die Abteilungen ihre Prioritäten anders verteilten. Die tatsächlichen Nettoverwaltungsausgaben im GJ 2016 beliefen sich auf 1.038,3 Mio. US\$ und unterschritten damit den Nettogesamthaushalt um 13,2 Mio. US\$. Die durchschnittliche Quote an freien Stellen geht weiter zurück und liegt jetzt auf einem als friktionell betrachteten Niveau. Ausgaben für die Sicherheit am Hauptsitz und im Ausland sowie für die IT-Sicherheit nahmen weiter zu und entsprachen dem in den letzten Jahren beobachteten Trend.

Die budgetierten Kapitalausgaben für Gebäudeeinrichtungen und Informationstechnologie (IT) beliefen sich auf insgesamt 131 Mio. US\$ und enthielten auch in früheren Jahren bewilligte

Summen. Die Sanierung von HQ1 schritt weiter voran; einige Gebäudebereiche befinden sich in der letzten Inspektions- und Abnahmephase vor ihrer Wiedereröffnung. Im Januar 2016 billigte das Exekutivdirektorium zusätzliche Mittel für die Sanierung von HQ1 zur Deckung unvorhergesehener Kosten. Die Kapitalausgaben für Informationstechnologie lagen bei insgesamt 25,9 Mio. US\$ und dienten hauptsächlich zur Verbesserung der Kapazitäten für Wissensmanagement, Datenmanagement und Analyse sowie der Vereinfachung des Zugriffs auf Informationen, die innerhalb des Fonds und von Länderbeamten genutzt werden.

Für den Finanzausweis werden die Verwaltungsausgaben des IWF gemäß den internationalen Standards für die Rechnungslegung (International Financial Reporting Standards, IFRS) nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung verbucht. Diese Standards verlangen unter anderem die periodengerechte Buchführung und die Bewertung und Amortisierung von Kosten für Lohnnebenleistungen auf der Grundlage versicherungsmathematischer Bewertungen. *Tabelle 3.2* zeigt einen ausführlichen Abgleich zwischen dem Ergebnis des Nettoverwaltungshaushalts in Höhe von 1.038 Mio. US\$ für das GJ 2016 und den IFRS-basierten Verwaltungsausgaben von 1.326 Mio. US\$ (951 Mio. SZR), die im geprüften Finanzausweis des IWF für das Jahr genannt sind.

Tabelle 3.2

Im Abschlussbericht ausgewiesene Verwaltungsausgaben, GJ 2016

(in Millionen US-Dollar, wenn nicht anders angegeben)

ERGEBNIS DES VERWALTUNGSHAUSHALTS, NETTO, GJ 2016	1.038
ZEITLICHE VERSCHIEBUNGEN	
Kosten für Pensionen und Sozialleistungen nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses	312
Kapitalausgaben – Amortisierung der Ausgaben des laufenden und der vorhergehenden Jahre	38
NICHT IM VERWALTUNGSHAUSHALT ENTHALTENE BETRÄGE	
Kapitalausgaben – unmittelbar gemäß den International Financial Reporting Standards verbuchte Posten	17
Rückerstattung an das General Department (aus dem Poverty Reduction and Growth Trust, Catastrophe Containment and Relief Trust [vormals Post-Catastrophe Debt Relief Trust] und die Abteilung Sonderziehungsrechte)	(79)
IM GEPRÜFTEN ABSCHLUSSBERICHT AUSGEWIESENE VERWALTUNGSAUSGABEN, INSGESAMT	1.326
MERKPOSTEN	
Im geprüften Abschlussbericht ausgewiesene Verwaltungsausgaben, insgesamt (Millionen SZR)	951

Quellen: IWF-Abteilung Finanzen und Büro für Haushalt und Planung.

Hinweis: Abweichungen bei den Gesamtbeträgen gehen auf das Runden der Zahlen zurück. Die Umrechnungen basieren auf dem effektiven gewichteten durchschnittlichen Wechselkurs von US\$/SZR während des GJ 2016 von rund 1,39.

Im April 2016 verabschiedete das Direktorium den Haushalt für das GJ 2017 mit Verwaltungsausgaben von netto 1.072,5 Mio. US\$ und einer Obergrenze für Bruttoverwaltungsausgaben bei 1.316,1 Mio. US\$ sowie bis zu 43,3 Mio. US\$ Vortrag aus unangetasteten Mitteln des GJ 2016. Wie üblich wurden kleinere Anpassungen am Haushalt vorgenommen, um den Anstieg in der Gehaltsstruktur und andere Kostensteigerungen zu berücksichtigen, die dem allgemeinen Preisanstieg entsprechen. Darüber hinaus sind nach vier Jahren mit null Realwachstum im Haushalt für das GJ 2017 auch 0,5 Prozent mehr (in konstanten Dollarwerten) zur Deckung der steigenden Kosten für IT-Sicherheit und physische Sicherheit der Institution enthalten. Der Kapitalhaushalt wurde mit 60,5 Mio. US\$ angesetzt; davon entfallen 32,5 Mio. US\$ auf Gebäudeeinrichtungen und 28 Mio. US\$ auf IT-Investitionen. Dem Direktorium wurden auch vorläufige Haushalte für die Geschäftsjahre 2018 und 2019 vorgelegt, die aufgrund der steigenden Nachfrage seitens der Mitglieder bereits einem Aufwärtsdruck unterliegen.

EINKOMMENSMODELL, GEBÜHREN, VERGÜTUNG, LASTENTEILUNG UND NETTOERTRAG

Einkommensmodell

Seit seiner Gründung erzielt der IWF den Hauptanteil seines Einkommens aus seiner Kreditvergabetätigkeit. Zur Erzeugung von weiteren Einkünften richtete der IWF 2006 das Investment Account ein und legte seine Reserven an. 2008 verabschiedete das Exekutivdirektorium ein neues Einkommensmodell mit einer Dotation, die mit den Gewinnen aus dem Verkauf eines begrenzten Teils der Goldbestände des IWF finanziert wird. Im Zuge des neuen Einkommensmodells trat im Februar 2011 die Fünfte Änderung des IWF-Übereinkommens in Kraft; dadurch wurde das Investitionsmandat des IWF erweitert, damit der IWF höhere Renditen auf seine Investitionen erzielen und seine Finanzlage über die Jahre hinweg weiter stärken kann. Im Januar 2013 verabschiedete das Exekutivdirektorium Regeln und Vorschriften für das Investment Account. Das Direktorium prüfte die Anlagestrategie für die Reserven des Fonds im August 2015 und verabschiedete neue Regeln.

Gebühren

Angesichts der starken Kreditvergabetätigkeit und der gegenwärtig niedrigen Investitionsrenditen sind die Gebühren, die auf ausstehende Kredite erhoben werden, weiterhin die Haupteinkommensquelle des IWF. Der Grundgebührensatz (der Zinssatz) auf IWF-Finanzierung umfasst den SZR-Zinssatz sowie einen unveränderlichen, in Basispunkten ausgedrückten Aufschlag. Nach der vom Exekutivdirektorium im Dezember 2011 verabschiedeten Regel wird der Aufschlag alle zwei Jahre überprüft und so festgelegt, dass er die Vermittlungskosten des IWF im Zusammenhang mit der Kreditvergabe deckt und den Aufbau seiner Reserven ermöglicht. Die Regel sieht zudem eine Gegenprüfung vor, um sicherzustellen, dass der Gebührensatz angemessen an die Marktkonditionen für langfristige Kredite angeglichen ist. Im April 2016 einigte sich das Exekutivdirektorium darauf, den Aufschlag für die Gebühr bei 100 Basispunkten zu belassen.

Der IWF erhebt auch Aufschläge auf die Verwendung hoher Kreditsummen in den Kredittranchen und unter Erweiterten Vereinbarungen. Nach dem Inkrafttreten der Vierzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung revidierte das Exekutivdirektorium die quotenbasierten Schwellenwerte, ab denen Aufschläge

erhoben werden, um den Folgen der Quotenverdoppelung entgegenzuwirken. Sogenannte volumenbasierte Aufschläge von 200 Basispunkten werden auf Kredite erhoben, die über 187,5 Prozent der Quote eines Mitglieds liegen. Zeitbasierte Aufschläge von 100 Basispunkten werden auf Kredite über demselben Schwellenwert erhoben, die mehr als 36 Monate in den Kredittranchen oder 51 Monate unter der Extended Fund Facility ausstehen.

Neben den Grundgebühren und Aufschlägen erhebt der IWF auch Servicegebühren, Bereitstellungsgebühren und Sondergebühren. Auf jede Kreditziehung aus dem Konto für allgemeine Ressourcen (GRA) wird eine Servicegebühr von 0,5 Prozent erhoben. Auf Vereinbarungen aus dem GRA, wie etwa Standby, Vereinbarungen zur Extended oder Flexible Credit Line und zur Precautionary and Liquidity Line, wird für die in jedem 12-Monatszeitraum verfügbaren Beträge eine rückerstattungsfähige Bereitstellungsgebühr erhoben. Bereitstellungsgebühren betragen 15 Basispunkte auf zugesicherte Beträge bis zu 115 Prozent der Quote, 30 Basispunkte zwischen 115 und 575 Prozent und 60 Basispunkte über 575 Prozent. Die Gebühren werden im Verhältnis zu den erfolgten Ziehungen erstattet, wenn der Kredit in Anspruch genommen wird. Der IWF erhebt außerdem Sondergebühren auf überfällige Tilgungszahlungen und auf Gebühren, die weniger als sechs Monate überfällig sind.

Vergütung und Zinsen

Was die Ausgabenseite anbelangt, zahlt der IWF seinen Mitgliedern Zinsen (Vergütung) auf ihre Gläubigerpositionen im GRA (sogenannte vergütete Reservetranchenpositionen). Das IWF-Übereinkommen schreibt vor, dass der Vergütungssatz nicht über dem SZR-Zinssatz und nicht unter 80 Prozent des SZR-Zinssatzes liegen darf. Der Grundvergütungssatz entspricht derzeit dem SZR-Zinssatz, der auf einem gewichteten Durchschnitt repräsentativer Zinssätze auf kurzfristige Schuldinstrumente an den Geldmärkten der Währungen im SZR-Korb basiert, vorbehaltlich einer Untergrenze von 5 Basispunkten. Der IWF zahlt auch Zinsen zum SZR-Satz auf ausstehende Kreditnahmen unter den bilateralen Darlehen und Wechselkaufvereinbarungen sowie den erweiterten Neuen Kreditvereinbarungen (New Arrangements to Borrow, NAB).

Lastenteilung

Die Gebühren- und Vergütungssätze werden nach einem Lastenteilungsmechanismus angepasst, der die Kosten überfälliger Verbindlichkeiten gegenüber dem GRA gleichmäßig zwischen Schuldner- und Gläubiger-Mitgliedern verteilt. Einkommensverlust aufgrund von Zinsen, die sechs oder mehr Monate überfällig sind, wird im Rahmen der Lastenteilung durch Erhöhung des Gebührensatzes und Senkung des Vergütungssatzes ausgeglichen. Die auf diese Weise eingezogenen Beträge werden bei Begleichung der unbezahlten Gebühren zurückerstattet.

Im GJ 2016 betragen die angepassten Gebühren- und Vergütungssätze durchschnittlich 1,051 bzw. 0,045 Prozent.

Nettoertrag

Der Nettoertrag des IWF lag im GJ 2016 bei 998 Mio. SZR, was hauptsächlich auf Einkünfte aus der hohen Kreditvergabetätigkeit und auf Einkünfte aus den im Investment Account gehaltenen Investitionen zurückzuführen ist. Nach Maßgabe der International Financial Reporting Standards (in ihrer gültigen Fassung IAS 19, Employee Benefits) enthält der Nettoertrag für das Geschäftsjahr einen Gewinn von 543 Mio. SZR aus der sofortigen Verbuchung aller geänderten versicherungsmathematischen Annahmen zur Bestimmung der definierten Verpflichtung des IWF zu Pensionen und Sozialleistungen.

Rückstände gegenüber dem IWF

Überfällige Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF fielen geringfügig von 1.290,8 Mio. SZR Ende April 2015 auf 1.285,7 Mio. SZR Ende April 2016 (*Tabelle 3.3*). Ende April 2016 hatten drei Mitglieder – Simbabwe, Somalia und Sudan – langfristige Rückstände gegenüber dem IWF (d. h. mehr als sechs Monate überfällig). Somalia und Sudan haben Rückstände, die bis auf die Mitte der 1980er-Jahre zurückreichen und etwa 18 bzw. 76 Prozent der gesamten Rückstände ausmachen. Simbabwe, das seit Februar 2001 Rückstände gegenüber dem Poverty Reduction and Growth Trust (PRGT) aufweist, ist für die restlichen 6 Prozent verantwortlich. Ein Drittel der Gesamtrückstände bestand Ende April 2016 aus überfälligen Tilgungszahlungen, während die anderen zwei Drittel auf überfällige Gebühren und Zinszahlungen entfielen. Mehr als vier Fünftel betrafen Rückstände gegenüber dem GRA, der Rest gegenüber dem Trust Fund und dem PRGT. Simbabwe ist das einzige Land mit langfristigen Rückständen gegenüber dem PRGT. Aufgrund der SZR-Zuweisungen im August/September 2009 wurden alle langfristigen Fälle in der SZR-Abteilung pünktlich bedient.

Unter der verstärkten kooperativen IWF-Strategie gegen Zahlungsrückstände werden Korrekturmaßnahmen für langfristige Rückstände ergriffen. Ende des Geschäftsjahres waren Somalia und Sudan weiterhin nicht berechtigt, Mittel aus dem GRA zu nutzen. Simbabwe darf erst dann Mittel aus dem GRA in Anspruch nehmen, wenn seine Rückstände gegenüber dem PRGT vollständig beglichen sind. Eine Erklärung mangelnder Kooperationsbereitschaft, die teilweise Aussetzung der technischen Hilfe des IWF und die Streichung von der Liste PRGT-berechtigter Länder bleiben als Korrekturmaßnahmen im Zusammenhang mit Simbawbes Rückständen gegenüber dem PRGT weiterhin bestehen.

Tabelle 3.3

Rückstände gegenüber dem IWF von Ländern mit Verbindlichkeiten, die mindestens 6 Monate überfällig sind, nach Art, Stand 30. April 2016 (Millionen SZR)

	Insgesamt	Nach Art		
		Allgemeine Abteilung (einschließlich Strukturanpassungsfazität)	Trust Fund	Poverty Reduction and Growth Trust
Somalia	236,8	228,5	8,3	...
Sudan	970,1	887,7	82,4	...
Simbabwe	78,8	78,8
Total	1.285,7	1.116,2	90,7	78,8

Quelle: IWF-Abteilung Finanzen.

**PERSONALPOLITIK
UND ORGANISATION**
Personalwesen

Um wirkungsvolle Arbeit in der Weltwirtschaft leisten zu können, muss der IWF eine ebenso hochqualifizierte wie vielfältige internationale Belegschaft anwerben und an sich binden. Im GJ 2016 führte der IWF ein umfassendes Regelwerk zur Beschäftigung seines Mitarbeiterstabes in Form des *Staff Handbook* ein, nahm eine Überprüfung der Vergütungspraktiken vor, konzentrierte sich auf die Entwicklung von Führungskräften und führte eine Personalumfrage durch.

DIE BELEGSCHAFT

Mit Stand vom 30. April 2016 zählte der IWF 2.223 Fach- und Führungskräfte sowie 449 Stabsmitarbeiter auf Verwaltungsebene. Eine Aufstellung der leitenden Mitarbeiter befindet sich auf Seite 106 und das Organigramm des IWF kann auf Seite 84 aufgerufen werden.

Die Anwerbung von insgesamt 182 neuen Stabsmitarbeitern im Jahr 2015 lag geringfügig über dem Vorjahr (174). 2015 wurden vier Manager, 139 Experten und 39 Verwaltungsmitarbeiter eingestellt. Der IWF braucht Wirtschaftswissenschaftler mit weitreichender Erfahrung in Analyse und Politikgestaltung. 2015 stellte er über das Economist Program (EP) 19 Absolventen von führenden Universitäten und 56 erfahrene Ökonomen in den mittleren Jahren ihrer beruflichen Laufbahn ein. Zwei Drittel dieser Neueinstellungen im Mittelbau sind Makro-Ökonomen, die übrigen sind Fachleute für Fiskalpolitik und den Finanzsektor. Im Geschäftsjahr wurden 489 Mitarbeiter mit befristeten Verträgen eingestellt.

2015 wurden sieben Mitarbeiter aus vier Ländern über das Entsendungsprogramm Externally Financed Appointee (EFA) eingestellt, was die Anzahl der Programmteilnehmer auf 13 erhöhte. Mit dem EFA können bis zu 15 Beamte aus den Mitgliedsländern zwei Jahre Arbeitserfahrung beim IWF sammeln. Die Kosten werden von den Mitgliedsländern über einen Treuhandfonds mehrerer Partner getragen.

VIELFALT UND INKLUSION

Der IWF unternimmt große Anstrengungen, um eine hinsichtlich geografischer Verteilung, Geschlecht und Bildungshintergrund vielfältige Belegschaft zu haben, was nach wie vor mit gewissen Herausforderungen verbunden ist. Ende April 2016 waren von den 189 Mitgliedsländern des IWF 148 unter den Mitarbeitern vertreten.

Die Neueinstellung von Staatsangehörigen aus unterrepräsentierten Regionen lag 2015 bei 48 Prozent aller externen Neueinstellungen auf Fachkräfte-Ebene.

Weitere Statistiken und Angaben zu den laufenden Bestrebungen zur Verbesserung von Vielfalt und Inklusion finden sich auf der letzten Seite dieses Berichts und im 2015 IMF Diversity Annual Report.

**ERNENNUNGEN UND VERÄNDERUNGEN
IN DER GESCHÄFTSFÜHRUNG**

Christine Lagarde wurde als Geschäftsführende Direktorin für eine zweite Amtszeit von fünf Jahren bestätigt, die am 5. Juli 2016 begann.

David Lipton wurde als Erster Stellvertretender Geschäftsführender Direktor für eine zweite Amtszeit von fünf Jahren bestätigt, die am 1. September 2016 beginnt.

Anfang des GJ 2017 gab der Stellvertretende Geschäftsführende Direktor **Min Zhu** seine Absicht bekannt, den IWF bei Ablauf seiner Amtszeit Ende Juli zu verlassen. Die Geschäftsführende Direktorin pries seine hervorragende Arbeit für den Fonds in den vergangenen fünf Jahren und zuvor als Sonderberater der Geschäftsführenden Direktorin. „Seine bodenständige Art, sein feinsinniger Humor und seine warmherzige Persönlichkeit unterstrichen seinen bewundernswerten Intellekt und seine Leidenschaft für Ökonomie und machten ihn bei vielfältigen Problemstellungen zu einer maßgeblichen Führungsperson“, sagte sie. In ihrer Mitteilung ließ die Geschäftsführende Direktorin auch verlauten, dass die Suche nach einem Nachfolger bereits im Gang sei.

Im Juli 2016 gab die Geschäftsführende Direktorin bekannt, dass sie **Tao Zhang**, den Stellvertretenden Gouverneur der Chinesischen Zentralbank (PBOC), mit Wirkung zum 22. August als

Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktor des IWF ernannt habe. Zhang hatte bereits vier Jahre lang als Exekutivdirektor für China beim IWF gedient. Bei der PBOC bekleidete er verschiedene Positionen, darunter die Leitung der Rechtsabteilung der Bank und der Abteilung Finanzerhebungen und Statistik. Er war auch bei der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank tätig. „Herr Zhang bringt eine überzeugende Kombination aus internationaler Wirtschaftserfahrung, Politikgestaltung auf dem öffentlichen Sektor und diplomatisches Gespür mit“, sagte Christine Lagarde. „Er besitzt zudem umfangreiche Erfahrung mit internationalen Finanzinstitutionen, hervorragendes Kommunikations- und Verhandlungsgeschick sowie äußerst fundiertes Wissen über die Grundsatzpolitik und Verfahrensweisen des IWF.“

STRUKTUR UND BEZÜGE DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

Das Exekutivdirektorium überprüft in regelmäßigen Abständen die Bezüge der Geschäftsführung. Das Gehalt der Geschäftsführenden Direktorin wird durch den Gouverneursrat gebilligt. Auf der Basis des Verbraucherpreisindex für Washington, DC werden jährliche Anpassungen vorgenommen. Mit Stand vom

1. Juli 2015 gestaltete sich die Gehaltsstruktur der Geschäftsführung wie folgt:

Geschäftsführende Direktorin:	494.660 US\$
Erster Stellvertretender Geschäftsführender Direktor:	430.120 US\$
Stellvertretende Geschäftsführende Direktoren:	409.650 US\$

VERÄNDERUNGEN UNTER DEN LEITENDEN STABSMITARBEITERN

Am 20. Juli 2015 wurde Maurice Obstfeld durch die Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde zum Wirtschaftswissenschaftlichen Berater und Leiter der Forschungsabteilung des IWF berufen, nachdem sein Vorgänger Olivier Blanchard seine Fondstätigkeit niedergelegt hatte.

Im März 2016 gab der Leiter der Abteilung Personalwesen Mark Plant seine Absicht bekannt, in den Ruhestand zu treten. Frau Lagarde ernannte Kalpana Kochhar mit Wirkung zum 13. Juni 2016 zur Nachfolgerin.

Kasten 3.2: Ausscheidende und neue leitende Mitarbeiter im Profil



Eine außerordentliche Karriere, tiefgründige Analysen und ungewöhnliche Ideen machten **OLIVIER BLANCHARD** zu einem der meistzitierten Ökonomen der Welt. Er wurde 2008 zum Wirtschaftswissenschaftlichen Berater und Leiter der Forschungsabteilung des IWF

bestellt. Im September 2015 gab er seinen Posten auf, nachdem er die Forschung des IWF durch die stürmischen Zeiten der weltweiten Finanzkrise geführt hatte. Herr Blanchard ist französischer Staatsbürger und promovierte am Massachusetts Institute of Technology (MIT) in Wirtschaftswissenschaften. Er lehrte an der Harvard University, bevor er wieder an das MIT zurückkehrte und dort den Vorsitz des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts übernahm.



MAURICE OBSTFELD übernahm die Position als Wirtschaftswissenschaftlicher Berater und Leiter der Forschungsabteilung des IWF im September 2015. Als ehemaliger Leiter des Instituts für Ökonomie der University of California at Berkeley beriet Herr Obstfeld

viele Regierungen und Zentralbanken in aller Welt und war Mitglied des Fachbeirats für Volkswirtschaft von Präsident Obama. Herr Obstfeld ist Staatsbürger der USA und promovierte am MIT in Wirtschaftswissenschaften, nachdem er einen Bachelor-Abschluss an der University of Pennsylvania und einen Master an der Cambridge University gemacht hatte. Bei verschiedener Gelegenheit war er auch Research Fellow beim IWF.



Während seiner 24-jährigen Karriere beim IWF arbeitete **MARK PLANT** in der Abteilung Afrika und der damaligen Abteilung Politikentwicklung und Überprüfung, wo er die Überprüfung der Kreditvergabe des IWF an Niedrigeinkommensländer (LIC) und die Politikentwicklung für LIC leitete. Er kehrte als Stellvertretender Leiter zur Abteilung Afrika zurück, bevor er 2011 zum Leiter der Abteilung Personalwesen ernannt wurde. Herr Plant ist Staatsbürger der USA und machte seinen Bachelor-Abschluss in Wirtschaftswissenschaften und Mathematik an der University of Virginia und seinen Master und Doktor in Wirtschaftswissenschaften an der Princeton University.

KALPANA KOCHHAR hat beim IWF in mehr als 25 Jahren und



mehreren Abteilungen eine beeindruckende Karriere gemacht. Im Juni 2016 übernahm sie die Leitung der Abteilung Personalwesen. Davor war sie Stellvertretende Leiterin der Abteilung Asien und Pazifikraum und in der Abteilung Strategie, Grundsatzpolitik und

Überprüfung sowie als Leitende Beraterin der Abteilung Forschung tätig. Darüber hinaus zeichnete sie als Leitende Ökonomin für die Region Südasien bei der Weltbank verantwortlich. Frau Kochhar ist indische Staatsangehörige und hat einen Dokortitel und ein Diplom in Wirtschaftswissenschaften von der Brown University, ein Diplom in Wirtschaftswissenschaften von der Delhi School of Economics sowie einen Bachelor-Abschluss in Wirtschaftswissenschaften von der Madras University in Indien.

NEUES OFFICE OF INTERNAL INVESTIGATION

Sabina Blaskovic wurde im Juli 2016 von der Geschäftsführenden Direktorin auf die neue Position des Internal Investigator (interner Ermittler) beim IWF berufen. Das Office of the Ethics Advisor (Büro des ethischen Beraters), das seit Oktober 2015 unter der Leitung von Olivia Graham steht, konzentriert sich jetzt ausschließlich auf Beratung, Schulung und Informationsarbeit, um die Ethikstandards des Fonds zu verbreiten. Das davon getrennte Office of Internal Investigations (Büro für interne Ermittlungen) unter der Leitung von Frau Blaskovic ist dagegen für Ermittlungen in Ethikfragen zuständig. Diese neue Aufgabenteilung wird aufgrund der größeren Spezialisierung die Beratungs- und Ermittlungsarbeiten effizienter gestalten. Frau Blaskovic bekleidete zuvor leitende Ermittlungspositionen beim Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung, dem Office of Internal Oversight Services der Vereinten Nationen sowie bei der Stadtverwaltung von New York City. Frau Grahams beispielhafte Karriere im Bereich Ethik umfasst mehr als 20 Jahre Erfahrung auf internationalem Parkett, u. a. bei der Weltbank und dem Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung, wo sie Direktorin für Ethik war.

RECHENSCHAFTSPFLICHT

Risikomanagement beim Fonds

Aufgrund seiner im IWF-Übereinkommen festgelegten Aufgabe ist der IWF einer Reihe finanzieller und anderer Risiken ausgesetzt. Im Februar 2016 billigte das Exekutivdirektorium ein Statement zur Risikoakzeptanz, das den Grad an Risiko angibt, den der IWF im Rahmen seiner Tätigkeit zu akzeptieren bereit ist und den er über einen längeren Zeitraum erfolgreich steuern kann. Das Statement wird regelmäßig überprüft, um etwaige Änderungen an den bestehenden Grundsätzen und Verfahrensweisen zu berücksichtigen – ein Satz strategischer Entscheidungen vonseiten des Exekutivdirektoriums und der Geschäftsführung zur Festlegung der Risikophilosophie des Fonds angesichts seiner einzigartigen institutionellen Aufgabe und seines Geschäftsmodells.

Der IWF hat drei Verteidigungslinien für das aktive Risikomanagement. Die Abteilungen, die für das Alltagsgeschäft zuständig sind, haben und pflegen interne Kontrollsysteme zur Erkennung und Steuerung der Risiken, die diesem Geschäft innewohnen (siehe *Kasten 3.3* zu einigen Elementen des Risikomanagements). Auf bestimmten Gebieten sorgen abteilungsübergreifende Ausschüsse für zusätzliche Risikoaufsicht. Eine unabhängige Risk Management Unit ist zuständig für die Ausarbeitung und Pflege des Regelwerks zum Risikomanagement, für die Entwicklung von Instrumenten zur Risikobewertung und für die Meldung des allgemeinen Risikoprofils des IWF an die Geschäftsführung und das Direktorium; dabei werden die

Bereiche herausgestellt, in denen zusätzliche Abhilfemaßnahmen erforderlich sind.

Die turnusmäßige Risikobewertung der Risk Management Unit fließt in den Strategie- und Haushaltsplanungszyklus des Fonds ein. Das Büro für interne Revision und Inspektion (Office of Internal Audit and Inspection, OIA) stellt in unabhängiger Arbeit die Wirksamkeit von Governance, Risikomanagement und internen Kontrollen sicher (siehe den Abschnitt über das OIA weiter unten). Die letztendliche Verantwortung für die Pflege wirksamer Risikomanagement- und -abhilfemaßnahmen liegt bei Geschäftsführung und Exekutivdirektorium.

Der IWF überwacht und steuert aktiv vier weit gefasste Kategorien von Risiken: strategische Risiken, Risiken für die Kernfunktionen des IWF, funktionsübergreifende Risiken sowie Reputationsrisiken. Die Steuerung *strategischer Risiken* verlangt das Aufstellen eines klaren strategischen Regelwerks und Reaktionen auf Veränderungen des externen Umfelds. Die strategische Richtung wird von der Global Policy Agenda der Geschäftsführenden Direktorin vorgegeben, in die die laufende Analyse aufkommender Problemstellungen für das internationale Währungssystem einfließt.

Risiken für die *Kernfunktionen* des IWF beziehen sich auf die Anpassung der drei Hauptbereiche der IWF-Arbeit – Überwachung, Kreditvergabe und Kapazitätsentwicklung – an die strategische Richtung und zugrunde liegenden Ziele des Fonds bei gleichzeitigem Schutz seines Finanzierungsmodells. Bei der Steuerung von Kreditrisiken bedient sich der IWF eines mehrschichtigen Regelwerks, dessen wichtigste Instrumente sich auf Zugang, Programmgestaltung und Konditionalität konzentrieren. Ein angemessenes Niveau an Risikorücklagen und der Status des Fonds als bevorzugter Gläubiger de facto sind ebenfalls integraler Bestandteil dieses Regelwerks. Im Februar 2016 nahm das Exekutivdirektorium die Prüfung zur Angemessenheit der Risikorücklagen vor, die turnusgemäß alle zwei Jahre stattfindet. Das Exekutivdirektorium sprach sich für die Beibehaltung des mittelfristigen vorläufigen Zielwerts für Risikorücklagen in Höhe von gegenwärtig 20 Mrd. SZR und für die Anhebung der Untergrenze der Risikorücklagen von 10 Mrd. SZR auf 15 Mrd. SZR aus.

Die Risiken für die *funktionsübergreifenden Vermögenswerte* betreffen die Kapazität von Humankapital, Technologie, Sachwerte und andere unterstützende Elemente beim IWF, die die Umsetzung der strategischen Richtung ermöglichen und Leistungsunterbrechungen in den Kernfunktionen der Institution verhindern. Als funktionsübergreifendes Risiko gelten auch andere Finanzrisiken wie Einkommens- und Investitionsrisiken. *Reputationsrisiko* bezieht sich auf die Möglichkeit, dass Stakeholder den IWF in einem negativen Licht sehen, wodurch der IWF Schaden an seiner Glaubwürdigkeit, Zugkraft und Wirksamkeit nehmen kann.

PRÜFUNGSVERFAHREN

Die Prüfungsverfahren des IWF bestehen aus einer externen Prüfungsgesellschaft, einer internen Revisionsfunktion und einem unabhängigen externen Rechnungsprüfungsausschuss (External Audit Committee – EAC), der nach der Satzung des IWF die allgemeine Aufsicht über die Jahresprüfung führt.

EXTERNER RECHNUNGSPRÜFUNGSAUSSCHUSS

Der EAC hat drei Mitglieder, die vom Exekutivdirektorium ausgewählt und von der Geschäftsführenden Direktorin bestellt werden. Die Mitglieder dienen in zeitlicher Staffelung jeweils drei Jahre und sind unabhängig vom IWF. Sie sind Staatsangehörige verschiedener Mitgliedsländer und müssen die notwendigen Sachkenntnisse und Qualifikationen zur Ausübung der Aufsicht über die jährliche Prüfung besitzen. In der Regel bringen die Mitglieder des EAC reiche Erfahrung in internationalen Wirtschaftsprüfungsunternehmen, im öffentlichen Sektor oder im Universitätsbereich mit.

Der EAC bestimmt eines seiner Mitglieder zum Vorsitzenden, legt seine Verfahren selbst fest und ist bei der Aufsicht über die jährliche Rechnungsprüfung unabhängig von der Geschäftsführung des IWF. Er kommt jedes Jahr in Washington, DC zusammen, normalerweise im Januar oder Februar, um die Planung für die jährliche Rechnungsprüfung zu beaufsichtigen, im Juni nach Abschluss der Rechnungsprüfung und im Juli, um dem Exekutivdirektorium Bericht zu erstatten. Der IWF-Stab und die externen Wirtschaftsprüfer halten das ganze Jahr über Rücksprache mit den Mitgliedern des EAC. Die Mitglieder des EAC im Jahr 2016 waren Daniel Loeto Gonzalo (Vorsitz), Wirtschaftsprüfer und Chief Accountant der Bank of Botswana; Mary Barth, Professorin für Rechnungswesen an der Stanford University, sowie Kamlesh Vikamsey, Wirtschaftsprüfer und leitender Partner einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Indien.

EXTERNE PRÜFUNGSGESELLSCHAFT

Die externe Prüfungsgesellschaft wird vom Exekutivdirektorium in Rücksprache mit dem EAC gewählt und von der Geschäftsführenden Direktorin bestellt. Sie ist verantwortlich für die Durchführung der externen Jahresprüfung und die Abgabe des Prüfungsgutachtens über die Finanzausweise des IWF, einschließlich der gemäß Artikel V Abschnitt 2 Buchstabe b des IWF-Übereinkommens verwalteten Konten und des Angestelltenpensionsplans. Nach Abschluss der jährlichen Prüfung informiert der EAC das Exekutivdirektorium über die Ergebnisse der Wirtschaftsprüfung und übermittelt den Bericht der externen Prüfungsgesellschaft über die Geschäftsführende Direktorin und das Exekutivdirektorium an den Gouverneursrat zur Kenntnisnahme.

Die externe Prüfungsgesellschaft wird normalerweise über einen Zeitraum von fünf Jahren bestellt, der um bis zu weitere fünf Jahre verlängert werden kann. Infolge der zehnjährigen Tätigkeit von Deloitte & Touche LLP für den IWF war ein Wechsel vorge-

schrieben, und so wurde im November 2014 PricewaterhouseCoopers (PwC) als externe Prüfungsgesellschaft bestellt. Die externe Prüfungsgesellschaft darf mit Ausnahme einer Sperrliste unzulässiger Dienstleistungen und vorbehaltlich solider Sicherungsmechanismen, die die Unabhängigkeit der Wirtschaftsprüfer gewährleisten helfen, in gewissem Umfang Beratungsleistungen erbringen. Diese Sicherungsmechanismen sind Aufsicht durch den EAC und bei Beratungshonoraren über einer gewissen Grenze die Genehmigung durch das Exekutivdirektorium.

BÜRO FÜR INTERNE REVISION UND INSPEKTION

Die interne Revisionsfunktion obliegt dem Büro für interne Revision und Inspektion (Office of Internal Audit and Inspection, OIA), das unabhängig Untersuchungen über die Wirksamkeit der Verfahren des IWF zu Governance, Risikosteuerung und interner Kontrolle durchführt. Im Einklang mit bewährten Praktiken berichtet das OIA an die Geschäftsführung des IWF und den EAC, womit seine Objektivität und Unabhängigkeit gewährleistet bleiben.

Die Arbeit des OIA im GJ 2016 umfasste Zusicherung und Beratungsleistungen zur Bewertung der Angemessenheit von Kontrollmechanismen und Verfahren, damit Gefahren auf dem Weg zur Verwirklichung der Gesamtziele und Abteilungsziele des IWF gemindert werden können. Die Prüfarbeit bezog sich auf Audits und Überprüfungen mit Beratungsfunktion zur Angemessenheit der Kontrollen in Bezug auf die Auswahl der Dienstleister des IWF und die Auftragsvergabe an sie, zur Angemessenheit der Notfallplanung (Business Continuity Management), zum IT-Bereich, um die Angemessenheit der Kontrollmechanismen zum Schutz der Informationswerte des Fonds zu bewerten, sowie eine Prüfung der Kapazitätsentwicklungsarbeit des IWF.

Darüber hinaus legte das OIA den Siebten Periodischen Überwachungsbericht (Periodic Monitoring Report, PMR) zum Status der Implementierungspläne in Reaktion auf die vom Direktorium befürworteten Empfehlungen durch das Unabhängige Evaluierungsbüro (Independent Evaluation Office, IEO) vor. Dabei handelte es sich um den zweiten Bericht des OIA, der dem von den externen Gutachtern des IEO vorgeschlagenen und vom Direktorium im Februar 2013 gebilligten Verfahren folgte. Angesichts der Tatsache, dass im Jahresverlauf keine neuen Management-Implementationspläne herausgegeben worden waren, widmete sich der Bericht einer Erörterung der Fortschritte, die zu den vier im Vorgängerbericht geprüften Plänen gemacht wurden. Der Siebte PMR wurde im September 2015 vom Bewertungsausschuss des Exekutivdirektoriums geprüft und vom gesamten Direktorium im Monat darauf gebilligt.

Ein Tätigkeitsbericht informiert das Direktorium zweimal im Jahr über die Arbeit des OIA; im Bericht enthalten sind Daten zu den Prüfergebnissen und der Status der Prüfeempfehlungen.

Das letzte informelle Briefing zu diesen Angelegenheiten fand im Januar 2016 statt.

Independent Evaluation Office

Das Unabhängige Evaluierungsbüro (Independent Evaluation Office, IEO) wurde 2001 eingerichtet, damit unabhängige und objektive Bewertungen der Politik und Tätigkeit des IWF durchgeführt werden können. Nach seinem Mandat ist das IEO völlig eigenständig von Geschäftsführung und Stab des IWF und arbeitet unabhängig gegenüber dem Exekutivdirektorium des Fonds. Seine Aufgabe ist es, die Lernkultur innerhalb des Währungsfonds und die Glaubwürdigkeit des IWF nach außen zu stärken sowie die Governance und Aufsicht der Institution zu unterstützen.

Direktoriumsüberprüfungen der Berichte und Empfehlungen des IEO

SELBSTBEURTEILUNG BEIM IWF

Im September 2015 veröffentlichte das IEO seinen Bericht „Self-Evaluation at the IMF: An IEO Assessment“ (Selbstbeurteilung beim IWF: Eine IEO-Bewertung). Das IEO stellte fest, dass beim IWF ein hohes Maß an Selbstbeurteilung stattfindet, dass viele Maßnahmen zur Selbstbeurteilung des IWF und die Berichte dazu von hoher technischer Qualität sind und die Selbstbeur-

teilung in die Reformen zu Richtlinien und operativem Geschäft einfließt. Allerdings gebe es laut Bericht Lücken, qualitative Schwachstellen und Unzulänglichkeiten bei der Auswertung und Weitergabe von Lektionen – nicht zuletzt, weil ein ausdrücklicher, bewusster und fondsweiter Ansatz zu dieser Arbeit fehle. Darüber hinaus befand die Bewertung, dass Entscheidungen, die in der jüngeren Zeit mit Blick auf Kosteneinsparungen gefällt wurden, das Regelwerk zur Selbstbeurteilung schwächen können.

Deshalb empfahl die Bewertung dem IWF die Einführung einer allgemeinen Richtlinie zur Selbstbeurteilung. Eine Richtlinie dieser Art sollte allgemein gefasst sein, damit die Praktiken sich mit dem operativen Umfeld weiterentwickeln können, gleichzeitig aber auch Ziele, Umfang, wichtigste Ergebnisse und Erwartungen für den Gebrauch sowie Folgemaßnahmen festlegen. Im Zuge der Bewertung wurde auch empfohlen, dass alle Kreditvergabeprogramme eine Form der Selbstbeurteilung durchlaufen; damit böten sie eine Plattform, die das Lernen aus Erfahrungen ermöglicht, und erhöhten die Transparenz über die Verwendung von IWF-Mitteln. Schließlich forderte die Bewertung die Geschäftsführung des IWF dazu auf, Produkte und Maßnahmen zu entwickeln, die die Erkenntnisse und Lehren der Beurteilungen so auswerten und weitergeben, dass ihre Relevanz für die Stabsarbeit betont und das Lernen intensiviert wird.

Kasten 3.3 – Risikosteuerung mit Sicherungsbewertungen

Wenn der IWF einem Mitgliedsland Finanzhilfe gewährt, wird eine Bewertung der Sicherungen durchgeführt. Damit soll in angemessenem Umfang festgestellt werden, ob die Zentralbank des Landes in der Lage ist, die Mittel des IWF adäquat zu verwalten und verlässliche Finanzdaten zu dem vom IWF gestützten Programm bereitstellen kann. Sicherungsbewertungen sind diagnostische Untersuchungen der Governance- und Kontrollregelwerke von Zentralbanken und ergänzen die übrigen vom IWF eingesetzten Sicherungsmaßnahmen, wie Zugangsbegrenzung, Konditionalität, Programmgestaltung, Maßnahmen, um fehlerhaften Datenmeldungen zu begegnen, sowie Überwachung in der Folgezeit eines Programms. Sie umfassen eine Bewertung der Geschäfte der Zentralbank in fünf Bereichen: externer Prüfungsmechanismus, rechtliche Struktur und Autonomie, Finanzberichtswesen, interner Prüfungsmechanismus und internes Kontrollsystem.

Mit Stand Ende April 2016 wurden 283 Bewertungen durchgeführt, die 94 Zentralbanken betrafen; 11 dieser Bewertungen wurden im GJ 2016 fertiggestellt. Darüber hinaus führt der IWF weitere Maßnahmen zur Sicherung durch, solange seine Kreditmittel ausstehen; so überwacht er etwa die Umsetzung von Empfehlungen sowie andere Entwicklungen im Sicherungsregelwerk der Zentralbanken. Ungefähr 60 Zentralbanken unterliegen derzeit der Sicherungsüberwachung.

Im Oktober 2015 schloss das Exekutivdirektorium des IWF eine Fünfjahresüberprüfung der Sicherungsrichtlinie ab. Die Überprüfung bestätigte die Wirksamkeit der Richtlinie und ihren positiven Beitrag zum Risikomanagement des Fonds insgesamt und stellte heraus, dass der Sicherungsprozess die Kontroll-, Prüf- und Berichtspraktiken der Zentralbanken verbessern hilft. Am Regelwerk zur Durchführung der Sicherungsarbeit wurden keine wesentlichen Änderungen vorgenommen, da es nach Auffassung der Direktoren nach wie vor relevant und angemessen ist. Allerdings wurde die Sicherungsrichtlinie um ein neues Element ergänzt: In Fällen mit direkter Haushaltsfinanzierung wird jetzt ein risikobasierter Ansatz für fiskalische Sicherungsbewertungen der staatlichen Schatzämter eingeführt. Die Prüfungen gelten nur für Vereinbarungen, bei denen ein Mitglied außergewöhnlichen Zugang zu Fondsmitteln beantragt und ein wesentlicher Anteil der Mittel, d. h. mindestens 25 Prozent, zur Finanzierung des Staatshaushalts herangezogen wird.

Darüber hinaus wurden im GJ 2016 am Joint Vienna Institute in Wien, an der Joint Partnership for Africa in Pretoria und am IMF-Middle East Center for Economics and Finance in Kuwait regionale Seminare zum Thema Sicherung abgehalten. Die Seminare stellten international führende Praktiken im Bereich der Sicherung vor und boten Zentralbankern ein Forum zum Erfahrungsaustausch.

Bei ihrer Erörterung des Berichts begrüßten die Exekutivdirektoren die erste Bewertung der Selbstbeurteilung beim IWF und waren einhelliger Meinung über die Bedeutung eines klar definierten Ansatzes zur Selbstbeurteilung und die Notwendigkeit, die Lehren aus der Selbstbeurteilung besser zu verbreiten.

DATEN DES IWF HINTER DEN KULISSEN

Im März 2016 veröffentlichte das IEO seinen Bericht „Behind the Scenes with Data at the IMF: An IEO Assessment“ (Daten des IWF hinter den Kulissen: Eine IEO-Bewertung). Der Bericht untersuchte, ob die Richtlinien und Praktiken des IWF zu Daten und Statistik angemessen sind, damit der IWF sein Mandat in einer sich rasch fortentwickelnden Weltwirtschaft erfüllen kann.

Der Bewertung zufolge ist die Bereitstellung von Daten aus den Mitgliedsländern im Lauf der Zeit deutlich besser geworden, sodass die Institution größtenteils mit der wachsenden Komplexität und Vernetzung der Weltwirtschaft Schritt halten kann. Allerdings beeinträchtigen laut Bewertung – und anderen Berichten zuvor – Datenlücken das strategische Vorgehen des Fonds immer noch. Insbesondere war der IWF aufgrund von Problemen mit Daten und Datenpraktiken nicht vollständig für seine entscheidende Rolle gerüstet, die makrofinanzielle Stabilität weltweit sichern zu helfen.

In Krisenfolgezeiten waren Daten oft an vorderste Stelle gerückt, was zu wichtigen Veränderungen im Datenansatz des Fonds führte. Wenn die Krisen dann aber wieder nachlassen, treten die Datenfragen in der Regel wieder in den Hintergrund und werden lediglich als stützende Maßnahmen für die strategische Arbeit des Fonds betrachtet. Die Ursachen einiger Datenlücken sind außerhalb des IWF zu suchen, doch behindern interne institutionelle Zwänge, Strukturen im Datenmanagement, Anreizsysteme und Qualitätskontrollmechanismen den wirksamen Fluss und Gebrauch der Daten. Es wurden einige Maßnahmen angestoßen, darunter eine neue Governancestruktur zum Datenmanagement und Initiativen zur Schließung von Datenlücken, die durch die weltweite Finanzkrise zutage getreten waren; diese Bemühungen reichen aber nicht aus für eine klare, umfassende Strategie, die Daten als strategischen Vermögenswert der Institution und nicht nur als Beitrag zu anderen Arbeiten anerkennt.

Das Exekutivdirektorium begrüßte den Bericht bei seiner Besprechung. Die Direktoren schlossen sich im Allgemeinen den wichtigsten Schlussfolgerungen des Berichts an und befürworteten die Empfehlung an den IWF, eine langfristige Daten- und Statistikstrategie auszuarbeiten, die ein gemeinsames institutionelles Ziel darstellt und Daten als strategischen Vermögenswert anerkennt. Sie unterstützten auch die Aufforderung des IEO an den IWF, seinen Datenbedarf zu definieren und zu priorisieren, die Rolle und den Auftrag der Abteilung Statistik zu klären, die Anreize für den Stab im Zusammenhang mit Datenmanagement neu zu überprüfen und klarzustellen, bis zu

welchem Grad die Institution Verantwortung für die Qualität der Daten übernimmt, die sie veröffentlicht.

Das Arbeitsprogramm des IEO

Neben den beiden oben genannten Berichten setzte das IEO im GJ 2016 seine Arbeit zur Bewertung des IWF und der Krise im Euroraum fort. Die Evaluierung konzentriert sich auf die Rolle des IWF während der Banken- und Staatsschuldenkrise in Griechenland, Irland und Portugal sowie auf die Überwachungsarbeit und technische Hilfe des IWF für diese und andere Länder und Institutionen im Euroraum. Der Bericht des IEO soll vor der Jahrestagung 2016 veröffentlicht werden.

Das IEO begann zudem mit einer neuen Beurteilung der IWF-Arbeit zu sozialer Sicherheit; ein Entwurfspapier hierzu wurde von den Exekutivdirektoren auf einem informellen Seminar im März 2016 erörtert. Im GJ 2017 beabsichtigt das IEO, die Beurteilung der IWF-Arbeit zu fragilen Staaten aufzunehmen. Abgeschlossene Evaluierungen, Themenpapiere, Jahresberichte des IEO und andere Unterlagen finden sich auf der Website des IEO unter www.ieo-imf.org.

Umsetzung der vom Direktorium befürworteten Empfehlungen

Management-Implementation-Pläne für zwei IEO-Evaluierungen – „Prognosen des IWF“ sowie „Wiederkehrende Fragestellungen aus zehn Jahren Evaluierung“ – wurden im September 2015 vom Exekutivdirektorium gebilligt. Der Siebte Periodische Überwachungsbericht wurde, wie bereits erwähnt, vom Direktorium im September gebilligt. Im Oktober 2015 beschlossen die Exekutivdirektoren nach Rücksprache mit Geschäftsführung und Stab, dass die Management-Implementation-Pläne dem Direktorium innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss einer IEO-Evaluierung vorzulegen sind, was auch einer Empfehlung der Externen Evaluierung des IEO von 2013 entspricht.

Im Dezember 2015 billigte das Direktorium den Plan der Geschäftsführung, der IEO-Evaluierung zur „IMF Response to the Financial and Economic Crisis“ (Reaktion des IWF auf die Finanz- und Wirtschaftskrise) Folge zu leisten. Es soll sichergestellt werden, dass der IWF als quotenbasierte Institution ausreichende Mittel zur Verfügung hat, um zur Beilegung von künftigen Krisen beitragen zu können; dies soll durch die Ausarbeitung von Leitlinien zum Aufbau von Beziehungen zu anderen Organisationen und durch die Konsolidierung und Vereinfachung des derzeitigen Regelwerks zur Erkennung und Bewertung von Risiken und Anfälligkeiten geschehen. Im März 2016 erörterte der Bewertungsausschuss des Direktoriums den Management-Implementation-Plan zur IEO-Evaluierung „Self-Evaluation at the IMF“ (Selbstbeurteilung beim IWF). Implementierungspläne und Überwachungsberichte können auf den Websites von IWF und IEO eingesehen werden.

Mit seiner Öffentlichkeitsarbeit verfolgt der IWF zweierlei Ziele: erstens, externen Stimmen Gehör zu schenken, um ihre Bedenken und Sichtweisen besser zu verstehen und dadurch die Relevanz und Qualität der wirtschaftspolitischen Beratung durch den IWF zu verbessern; zweitens, der Außenwelt zu einem tieferen Verständnis der Ziele und der Arbeit des IWF zu verhelfen. Die Abteilung Communications des IWF trägt die Hauptverantwortung für die Öffentlichkeitsarbeit des IWF und seine Beziehungen zu externen Stakeholdern.

Die Kommunikationsstrategie hat sich im Lauf der Jahre weiterentwickelt. In den letzten zehn Jahren wandelte sich der Ansatz des Fonds von mehr Transparenz zu proaktiveren Beziehungen zu den Medien und anderen beteiligten Gruppen – um die Richtlinien und Arbeitsweise des IWF zu erläutern, um dem IWF die Teilnahme und Mitwirkung am intellektuellen Diskurs zu wichtigen Wirtschaftsfragen zu ermöglichen und um zwischen IWF und seinen Mitgliedern weltweit das Lernen voneinander und den Dialog miteinander zu fördern.

Wie die meisten modernen Organisationen nutzt der IWF die Kommunikation als strategisches Mittel, um seine Wirksamkeit zu stärken. Strategische Zusammenarbeit durch neue Technologien wie soziale Medien, Videos, Blogs und Podcasts nimmt in der Kommunikationsarbeit des IWF einen immer größeren Anteil ein. Gleichzeitig wendet sich der Fonds in der sich rasch ändernden Welt von heute an neue Einflussnehmer, wie Organisationen der Zivilgesellschaft und Netzwerke im Privatsektor.

Der IWF steht in Kontakt zu **Parlamentariern** – einer Gruppe, die im wirtschaftlichen Entscheidungsfindungsprozess ihrer Länder eine wichtige Rolle spielt. Dies geschieht hauptsächlich über das „Parliamentary Network of the World Bank and the International Monetary Fund“, aber auch durch gezielte Arbeit in den Ländern und Regionen zu Themen wie Rohstoffwirtschaft, Strukturreformen und Wohlstandsgefälle. Im vergangenen Jahr richtete der IWF seine Länder-Informationsarbeit verstärkt an den Kongress der USA, um seine Arbeit und die Notwendigkeit der Quoten- und Governancereformen von 2010 zu erläutern, die im Januar 2016 in Kraft traten.

Der IWF organisierte auch ein Sonderseminar für Parlamentarier aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa am Joint Vienna Institute. Das Seminar wurde in mehreren Sprachen – darunter Rumänisch, Russisch und Serbisch – angeboten und enthielt Vorträge zu vorrangigen Wirtschaftsfragen in der Region und zur Arbeit des IWF. Während der Frühjahrstagung des IWF kamen rund 250 Abgeordnete aus den Parlamenten von mehr als 80 Ländern zur diesjährigen Parliamentary Network Global Conference zusammen. Besprochen wurden so drängende Themen wie Klimawandel, die Migrationskrise, Steuerflucht und Steuerparadiese sowie Kapazitätsentwicklung. Einige Parla-

mentarier führten auch bilaterale Gespräche mit den IWF- und Weltbank-Vertretern ihrer Länder und Regionen.

Das **Civil Society** Fellowship Programm des IWF ist nun in seinem neunten Jahr und sponsert die Teilnahme von rund 60 stark engagierten Organisationen der Zivilgesellschaft (CSOs) aus Entwicklungsländern an der Frühjahrs- und Jahrestagung. Insgesamt nahmen ungefähr 1.000 CSO-Vertreter an den Tagungen teil. Am Rande der Tagungen organisierten IWF, Weltbank und CSOs auf dem CSO Policy Forum etwa 100 Sitzungen zu einer breiten Palette an Themen wie Schuldentragfähigkeit, Wohlstandsgefälle, Klimawandel, Konditionalität, verantwortungsvolle Besteuerung und Geschlechterfragen. Der IWF arbeitete darüber hinaus an der verstärkten Einbindung von CSOs in das Seminarprogramm. Dieses Jahr nahm zum Beispiel die Exekutivdirektorin von Oxfam International Winnie Byanyima gemeinsam mit der Geschäftsführenden Direktorin des IWF Christine Lagarde an einem Gremium zu internationaler Besteuerung teil.

Über die Frühjahrs- und Jahrestagungen hinaus steht der IWF im Dialog mit CSOs anlässlich Besprechungen und Beratungen am Hauptsitz zu bestimmten Themen (Entwicklungsfinanzierung, Quotenreformen, Wohlstandsgefälle, Geschlechterfragen, Verschuldung), zahlreicher Gespräche mit den CSOs in den Ländern im Rahmen der Stabsmissionen (Ghana, Tunesien, Ukraine), regionaler Veranstaltungen (Konferenzen in Mosambik und Indien) sowie Länderbesuchen durch die Geschäftsführung des IWF.

Der IWF intensivierte seinen Dialog mit der **Jugend** – der nächsten Generation von Politikern und Staats- und Regierungschefs – im Rahmen der Jahrestagung, bei der es für Studenten Einführungsseminare zum IWF gab, durch Besuche der IWF-Geschäftsführung an Universitäten und Jugendveranstaltungen mit leitenden Mitarbeitern. Dieses Jahr sprach die Geschäftsführende Direktorin zum Beispiel mit 200 Studenten, Jungunternehmern und Führern von Jugendorganisationen an der Zayed University in Dubai über die wirtschaftlichen Herausforderungen für die Jugend von heute und insbesondere über die Probleme der Jugendlichen im Nahen Osten.

Angesichts der massiven Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise auf die Beschäftigung setzte der IWF seinen Dialog mit **Arbeitsorganisationen** auf mehreren Ebenen fort. Der Währungsfonds veranstaltete am Hauptsitz das alle zwei Jahre stattfindende hochkarätige Treffen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund und führte formelle und informelle Gespräche mit Arbeitsorganisationen zu Beschäftigung und Wachstum, Wohlstandsgefälle und Tariffragen.

Regionalbüro für Asien und den Pazifikraum

Als Fenster des IWF in die Region Asien und Pazifik, deren Bedeutung in der Weltwirtschaft weiterhin zunimmt, überwacht das Regionalbüro für Asien und den Pazifikraum (Regional

Office for Asia and the Pacific, OAP) Wirtschafts- und Finanzentwicklungen, um der IWF-Überwachung eine stärker regional geprägte Perspektive zu verleihen. Es sieht seine Aufgabe darin, die Region mit der Rolle des IWF und seinen Grundsätzen vertraut zu machen sowie den Fonds über regionale Perspektiven zu wichtigen Fragen zu unterrichten. In dieser Kapazität wirkt das OAP an der bilateralen Überwachung mit (aktuell zu Japan, Nepal und Thailand) und hat seine Mitwirkung an der regionalen Überwachung intensiviert. Der Stab des OAP ist aktiv in die Foren Asiens involviert, wie die Association of Southeast Asian Nations plus China, Japan, and Korea (ASEAN+3), Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) und das Executives' Meeting of East Asia Pacific Central Banks (EMEAP).

Mit dem Japan-IMF Scholarship Program for Asia, dem Japan-IMF Macroeconomic Seminar for Asia und anderen Seminaren zu Finanz- und makroökonomischen Themen trägt das OAP zur Kapazitätsentwicklung in der Region bei. Höhepunkte im Berichtsjahr waren das Seminar über Finanzsektorstabilität im Oktober 2015, das gemeinsam von der Staatsbank Vietnams und der IWF-Abteilung Geld- und Kapitalmärkte veranstaltet wurde, sowie ein Seminar über integrierte makroökonomische Statistiken und den Bilanzansatz, das im Januar 2016 von der Nationalbank Kambodschas und der Abteilung Statistik des IWF organisiert wurde.

Des Weiteren leistet das OAP Informationsarbeit und betreibt Recruiting in Japan wie auch in der übrigen Region und trägt durch die Organisation von Konferenzen und Veranstaltungen zu aktuellen Politikfragen im Brennpunkt der IWF-Arbeit zum Dialog mit den politischen Entscheidungsträgern Asiens bei. Eine hochrangige Konferenz, gemeinsam mit der Börse von Bangkok im November 2015 veranstaltet, widmete sich dem Aufstreben begriffenen Kapitalmärkten in der Mekong-Region, und eine gemeinsam mit der Universität Hitotsubashi in Tokio durchgeführte Konferenz erörterte im März 2016 Fortschritte und künftige Herausforderungen bei der wirtschaftlichen Integration Asiens, auch in den Bereichen Handel, Finanz- und Arbeitsmärkte.

Regionalbüro in Paris und Brüssel

Das Europabüro des IWF (IMF Europe Office) in Paris und Brüssel dient als Verbindungsglied zu den Institutionen der Europäischen Union (EU) und ihren Mitgliedsländern sowie zu internationalen Organisationen und zur Zivilgesellschaft in Europa. Institutionen wie die Europäische Kommission, die EZB, der Europäische Stabilitätsmechanismus und das Europaparlament sowie der Wirtschafts- und Finanzausschuss und die Eurogroup Working Group erörtern gemeinsam mit dem Europabüro politische Fragen über den Euroraum und die EU sowie die gemeinsamen Länderprogramme von EU und IWF. Das Büro vertritt zudem den IWF bei der OECD.

Es unterstützt auch die Tätigkeit des IWF in Europa, etwa bei wirtschaftlicher Überwachung, IWF-gestützten Programmen und technischer Hilfe, und hilft bei der Koordination der Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit in der Region. Im Allgemeinen fördert es den Dialog über globale Wirtschaftsfragen mit Institutionen der EU, internationalen Organisationen und Regierungen und der Zivilgesellschaft in Europa. Es kommt häufig mit Vertretern von Industrieverbänden, Gewerkschaften, Denkfabriken, der Finanzmärkte und Medien zusammen.

Das Büro organisiert mehrere gemeinsame Workshops und Veranstaltungen; es gab beispielsweise einen Workshop mit dem Centre for European Policy Studies zur Wirksamkeit von Strukturreformen und eine Konferenz mit der IWF-Abteilung Fiskalpolitik zur Governance öffentlicher Haushalte. Das Büro lädt zweimal jährlich zu hochkarätig besetzten Arbeitssessen in Paris, Brüssel, London und Berlin ein, um die Ansichten des Fonds zu den größten Herausforderungen für die europäische Wirtschaft zu erörtern. Stabsmitarbeiter hielten Vorträge auf internationalen Konferenzen in Belgien, Deutschland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Spanien und im Vereinigten Königreich.

Im Rahmen seiner Aufgabe, die Kapazitätsentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit des IWF zu unterstützen, war das Büro Mitorganisator eines Workshops für Parlamentarier aus verschiedenen EU-Ländern am Joint Vienna Institute, und Stabsmitarbeiter hielten auf anderen Veranstaltungen des Instituts Vorträge. Die Öffentlichkeitsarbeit des Büros umfasst einen Newsletter nach außen mit regelmäßigen Meldungen zu IWF-Veranstaltungen sowie Publikationen für wichtige europäische Stakeholder und einen aktiven Feed auf Twitter. Schließlich unterstützt das Büro auch die Anwerbung potenzieller Mitarbeiter, indem es an Universitäten in verschiedenen europäischen Ländern Bewerbungsgespräche mit Kandidaten führt.

Öffentlichkeitsarbeit durch Vertreter vor Ort

Der IWF hat in 85 Ländern in aller Welt sogenannte Resident Representatives (Vertreter vor Ort), die umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit leisten. Ziel ist es, oftmals in Zusammenarbeit mit den ansässigen Universitäten, Regierungsbehörden und Organisationen der Zivilgesellschaft, das Verständnis über die Arbeit des IWF und makroökonomische Fragestellungen zu vertiefen.

In Jamaika leistete zum Beispiel der Resident Representative Bert van Selm im Berichtsjahr umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit mit mehreren Rundfunk- und Fernsehinterviews und öffentlichen Vorträgen, Meinungsbeiträgen in Zeitungen und der Veranstaltung eines vierteljährlichen Öffentlichkeitsseminars in Zusammenarbeit mit der University of the West Indies, um das umfassende, vom IWF gestützte Wirtschaftsreformprogramm aufrechtzuerhalten und Unterstützung dafür zu gewinnen. An den Veranstaltungen nahmen wesentliche Meinungsmacher

Kasten 3.4: Im Dialog mit den Gewerkschaften in Guinea

Nach dem Generalstreik im Februar 2016 kam der Resident Representative des IWF in Guinea José Sulemane mit den Organisationen der Zivilgesellschaft und Gewerkschaften zusammen, die zum Streik aufgerufen hatten, um ihre Forderungen nach einer Senkung der Benzinpreise zu erörtern. Er stellte die Struktur der Kraftstoffpreise in Guinea dar, informierte über Benzinpreise in Nachbarländern und erklärte die wirtschaftlichen Folgen einer Senkung der Benzinpreise.

Im April organisierte er einen halbtägigen Workshop mit Organisationen der Zivilgesellschaft und Gewerkschaften, auf dem er die Rolle des IWF in Guinea erläuterte. Er beschrieb

in groben Zügen den Haushalt des Landes für 2016 und die Bedeutung der staatlichen Bemühungen zur Mobilisierung von Einkünften und forderte die Teilnehmer auf, die in seinem Büro verfügbaren Informationen zu nutzen, um sich mit volkswirtschaftlichen Fragestellungen auseinanderzusetzen und ihren Dialog mit der Regierung vertiefen zu können.

Die Reaktionen auf diese Initiativen fielen sehr positiv aus: Die Organisationen der Zivilgesellschaft und Gewerkschaftsführer begrüßten die Artikel-IV-Mission des IWF 2016; sie luden Sulemane zu ihrem Seminar Mitte Mai 2016 ein und baten um Ausbildung in Wirtschaftspolitik.

der Medien, Zivilgesellschaft, akademischen Forschung und des Privatsektors teil.

In Simbabwe wohnte der Resident Representative des IWF Christian Beddies im September 2015 gemeinsam mit Vertretern von Botschaften, internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen der Einweihung von The Space bei; dabei handelt es sich um eine Plattform, über die rund 2.000 junge Simbawwer die gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen des Landes erörtern und Strategien für inklusives Wachstum ausarbeiten. Danach leistete das IWF-Büro einen Beitrag zu einer unentgeltlichen Vortragsreihe über Basisökonomie und Entwicklungsökonomie. Ferner plant es die Teilnahme an einem von The Space organisierten Programm mit Podiumsdiskussionen, Vorträgen zu volkswirtschaftlichen Themen und möglicherweise kurzen Praktika.

Im Berichtsjahr überarbeitete der Fonds die Websites aller 123 Resident Representatives; das verbesserte Erscheinungsbild und ihre Stimmigkeit sollen die lokale und regionale Kommunikation stärken.

In Armenien veranstaltete die Resident Representative Teresa Daban Sanchez in Zusammenarbeit mit der Leadership School Foundation, einer führenden akademischen Organisation, Vorträge und Workshops zu Themen wie dem globalen Wirtschaftsausblick, Perspektiven zur armenischen Volkswirtschaft, der Einbindung von Frauen in den Arbeitsmarkt, Geschlechterfragen und Tarifpolitik. Im Juni 2015 hielt denn auch Masood Ahmed, IWF-Direktor der Abteilung Naher Osten und Zentralasien, einen Vortrag an der Institution über „Politische Herausforderungen und Chancen für Armenien im Kontext regionaler und globaler Wirtschaftsschocks“, der sehr gut besucht war und in einen lebhaften Meinungsaustausch mit den Studenten mündete.

Der Resident Representative des IWF in Georgien Azim Sadikov engagiert sich für die Einbindung der künftigen Elite des Landes und lud zu Vorträgen und Diskussionsrunden mit Studenten der

Staatlichen Universität von Tiflis, der Universität St. Andreas und der Akademie für politische Wissenschaften ein. Die Themen reichten von wirtschaftlichen Herausforderungen für Georgien und die Region über die Kräfte, die die Weltwirtschaft formen, bis hin zur Rolle des IWF.

In Kuala Lumpur veranstaltete der IWF im November 2015 einen zweitägigen Workshop zur laufenden Wirtschafts- und Finanzintegration in der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN). Gastgeber der Fortbildung waren das Finanzministerium Malaysias und das Institut für Wirtschaftsforschung Malaysias; es nahmen 25 Fachleute von Denkfabriken und Universitäten aus neun ASEAN-Ländern sowie Vertreter vom ASEAN Secretariat, der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank daran teil. Die Veranstaltung fand zu einem entscheidenden Zeitpunkt statt – die Einführung der Wirtschaftsgemeinschaft ASEAN während des Gipfels der Staats- und Regierungschefs der ASEAN-Länder – und stärkte die Öffentlichkeitsarbeit des Fonds für eine wichtige Gruppe von Impulsgebern in den ASEAN-Ländern, einer großen, dynamischen und strategisch wichtigen Region mit 630 Millionen Einwohnern und einem BIP von 2,6 Billionen US\$.

Kosovo unterhält eine Stand-By-Vereinbarung mit dem IWF, die die Behörden bei ihrer Arbeit zur Wahrung der makrofinanziellen Stabilität und Verbesserung der Wachstumsaussichten in Kosovo unterstützt. Der in Pristina ansässige Resident Representative des IWF Ruud Vermeulen hält Gastvorträge an Universitäten und bei verschiedenen Veranstaltungen und steht mit Fernseh- und Rundfunkinterviews, Pressekonferenzen sowie Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln im Dialog mit den Medien. Diese Maßnahmen erreichen ein breites Publikum und informieren die Öffentlichkeit über die Notwendigkeit wichtiger Reformen. Die positive Rückmeldung legt nahe, dass diese Form der Öffentlichkeitsarbeit auch ein besseres Verständnis über die Fondsarbeit im Allgemeinen und die Arbeit des IWF in Kosovo im Besonderen erzeugt.

Quotenreform des IWF

Wie im „Schlaglicht“ über die Quotenreform beschrieben, traten im Januar 2016 für den IWF weitreichende Quoten- und Governance-Reformen in Kraft – ein entscheidender Schritt, der die Rolle des Fonds bei der Unterstützung der weltweiten Finanzstabilität stärkte. Die Reformen führten zu einer beträchtlichen Erhöhung der Kernmittel des IWF und ermöglichten es der Institution, effektiver auf Krisen zu reagieren; darüber hinaus verbesserten sie die Governance des IWF, weil die zunehmende Rolle dynamischer Schwellenmärkte und Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft besser abgebildet wird. Die Ausführung der Reformen, die vom Gouverneursrat ursprünglich 2010 gebilligt worden waren, führte zu einem repräsentativeren, modernen IWF, der nun besser gerüstet ist, um die Bedürfnisse seiner Mitgliedsländer im 21. Jahrhundert zu erfüllen. Die Reformen bauen auf einem früheren Satz institutioneller Veränderungen auf, die vom Gouverneursrat 2008 verabschiedet worden waren.

Mit Stand vom 30. April 2016 hatten 177 Mitglieder, die 99,3 Prozent der gesamten Quoten auf sich vereinen, ihre Zustimmung zur Quotenerhöhung erteilt und 167 Mitglieder ihre Quotenerhöhung vollständig eingezahlt. Mit diesen Zahlungen erreichten die Quoten im IWF einen Gesamtwert von 471,6 Mrd. SZR.

Nauru wird 189. Mitgliedsland des IWF

Die Republik Nauru wurde im April 2016 im Rahmen einer Feierstunde in Washington, DC das 189. Mitglied des IWF.

Nauru wird nach Tuvalu gemessen an seiner Quotenzeichnung von 2 Mio. SZR (2,81 Mio. US\$) das zweitkleinste Mitgliedsland sein. Das wird nach der Zahlung seiner Quotenerhöhung unter der Vierzehnten Allgemeinen Überprüfung der Fall sein, wenn die Quote des Landes auf 2,8 Mio. SZR steigt. Nauru liegt im Pazifik und zählt etwa 10.500 Einwohner auf einer Landfläche von knapp 21 Quadratkilometern. Seine Einwohnerzahl und Fläche machen Nauru nach dem Vatikanstaat zum zweitkleinsten souveränen Staat der Welt.

Wirtschaftsfaktoren von Nauru sind der Abbau von Phosphat, das Regionale Abwicklungszentrum (RPC) für Asylbewerber in Australien sowie Einkünfte aus Fischereilizenzen. In den letzten Jahren verzeichnete das Land starkes Wachstum, hauptsächlich durch den Betrieb des RPC und Phosphatexporte, das 2015 jedoch nachließ.

Durch die Mitgliedschaft können der IWF und andere Entwicklungspartner – das Land trat auch der Weltbank bei – den Behörden bei der Umsetzung von Wirtschaftsreformen und Entwicklungsaufgaben helfen. Das Land wird an der jährlichen Überprüfung seiner Wirtschaft durch den IWF teilnehmen und von der länderübergreifenden Analyse sowie vom Zugang zu Mitteln des IWF profitieren. Nauru erhält technische Hilfe vom Pacific Financial Technical Assistance Center des Fonds in Fidschi.

Transparenz in der Wirtschaftspolitik und die Verfügbarkeit verlässlicher Daten zu Wirtschafts- und Finanzentwicklungen sind unabdingbar für solide Entscheidungsfindung und das reibungslose Funktionieren einer Volkswirtschaft. Der IWF pflegt Richtlinien, die dafür sorgen, dass bedeutende und zutreffende Informationen – über seine eigene Rolle in der Weltwirtschaft und die Volkswirtschaften seiner Mitgliedsländer – in Echtzeit an sein globales Publikum geliefert werden.

Transparenz trägt dazu bei, dass Volkswirtschaften besser funktionieren und weniger anfällig gegenüber Krisen sind. **Mehr Offenheit aufseiten der Mitgliedsländer** fördert eine allgemeinere öffentliche Diskussion und Prüfung von politischen Maßnahmen, erhöht die Rechenschaftspflicht der politischen Entscheidungsträger und die Glaubwürdigkeit der Politiken und fördert effiziente und geregelte Abläufe auf den Finanzmärkten. **Mehr Offenheit und Klarheit aufseiten des IWF** über seine eigene Politik und die Beratung, die er für seine Mitgliedsländer leistet, führen zu einem besseren Verständnis der Rolle und Arbeitsweise des IWF und stärken so die Zugkraft der politischen Beratung des Fonds und machen es leichter, die Institution zur Rechenschaft zu ziehen. Untersuchungen von außen dienen darüber hinaus der Qualität der Überwachung und IWF-gestützten Programme.

Der Transparenzansatz des IWF basiert auf dem allgemeinen Grundsatz, dass er nach Möglichkeit Dokumente und Informationen zeitnah zur Verfügung stellt, es sei denn, überzeugende und spezielle Gründe sprechen gegen eine derartige Offenlegung. Der Grundsatz respektiert die Freiwilligkeit der Veröffentlichung von Dokumenten über die Mitgliedsländer.

Die Veröffentlichung von Länderdokumenten, die für die Erörterung durch das IWF-Exekutivdirektorium („Direktoriumsdokumente“) erstellt werden, ist in der Regel **„freiwillig, aber vorausgesetzt“**, d. h. dass die Veröffentlichung dieser Dokumente zwar freiwillig erfolgt, grundsätzlich aber erwünscht ist. Legt ein Mitglied keinen Einspruch gegen die Veröffentlichung eines Direktoriumsdokuments ein, wird dies normalerweise als Zustimmung gewertet. Die Veröffentlichung von Politikpapieren gilt vorbehaltlich der Zustimmung durch das Direktorium als vorausgesetzt, während die Veröffentlichung von Mehrländerdokumenten je nach Dokument entweder die Zustimmung des Direktoriums oder der betroffenen Mitglieder benötigt.

Die Bestrebungen des IWF, seine Tätigkeit zu erläutern und die Öffentlichkeit stärker einzubinden, laufen auf vier breit gefassten Bahnen: 1) Transparenz der Überwachung und IWF-gestützten Programme, 2) Transparenz seiner Finanzgeschäfte, 3) externe und interne Revision und Beurteilung sowie 4) Kommunikation nach außen. Die Transparenzpolitik des IWF wird alle fünf Jahre überprüft; die letzte Überprüfung fand 2013 statt; siehe auch die obigen Abschnitte zu „Rechenschaftspflicht“ sowie „Öffentlichkeitsarbeit und Einbindung externer Stakeholder“.

IWF-Exekutivdirektoren

Stand 30. April 2016



Hintere Reihe (von links nach rechts): Fernando Jiménez Latorre, Carlo Cottarelli, Ibrahim Halil Çanakci, James Haley (ab 3. Juni 2016), Daniel Heller, Subir Gokarn, Steffen Meyer

Mittlere Reihe: Menno Snel, Fahad Alshathri, Hazem Beblawi, Jafar Mojarrad, Nguéto Tiraina Yambaye, Sunil Sabharwal, Thomas Ostros, Marzunisham Omar

Vordere Reihe: Otaviano Canuto, JIN Zhongxia, Masaaki Kaizuka (ab 13. Juni 2016), Chileshe M. Kapwepwe, Aleksei V. Mozhin, Barry Sterland, Héctor Torres, Stephen Field, Hervé de Villeroché

(Aufstellung der Stimmrechtsgruppen auf Seite 104.)



Geschäftsführungsteam



(Von links nach rechts):

Carla Grasso, Stellvertretende Geschäftsführende Direktorin
und Chief Administrative Officer

Christine Lagarde, Geschäftsführende Direktorin

Mitsuhiro Furusawa, Stellvertretender
Geschäftsführender Direktor

David Lipton, Erster Stellvertretender Geschäftsführender Direktor

Min Zhu, Stellvertretender Geschäftsführender Direktor
(Tao Zhang übernahm mit Wirkung zum 22. August 2016 den Posten am
Ende der Amtszeit von Min Zhu)



Exekutivdirektoren und ihre Stellvertreter Stand 30. April 2016

Unbesetzt <i>Sunil Sabharwal</i>	Vereinigte Staaten
Mikio Kajikawa <i>Tetsuya Hiroshima</i>	Japan
JIN Zhongxia <i>SUN Ping</i>	China
Menno Snel <i>Willy Kiekens</i> <i>Oleksandr Petryk</i>	Armenien, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Georgien, Israel, Kroatien, Luxemburg, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Niederlande, Rumänien, Ukraine, Zypern
Steffen Meyer <i>Klaus Merk</i>	Deutschland
Fernando Jiménez Latorre <i>María Angélica Arbeláez</i> <i>Carlos Hurtado López</i>	Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Mexiko, Spanien, Bolivarische Republik Venezuela
Marzunisham Omar <i>Pornvipa</i> <i>Tangcharoenmonkong</i>	Brunei Darussalam, Republik Fidschi, Indonesien, Kambodscha, Demokratische Volksrepublik Laos, Malaysia, Myanmar, Nepal, Philippinen, Singapur, Thailand, Tonga, Vietnam
Carlo Cottarelli <i>Michalis Psalidopoulos</i>	Albanien, Griechenland, Italien, Malta, Portugal, San Marino
Hervé de Villeroché <i>Schwan Badirou-Gafari</i>	Frankreich
Stephen Field <i>Vicky White</i>	Vereinigtes Königreich
Barry Sterland <i>Kwang Choi</i> <i>Vicki Plater</i>	Australien, Kiribati, Republik Korea, Marshallinseln, Mikronesien, Mongolei, Neuseeland, Palau, Papua-Neuguinea, Salomonen, Samoa, Seychellen, Tuvalu, Usbekistan, Vanuatu
Serge Dupont <i>Michael McGrath</i>	Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Grenada, Irland, Jamaika, Kanada, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen
Thomas Ostros <i>Kimmo Virolainen</i>	Dänemark, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Schweden

Ibrahim Halil Çanakci <i>Christian Just</i> <i>Szilárd Benk</i>	Belarus, Kosovo, Österreich, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn
Subir Gokarn <i>Rupasinghe Gunaratne</i>	Bangladesch, Bhutan, Indien, Sri Lanka
Otaviano Canuto <i>Matheus Cavalleri</i> <i>Jose Fachada</i>	Brasilien, Dominikanische Republik, Ecuador, Guyana, Haiti, Kap Verde, Nicaragua, Panama, Suriname, Timor-Leste, Trinidad und Tobago
Chileshe M. Kapwepwe <i>Maxwell Mkwezalamba</i> <i>Fundi Tshazibana</i>	Angola, Äthiopien, Botswana, Burundi, Eritrea, Gambia, Kenia, Lesotho, Liberia, Malawi, Mosambik, Namibia, Nigeria, Sambia, Sierra Leone, Simbabwe, Somalia, Südafrika, Sudan, Republik Südsudan, Swasiland, Tansania, Uganda
Daniel Heller <i>Ludwik Kotecki</i>	Aserbaidshan, Kasachstan, Kirgisische Republik, Polen, Schweiz, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan
Aleksei V. Mozhin <i>Lev Palei</i>	Russische Föderation
Hazem Beblawi <i>Sami Geadah</i>	Ägypten, Bahrain, Irak, Republik Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Malediven, Oman, Arabische Republik Syrien, Vereinigte Arabische Emirate
Jafar Mojarrad <i>Mohammed Daïri</i>	Islamische Republik Afghanistan, Algerien, Ghana, Islamische Republik Iran, Marokko, Pakistan, Tunesien
Fahad Alshathri <i>Hesham Alogeel</i>	Saudi-Arabien
Nguéto Tiraina Yambaye <i>Mamadou Woury Diallo</i> <i>Mohamed Lemine Raghani</i>	Äquatorialguinea, Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Dschibuti, Gabun, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Komoren, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Mauritius, Niger, Ruanda, São Tomé und Príncipe, Senegal, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik
Héctor Torres <i>Oscar Hendrick</i>	Argentinien, Bolivien, Chile, Paraguay, Peru, Uruguay

Leitende Mitarbeiter (Stand 30. April 2016)

REGIONALABTEILUNGEN

Antoinette Monsio Sayeh	Direktorin, Abteilung Afrika
Chang Yong Rhee	Direktor, Abteilung Asien und Pazifikraum
Poul Thomsen	Direktor, Abteilung Europa
Masood Ahmed	Direktor, Abteilung Naher Osten und Zentralasien
Alejandro Werner	Direktor, Abteilung Westliche Hemisphäre

FACHABTEILUNGEN

Gerard T. Rice	Direktor, Abteilung Kommunikation
Andrew J. Tweedie	Direktor, Abteilung Finanzen
Vitor Gaspar	Direktor, Abteilung Fiskalpolitik
Sharmini A. Coorey	Direktorin, Institut für Kapazitätsentwicklung
Sean Hagan	Chiefsyndikus und Direktor, Abteilung Recht
José Viñals	Finanzberater und Direktor, Abteilung Geld- und Kapitalmärkte
Maurice Obstfeld	Volkswirtschaftlicher Berater und Direktor, Abteilung Forschung
Louis Marc Ducharme	Direktor, Abteilung Statistik
Siddharth Tiwari	Direktor, Abteilung Strategie, Grundsatzpolitik und Prüfung

INFORMATION UND LIAISON

Odd Per Brekk	Direktor, Regionalbüro für Asien und den Pazifikraum
Axel Bertuch-Samuels	Sonderbeauftragter bei den Vereinten Nationen
Jeffrey Franks	Direktor, Büros in Europa / leitender Vor-Ort-Vertreter bei der Europäischen Union

UNTERSTÜTZENDE DIENSTLEISTUNGEN

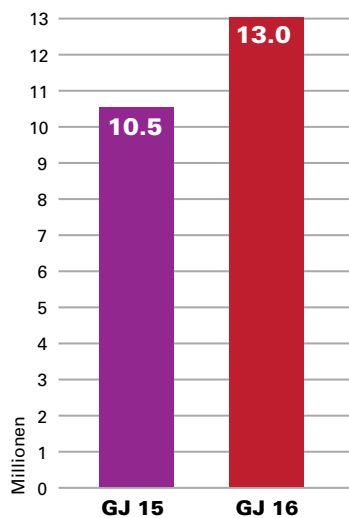
Chris Hemus	Direktor, Abteilung Unternehmensdienstleistungen und Gebäudeeinrichtungen
Mark W. Plant	Direktor, Abteilung Personalwesen
Susan Swart	Chief Information Officer und Direktorin, Abteilung Informationstechnologie
Jianhai Lin	Sekretär des Fonds, Abteilung Sekretariat

BÜROS

Clare Brady	Direktorin, Büro für interne Revision und Inspektion
Daniel A. Citrin	Direktor, Büro für Haushalt und Planung
Kenneth Miranda	Direktor, Büro für Investition
Moisés Schwartz	Direktor, Unabhängiges Evaluierungsbüro

Das digitale GJ 2016 im Überblick

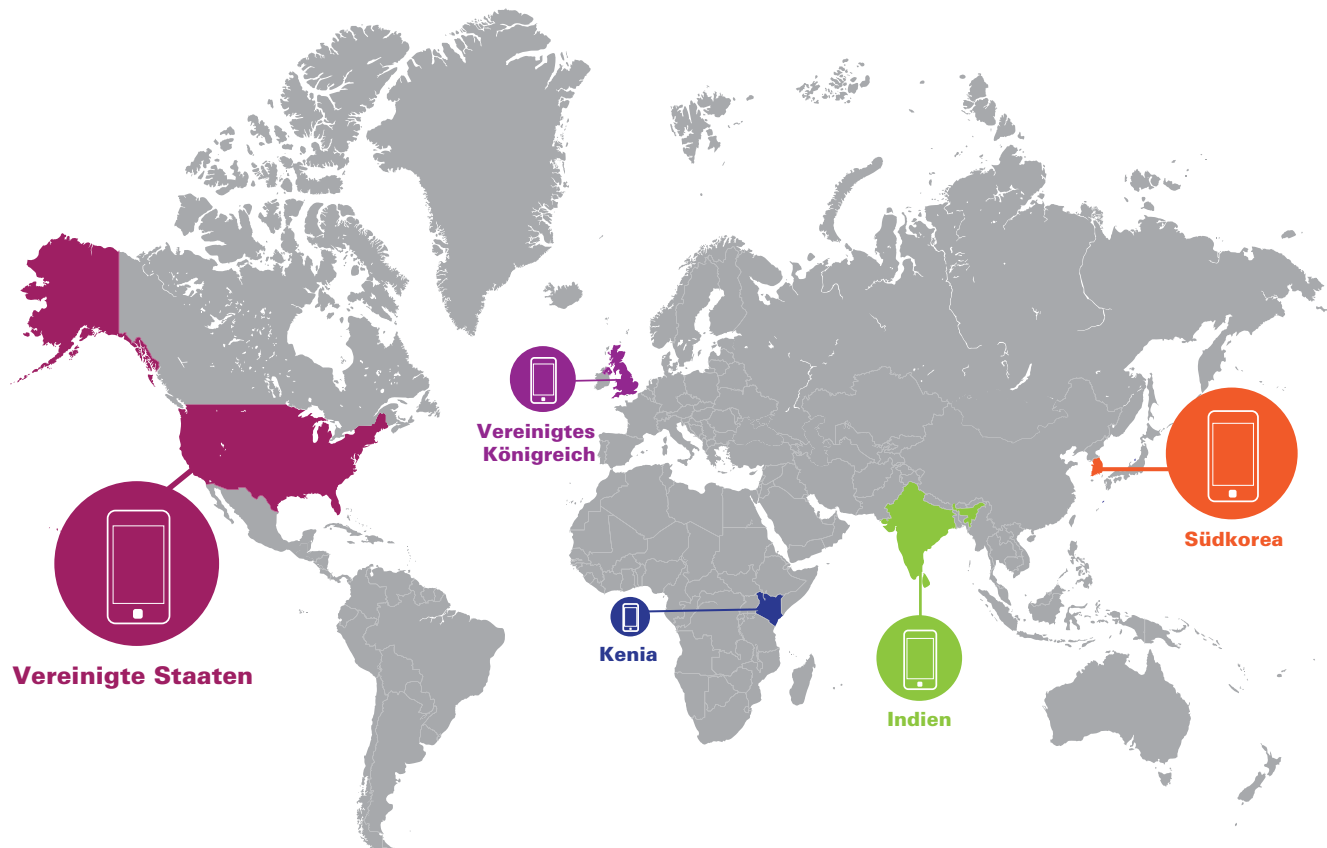
26 % Zuwachs an Einzelbesuchern auf imf.org



Die zehn größten Besucherländer auf den Seiten von imf.org

1. Vereinigte Staaten
2. Vereinigtes Königreich
3. Südkorea
4. Indien
5. Japan
6. Deutschland
7. Frankreich
8. China
9. Kanada
10. Mexiko

Die fünf größten Benutzerländer mobiler Geräte



Teil 4

Blick in die Zukunft

Zu den wichtigsten laufenden Arbeiten im GJ 2017 gehören eine Quotenüberprüfung, Bewertungen des Finanzsektors sowie Arbeiten zu den Themen fiskalisches Risiko, Steuerpolitik, Einkommensgefälle und Ungleichheit der Geschlechter, Klimawandel und Strategien zur Bestechungsbekämpfung.



Quotenüberprüfung

Mit dem Inkrafttreten der letzten Quotenüberprüfung im Januar 2016 widmet sich der IWF nun der Fertigstellung der nächsten Überprüfung, die auch eine neue Quotenformel umfasst.



Arbeit im Bereich der öffentlichen Haushalte

IWF-Papiere erläutern, weshalb Länder ein umfassenderes Verständnis der Bedrohungen für ihre Haushaltsposition brauchen und wissen müssen, wie sich verschiedene steuerpolitische Konzepte auf die makroökonomische Stabilität auswirken.



Klimawandel

Die Arbeit des IWF konzentriert sich auf die fiskalischen, makroökonomischen und finanziellen

Auswirkungen des Klimawandels und auf die Gestaltung der Energiepreise.



Bewertung des Finanzsektors

Die IWF-Teams werden ihre Analyse auf systemische Risiken, Verflechtungen sowie Krisenmanagement- und makroprudenzielle Politiken ausrichten.



Einkommensgefälle und Ungleichheit der Geschlechter

Der IWF analysiert die Verflechtungen zwischen Einkommensgefälle und Wachstum, die Auswirkung der Fiskalpolitik und Ungleichheit der Geschlechter.



Strategien zur Bestechungsbekämpfung

Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und wirksame Institutionen besitzen oberste Priorität.

Blick in die Zukunft

FÜNFZEHNTE ALLGEMEINE QUOTENÜBERPRÜFUNG

Mit dem Inkrafttreten der Vierzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung im Januar 2016 und der Reform des Exekutivdirektoriums lenkt der IWF seine Aufmerksamkeit nun auf die Fertigstellung der nächsten Überprüfung bis Oktober 2017.

Die Arbeit des Exekutivdirektoriums zur Fünfzehnten Überprüfung wurde aufgrund des verzögerten Inkrafttretens der Quoten und Governancereformen aus der Vierzehnten Überprüfung – die sogenannten Reformen von 2010 – verschoben.

Am 1. Februar 2016 verständigte das Exekutivdirektorium den Gouverneursrat, dass die Änderung des IWF-Übereinkommens zur Direktoriumsreform am 26. Januar 2016 in Kraft trat, womit die Quotenerhöhungen unter der Vierzehnten Überprüfung wirksam werden können. Da das Exekutivdirektorium im Zusammenhang mit der Fünfzehnten Überprüfung noch keine Meinung zur Angemessenheit der Quoten gebildet hatte, unterbreitete es den Vorschlag, dass der Gouverneursrat die Fünfzehnte Überprüfung fortführe. Am 19. Februar 2016 verabschiedete der Gouverneursrat eine Resolution, in der er sein Bedauern darüber zum Ausdruck brachte, dass die Fünfzehnte Überprüfung noch nicht abgeschlossen sei; er forderte das Exekutiv-

direktorium auf, gemäß den erfolgten Übereinkünften zügig an der Fünfzehnten Überprüfung zu arbeiten, damit die Überprüfung bis zur Jahrestagung 2017 abgeschlossen werden könne.

Der Internationale Währungs- und Finanzausschuss des IWF (International Monetary and Financial Committee, IMFC) begrüßte am 16. April 2016 „das Inkrafttreten der Quotenerhöhungen“ aus der Vierzehnten Überprüfung



Kasten 4.1: Die Quotenformel

Die aktuelle Quotenformel wurde 2008 vereinbart. Sie enthält vier Variablen (BIP, Offenheit, Veränderlichkeit und Reserven), die als Anteile globaler Gesamtwerte ausgedrückt und insgesamt auf 1,0 gewichtet werden. Die Formel umfasst auch einen Kompressionsfaktor, der die Dispersion in den errechneten Quotenanteilen mit größerem Einfluss auf große Volkswirtschaften als auf kleine reduziert. Die Formel lautet:

$$QQS = (0,5*Y + 0,3*O + 0,15*V + 0,05*R)k$$

wobei:

QQS = berechneter Quotenanteil (calculated quota share)

Y = eine Mischung aus BIP umgerechnet zu Marktwechselkursen und der Kaufkraftparität (KKP) gemittelt über einen Zeitraum von drei Jahren. Die Gewichtungen des marktbasieren und KKP-BIP betragen 0,60 bzw. 0,40

O = der jährliche Durchschnitt der Summe der laufenden Zahlungen und Einkünfte (Güter, Dienstleistungen, Einkommen und Transfers) über einen Zeitraum von fünf Jahren

V = Variabilität der laufenden Einnahmen und Nettokapitalflüsse (gemessen als Standardabweichung von einem

mittigen Dreijahrestrend über einen Zeitraum von 13 Jahren)

R = 12-Monatsdurchschnitt über ein Jahr staatlicher Reserven (Devisen, SZR-Bestände, Reserveposition im Fonds und Währungsgold)

k = Kompressionsfaktor von 0,95. Der Kompressionsfaktor wird an die nicht komprimierten berechneten Quotenanteile angelegt, die dann zur Summe von 100 skaliert werden.

Eine umfassende Überprüfung der Quotenformel gelangte im Januar 2013 zum Abschluss; es wurden bedeutende Fortschritte bei der Identifikation von Schlüsselementen erzielt, die die Grundlage für eine endgültige Vereinbarung zu einer neuen Quotenformel bilden könnten. Es herrschte Einvernehmen darüber, dass breiter Konsens zu einer neuen Quotenformel besser im Rahmen der Fünfzehnten Überprüfung erzielt werden könne als separat (siehe den „Report of the Executive Board to the Board of Governors on the Outcome of the Quota Formula Review“ [Bericht des Exekutivdirektoriums an den Gouverneursrat über das Ergebnis der Überprüfung der Quotenformel]).



und der Änderung des IWF-Übereinkommens mit der Reform des Exekutivdirektoriums. Der IMFC forderte das Exekutivdirektorium zur „zügigen Fertigstellung“ der Fünfzehnten Überprüfung, ein-

schließlich einer neuen Quotenformel, bis zur Jahrestagung 2017 auf. Der IMFC sehe nach seinen Worten bei seinem Treffen auf der Jahrestagung 2016 einem Fortschrittsbericht entgegen.

In der Verlautbarung des IMFC heißt es: „Eine

Neuausrichtung unter dieser [Fünfzehnten] Überprüfung wird voraussichtlich zur Anhebung der Quotenanteile dynamischer Volkswirtschaften führen, die ihren relativen Positionen in der Weltwirtschaft entsprechen, und damit wahrscheinlich zu höheren Anteilen der aufstrebenden Marktwirtschaften und Entwicklungsländer insgesamt. Wir setzen uns dafür ein, die Stimme und Vertretung der ärmsten Mitglieder zu schützen. Wir bekräftigen unseren Einsatz für die Aufrechterhaltung eines starken, quotenbasierten und angemessen ausgestatteten IWF.

AGENDA DES PROGRAMMS ZUR BEWERTUNG DES FINANZSEKTORS IM GJ 2017

Das Programm zur Bewertung des Finanzsektors (Financial Sector Assessment Program, FSAP), mit dem der IWF die Stabilität der Finanzsysteme der Länder bewertet, wird sich im GJ 2017 einigen der größten und am stärksten verflochtenen Finanzsysteme widmen. Die FSAP des IWF erfolgen in einer Anzahl von Euroländern erstmals in einem Regulierungs- und

Aufsichtsumfeld, das sich durch die Reformen in der Krisenfolgezeit verändert hat, namentlich durch die Einrichtung der Europäischen Bankenunion.

Im Gefolge der weltweiten Finanzkrise kam das Exekutivdirektorium des IWF 2010 überein, dass die 25 wichtigsten Finanzsysteme der Welt alle fünf Jahre eine obligatorische Finanzbewertung durchlaufen sollten. Die letzte Überprüfung des FSAP fand im GJ 2015 statt, als die Liste der betroffenen Länder auf 29 ausgedehnt wurde. Zu den Ländern, die unter dem FSAP im GJ 2017 ihre Bewertungen zur Finanzstabilität abschließen werden, gehören auch Deutschland und das Vereinigte Königreich sowie Irland, Mexiko und Russland. Die Bewertung von China und Spanien wurde eingeleitet und soll im GJ 2018 abgeschlossen werden.

Das FSAP bewertet in allen Ländern drei maßgebliche Komponenten der Finanzstabilität:

- die Widerstandsfähigkeit von Banken und anderen wichtigen Finanzinstituten, beispielsweise durch Stresstests und die Analyse systemrelevanter Risikofaktoren,
- die Qualität der Aufsicht über das Finanzsystem – unter Berücksichtigung des makroprudenziellen Regelwerks – einschließlich Banken, Wertpapieren, Versicherungen und anderen Untersektoren, wenn diese als systemrelevant gelten, sowie
- die Fähigkeit der politischen Entscheidungsträger und Finanzsicherheitsnetze, massive Finanzkrisen zu überstehen und wirksam darauf zu reagieren.

Das übergeordnete Ziel der FSAP-Bewertungen ist zum einen die Bewertung der Stabilität und Solidität des Finanzsektors und zum anderen die Bewertung seines potenziellen Beitrags zu Wachstum und Entwicklung. Der IWF schneidet seine Bewertungen auf die einzelnen Länder zu, um Themen von besonderer Relevanz für das jeweilige Land zu analysieren. Im GJ 2017 werden die IWF-Teams ihre Analyse auf systemische Risiken, Verflechtungen sowie Krisenmanagement- und makroprudenzielle Politiken ausrichten. Die Erkenntnisse aus den FSAP liefern auch wertvolle Informationen für die allgemeinere Überwachung der Volkswirtschaften der Länder unter den Artikel-IV-Konsultationen.

Laufende fiskalpolitische Arbeit

FISKALISCHE RISIKEN ANALYSIEREN UND STEUERN: BEWÄHRTE PRAKTIKEN

Wie die weltweite Finanzkrise und der Verfall der Rohstoffpreise in jüngerer Zeit deutlich gemacht haben, kann die umfassende Analyse und Steuerung fiskalischer Risiken zur Sicherung solider Finanzen im Bereich der öffentlichen Haushalte und der makroökonomischen Stabilität beitragen. In der Tat erlebten in den letzten 25 Jahren Regierungen im



Durchschnitt einmal alle zwölf Jahre einen negativen fiskalischen Schock in Höhe von sechs Prozent des BIP.

Der IWF spielt eine wichtige Rolle bei der Unterstützung von Verbesserungen in der Analyse und Steuerung von fiskalischen Risiken unter seinen Mitgliedern. Ein Papier mit dem Titel „Analyzing and Managing Fiscal Risks“ (Fiskalische Risiken analysieren und steuern), das Anfang des GJ 2017 veröffentlicht wurde, erläutert, weshalb Länder ein umfassenderes Verständnis der potenziellen Bedrohungen ihrer öffentlichen Haushaltsposition brauchen. Die volle und integrierte Bewertung der potenziellen Schocks für Staatsfinanzen in Form eines fiskalischen Stresstests kann der Politik helfen, die Auswirkungen von Schocks auf ihre zentralen Prognosen zu simulieren. Umfassende, verlässliche und zeitnahe Fiskaldaten zu allen öffentlichen Einrichtungen, Bestands- und Stromgrößen bilden die notwendige Grundlage für eine derartige Analyse.

Dem Papier zufolge sollten Länder ihre Kapazität zur Abfederung und Steuerung fiskalischer Risiken stärken; es empfiehlt die Erweiterung der Instrumentarien zum Risikomanagement im Bereich der öffentlichen Haushalte und den Einsatz der Instrumente, um Risiken zu übertragen, aufzuteilen oder Vorsorge zu bilden. Dabei sind die möglichen Vorteile aus dem geringeren Schockrisiko gegen die finanziellen und anderen Kosten der notwendigen Politikmaßnahmen abzuwägen.

Länder sollten verstärkt probabilistische Prognosemethoden einsetzen, wenn sie langfristige Ziele und mittelfristige Vorgaben für die Fiskalpolitik festlegen. Diese Methoden können zur Aufzeichnung von Unwägbarkeiten in Bezug auf den mittelfristigen Verlauf von Staatsschulden herangezogen werden. In Kombination mit Stresstests im Bereich der öffentlichen Haushalte können diese Instrumente wertvolle Informationen

über die Wahrscheinlichkeit liefern, dass ein Land unterhalb der von seinen jeweiligen Haushaltsregeln festgelegten Schuldenquote bleibt.

Der IWF unterstützt seine Mitglieder bei der Bewertung und Steuerung fiskalischer Risiken, indem er technische Hilfe leistet, die dem Aufbau von Bilanzen auf dem öffentlichen Sektor, der Entwicklung von Institutionen und Kapazität zur Erkennung spezifischer fiskalischer Risiken und zur Bezifferung ihrer potenziellen Folgen, der Durchführung von Stresstests im Bereich der öffentlichen Haushalte und der Eingliederung von Risiken in die Aufstellung mittelfristiger Haushaltsziele dient.

STEUERPOLITIK, FREMDFINANZIERUNG UND MAKROÖKONOMISCHE STABILITÄT

Ein Direktoriumspapier über „Tax Policy, Leverage, and Macroeconomic Stability“ (Steuerpolitik, Fremdfinanzierung und makroökonomische Stabilität), das im GJ 2017 veröffentlicht werden soll, untersucht die Auswirkungen verschiedener steuerpolitischer Konzepte auf die makroökonomische Stabilität. Eine Kernfrage lautet, wie die gegenwärtige unterschiedliche Behandlung von Schulden und Kapital in vielen Körperschaftsteuersystemen die Entscheidung über Fremdfinanzierung in Firmen beeinflusst. Die Steueranreize verleiten zu hohen Schuldenquoten in den Unternehmen, was möglicherweise die Überschuldung der Firmen steigen lässt und letzten Endes sogar die makroökonomische Stabilität gefährden könnte.

Das Papier untersucht die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit von Steuerreformen, die diese Schuldenneigung neutralisieren, so etwa alternative Einschränkungen zur Abschreibungsfähigkeit von Zinsen, gleichwertige Abzüge für Kapitalrenditen und

Kombinationen aus beiden. Anhand von Daten aus Unternehmen und einer neu eingerichteten Datenbank zur Begrenzung der Steuerabzugsfähigkeit bei hohem Verschuldungsgrad führt das Papier eine empirische Bewertung der Auswirkung unlängst eingeführter Politiken zu den Verschuldungsquoten der Unternehmen durch und untersucht die Auswirkungen auf breitere Indikatoren zum Zahlungsausfallsrisiko der Unternehmen. Es bewertet auch die Folgen verschiedener Reformen auf die Einkünfte.

Das Papier untersucht zudem die Rolle von Korrektivsteuern zur Minderung von Finanzstabilitätsrisiken: Spezielle Bankabgaben können zum Beispiel die Kapitalausstattung von Banken anregen und damit die Finanzstabilität erhöhen. Darüber hinaus kann die Steuerpolitik mit Kapitalertragssteuern, Steuern auf Vermögenstransaktionen und wiederkehrenden Vermögenssteuern die Entwicklung von Vermögenspreisen beeinflussen und dadurch möglicherweise Risiken mindern. Diese Politiken werden vor dem Hintergrund ihrer allgemeineren Folgen für das Gemeinwohl bewertet.

Einkommensgefälle und Ungleichheit der Geschlechter

In den letzten Jahren widmete sich die Arbeit des IWF zu makroökonomischen Fragen zunehmend der Analyse und Politikberatung zu Themen, die mit der Ungleichheit der Einkommen und Geschlechter zusammenhängen. Diese Arbeit wird als relevant und wichtig für die Politiken anerkannt, die zur Stärkung des Wirtschaftswachstums in den Mitgliedsländern des Fonds entwickelt wurden – in Entwicklungs- und Schwellenländern wie auch in fortgeschrittenen Volkswirtschaften.

In seinem Kommuniqué vom April 2016 begrüßte der IMFC Arbeiten zu den Themen „Einkommensgefälle, Ungleichheit der Geschlechter [und] Finanzinklusion“, solange sie

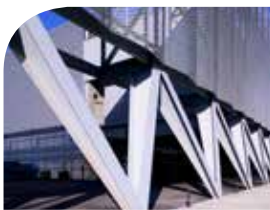
sich „im Rahmen des Fondsmandats bewegen und makroökonomisch sind und die Erfahrungen anderer Institutionen mit einbeziehen“.

Anfang des Jahrzehnts widmete der IWF diesen Themen bahnbrechende Forschungsarbeiten, und im GJ 2015 und GJ 2016 begann er mit der Anwendung dieser Erkenntnisse in Pilotländern. In der nächsten Arbeitsphase soll das Verständnis des Fonds über die politischen Auswirkungen der Analyse in einem breiteren Fächer von Ländern vertieft und dieses Verständnis umfassender in die Politikberatung integriert werden.

EINKOMMENSGEFÄLLE

Es wurde viel Forschungsaufwand betrieben, um die Zusammenhänge zwischen Einkommensgefälle und Wachstum zu analysieren und die Auswirkung von Haushaltspolitik auf das Einkommensgefälle zu erörtern. In der letzten Zeit wurden Arbeiten zu „Inequality and Unsustainable Growth“ (Einkommensgefälle und nicht tragfähiges Wachstum, 2011), „Redistribution, Inequality, and Growth“ (Umverteilung, Ungleichheit und Wachstum, 2014) und das Buch *Inequality and Fiscal Policy* (Ungleichheit und Fiskalpolitik, 2015) veröffentlicht. Die Arbeit fand auch in den vorrangigen Publikationen des IWF ihren Niederschlag, namentlich in der Ausgabe des *Regional Economic Outlook* für Afrika vom Oktober 2015, die ein Kapitel zu „Inequality and Economic Outcomes in Sub-Saharan Africa“ (Ungleichheit und wirtschaftliche Folgen im Afrika südlich der Sahara) enthält, und in der Mai-Ausgabe 2016 des *Regional Economic Outlook* für Asien und den Pazifikraum; verschiedene Arbeitspapiere widmeten sich diesen Themen ebenfalls, so etwa „Sharing the Growth Dividend: Analysis of Inequality in Asia“ (Die Wachstumsdividende teilen: Analyse des Einkommensgefälles in Asien).

Im GJ 2016 wurden die Stabsanalysen mit den Behörden in neun Pilotländern erörtert und in die Überwachungsberichte aufgenommen, insbesondere in den jährlichen „Gesundheitscheck“ für die



einzelnen Länder, den Bericht über die Artikel-IV-Konsultation. Diese Berichte werden vom Exekutivdirektorium des IWF erörtert und die Ansichten des Direktoriums an die Länderbehörden übermittelt.

Zum Thema Ungleichheit erschienen in den Berichten über die Artikel-IV-Konsultation zu den Pilotländern: vergleichende Analysen von Einkommensgefälle und Auswirkungen auf die Armut, die Inklusivität von Wachstum, Zusammensetzung der Ausgaben, Subventionsreform, Steuerprogressivität und Finanzinklusion. In einigen Fällen bewertete die Artikel-IV-Analyse einen Reformweg oder Reformplan, der von den Behörden bereits entwickelt oder in Erwägung gezogen wurde.

Im kommenden Jahr will der IWF in seiner Arbeit zum Thema Ungleichheit den Fokus verstärkt auf politische Kompromisse, Reformen und Kosten richten. Außerdem soll die Ungleichheitsanalyse mit der Fondsarbeit zu Strukturreformen verknüpft werden, insbesondere in Entwicklungsländern, wo die Zusammenhänge zwischen Wachstumsreformen und Ungleichheit besonders relevant sind. Dies wird auch Thema eines wichtigen Forschungspapiers in diesem Jahr zu Strukturreform, Ungleichheit und Wachstum sein.

Mit der bereits laufenden länder- wie abteilungsübergreifenden Arbeit wird der Wissensaustausch immer wichtiger – Verbreitung der Arbeit selbst, aber auch der zugrunde liegenden Me-

thoden und Instrumente und der Ländererfahrungen. Der IWF wird viel Energie auf den Wissensaustausch und die Entwicklung von Synergien aufwenden, damit die Arbeit zu Ungleichheit und ihren Folgen in größerem Stil durchgeführt werden kann.

UNGLEICHHEIT DER GESCHLECHTER

Die Fondsarbeit zur Ungleichheit der Geschlechter folgt demselben Modell und verknüpft bahnbrechende Forschung mit Länderarbeit – durch die Eingliederung analytischer Erkenntnisse und Methoden in die tägliche Arbeit der Institution.

Im GJ 2016 wurden zwei wichtige Papiere veröffentlicht, die die Arbeit des Fonds auf diesem Gebiet vertieften: Die Stabsgesprächsnotiz „Catalyst for Change: Empowering Women



Kasten 4.2: Den Klimawandel bekämpfen

Der IMFC brachte bei seiner Zusammenkunft im April 2016 seine Unterstützung für die laufende Fondsarbeit zum

Klimawandel zum Ausdruck. Nach der Veröffentlichung einer Stabsgesprächsnotiz zu den fiskalischen, makroökonomischen und finanziellen Auswirkungen des Klimawandels im Januar 2016 verlagerte sich die Arbeit in diesem Bereich auf Pilotprojekte in Ländern zur Energiepreisgestaltung – seit Langem ein Fachgebiet des IWF.

Energiepreisgestaltung wird bereits in der Überwachung und technischen Hilfe behandelt. Die Pilotprojekte für Länder in Afrika, dem Nahen Osten und der Westlichen Hemisphäre konzentrieren sich auf Fragen, die von der Verteilungswirkung von Bewegungen in Richtung automatischer Preisgestaltung über Steuerveranlagung bis hin zu Umweltkosten reichen.

Andere Länderarbeiten untersuchten spezifische Klimathemen, wie das Selected Issues Paper im Artikel-IV-Bericht über Mexiko zu „A Carbon Tax Proposal for Mexico“ (Vorschlag einer Kohlenstoffsteuer für Mexiko), die Einführung einer Kohlenstoffsteuer im Zusammenhang mit der Artikel-IV-Konsultation der USA und einer Studie zu den Preis- und makroökonomischen Folgen von El Niño in 33 Ländern.

Im Anschluss an die internationale Übereinkunft von Paris im Dezember 2015, die ein Regelwerk für die Fortschritte zur Minderung der Folgen des Klimawandels enthält, wird die Preissetzung für Kohlenstoff in vielen Ländern voraussichtlich an Bedeutung zunehmen. Der IWF plant die Entwicklung von Instrumenten zur Unterstützung der Länder und geht davon aus, dass seine Sachverständigenhilfe auf diesem Gebiet an Priorität gewinnt. Weitere Arbeit zur Politikentwicklung für Klimafragen wird in Zukunft vermutlich ebenfalls notwendig sein.



and Tackling Income Inequality“ (Befähigung von Frauen und Bekämpfung des Einkommensgefälles) sowie „Unlocking Female Employment Potential in Europe: Drivers and Benefits“ (Freisetzung des Beschäftigungspotenzials von Frauen in Europa: Triebkräfte und Vorteile), in dem die direkten Verbindungen zwischen Einkommen und Geschlechterungleichheit ausgelotet werden. Ein weiteres Arbeitspapier mit dem Titel „Trends in Gender Equality and Women’s Advancement“ (Trends in Geschlechtergleichheit und Fortkommen von Frauen) untersuchte Trends in ausgewählten Indikatoren zu Geschlechterungleichheit und dem Fortkommen von Frauen sowie Indizes zur Geschlechterungleichheit.

Wie auch beim Thema Einkommensgefälle wurde die Pilotarbeit in den Ländern im Berichtsjahr ausgeweitet. Eine erste Gruppe von Länderteams analysierte Geschlechterfragen und erörterte die Ergebnisse mit ihren Gesprächspartnern in den Mitgliedsländern. Die Ergebnisse wurden in die Artikel-IV-Berichte aufgenommen und vom Exekutivdirektorium erörtert. Die meisten Pilotfälle betrafen eine Kombination aus Analyse und politischen Empfehlungen, insbesondere in Form von veröffentlichten Papieren zu ausgewählten Themen (Selected Issues Papers) und Stabsberichten zur Artikel-IV-Konsultation. Die Länderstudien analysieren die Triebkräfte für die Beschäftigung von Frauen und verweisen auf politische Optionen im Kompetenzbereich des IWF, so etwa Ausgaben für die öffentliche Infrastruktur, die Ausweitung des Kinderbetreuungsangebots und die Rolle von Institutionen des Arbeitsmarkts.

Im Rahmen des Artikel-IV-Berichts 2016 über Indien wurde ein Selected Issues Paper zu „Macroeconomic Impacts of Gender Inequality and Informality in India“ (Makroökonomi-

sche Auswirkungen der Geschlechterungleichheit und informellen Wirtschaft in Indien“) verfasst. Das Papier analysierte die makroökonomischen Auswirkungen gezielter Geschlechterpolitik auf die Ergebnisse auf dem Arbeitsmarkt für Frauen und zur allgemeinen Wirtschaftstätigkeit.

Neben dieser ersten Gruppe von Pilotländern arbeiten mehrere andere Länderteams in verschiedenen Regionen am Thema Geschlechterungleichheit im Rahmen ihrer Artikel-IV-Konsultationen; diese Arbeit wird auch im GJ 2017 fortgeführt.

Im kommenden Geschäftsjahr sollen Folgeprojekte zu verschiedenen Pilotländern und länderübergreifende Studien über die Auswirkung makroökonomischer Politik auf die Kluft zwischen den Geschlechtern sowie Geschlechterungleichheit und Wachstum durchgeführt werden.

Das Thema Gender Budgeting soll ebenfalls viel Raum erhalten; eine Reihe von Papieren wird Ideen zu Gender Budgeting und Umfragen weltweit vorstellen und Ländern eine Grundlage für die Ausgestaltung ihrer eigenen Initiativen bieten. Diese Arbeit wird auch einen Datensatz zu den Bemühungen im Gender Budgeting hervorbringen, der Ländern bei der Entwicklung von Möglichkeiten helfen kann, Fragen der Gleichstellung in öffentliche Programme und Maßnahmen zu integrieren.

Schließlich soll vor der Jahrestagung 2016 ein wichtiges Buch zum Thema Frauen, Arbeit und Wirtschaftswachstum veröffentlicht werden, das die verknüpften Herausforderungen von Wachstum, Schaffung von Arbeitsplätzen und Geschlechtergleichheit thematisiert.

BESTECHUNG: KOSTEN UND ABHILFESTRATEGIEN

Die direkten wirtschaftlichen Kosten der Korruption sind bekannt, aber die indirekten Kosten sind vermutlich noch größer und verheerender, weil Korruption niedriges Wachstum und stärkeres Einkommensgefälle verursacht. Korruption besitzt zudem eine generell zerstörerische Wirkung auf die Gesellschaft. Sie untergräbt das Vertrauen in den Staat und höhlt die ethischen Standards der Privatbürger aus.

– Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde in einem UK-Politikpapier vom Mai 2016 „Against Corruption: a collection of essays“ (Gegen Bestechung: Eine Aufsatzsammlung).

Einer jüngeren Schätzung zufolge liegen die jährlichen Kosten der Bestechung zwischen rund 1,5 Billionen US\$ und 2 Billionen US\$ und betragen damit ungefähr zwei Prozent des weltweiten BIP. In einem Umfeld, in dem Wachstums- und Beschäftigungsaussichten in vielen Ländern trüb bleiben und spektakuläre Korruptionsfälle für Empörung sorgen, gewinnt ein globaler Ansatz zur Bestechungsbekämpfung – in fortgeschrittenen Industrienationen wie in Entwicklungsländern – immer mehr an Bedeutung. Es bildet sich zunehmender Konsens, dass Korruption die Fähigkeit eines Landes zur Schaffung von inklusivem Wachstum ernsthaft unterhöhlen kann.

Eine Stabsgesprächsnotiz des IWF „Corruption: Costs and Mitigating Strategies“ (Bestechung: Kosten und Abhilfestrategien), die Anfang des GJ 2017 veröffentlicht wurde, konzentriert sich auf Bestechung aus dem Missbrauch öffentlicher Ämter zum privaten Vorteil durch Transaktionen wie Schmiergeldzahlungen oder durch Netzwerke zwischen Geschäftswelt und Regierung, die die öffentliche Politik praktisch privatisieren. Die Erfahrung des IWF bei der Unterstützung der Länder in der Bestechungsbekämpfung legt nahe, dass Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und wirksame Institutionen an erster Stelle stehen müssen.

Der IWF fördert die Einhaltung internationaler Standards zu Transparenz und Rechenschaftspflicht auf den Gebieten der Datenweitergabe, Fiskalpolitik sowie Währungs- und Finanzpolitik. Der IWF veröffentlichte elf Beurteilungen zur fiskalischen Transparenz in den Ländern, darunter Bolivien, Finnland, Irland und die Philippinen. In enger Zusammenarbeit mit der



Financial Action Task Force (FATF) und ihren regionalen Organen bewertet der IWF darüber hinaus die Einhaltung internationaler Standards, um Ländern bei der Vermeidung von Geldwäsche zu helfen. Er bietet Politikberatung, Sachkenntnis und Ausbildung.

Der Fonds unterstützt die Länder auch dabei, nicht auf die „schwarze Liste“ der FATF zu kommen bzw. davon gestrichen zu werden; auf dieser Liste werden Länder geführt, die als nicht kooperativ im weltweiten Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung gelten. Jüngste Fälle in Lateinamerika sind Costa Rica, Paraguay, Peru und Uruguay, deren Präsidenten Strategien zur Bekämpfung von Geldwäsche befürworteten, die gemeinsam mit dem IWF ausgearbeitet wurden. Ghana, Myanmar, Nepal und Sudan konnten mit Unterstützung des IWF von der grauen Liste genommen werden.

Zur Einbettung der Grundsätze und Praktiken zur Finanzintegrität in Ministerien und Zentralbanken weltweit unterstützt der Fonds Institutionen zu Themen wie Financial Intelligence, Gesetzesentwürfe, nationale Strategien, Risikobewertungen und die Aufsicht und Regulierung von Banken und anderen Institutionen. Der IWF leistet Beratungsdienste zur Stärkung der fiskalischen Regelwerke und Haushaltsaufstellung mit dem Ziel, die Rolle des Haushalts als zentrales Instrument zur Verteilung öffentlicher Mittel zu stärken. Im GJ 2015 entsandte der IWF rund 100 Missionen für technische Hilfe in seine Mitgliedsländer, die bei der Verwaltung der öffentlichen Finanzen halfen, und unterstützte die Länder mit seinen neun Regionalen Zentren für Technische Hilfe in Afrika, Asien, Lateinamerika und im Nahen Osten.

Globale Herausforderungen

Acht Jahre nach dem Beginn der globalen Finanzkrise sind die Aussichten für die Weltwirtschaft nach wie vor ungewiss. Das Wachstum in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften bleibt lustlos, und in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern hat es sich verlangsamt. Das Wachstum fällt aber nicht nur schwach aus, in vielen Fällen ist es auch ungleich verteilt; mögliche Folgen sind zusätzliche Herausforderungen wie weniger Unterstützung für Reformen sowie Offenheit für Handel und Migration. Die Finanzmärkte und einige Rohstoffpreise gingen Anfang des Jahres stark zurück, begannen sich aber ab Mitte Februar wieder zu erholen. Doch das Votum der Briten am 23. Juni 2016 über den Austritt aus der Europäischen Union führte zu erhöhter Unsicherheit. Der Lauf der Ereignisse veranlasste den IWF, seine Wachstumsprognosen für 2016 und 2017 in der Aktualisierung des World Economic Outlook vom Juli 2016 gegenüber dem WEO vom April leicht nach unten zu korrigieren. Der Fonds benannte in einer Mitteilung an die Finanzminister und Zentralbankgouverneure der G20, die im Juli 2016 in China zusammenkamen, mehrere Schlüsselbereiche der Politik, in denen dringender Handlungsbedarf besteht, wenn kurz- und längerfristig Risiken eingedämmt und das Wachstum belebt werden sollen:

Abbau der Unsicherheit über den „Brexit“ und seine Folgen.

Ein reibungsloser und vorhersehbarer Übergang zu einer neuen Beziehung zwischen UK und EU, mit dem möglichst viele Vorteile aus Handelsbeziehungen gewahrt bleiben, ist unabdingbar. Das Ergebnis der Verhandlungen ist zwar noch ungewiss, aber die Politik sollte für entschiedenes Handeln gerüstet sein, falls Turbulenzen auf den Finanzmärkten die globalen Perspektiven bedrohen.

Umsetzung wirksamer makroökonomischer Unterstützung.

Wo die Nachfrage noch nicht ausreicht, ist ein breiter Ansatz vonnöten, der politische Synergien aus der Kombination von Struktur- und Bilanzreformen mit fortlaufender finanzieller Unterstützung und wachstumsfreundlicher Fiskalpolitik nutzt – so etwa das Ausschöpfen von fiskalischem Spielraum mit Verankerung in einem starken politischen Regelwerk. Stärkere Unterstützung der Inlandsnachfrage, vor allem in Gläubigerländern mit politischem Spielraum, würde ebenfalls zum Abbau externer Ungleichgewichte beitragen.

Der Umgang mit Schuldenüberhängen.

In vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist die Sanierung der Bilanzen weiterhin ein entscheidender Faktor, um Investitionen anzukurbeln, Anfälligkeiten einzudämmen und die Übertragung geldpolitischer Impulse zu verbessern. Der Umgang mit Unternehmensschulden und anderen Finanzrisiken ist auch in einer Anzahl von Schwellenländern wichtig und ein bedeutender Aspekt bei der Umstellung Chinas auf ein neues Wachstumsmodell. In einigen Fällen mag hierfür die Verwendung von Mitteln aus dem öffentlichen Sektor angezeigt sein.

Anhebung des langfristigen Wachstums bei mehr Inklusivität.

Die G20 kann eine Führungsrolle übernehmen und zur überzeugenden Umsetzung ihrer Wachstumsstrategien auffordern sowie Strukturreformen mit starken, kurzfristigen Wachstumsfolgen priorisieren. Ein Stabspapier, das für das Treffen der G20 erarbeitet wurde, umriss kurz die Prioritäten für die Strukturreformen in den Ländern der G20.

Verstärktes multilaterales Handeln.

Die Neubelebung der Handelsintegration ist nach wie vor entscheidend, um dem globalen Wachstum Impulse zu verleihen, weil dadurch die Gewinne aus der Handelstätigkeit breitere Verteilung erfahren. Und es bleibt wichtig, die globalen Sicherheitsnetze zu stärken, unter anderem durch die Überwachung geopolitischer Spillovers, die für die weltweite Erholung zu einer Gefahr werden könnten.

Anmerkungen

TEIL 1 – ÜBERBLICK

Die Global Policy Agenda der Geschäftsführenden Direktorin:
<http://www.imf.org/external/pp/longres.aspx?id=5031>

GPA April 2016: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2016/041416.pdf>

Macroeconomic Developments and Selected Issues in Small Developing States: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/030915.pdf>

SCHLAGLICHTER

IMF Board of Governors Approves Major Quota and Governance Reforms, 16. Dezember 2010, Pressemitteilung Nr. 10/477:
<http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10477.htm>

IMF Board of Governors Adopts Quota and Voice Reforms by Large Margin, 29. April 2008, Pressemitteilung Nr. 08/93:
<http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2008/pr0893.htm>

„Strengthening the International Monetary System: Taking Stock and Looking Ahead“:
<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2011/032311.pdf>

Work Program of the Executive Board:
<http://www.imf.org/external/ns/cs.aspx?id=89>

Factsheet—Integrated Surveillance Decision:
<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/isd.htm>

IMF Sets Out a Strategy for Financial Surveillance, Public Information Notice (PIN) Nr. 12/111:
<http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2012/pn12111.htm>

2015 Spillover Report:
<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/060815.pdf>

„Strengthening the International Monetary System—A Stocktaking“:
<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2016/022216b.pdf>

The Adequacy of the Global Financial Safety Net:
<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2016/031016.pdf>

IMF Executive Board Completes the 2015 Review of SDR Valuation, Pressemitteilung Nr. 15/543:
<http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15543.htm>

IMF Executive Board Approves Extension of Current SDR Currency Basket Until September 30, 2016, Pressemitteilung Nr. 15/384:
<http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15384.htm>

IMF's Executive Board Completes Review of SDR Basket, Includes Chinese Renminbi, Pressemitteilung Nr. 15/540:
<http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15540.htm>

„Seizing a Once-in-a-Generation Opportunity“, Grundsatzrede von Christine Lagarde, Geschäftsführende Direktorin des IWF, vor der Brookings Institution in Washington, DC.
<http://www.imf.org/external/np/speeches/2015/070815.htm>

Factsheet—The IMF and the Sustainable Development Goals:
<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/sdg.htm>

Third International Conference on Financing for Development, Addis Ababa, Ethiopia: <http://www.un.org/esa/ffd/ffd3/>

„Financing for Development: Enhancing the Financial Safety Net for Developing Countries“: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/061115b.pdf>

„Financing for Development: Revisiting the Monterrey Consensus“:
<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/061515.pdf>

„From Ambition to Execution: Policies in Support of Sustainable Development Goals“:
<http://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2015/sdn1518.pdf>

„After Paris: Fiscal, Macroeconomic, and Financial Implications of Climate Change“:
<http://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2016/sdn1601.pdf>

Factsheet—IMF Rapid Credit Facility:
<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/rcf.htm>

Enhancing Macroeconomic Resilience to Natural Disasters and Climate Change in the Small States of the Pacific:
<http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2015/wp15125.pdf>

Macroeconomic Developments and Selected Issues in Small Developing States:
<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/030915.pdf>

HÖHEPUNKTE AUS DEN REGIONEN

Communiqué of the Thirty-Third Meeting of the IMFC, Chaired by Mr. Agustín Carstens, Governor of the Bank of Mexico:
<http://www.imf.org/external/np/cm/2016/041616a.htm>

„The Refugee Surge in Europe: Economic Challenges“:
<http://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2016/sdn1602.pdf>

Czech Republic: Financial System Stability Assessment Update:
<http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2012/cr12177.pdf>

Advancing Asia: Investing for the Future conference in New Delhi, India:
<http://www.imf.org/external/np/seminars/eng/2016/advancingasia/>

IMF and India Set Up Regional Training and Technical Assistance Center, Pressemitteilung Nr. 16/102:
<http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2016/pr16102.htm>

Future of Asia's Finance: Financing for Development conference in Jakarta, Indonesia: <http://www.imf.org/external/np/seminars/eng/2015/indonesia/index.htm>

The Future of Asian Finance: <http://www.imfbookstore.org/ProdDetails.asp?ID=TFAFE&PG=1&Type=BL>

IMF Executive Board Approves \$49.7 Million Disbursement under the Rapid Credit Facility for Nepal, Pressemitteilung Nr. 15/365:
<http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15365.htm>

Factsheet—Rapid Credit Facility (RCF):
<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/rcf.htm>

Republic of Nauru becomes IMF's 189th Member, Pressemitteilung Nr. 16/167: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2016/pr16167.htm>

Factsheet—Policy Support Instrument: „Oversight Issues in Mobile Payments“:

<https://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2014/wp14123.pdf>

<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/psi.htm>

Government Finance Statistics Manual 2014: <http://www.imf.org/external/Pubs/FT/GFS/Manual/2014/gfsfinal.pdf>

Verbraucherpreisindex-Daten: <http://data.imf.org/CPI>

Daten des IWF:

<http://data.imf.org/?sk=4FFB52B2-3653-409A-B471-D47B46D904B5>

IMF Executive Board Approves \$8.7 Million Disbursement under the Rapid Credit Facility for Dominica, Pressemitteilung Nr. 15/483: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15483.htm>

Factsheet—Rapid Credit Facility (RCF):

<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/rcf.htm>

TEIL 2 – UNSERE ARBEIT: DIE „GROSSEN DREI“

Volkswirtschaftliche Überwachung

World Economic Outlook:

<http://www.imf.org/external/ns/cs.aspx?id=29>

Global Financial Stability Report:

<http://www.imf.org/external/pubs/ft/gfsr/index.htm>

Fiscal Monitor: <http://www.imf.org/external/ns/cs.aspx?id=262>

Bilaterale Überwachung

Liste der Mitgliedsländer des IWF mit Verzögerungen von mehr als 18 Monaten in den Artikel-IV-Konsultationen oder obligatorischen Bewertungen der Finanzstabilität:

<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2016/033016.pdf>

2014 Triennial Surveillance Review:

<http://www.imf.org/external/np/spr/triennial/2014/index.htm>

Balance Sheet Analysis in Fund Surveillance:

<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/073014.pdf>

IMF Executive Board Discusses Principles for Evenhanded of Fund Surveillance and a New Mechanism for Reporting Concerns, Pressemitteilung Nr. 16/91:

<http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2016/pr1691.htm>

2014 Triennial Surveillance Review—External Study—Evenhandedness of Fund Surveillance:

<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/073014h.pdf>

CEMAC: A Stronger Community for Stronger and More Inclusive Growth, von Christine Lagarde, Geschäftsführende Direktorin, Internationaler Währungsfonds, Yaoundé:

<http://www.imf.org/external/np/speeches/2016/010816.htm>

Factsheet—Financial Sector Assessment Program:

<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/fsap.htm>

United States Financial Sector Assessment Program Financial System Stability Assessment:

<http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2015/cr15170.pdf>

IMF Executive Board Concludes 2015 Article IV Consultation with Iran, Pressemitteilung Nr. 15/581:

<http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15581.htm>

Multilaterale Überwachung

Fourth External Sector Report:

<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/062615.pdf>

Virtual Currencies and Beyond: Initial Considerations:

<http://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2016/sdn1603.pdf>

2015 External Sector Report—Individual Economy Assessments:

<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/062615a.pdf>

2015 Spillover Report:

<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/060815.pdf>

2015 External Sector Report:

<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/062615.pdf>

„Macroeconomic Developments and Prospects in Low-Income Developing Countries: 2015“:

<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/111915.pdf>

IMF Executive Board Discusses „Macroeconomic Developments and Prospects in Low-Income Developing Countries: 2015“,

Pressemitteilung Nr. 15/566:

<http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15566.htm>

Gruss, Bertrand. 2014. „After the Boom—Commodity Prices and Economic Growth in Latin America and the Caribbean.“ In *Regional Economic Outlook: Western Hemisphere: Rising Challenges*. Washington: International Monetary Fund, April: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/reo/2014/whd/eng/pdf/wreo0414.pdf>

Evolving Monetary Policy Frameworks in Low-Income and Other Developing Countries—Background Paper: Country Experiences <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/102315a.pdf>

Evolving Monetary Policy Frameworks in Low-Income and Other Developing Countries

<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/102315.pdf>

Public Debt Vulnerabilities in Low-Income Countries: The Evolving Landscape:

<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/110215.pdf>

Options for Low-Income Countries' Effective and Efficient Use of Tax Incentives for Investment: <http://www.imf.org/external/np/g20/pdf/101515a.pdf>

Unlocking the Potential of Small Middle-Income States:

<http://www.elibrary.imf.org/page/africa-move-excerpt?redirect=true>

Small Middle-Income Countries—Raising the Bar conference in Gabarone, Botswana:

<http://www.imf.org/external/np/seminars/eng/2016/sm/c/>

Financial Integration in Latin America:
<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2016/030416.pdf>

IMF Executive Board Discusses the Fund's Lending Framework and Sovereign Debt, Pressemitteilung Nr. 14/294, 20. Juni 2014:
<http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14294.htm>

IMF Executive Board Approves Exceptional Access Lending Framework Reforms, Pressemitteilung Nr. 16/31, 29. Januar 2016:
<http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2016/pr1631.htm>

IMF Executive Board Discusses Reforming the Fund's Policy on Non-Toleration of Arrears to Official Creditors, Pressemitteilung Nr. 15/555:
<http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15555.htm>

Politikberatung

„Financial Inclusion: Can It Meet Multiple Macroeconomic Goals?“,
<http://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2015/sdn1517.pdf>

The Future of Asia's Finance: Financing for Development 2015 conference, Jakarta, Indonesia:
<http://www.imf.org/external/np/seminars/eng/2015/indonesia/>

Finance for All: Promoting Financial Inclusion in Central Africa conference, Brazzaville, Congo:
<http://www.imf.org/external/np/seminars/eng/2015/brazzaville/>

Financial Inclusion: Macroeconomic and Regulatory Challenges conference:
<http://www.imf.org/external/np/seminars/eng/2016/finincl/>

Financial Access Survey: <http://data.imf.org/?sk=E5DCAB7E-A5CA-4892-A6EA-598B5463A34C>

IMF Executive Board Concludes Review of Fund-supported Programs During Global Financial Crisis, Pressemitteilung Nr. 15/563, 16. Dezember 2015:
<http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15563.htm>

Crisis Program Review:
<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/110915.pdf>

2009 Review of Recent Crisis Programs:
<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2009/091409.pdf>

Fiscal Policy and Long-Term Growth:
<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/042015.pdf>

Guidance Note for the Liberalization and Management of Capital Flows:
<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/042513.pdf>

Managing Capital Outflows—Further Operational Considerations:
<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/120315.pdf>

„The External Balance Assessment (EBA) methodology“:
<http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2013/wp13272.pdf>

External Sector Report:
<http://www.imf.org/external/np/spr/2015/esr/>

2014 Triennial Surveillance Review:
<http://www.imf.org/external/np/spr/triennial/2014/index.htm>

Managing Director's Action Plan:
<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/112114.pdf>

Structural Reforms and Macroeconomic Performance: Initial Considerations for the Fund:
<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/101315.pdf>

Structural Reforms and Macroeconomic Performance: Country Cases
<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/101315a.pdf>

World Economic Outlook
<http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2016/01/>

Staff Note for the G20-A Guiding Framework for Structural Reforms
<https://www.imf.org/external/np/pp/eng/2016/033116.pdf>

Third International Conference on Financing for Development, Addis Ababa, Ethiopia: <http://www.un.org/esa/ffd/ffd3/>

„IMF Engagement with Countries in Post-Conflict and Fragile Situations—Stocktaking“: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/050715.pdf>

„Macroeconomic and Operational Challenges in Countries in Fragile Situations“:
<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2011/061511a.pdf>

Staff Guidance Note on the Fund's Engagement with Countries in Fragile Situations:
<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2012/042512.pdf>

Rapid Credit Facility: <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/rcf.htm>

Income Inequality and Labor Income Share in G20 Countries—Trends, Impacts and Causes:
<https://www.oecd.org/g20/topics/employment-and-social-policy/income-inequality-labour-income-share.pdf>

Making Public Investment More Efficient:
<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/061115.pdf>

Public Investment Management Assessment (PIMA):
<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/061515.pdf>

Financing for Development: Revisiting the Monterrey Consensus:
<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/061515.pdf>

„Monetary Policy and Financial Stability“:
<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/082815a.pdf>

Global Financial Stability Report:
<http://www.imf.org/external/pubs/ft/gfsr/index.htm>

Factsheet—Fund Surveillance:
<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/surv.htm>

Ninth Review of the IMF's Data Standards Initiatives:
<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/040615.pdf>

Kreditvergabe

IMF Executive Board Approves New Two-Year US\$5.45 Billion Flexible Credit Line Arrangement for Colombia, Pressemitteilung Nr. 15/281: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15281.htm>

IMF Executive Board Approves €147.5 Million Stand-By Arrangement for Republic of Kosovo, Pressemitteilung Nr. 15/362: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15362.htm>

IMF Executive Board Approves Extension of the Stand-By Arrangement and Stand-By Credit Facility for Kenya, Pressemitteilung Nr. 16/29: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2016/pr1629.htm>

IMF Executive Board Approves New Two-Year US\$23 Billion Flexible Credit Line Arrangement for the Republic of Poland, Pressemitteilung Nr. 15/05: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr1505.htm>

IMF Approves 7-Month Extension of the Stand-By Arrangement for Tunisia, Pressemitteilung Nr. 15/229: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15229.htm>

IMF Executive Board Approves New Arrangements for Kenya Totaling US\$1.5 Billion, Pressemitteilung Nr. 16/110: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2016/pr16110.htm>

IMF Executive Board Completes Fifth PSI Review, Approves US\$282.9 Million Credit Facility and Concludes 2015 Article IV Consultation with Mozambique, Pressemitteilung Nr. 15/580: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15580.htm>

IMF Executive Board Approves 3-Month Extension of the Extended Credit Facility Arrangement for Liberia, Pressemitteilung Nr. 15/498: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15498.htm>

IMF Executive Board Approves US\$1.24 Billion in Financial Support for Iraq, Pressemitteilung Nr. 15/363: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15363.htm>

IMF Executive Board Completes Reviews of Niger's ECF Arrangement, Approves US\$53.7 Million Disbursement, Increases Access and Extends the Program, Pressemitteilung Nr. 15/541: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15541.htm>

IMF Executive Board Approves Three-Year, US\$6.2 Million Extended Credit Facility Arrangement for the Democratic Republic of São Tomé and Príncipe, Pressemitteilung Nr. 15/336: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15336.htm>

IMF Executive Board Approves Three-Year US\$23.9 Million Extended Credit Facility Arrangement for Guinea-Bissau and Concludes 2015 Article IV Consultation, Pressemitteilung Nr. 15/331: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15331.htm>

IMF Executive Board Approves US\$23.8 Million in Financial Support for Vanuatu, Pressemitteilung Nr. 15/264: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15264.htm>

IMF Executive Board Approves Three-Year US\$69.7 Million Under ECF for Haiti, Pressemitteilung Nr. 15/231: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15231.htm>

IMF Executive Board Approves US\$11.8 Million Disbursement Under the Rapid Credit Facility for the Central African Republic, Pressemitteilung Nr. 15/417: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15417.htm>

IMF Executive Board Approves US\$8.7 Million Disbursement under the Rapid Credit Facility for Dominica, Pressemitteilung Nr. 15/483: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15483.htm>

IMF Executive Board Approves US\$42.1 Million Disbursement Under the Rapid Credit Facility for Madagascar, Pressemitteilung Nr. 15/528: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15528.htm>

IMF Executive Board Approves US\$ 49.7 Million Disbursement Under the Rapid Credit Facility for Nepal, Pressemitteilung Nr. 15/365: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15365.htm>

IMF Executive Board Concludes Review of Fund-supported Programs During Global Financial Crisis, Pressemitteilung Nr.15/563, 16. Dezember 2015: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15563.htm>

IMF Executive Board Approves Three-Year US\$23.9 Million Extended Credit Facility Arrangement for Guinea-Bissau and Concludes 2015 Article IV Consultation, Pressemitteilung Nr. 15/331: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15331.htm>

IMF Executive Board Approves Three-Year PSI for Senegal, Pressemitteilung Nr. 15/297: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15297.htm>

Kapazitätsentwicklung

IMF's Regional Technical Assistance Center for Southern Africa Supports Strengthening Risk Based Supervision, Pressemitteilung Nr. 16/79: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2016/pr1679.htm>

The IMF's Regional Technical Assistance Center South Supports Strengthening Coordinated Border Management, Pressemitteilung Nr. 16/65: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2016/pr1665.htm>

IMF's African Technical Assistance Center South Strengthens Regional Statisticians' Capacity, Pressemitteilung Nr. 16/136: <http://www.imf.org/en/news/articles/2015/09/14/01/49/pr16136>

Southern Africa Officials Share Experience of International Public Sector Accounting and Government Finance Statistical Standards, Pressemitteilung Nr. 15/458: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15458.htm>

The IMF's Regional Technical Assistance Center South Supports Strengthening the Administration of Large Taxpayers in the Southern Africa Region, Pressemitteilung Nr. 15/546: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15546.htm>

The IMF's Regional Technical Assistance Center South Supports Strengthening the Administration of Large Taxpayers in the Southern Africa Region, Pressemitteilung Nr. 15/470: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15470.htm>

Southern Africa Officials Share Experience of Natural Resource Wealth Management, Pressemitteilung Nr. 15/451: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15451.htm>

Southern Africa Officials Discuss Fiscal Risk Management, Pressemitteilung Nr. 15/191: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15191.htm>

Government Officials from Central and Southern Africa Promote Good Practice in Preventing Tax Fraud, Pressemitteilung Nr. 15/454: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15454.htm>

IMF's East AFRITAC and the East African Community Strengthen Officials' Capacity to Produce Better Public Debt Statistics, Pressemitteilung Nr. 15/293: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15293.htm>

Conference on Small Middle-Income Countries in Sub-Saharan Africa: Joint Statement by Deputy Managing Director Min Zhu and Governor Linah Mohohlo of the Bank of Botswana, Pressemitteilung Nr. 16/32: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2016/pr1632.htm>

AFRITAC South Strengthens Member States Macroeconomic and Financial Sector Management, Pressemitteilung Nr. 16/153: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2016/pr16153.htm>

IMF's Middle East Regional Technical Assistance Center and the Statistics Department Conclude Workshop on Price Index Compilation Issues, Pressemitteilung Nr. 16/48: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2016/pr1648.htm>

IMF's Middle East Regional Technical Assistance Center Concludes Regional Workshop on Budget Preparation, Pressemitteilung Nr. 15/472: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15472.htm>

IMF's Middle East Regional Technical Assistance Center (METAC) Concludes Workshop on "Cross-Border and Consolidated Supervision," Pressemitteilung Nr. 15/254: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15254.htm>

CARTAC Delivers Strong Results; Considers its Role in Delivering the Sustainable Development Goals, Pressemitteilung Nr. 15/539: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15539.htm>

IMF and Caribbean Officials Discuss Uneven Economic Outlook, Strategies to Tackle Energy Challenge and Financial Sector Issues in the Caribbean, Pressemitteilung Nr. 15/402: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15402.htm>

The International Monetary Fund and the Central Bank of Trinidad and Tobago Bolster Capacity Building in the Caribbean, Pressemitteilung Nr. 15/464: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15464.htm>

IMF-Singapore Regional Training Institute Hosts Triennial Asia-Pacific Training Meeting, Pressemitteilung Nr. 16/41: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2016/pr1641.htm>

Bank of Lao PDR Hosts the Second Annual Meeting of the Advisory Committee for the IMF Technical Assistance Office for Lao PDR and Myanmar, Pressemitteilung Nr. 15/537: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15537.htm>

IMF Technical Assistance Moves to Strengthen the Capacity of Officials in South East Asia on Macro-Financial Linkages and Diagnostics, Pressemitteilung Nr. 15/203: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15203.htm>

IMF Technical Assistance Moves to Strengthen the Capacity of Officials in South East Asia on Macro-Financial Linkages and Diagnostics, Pressemitteilung Nr. 16/185: <http://www.imf.org/en/news/articles/2015/09/14/01/49/pr16185>

Central Bank of Myanmar Hosts the Third Conference of the Committee for the Coordination of Financial Sector Technical Assistance to Myanmar (COFTAM), Pressemitteilung Nr. 15/326: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15326.htm>

IMF, Fiji to Co-Host a High-Level Dialogue to Discuss Resilience to Natural Disasters in the Pacific Islands, Pressemitteilung Nr. 15/283: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15283.htm>

IMF and India Host Regional Conference: Advancing Asia: Investing for the Future, Pressemitteilung Nr. 16/37: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2016/pr1637.htm>

IMF and India Set Up Regional Training and Technical Assistance Center, Pressemitteilung Nr. 16/102: <http://www.imf.org/en/news/articles/2015/09/14/01/49/pr16102>

IMF and EIB Strengthen Cooperation on Capacity Development, Pressemitteilung Nr. 15/467: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15467.htm>

European Union and International Monetary Fund Sign a New Framework Administrative Agreement for Capacity Development Cooperation, Pressemitteilung Nr. 15/232: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15232.htm>

IMF and USAID Strengthen Cooperation on Capacity Development, Pressemitteilung Nr. 15/385: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15385.htm>

Belgium and IMF Sign a Framework Arrangement to Strengthen Partnership on Capacity Development, Pressemitteilung Nr. 16/105: <http://www.imf.org/en/news/articles/2015/09/14/01/49/pr16105>

TEIL 3 – FINANZEN, ORGANISATION UND RECHENSCHAFTSPFLICHT

Finanzen

IMF Executive Board Approves FY2016–FY2018 Medium-Term Budget, Pressemitteilung Nr. 15/228: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15228.htm>

Rules and Regulations for the Investment Account: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/082815.pdf>

Personalwesen

2015 IMF Diversity Annual Report: <https://www.imf.org/external/np/div/2015/index.pdf>

IMF Executive Board Selects Christine Lagarde to Serve a Second Term as Managing Director, Pressemitteilung Nr. 16/63, 19. Februar 2016: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2016/pr1663.htm>

Managing Director Christine Lagarde Proposes Reappointment of Mr. David Lipton as First Deputy Managing Director, Pressemitteilung Nr. 16/138, 28. März 2016: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2016/pr16138.htm>

IMF Managing Director Christine Lagarde Appoints Maurice Obstfeld as Economic Counsellor and Director of the IMF's Research Department, Pressemitteilung Nr. 15/343, 20. Juli 2015: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15343.htm>

IMF Economic Counsellor and Director of Research Olivier Blanchard to Retire from the Fund, Pressemitteilung Nr. 15/219, 14. Mai 2015: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15219.htm>

Leitende Mitarbeiter: <http://www.imf.org/external/np/sec/memdir/officers.htm>

Organigramm: <http://www.imf.org/external/np/obp/orgcht.htm>

Rechenschaftspflicht

IMF Articles of Agreement: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/aa/index.htm>

Risk Acceptance Statement: <http://www.imf.org/external/about/riskaccept.htm>

Independent Evaluation Office: <http://www.ieso-imf.org>

Self-Evaluation at the Fund: An IEO Assessment: <http://www.ieso-imf.org/ieso/pages/CompletedEvaluation260.aspx>

The Acting Chair's Summing Up, Independent Evaluation Office—Self-Evaluation at the IMF—An IEO Assessment, Executive Board Meeting 15/89, 18. September 2015: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/091815b.pdf>

Behind the Scenes with Data at the IMF: An IEO Assessment: <http://www.ieso-imf.org/ieso/pages/EvaluationImages261.aspx>

IEO Releases Report „Behind the Scenes with Data at the IMF: An IEO Evaluation“

IMF Management and Staff Welcome Independent Evaluation Office's Report on the Institution's Data, Pressemitteilung Nr. 16/134, 24. März 2016: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2016/pr16134.htm>

The Acting Chair's Summing Up, „Behind the Scenes with Data at the IMF—An IEO Evaluation“, Executive Board Meeting 16/23, 17. März 2016: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2016/032116.pdf>

Transparenz

2013 Review of the Fund's Transparency Policy: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/051413.pdf>

TEIL 4 – BLICK IN DIE ZUKUNFT

Report of the Executive Board to the Board of Governors on the Outcome of the Quota Formula Review: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/013013.pdf>

Communiqué of the Interim Committee of the Board of Governors of the International Monetary Fund, Pressemitteilung Nr. 97/22: <http://www.imf.org/en/news/articles/2015/09/14/01/49/pr9722>

Financial Sector Assessment Program: <http://www.imf.org/external/np/fsap/fssa.aspx>

„Analyzing and Managing Fiscal Risks“: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2016/050416.pdf>

Communiqué of the Thirty-Third Meeting of the IMFC: <http://www.imf.org/external/np/cm/2016/041616a.htm>

„Inequality and Unsustainable Growth: Two Sides of the Same Coin?“, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2011/sdn1108.pdf>

„Fiscal Policy and Income Inequality“: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/012314.pdf>

„Redistribution, Inequality, and Growth“: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2014/sdn1402.pdf>

October 2015 African Regional Economic Outlook chapter on „Inequality and Economic Outcomes in Sub-Saharan Africa“: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/reo/2015/afr/eng/pdf/chap3Oct.pdf>

Working Paper „Sharing the Growth Dividend: Analysis of Inequality in Asia“: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2016/wp1648.pdf>

Factsheet—IMF Surveillance: <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/surv.htm>

„Catalyst for Change: Empowering Women and Tackling Income Inequality“: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2015/sdn1520.pdf>

„Unlocking Female Employment Potential in Europe: Drivers and Benefits“: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/dp/2016/eur1601.pdf>

India Article IV Report: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2016/cr1675.pdf>

„Macroeconomic Impacts of Gender Inequality and Informality in India“: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2016/cr1676.pdf>

„After Paris: Fiscal, Macroeconomic, and Financial Implications of Climate Change“: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2016/sdn1601.pdf>

IMF Country Report on Mexico: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2015/cr15314.pdf>

United States Article IV consultation: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2015/cr15168.pdf>

„El Niño Good Boy or Bad?“, Finance & Development, März 2016, Vol. 53, Nr. 1: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2016/03/cashin.htm>

Against Corruption: a collection of essays: <https://www.gov.uk/government/publications/against-corruption-a-collection-of-essays/against-corruption-a-collection-of-essays>

„Against Corruption: Costs and Mitigating Strategies“: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2016/sdn1605.pdf>

World Economic Outlook Update—Uncertainty in the Aftermath of the U.K. Referendum, July 2016: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2016/update/02/index.htm>

„Global Prospects and Policy Challenges“, G20 Finance Ministers and Central Bank Governors' Meetings, July 23–24, 2016, Chengdu, China: <http://www.imf.org/external/np/g20/pdf/2016/072116.pdf>

„Priorities for Structural Reforms in G20 Countries“, Staff Background Paper for G20 Surveillance Note, July 2016: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2016/072216a.pdf>

Akronyme und Abkürzungen

AML/CFT	anti-money laundering and combating the financing of terrorism (Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung)	IEO	Independent Evaluation Office (Unabhängiges Evaluierungsbüro)
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations (Verband Südostasiatischer Nationen)	IMFC	International Monetary and Financial Committee (Internationaler Währungs- und Finanzausschuss)
BIP	Bruttoinlandsprodukt	IMS	international monetary system (Internationales Währungssystem)
CCRT	Catastrophe Containment and Relief Trust (Treuhandfonds für Katastropheneindämmung und Erleichterung)	LIDC	low-income developing country (Entwicklungsland mit niedrigem Einkommen)
CEE	Central and Eastern Europe (Mittel- und Osteuropa)	MENAP	Middle East, North Africa, Afghanistan, and Pakistan (Nahe Osten, Nordafrika, Afghanistan und Pakistan)
EAC	External Audit Committee (Externer Rechnungsprüfungsausschuss)	OIA	Office of Internal Audit and Inspection (Büro für interne Revision und Inspektion)
ECF	Extended Credit Facility (Erweiterte Kreditfazilität)	PLL	Precautionary and Liquidity Line (Vorsorgliche und Liquiditätslinie)
EEF	Extended Fund Facility (Erweiterte Fondsfazilität)	PRGT	Poverty Reduction and Growth Trust (Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum)
e-GDDS	Enhanced General Data Dissemination System (Erweitertes allgemeines Datenweitergabesystem)	PSI	Policy Support Instrument (Instrument zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik)
EU	Europäische Union	RCF	Rapid Credit Facility (Schnellkreditfazilität)
FATF	Financial Action Task Force	REO	Regional Economic Outlook
FCL	Flexible Credit Line	RFI	Rapid Financing Instrument (Schnellfinanzierungsinstrument)
FM	Fiscal Monitor	SARTTAC	South Asia Regional Training and Technical Assistance Center (Regionales Zentrum für Ausbildung und technische Hilfe in Südasien)
FSAP	Financial Sector Assessment Program (Programm zur Bewertung des Finanzsektors)	SBA	Stand-By Arrangement (Bereitschaftskredit-Vereinbarung)
FSI	Financial Soundness Indicators (Indikatoren zur Finanzstabilität)	SCF	Standby Credit Facility (Bereitschaftskredit-Fazilität)
G20	Gruppe der Zwanzig	SDDS	Special Data Dissemination Standard (Spezieller Datenweitergabestandard)
GCC	Cooperation Council for the Arab States of the Gulf (Kooperationsrat der arabischen Golfstaaten)	SDGs	Sustainable Development Goals (Nachhaltige Entwicklungsziele)
GDDS	General Data Dissemination System (Allgemeines Datenweitergabesystem)	SECO	Schweizer Staatssekretariat für Wirtschaft
GFSR	Global Financial Stability Report (Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems)	SUNAT	Zoll- und Steuerverwaltung in Peru
GJ	Geschäftsjahr	SZR	Sonderziehungsrecht
GPA	Global Policy Agenda	TAK	Steuerbehörde Kosovo
GRA	General Resources Account (Konto für allgemeine Ressourcen)	TSR	Triennial Surveillance Review (Dreijahresprüfung der Überwachung)
HIPC	Heavily Indebted Poor Countries (Hochverschuldete arme Länder)	UN	Vereinte Nationen
ICD	Institute for Capacity Development (Institut für Kapazitätsentwicklung)	WEO	World Economic Outlook


Begleitschreiben an den Gouverneursrat

29. Juli 2016

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Gemäß Artikel XII, Abschnitt 7, Buchstabe a des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds und gemäß Paragraph 10 der Satzung des IWF habe ich die Ehre, dem Gouverneursrat den Jahresbericht des Exekutivdirektoriums für das am 30. April 2016 abgelaufene Geschäftsjahr zu übergeben. Laut Paragraph 20 der Satzung wird der vom Exekutivdirektorium genehmigte Verwaltungs- und Kapitalhaushalt des IWF für das Geschäftsjahr mit Ende zum 30. April 2017 in Teil 3 vorgelegt. Die geprüften Jahresabschlüsse der Allgemeinen Abteilung, der SZR-Abteilung und der vom IWF verwalteten Konten für das am 30. April 2016 abgelaufene Geschäftsjahr werden gemeinsam mit den diesbezüglichen Berichten der externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im Anhang VI vorgestellt, der auf der CD-ROM des Berichts sowie auf der Website des IWF unter www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2016/eng eingesehen werden kann. Die externe Rechnungsprüfung und die Rechnungslegungsprozesse wurden nach Maßgabe von Paragraph 20 Buchstabe c der IWF-Satzung durch den externen Rechnungsprüfungsausschuss überprüft, dem derzeit Herr Loeto (Vorsitz), Frau Barth und Herr Vikamsey angehören.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Christine Lagarde

Geschäftsführende Direktorin und Vorsitzende des Exekutivdirektoriums

Eine größere Rolle für Frauen

Die wichtige Rolle, die Frauen in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der Länder, Gemeinden und Organisationen spielen, gewinnt zunehmend Anerkennung. Wenn sich unsere Mitgliedsländer bewusst dafür einsetzen, Frauen zur Mitwirkung an der Erwerbstätigkeit aufzufordern und zu befähigen, und Gesetze voranbringen, die Inklusion und wirtschaftliche Befähigung für Frauen unterstützen, werden sie – so unsere Auffassung – bessere Chancen für wirtschaftlichen Wohlstand und die Förderung einer stabileren und sichereren Zukunft haben. Die vermehrte Aufmerksamkeit, die der Gleichstellung der Geschlechter und den Geschlechterfolgen unserer Arbeit und Politikberatung zuteil wird, wird uns helfen, unseren Mitgliedsländern besser zu dienen, und die Lebensqualität aller Menschen erhöhen.

Die Einbindung von mehr Frauen in alle Aspekte der Gesellschaft und alle Führungsebenen ist der Schlüssel zu vielen wichtigen Herausforderungen, mit denen unsere Mitgliedsländer konfrontiert

sind; insbesondere aber verlieren wir, wenn Frauen ausgeschlossen werden, Zugang zu mindestens der Hälfte der Begabungen auf dieser Welt. In einer zunehmend verflochtenen, komplexen und sich rasch ändernden Welt brauchen wir die besten Ideen und besten Beiträge aller (mehr über die IWF-Forschung zu Ungleichheit der Geschlechter im Abschnitt „Blick in die Zukunft“).

Beim IWF ist unser kollektives Wissen unsere Stärke, und die Hinzuziehung der Stimmen und Perspektiven talentierter Frauen aus allen Lebensbereichen ist nichts Neues. Wir arbeiten in unserer Organisation seit mehr als einem Jahrzehnt bewusst an einem ausgewogeneren Verhältnis der Geschlechter und haben beachtliche Fortschritte erzielt. Wir sind stolz auf diesen Fortschritt, aber wir wissen, dass noch mehr getan werden muss, bis Frauen und Männer gleichberechtigte Partner sind und wir unser Mandat im Dienste unserer Mitglieder erfüllen können.

IMF Diversity Advisor Nadia Younes, die ehemalige Finanzministerin von Nigeria Dr. Ngozi Okonjo-Iweala (letzte Reihe Mitte) und die Geschäftsführende Direktorin gemeinsam mit IWF-Stab und jungen Besucherinnen bei einer Veranstaltung zum Internationalen Frauentag im März 2016.



Dieser Jahresbericht wurde vom Referat für Redaktion und Publikationen in der Abteilung Kommunikation des IWF in Zusammenarbeit mit einer fondsübergreifenden Arbeitsgruppe erstellt. Rhoda Weeks-Brown und Jeremy Clift betreuten die Arbeit des für den Jahresbericht zuständigen Teams unter der Leitung des Evaluierungsausschusses im Exekutivdirektorium, dessen Vorsitz Stephen Field innehat. Hauptverfasser war Jeremy Mark, und S. Alexandra Russell übernahm die Redaktion und Projektleitung. Suzanne Alavi und Madjé Amega leisteten Redaktions- und Verwaltungsassistenz.

Für die deutsche Fassung war das folgende Team zuständig: Sandra Janisch (Terminologie, Revision und Korrektur), Susanne Bunzel-Harris (Übersetzung), Brian De Nicola (Herstellung), Charismarcom.de (Satz).

Bildnachweis:

Stephen Jaffe/© IMF photo: Geschäftsführende Direktorin, Narendra Modi, Raghuram Rajan, David Adeang and Martin Hunt, Präsident Humala, IMFC, Exekutivdirektoren, Frauen in Führungspositionen, Seiten 2, 29 (oben und unten), 30 (oben rechts), 39 (oben rechts und unten links), 100 und Einband Rückseite

Ryan Rayburn/© IMF photo: Agustin Carstens, Min Zhu, Sitzungsraum des Direktoriums, Kalpana Kochhar, Leitende Geschäftsführung, Frauentag, Seiten 39 (oben links), 59 (rechts), 85 (oben und unten rechts), 91 (unten rechts), 102 und 126

Ali Jarekji/© IMF photo: S. 25 (zweites von unten)

Pilu Delgado/© IMF photo: S. 41 (unten)

Roxana Bravo/© IMF photo: Mitsuhiro Furusawa, S. 51 (rechts)

Yuri Gripas/© IMF photo: Carla Grasso, S. 87

Andere © IMF photo: Seiten 31 (unten rechts), 34 (oben), 39 (unten rechts), 41 (unten), 63 (unten rechts), 85 (links), 91 (oben und unten links, oben rechts)

Agenturfotos von Alamy, Getty Images und Newscom

Gestaltung

Beth Singer Design LLC www.bethsingerdesign.com

Web-Design

Theo and Sebastian <http://theoandsebastian.com>

Video IWF-Jahresbericht

IMF Multimedia Services (Gokhan Karahan, Kyzysztof Rucinski, Alex Curro und William Connell)

Die Website des Jahresberichts (www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2016/eng) enthält Begleitmaterial zum Jahresbericht (in englischer Sprache), wie Webtabellen, Anhänge (einschließlich des Jahresabschlusses zum 30. April 2016) und andere einschlägige Dokumente. Eine CD-ROM-Version des Jahresberichts, einschließlich des auf der Website veröffentlichten Begleitmaterials, ist über IMF Publication Services erhältlich.

©2016 Internationaler Währungsfonds
Jahresbericht 2016 – Gemeinsam Lösungen finden
ISBN-13: 978-1475517071 (Papier)
ISBN-13: 9781-1498350518 (PDF)

Publikationen können online, per Fax oder auf dem Postweg angefordert werden:

International Monetary Fund, Publication Services
P.O. Box 92780, Washington, DC 20090, U.S.A.
Tel.: +1 (202) 623-7430 Fax +1 (202) 623-7201
E-Mail: publications@imf.org
www.imfbookstore.org | www.elibrary.imf.org

IWF-Frauen in Führungspositionen



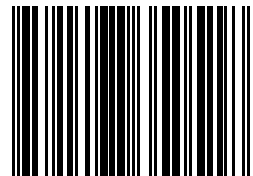
Frauen in Führungspositionen beim IWF (im Uhrzeigersinn von unten links): Direktorin des Instituts für Kapazitätsentwicklung Sharmini Coorey, Stellvertretende Geschäftsführende Direktorin und Chief Administrative Officer Carla Grasso, Direktorin der Abteilung Afrika Antoinette Sayeh, Exekutivdirektorin Chileshe Kapwepwe, Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde, Direktorin der Abteilung Informationstechnologie und Chief Information Officer Susan Swart, Direktorin der Abteilung Personalwesen Kalpana Kochhar (mit Wirkung zum 13. Juni 2016) sowie Direktorin des Büros für interne Revision und Inspektion Clare Brady (mehr darüber auf Seite 126).



International Monetary Fund
700 19th Street NW
Washington, DC 20431 USA

www.imf.org

ISBN-13: 978-1498350518



9 781498 350518